

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundeswehr: Kanzleramtchef Schreckenberger hat auf „ausdrückliche Bitte“ des Verteidigungsministers an dem Gespräch Wörners mit einem angeblichen Belastungszeugen gegen General Kießling teilgenommen und nicht auf Weisung des Kanzlers gehandelt (WELT-Gespräch S. 1)

Demonstration: Die Berliner Polizei sei bei der Auflösung einer Versammlung gegen die Räumung besetzter Häuser in Berlin im September 1981 rechtswidrig vorgegangen, befindet ein Verwaltungsgericht. Ein Demonstrant kam damals ums Leben. (S. 10)

Gescher in Italien: Im Gespräch mit Verteidigungsminister Spadolini stand die Zusammenarbeit der europäischen NATO-Mitglieder bei Modernisierung und Rationalisierung der Rüstungsprogramme im Vordergrund. (S. 10)

Reagan optimistisch: Vor Republikanern im Senat versichert der Präsident, in Libanon würden „wirkliche Fortschritte“ in Richtung auf eine friedliche Lösung gemacht.

Kohl-Besuch: In Israel hat überrascht, daß der Bundeskanzler eine Reihe von Israel längst energisch abgelehnter Lösungsvorschläge für das Palästinenser-Problem wiederbelebt hat: so den Venedig-Plan der EG von 1980 und den Reagan-Plan von 1982.

Andropow: Der sowjetische Staats- und Parteichef hält in einem „Prawda“-Interview an der alten Forderung des Kreml fest, daß zunächst die Aufstellung von Mittelstreckenflugkörpern in der NATO rückgängig gemacht werden müsse, bevor erneut Verhandlungen über diese Waffen mit den USA möglich würden. (S. 1)

Stationierung: Eine Dislozierung von Marschflugkörpern (Cruise Missiles) in den Niederlanden wäre nach Ansicht des Staatsrats jedenfalls verfassungswidrig. Für einen Stationierungsbescheid genügt damit die einfache Parlamentsmehrheit.

Hente: Verteidigungsausschuss beginnt seine Arbeit als Untersuchungsausschuss im Fall Kießling. - Frankreichs Außenminister Chevènement besucht die „DDR“.

Gespräch mit „Zeugen“ bringt Wörner in neue Bedrängnis

Gerüchte um Rücktritt / Schreckenberger äußert sich zu Zieglers Angaben

MANFRED SCHELL, Bonn
Das Bundeskanzleramt „kann für organisatorische Mängel oder persönliche Fehlverhalten“ beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) im Zusammenhang mit der Affäre um den entlassenen Vier-Sterne-General Kießling „nicht in Anspruch genommen werden“. Der Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, sagte gestern in einem WELT-Gespräch, er sei der „Koordinator“, nicht aber der „Kontrollleur“ der Nachrichtendienste. Schreckenberger: „Ich habe weder eine Dienst- noch eine Fachaufsicht über den MAD und den Verfassungsschutz.“ Diese liege, was den MAD betreffe, „ausschließlich beim Bundesverwaltungsministerium“.

Schreckenberger äußerte sich auch zu der Frage, warum er an der Begegnung zwischen Minister Wörner und dem homosexuellen Schweizer Schauspieler und Autor Alexander Ziegler am vergangenen Freitag auf der Hardhöhe teilgenommen habe. Schreckenberger sagte, er habe damit „einer ausdrücklichen Bitte“ von Minister Wörner entsprochen und „nicht auf Wunsch oder Weisung von Bundeskanzler Helmut Kohl gehandelt“. Ihm sei es als „Beobachter“ darum gegangen, sich einen „unmittelbaren Eindruck“ auch von der Glaubwürdigkeit des Zeugen zu verschaffen, um dem Bundeskanzler korrekt berichten zu können. Er sei etwa 20 Minuten des insgesamt vierstündigen Gesprächs zugegen gewesen.

Zu den Aussagen von Ziegler sagte Schreckenberger, dessen Angaben müssten „überprüft“ werden. Für sich genommen, seien die Darlegungen Zieglers „nicht sehr beweiskräftig“. Nach seinem Gesamtindruck von den bisher angehörten Zeugen des Bundesverwaltungsministeriums befragt, antwortete Schreckenberger: „Kießling ist von ihnen durchweg erheblich belastet worden.“ Allerdings hätten diese Aussagen „ihre Schwäche in der Glaubwürdigkeit“. Man müsse jedoch berücksichtigen, daß man aus diesem Milieu keine „besseren Zeugen“ bekommen könne.

Inzwischen wurde bekannt, daß Ziegler skandalumwittert und vorbestraft ist. In früheren Jahren hatte Ziegler dem österreichischen Außenminister und heutigen Botschafter in Bonn, Pahr, homosexuelle Neigungen nachgesagt. Bei Gericht stellten sich dann seine Anschuldigungen als absolut falsch heraus.

In Bonn wurde gestern im Zusammenhang des Empfangs von Ziegler durch Wörner von einem schweren Mißgriff des ohnehin angeschlagenen Ministers gesprochen. Es gab gestern Gerüchte, Bundeskanzler Helmut Kohl werde nach seiner Rückkehr aus Israel am Sonntag Wörner den Rücktritt empfehlen.

Für die SPD kündigte deren parlamentarischer Geschäftsführer Gerhard Jahn an, im Untersuchungsausschuß gehe es um eine „vorbehaltlose und rückhaltlose Aufklärung“ der Affäre um Kießling. Als Zeuge würde auch Kohl gehört werden, denn an der Entscheidung, Kießling zu entlassen, müsse auch der Kanzler beteiligt gewesen sein. Auf die Frage, ob der Ausschuß auch Ziegler als Zeuge hören werde, antwortete Jahn, Ziegler werde „ein wichtiger Zeuge sein, um Auskunft zu geben über dieses unglaubliche und völlig unverbreitbare Verhalten von Herrn Wörner“. Das Gremium werde sich jedoch davor hüten müssen, das zu tun, was Wörner fälschlicherweise tue, „nämlich eine nachträgliche Rechtfertigung für sein Verhalten dadurch zu finden, daß er weitere Zeugen, die für seine Entscheidung überhaupt nicht zur Verfügung stehen konnten und nicht zur Verfügung gestanden haben und ganz unerheblich sind, nun plötzlich in das Verfahren hineinzuhebeln“.

Der Untersuchungsausschuß nimmt heute seine Arbeit auf. Wegen der Anforderung von Akten aus dem Verteidigungsministerium und der Einholung von Ladungsfristen für Zeugen wird die erste Einvernahme von Zeugen am 8. Februar stattfinden. Erster Zeuge soll Minister Wörner sein.

Die CDU/CSU, die mit der FDP über die Mehrheit im Ausschuß verfügt, möchte im Anschluß an die Anhörung Wörners die Ermittlungsbeamten von MAD und Polizei hören, die in der Kölner Homo-Szene die Recherchen über Kießling angestellt

Das politische Buch

Künftig stellt die WELT auf zusätzlichen Sonderseiten wichtige Neuerscheinungen aus dem politischen Bereich vor. Heute u. a.: Andreas Hillgruber über die beiden jüngsten Bände der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ und H. Joachim Maitre über Peter Mensebursers Amerika-Buch.

SEITE 2:
Großer Zapfenstreich
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Kohl bekräftigt Venedig-Resolution

Jerusalem enttäuscht über deutsche Haltung / Bonn will Israel in Agrarfrage helfen

SAD/DW, Jerusalem
Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir erhielt gestern von Bundeskanzler Helmut Kohl die Zusage deutscher Unterstützung bei den Bemühungen Jerusalems um israelische Zitrusexporte in EG-Staaten. Kohl war gestern im kleinsten Kreis mit dem israelischen Ministerpräsidenten zusammengekommen, um die am Vortag begonnenen Gespräche fortzusetzen.

Neben der Besorgnis Jerusalems wegen seiner Agrarimporte standen das Nahost-Problem und eventuelle deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien im Mittelpunkt der Begegnung. In diesen Fragen konnte bislang keine Einigung zwischen der deutschen und der israelischen Delegation erzielt werden. Ein ursprünglich für den Abend vereinbartes weiteres Gespräch wurde abgesagt, weil sich die Debatte des Parlaments über einen Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung Shamir in die Länge zog. Der Mißtrauensantrag gegen Shamir wurde abgewiesen.

Falls sich für das abgesagte Treffen kein neuer Termin ergibt, kommen Shamir und Kohl am Sonntag, kurz vor der Abreise der deutschen Delegation, noch einmal zu einem Arbeitsgespräch zusammen.

Bei dem Besuch des Bundeskanzlers in der Knesset war es zu Zwischenfällen gekommen: Drei Abgeordnete, ehemalige KZ-Häftlinge, verließen bei der Ankunft des Kanzlers den Plenarsaal. Ein Mitglied der Opposition forderte vor Debatten-Beginn ein „Nichtvergessen“ der Vergangenheit. Parlamentspräsident Sawidor begrüßte Kanzler Kohl als pol-

teresse stärken. Die bisherigen Gespräche werden von beiden Seiten als offen und freimütig gekennzeichnet.

Auf israelischer Seite hat die Tatsache überrascht, daß der Kanzler am Dienstagabend in seiner Tischrede die amerikanischen, arabischen und europäischen Pläne für eine Lösung des Nahost-Konfliktes bekräftigte, die von Jerusalem abgelehnt worden waren.

Kohl hatte erklärt, eine Friedenslösung in der Region sei nur im Rahmen einer Verhandlungslösung auf Grundlage der EG-Resolution von Venedig vom Juni 1980 möglich. Darin waren ein Gewaltverzicht, gestrichelte und anerkannte Grenzen für alle Staaten sowie das palästinensi-

sche Volk gefordert und die PLO als einer der Vertreter der Palästinenser bezeichnet worden.

Besonders enttäuscht reagierten die Israelis darauf, daß der Kanzler ohne intime Kenntnis des Nahost-Problems gleich zu Beginn die von ihnen als proarabisch eingeschätzte Linie des Auswärtigen Amtes bestätigte, noch ehe die Israelis alle ihre Argumente, Kenntnisse oder auch Vorschläge vortragen konnten.

SEITE 3:
Nur zurückhaltender Applaus

Andropow signalisiert neue Bereitschaft zum Dialog

In „Prawda“ beharrt Kremich auf Stationierungsstopp

FRIED H. NEUMANN/DW, Moskau
Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat in einem gestern vom Parteiorgan „Prawda“ veröffentlichten Interview dem Westen vorgeschlagen, die zum Stillstand gekommenen Ost-West-Verhandlungen über die Abrüstung mit der „praktischen Lösung“ von Fragen wieder zu beginnen. „Die Gegenstände der Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa sind“. Zugleich lehnte Andropow aber einen „Dialog um des Dialogs willen“ ab und verlangte von Washington, die eingeleitete Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa rückgängig zu machen.

Andropow nannte keinen Termin für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Wiener MBFR-Verhandlungen. Den USA schlug er erneut Gespräche über einen Stationierungsstopp für Atomwaffen, ein Abkommen über den Verzicht auf Erst-einsatz dieser Waffen, einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt und einen Vertrag über

das Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum vor.

Zu der Äußerung des US-Präsidenten Reagan, die Welt sei seit dessen Amtsantritt sicherer geworden, meinte Andropow, diese Schlußfolgerung entbehre jeder Grundlage. Die Hauptursachen für die gefährlichen Spannungen in der Welt seien nicht beseitigt worden, sondern die Stationierung der neuen US-Raketen habe „nicht nur militärische, sondern auch politische Spannungen“ verstärkt.

Jurij Andropow, der seit dem 18. August 1983 nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde und dessen Gesundheitszustand seit langem Anlaß zu Spekulationen gibt, sagte auf Fragen der „Prawda“: „Es ist nicht notwendig, uns von der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit eines Dialogs zu überzeugen. Das ist unsere Politik. Aber der Dialog sollte auf gleichberechtigter Ebene und nicht aus einer Position der Stärke geführt werden, wie es Reagan vorschlägt.“

Nach Andropows Worten „weisen alle Zeichen“ darauf hin, daß die USA ihre Absichten nicht aufgegeben habe, „mit uns Gespräche aus

Fortsetzung Seite 10

Polen: Prozeß um Schüler-Tod wird verschoben

AFP/AP, Warschau
Der Prozeß um den mysteriösen Tod des polnischen Schülers Grzegorz Przemyski, der am 4. Februar begonnen sollte, wird verschoben. Nach einer Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP hat jetzt einer der beiden in den Fall verwickelten Sanitäter gestanden, dem 19 Jahre alten Schüler „einen Schlag versetzt“ zu haben, der zu dessen Tode geführt haben könne.

Doch die Behauptung der polnischen Behörden in diesem Fall ändert nichts an der grundsätzlichen Verfolgung von Regimekritikern. Dem verhafteten Rechtsanwalt Marian Bednarkiewicz, der die Mutter des ums Leben gekommenen Schülers, Barbara Sadowska, ebenso vertritt wie Anhänger der verbotenen „Solidarität“, warfen sie jetzt vor, einen desertierten Milizbeamten gegen Zahlung von 200 000 Zloty (5000 Mark) zum Diebstahl und zu anderen schweren Verbrechen angestiftet zu haben. Außerdem habe der Deserteur nach dem Tod Przemyskis Zeugen beirungen sollen, die für Falschaussagen bezahlt werden sollten. Przemyski im 12. Mai 1983 in Warschau verhaftet worden und starb zwei Tage später.

Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Kohls Unbefangenheit

BERNT CONRAD

Helmut Kohl bemüht sich in Israel um Unbefangenheit. Das kann nützlich sein. Denn Verkrampfung und Hemmungen sind einem geistlichen Verhältnis kaum dienlich, weder unter Einzelmenschen noch unter Völkern. Im Fall des jüdischen Staates allerdings darf deutsche Unbefangenheit niemals in eine Haltung der Neutralität oder der Distanz, vielleicht sogar der Gleichgültigkeit umschlagen. Dafür ist die historische Verantwortung unseres Volkes für millionenfachen Mord an den Juden und damit unsere Pflicht zur Solidarität mit den Überlebenden des Holocaust zu groß.

rechts mit dem Existenzrecht Israels erweckten den Eindruck, als spreche hier ganz Fernstehender mit kühler Distanz über abstrakte Probleme.

Es fehlte die Überzeugungskraft persönlichen Engagements, die Bekräftigung moralischer und historischer unumgänglicher Solidarität mit Israel. Sicher sind gute Beziehungen zu den Arabern sinnvoll. Aber wie können sie mit unseren besonderen Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Staat auf eine Stufe gestellt werden?

Möglicherweise wird der Kanzlerbesuch ungeachtet dieser Zweifel und trotz des israelischen Widerstandes gegen deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien mit beiderseitig positiven Absichtserklärungen enden. Dafür sprechen die Interessen des politisch und vor allem wirtschaftlich hart bedrängten jüdischen Staates und der daraus resultierende Wunsch Shamirs nach enger Kooperation mit der Bundesrepublik. In der historischen Dimension jedoch bleibt Manko, wenn Kohl seiner Unbefangenheit nicht noch das dezidierte Bekenntnis zum solidarischen Einsteigen für Israel hinzufügen würde.

Davon war in der Rede des Kanzlers beim Festbankett mit Ministerpräsident Shamir am Abend des ersten Besuchstages leider nicht genug zu hören. Gewiß bemühte Kohl sich redlich darum, der Last der Geschichte und dem Leid des jüdischen Volkes Rechnung zu tragen. Auch sein Hinweis darauf, daß die Mehrheit der heute lebenden Deutschen die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht erlebt habe, ist keineswegs zu kritisieren. Aber Kohls gleichgewichtige Betonung der Freundschaft zu Israel und Arabern, seine Gleichstellung des palästinensischen Selbstbestimmungs-

Bonn betont Schutz der Stahlindustrie

HANS-J. MABNKE, Bonn

Die deutsche Stahlindustrie muß dauerhaft vor subventionsbedingten Wettbewerbsverzerrungen durch Anbiete aus anderen EG-Ländern geschützt werden. Diese Forderung hat gestern das Bundeskabinett noch einmal bekräftigt. „Nur eine zufriedenstellende Regelung der Stahlproblematik versetzt uns in die Lage, unseren Beitrag für die künftige EG-Finanzierung zu leisten“, betonte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Bonn. Dabei erwartet die Bundesregierung, daß die Verankerung der europäischen Stahlquoten bis Ende 1985 heute auf dem Stahl-Ministerrat der EG in Brüssel beschlossen wird.

Moskau drängte auf Ausreise der Flüchtlinge

WERNER KAHL, Berlin

Die zügige Übereinkunft über die Ausreise der sechs „DDR“-Bewohner aus ihrem Asyl in der Ostberliner US-Botschaft nach West-Berlin ist auf Drängen der Sowjets erfolgt. Das wurde gestern aus informierten Kreisen bekannt. In Moskau war man anscheinend bestrebt, die inzwischen von Staats- und Parteichef Jurij Andropow betonte Dialogbereitschaft des Kreml mit den USA in internationalen Fragen nicht durch einen Streit um „DDR“-Pflüchtlinge zu belasten. Politische Beobachter hatten ursprünglich damit gerechnet, der Fall werde zunächst dem SED-Politbüro in dessen regelmäßiger Sitzung am Dienstag zur Entscheidung vorgelegt. Aus Gesprächen zwischen „DDR“-Staatssekretär Joachim Herrmann, Staatssicherheitsminister Erich Mielke und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit sowjetischen Stellen ergab sich jedoch die rasche Klärung des Falles. Sonntag erhielt der aus dem österreichischen Wintersport vorzeitig zurückgekehrte „DDR“-Unterhändler Wolfgang Vogel grünes Licht für den Transport der Asylsuchenden in den Westen. Das Politbüro bestand darauf, daß Vogel nach der Sitzung Spekulationen in der Öffentlichkeit, die „DDR“-Führung habe sich die Genehmigung zur Ausreise extra honorieren lassen, mit einer Erklärung im Sender Freies Berlin (SFB) zurückwies (s. WELT v. 25. 1. 84). Der Auftritt des Anwaltes unterstrich die politische Ebene des Falles, bei dem die Bundesregierung und die Regierung in Ost-Berlin zur Lösung beitrugen.

ZITAT DES TAGES

„Pauschale Angriffe gegen den MAD haben keinen Sinn“
Kanzleramtchef Waldemar Schreckenberger zur Diskussion um Fehlleistungen des Militärischen Abschirmdienstes im Gespräch mit der WELT. (S. 1)
FOTO: POLY-PRESS

KULTUR

Oper in der Schweiz: In Genf wurde mit Verdis „Maskenball“ die mit den Zürcher Donizetti-Weekenden schon belegte Wundung der Schweiz zum lohnenden Ziel jener Opernfreunde untermauert, denen die Besetzungen in Deutschland zu fad geworden sind. (S. 17)

Bergman: Als bester ausländischer Film wurde Ingmar Bergmans „Fanny und Alexander“ in der französischen Hauptstadt Paris mit dem „Prix Moussinae“ ausgezeichnet. Beste französische Produktion 1983 nach Ansicht der Filmkritiker: „Pauline à la Plage“ von Eric Rohmer.

SPORT

Olympia: Die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC kaufte die Übertragungsrechte für die Winterspiele 1988 in Calgary für 309 Millionen Dollar. Für Sarajewo kam ABC noch mit 91,5 Millionen Dollar aus.

Ski nordisch: Jochen Behle (23), einziger Weltklasseläufer aus Mitteleuropa, gewann in Willingen (Sauerland) die deutsche Meisterschaft im Langlauf über 30 km. Karin Jäger holte sich den Titel im Lauf über 15 km. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Nicht seetüchtig: Der Hamburger Frachter „Kampen“, bei dessen Untergang im November 1983 sieben Seeleute ums Leben kamen, war für seine letzte Reise nicht seetüchtig genug. Das hat das Hamburger Seesamt in zweifelliger Verhandlung festgestellt. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Paris, Bonn und die Überwindung von Jalta. Gedanken zur Gestaltung Europas S. 2
- Großbritannien:** Die Einsamkeit der Großen von gestern - Zur Rolle der fünf Ex-Premiers S. 3
- Washington:** US-Präsident Reagan nimmt „definitiv“ Stellung zu Libanon; Brief an Abgeordnete S. 5
- Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7
- Grüne Woche '84:** Test-Markt - Welches, der nicht in Berlin dabei gewesen ist S. 8 und 9
- Schnee und Glotzels** behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungsanfertigung.



König-Pilsener

Das macht seinem Namen Ehre.

KÖNIG-PILSENER... wie der Name schon sagt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neuer Anlauf

Von Manfred Neuber

Im südlichen Afrika kommt Bewegung in die starren Fronten. Washington schickt seinen ranghöchsten Experten in diplomatischer Mission nach Pretoria und in die feindlichen Nachbarstaaten. Die USA wollen einen neuen Anstoß zu einer Namibia-Lösung geben.

Kein geringerer als Roelof Botha, der Außenminister Südafrikas, kündigte für morgen Unterredungen mit dem amerikanischen Abgesandten Chester Crocker in Kapstadt an. Die USA werden auf eine dauerhafte Waffenruhe im Grenzgebiet zwischen Angola und Namibia dringen.

Hinsichtlich des Geheimtreffens mit Angolanern auf den Kapverdischen Inseln bleibt die südafrikanische Informationspolitik einsilbig. Dort hielt sich auch ein Diplomat aus Pretoria auf, als der zuständige Abteilungsleiter im US-Außenministerium am Wochenende mit Vertretern des marxistischen Regimes in Luanda verhandelte.

Auf den Kapverden kam es schon im vorigen Jahr zu - ergebnislosen - Kontakten zwischen Angola und Südafrika. Bei der Annäherung solcher Gespräche, wie sie auch zwischen Mosambik und Südafrika stattfanden, leistet Portugal gute Dienste - offenbar in enger Abstimmung mit den USA.

Südafrika läuft in einem amerikanischen Wahljahr nicht Gefahr, von der Reagan-Administration zu übermäßigen Konzessionen genötigt zu werden. Ohne den Abzug der Kubaner aus Angola ist ein unabhängiges Namibia nicht zu haben. Da stehen Pretoria und Washington auf demselben Standpunkt.

Die USA können es andererseits aber nicht zulassen, daß ihre gesamte Afrika-Politik blockiert wird, weil Schwarzafrika die intransigente Haltung Südafrikas den Amerikanern anlehnt. Chester Crocker muß also auf beiden Seiten abtasten, wo eine Annäherung möglich ist, die als Fortschritt ausgegeben werden kann.

Vermutungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Angola sind voreilig, solange dort 30 000 Kubaner stehen. Der neue US-Vorstoß im südlichen Afrika setzt Pretoria freilich unter Entscheidungszwang: Soll das Militär mit Präventivschlägen weiter den Kurs bestimmen, oder haben die Diplomaten eine Chance für wirkliche Verhandlungen?

Wache Kontrolle

Von Eberhard Nitschke

Mit dem Satz: „Wir leben zwar im Orwell-Jahr, aber nicht in einem Überwachungsstaat“ hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Reinhold Baumann, eine Kurzfassung seines neuen umfangreichen Tätigkeitsberichts 1983 geliefert, die jetzt, wo das Papier auf dem Markt ist, in vielen Fällen zur Diskussionsverknüpfung beitragen kann.

Welche Fülle von rechtlichen Hindernissen einem Überwachungsstaat in der Bundesrepublik Deutschland im Wege stünden, hat schon Baumanns Vorgänger im Amt, Hans-Peter Bull, eingehend aufgelistet. Da sind Verfassung und Grundrechte, das Rechtsstaatsprinzip und das Verhältnismäßigkeitsgebot, ferner eine Vielzahl von gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz, auch außerhalb des Bundesdatenschutzgesetzes. Gerade diese Hindernisse sind es ja, die eine Aufzählung von Regelverstößen, wie sie der Tätigkeitsbericht - neben viel Lob für Behörden - präsentiert, erst möglich machen.

Die Kontrolle durch besondere staatliche Organe, die Mißstände bei der Datenverarbeitung überhaupt an den Tag bringt, gilt zwar als „Kernstück“ der deutschen Datenschutzgesetzgebung, ist aber bisher nur im Bundesland Nordrhein-Westfalen in der Verfassung verankert. Baumann sieht den „enormen Machtzuwachs“, den die stetig fortschreitende Informationstechnik den staatlichen Organen beschert, und möchte „fortlaufende Beobachtungen und Kritik dieser Vorgänge“ durch besondere Instanzen gewährleistet sehen. Dies geht in besonderem Maße für „diejenigen Zonen staatlicher Tätigkeit, die dem Blick der Öffentlichkeit... entzogen bleiben“.

Wenn er damit den Militärischen Abschirmdienst (MAD) meinen sollte, wäre ein Vergleich angebracht. Nicht nur Baumann spricht 1984 von dieser Behörde als von einer dem Datenschutz gegenüber ungewöhnlich aufgeschlossenen, sondern auch sein Amtsvorgänger Bull schon vor einem Jahr. Er bemerkte, daß die hier gespeicherten und heute so umstrittenen „Altfälle“ aus der seinerzeit ungenauen Abgrenzung der Zuständigkeit des Verfassungsschutzes herrühren. Mit seinen Beanstandungen habe er „offene Türen eingerannt“. Platz also für Hoffnungsschimmer.

Frauen-Forum

Von Detlev Ahlers

Sie geben vor, einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe zu ihrem Recht zu verhelfen, bislang aber haben sie nur Arroganz und eine zweifelhafte Einstellung zum Grundgesetz erkennen lassen. Der Hamburger Senat unterstützt sie dabei nach Kräften. Die Rede ist vom Feminismus, jener Minderheitenbewegung, die sich um eine Mehrheit kümmert.

Zur Zeit laufen die Vorbereitungen für eine Hamburger Frauenwoche, die aus Steuermitteln mit 50 000 Mark gefördert wird. Sie soll ein Forum bieten, das neue Selbstbewußtsein der Frau zu predigen, und das muß ja auch nicht schaden. Allerdings läßt man dort auch extreme Feministinnen zu Wort kommen, deren Ausführungen dem friedlichen Miteinander der Geschlechter nicht eben dienen. Außerdem: Nur Frauen dürfen an der staatlich geförderten Veranstaltung teilnehmen.

Die Organisatorinnen sind dabei so streng, daß sie selbst auf vorbereitenden Pressekonferenzen, wo es um die Verwendung von Steuergeldern geht, männliche Redakteure rauswerfen. Stolz verweisen sie auf ihren Erfolg, daß nämlich der NDR deswegen nur noch rein weibliche Teams schickt. Für die Mehrheit der Redaktionen heißt das, daß sie ihren Dienstplan nach sachfremden, nämlich geschlechtsspezifischen Kriterien aufstellen müssen. Andernfalls würden sie keinen Zugang zu Informationen über das betreffende Projekt bekommen. Der Senat hat bisher die Frage, ob er grundgesetzwidrige Veranstaltungen fördert, nicht beantwortet.

Ähnlich restriktiv verhalten sich auch die Verantwortlichen der Frauenhäuser, die in Hamburg mit 1,9 Millionen Mark jährlich gefördert werden. Ob all das notwendig ist, mag dahingestellt bleiben, eine zureichende Überprüfung jedenfalls findet kaum statt. Sogar der Hamburger Rechnungshof klagt, daß er, nur männliche Prüfer beschaffend, kaum Einblick erhält.

Alle vier Hamburger Frauenhäuser weigern sich, mit einem männlichen Redakteur zu sprechen: „Wenn wir was zu sagen haben, drucken wir es in der taz“.



„Ich komme zum Ende, meine Herren!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHRLE

Großer Zapfenstreich

Von Herbert Kremp

Wollte der Bundesverteidigungsminister am vergangenen Montag tatsächlich mit dem Schweizer Homosexuellen-Publizisten Ziegler vor die Pressekonferenz in Bonn treten? Wenn das stimmte, wäre es unfassbar. Aber auch ohne dies: Der ganze Fall Kießling ist nicht mehr fassbar. Er geht einem buchstäblich gegen den Strich. Der Minister, persönlich undadelt und tadellos im Amt, hat sich in seiner politischen Not auf ein Gleis begeben, das ihn nur noch zu einem Ziel führen kann: zum Rücktritt.

Um was geht es eigentlich? Einer der höchsten deutschen Generale wird von irgendeiner Seite als homosexuell bezeichnet. Homosexualität ist nach dem Recht dieses Staates nicht strafbar. Im Rahmen des 4. Strafrechtsreformgesetzes von 1973 wurde der Paragraph 175 dahingehend geändert, daß er Minderjährige (also Bürger unter 18 Jahren) schützt. Damit sind Erwachsene entlastet. Das bedeutet aber keine Zulassungsbescheinigung. Gesellschaftlich - oder auf deutsch: im Volke - trifft Homosexualität auf Achtung und Verachtung. Der Gesetzgeber braucht sich der Volksmeinung, die bei jedem Mord an einem Taxichauffeur mehrheitlich für die Todesstrafe plädiert, nicht zu fügen. Dennoch muß eine verbreitete Meinung als Tatsache betrachtet und berücksichtigt werden, vor allem in der Armee, die eine Schule der Nation ist für viele junge Menschen.

Ein Zweites: Bevor der Paragraph 175 geändert wurde, führen Homophile nach Amsterdam. Heute brauchen sie nicht mehr über die Grenze auszuweichen. Aber angesichts des gesellschaftlichen Vorurteils blieb die Struktur des Milieus erhalten. Sie ist eine elende und hat sich als solche petrifiziert. Das Milieu reicht von der untersten Stufe der Bahnhofe über das einschlägige Lokal bis zu persönlichen, verständigen und oft beständigen Freundschaft. Aber die Gefahr des Ausgrenzungsverhaltens, mithin auch der Erpressung, lastet als gesellschaftliche Hypothek auf dem ganzen Bereich. Wer will, kann das beklagen. Aber ein Träger politischer und militärischer Geheimnisse und ein Führer von Menschen in einer Institution, also auch der Lehrer in der Schule, hat sich zu enthalten. Oder er tritt ab.

Es geht also im Falle des Generals Kießling, sofern eine begründete Ver-

mutung besteht, nicht um eine Kleinigkeit. Der Minister hat richtig gehandelt, als er sich von dem General unter Berufung auf Paragraph 50 des Soldatengesetzes trennte. Er kann dies ohne Angaben von Gründen tun. Der Vertrauensentzug als solcher unterliegt nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht der gerichtlichen Kontrolle. Der Minister ist zu diesem Handeln legitimiert, weil in unserem Staat der Primat der Politik über die Armee gesetzt ist. Aus dieser Macht resultiert andererseits Fürsorgepflicht. Ein General wäre nicht ehelos, wäre er praktizierender Homosexueller. Er hätte nur den Beruf zu wechseln. Auf keinen Fall aber darf er in der Weise, wie es der Minister zuließ, bloßgestellt werden. Denn nicht nur Kießling steht im Regen. Der gesellschaftliche Nachschrei, der hinter der Änderung des Paragraph 175 herhallt, brachte die Armee in eine unheimliche Diskussion. Die Armee aber hat sich mit ihrer Verteidigungsbereitschaft zu beschäftigen, mit nichts sonst.

Die Lebenserfahrung müßte einem Minister sagen, daß es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich ist, im erlöschenden Milieu zu recherchieren und Tatsachen festzustellen. Dieses Milieu läßt sich nicht als Bekanntheit an die Wand nageln. Die Unwahrscheinlichkeit ist besonders im gesellschaftlich gesättigten und verdächtigten Umfeld der Homosexualität eine Art Schutz, wie sie auch Methode der Erpressung ist. Wenn also ein Mi-

nister sich in einer solchen Sache in einen ermittelnden Staatsanwalt verwandelt, handelt er entweder verzweifelt oder abnungslos. Er verliert zwangsläufig den Boden unter dem Stiefel. Politische Beweisnot ist kein Grund dafür, das fundamental Falsche zu tun. Indem Wörner mit eigenen Händen nach Beweisen für die Homosexualität seines Generals wühlte, begab er sich selbst in die Gesetze eines Milieus, das er nicht beherrscht, weil es grundsätzlich nicht beherrschbar ist.

Der Minister machte sich insofern unmöglich - womöglich in besser, aber doch recht grüner Absicht. Der Staat, den er repräsentiert, bietet ein merkwürdiges, zu jeder Satire verwendbares Bild, wenn der Oberbefehlshaber der Bundeswehr in Friedenszeiten, von Beweislust bezeugt, einen Schweizer Herold der Homosexualität empfängt, mit ihm zu Tisch geht und ihn bei erbitterter Anwesenheit eines Kanzleramts-Staatssekretärs artig befragt, ob er zur Vermittlung über den bekannten General etwas Handfestes beizutragen habe. Der Informant (der nicht brachte), ein sogenannter Herr Ziegler, als Desinformant berüchtigt und vorbestraft, goß seinen Triumph sofort in die Spalten eines schweizerischen Boulevardblattes - was sollte man von ihm auch sonst erwarten. Eine gewisse Krönung besteht in der Tatsache, daß Bundeskanzler Kohl in Israel stante pede über den bedeutenden Ministerkontakt unterrichtet wurde.

So schlitterte der Minister. Tödlich ist das Lächerliche. Ein führender Politiker muß über sichere Milieuvorstellungen verfügen. Ein Oberbefehlshaber kann nicht persönlich in der homosexuellen Szene recherchieren, um einen seiner Soldaten zu überführen. Da könnte er genauso, mit Bart verkleidet, nach Köln fahren und im „Tom-Tom“ mal nachfragen. Daß sich das Kanzleramt in der Person Schreckenbergers für 20 Minuten an der Frankenstein-Sitzung mit dem Schweizer Reiselaifer beteiligte, gehört zur Algebra der Kohl-Entourage. Man tue das alles nur, um Straußens Herauskunft zu verhindern, erwört es hinter der Hecke. Ach, seufzt da mancher Zeitgenosse im Angesichte des nicht endenwollenden Laienspiels, wäre er nur schon da.



Ein Minister kann nicht selbst in der Homo-Szene recherchieren: Manfred Wörner

FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Karl Kerschgens

Ein Hauch von Pastoraalem

Von Dankwart Guratzsch

Innerhalb von zwei Jahren hat der radikalste von allen grünen Landesverbänden, der Landesverband Hessen, sein Gesicht so vollkommen gewandelt, daß er wegen seines „gemäßigten Kurses“ ständig in Konflikt mit den Bundesgremien der Grünen gerät. Einer der Wegbereiter dieses Wandels ist der Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens. Aber die Neigung, bei der Annäherung an die SPD zu veralteten sozialistischen oder sozialdemokratischen Lösungsvorschlägen Zuflucht zu nehmen, wird ihm weder von den „Radikals“ noch den „Freiheitlichen Ökologen“ in seiner Partei unterstellt. Der 45jährige, fast schon der Älteste in seiner Fraktion, hat keine einzige rüfliche Schattierung in seinem Werdegang.

Ursprünglich wollte der geborene Rheinländer und Sohn eines Schuhmachers katholischer Priester werden. Nach drei Jahren Tätigkeit als Kaplan in Aachen kam es dann jedoch über Fragen der katholischen Schulpolitik und Sexualerziehung zum Bruch. Nach einem Romanistikstudium in München wurde Kerschgens Berufsschreiber in Darmstadt und Dozent in Speyer - etwas Pastoraales hat sich der schlanke, schwarzhaarige Mann mit der ruhigen, sonoren Sprechweise jedoch in Auftreten und Gestus durchaus bewahrt.

Die ökologischen Zusammenhänge seien ihm zum ersten Mal durch Herbert Gruhls Buch „Ein Planet wird geplündert“ klargeworden, sagt er heute. Über eine Initiative gegen Atomkraftwerke und die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), deren Landesvorsitzender er zuletzt war, kam er 1979 zu den Gründungskongressen der Grünen - und dann ging alles schnell. Zwei Jahre Mitarbeit in Bundesgremien der Partei, Wahlkampf in Hessen, Einzug in den Landtag. Er fühlt sich trotz des sich anbah-



Mehr Lebensschutz und soziale Gerechtigkeit: Karl Kerschgens

FOTO: DPA

nenden Bündnisses mit Holger Börner nicht an die SPD gekettet. „Wenn es eine andere CDU gäbe, könnte ich auch mit ihr zusammenarbeiten“, meint er. Seine Hauptmotive seien ein „umfassender Lebensschutz“ und soziale Gerechtigkeit. Als er im Landtag einmal eine ziemlich harsche Kapitalismuskritik vorgetragen hatte, eine solche Sprache habe er zuletzt 1953 in der „DDR“ gehört, kontierte Kerschgens, er habe nur die päpstliche Sozialenzyklika zitiert.

Sorge bereiten Kerschgens die „Zentralisten“ in seiner Partei, die auch im wirtschaftlichen Bereich „zentralistische Staatsmodelle“ verfolgen. Es sind dieselben, die auch den erbittertesten Widerstand gegen die Wendung der hessischen Grünen zur „Politikfähigkeit“ leisten. Kerschgens hält ihnen das Bild von der ökologischen Apokalypse entgegen: „Die, die meinen, die Zeit würde für uns arbeiten, sollen im Frühjahr in den Wald gehen und nachschauen, ob das stimmt.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Kießling-Boulevardblatt schreibt im Wörner:

Ein Vier-Sterne-General muß wie ein Hund vor der Tür warten, ob Minister Wörner geruht, ihn zu empfangen. Ein Schweizer Homosexueller, der neuen Schutz gegen Güter Kießling präsentiert, plaudert zwei-einhalb Stunden mit Wörner im Ministerium. Natürlich wurde er standesgemäß von einem Oberst mit Dienstwagen vom Flughafen abgeholt. Wer geglaubt hat, im Fall Wörner wäre kein neuer Höhepunkt der Unappetitlichkeit mehr möglich, hat sich getäuscht. Die Kette der Fehlleistungen ist noch nicht zu Ende. Starfighter-Pilot Wörner kurz vor dem Absturz, schon zu spät für den Schleudersitz. Keine technische Panne. Die Ursache ist menschliches Versagen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Es heißt es vor Affäre Wörner/Kießling:

Man mag es nun drehen und wenden wie man will, mag abwägen und eine Menge menschliches Verständnis für Wörner und eine durchaus differenzierte Meinung zu Kießling haben, es bleiben vier erkennbare Tatsachen: Der Minister, der eine „elegante“ Lösung haben wollte, damit aber voll auf den Bauch gefallen ist, hat eine schwerwiegende politische Führungsschwäche und einen Mangel an Führungsqualität erkennen lassen. Bis zum heutigen Tag hat die politische Führung kein wirklich überzeugendes Material gegen Kießling auf den Tisch legen können. Wörner, nicht Kießling, steht im Beweis-pflicht. Manfred Wörner und niemand anders hat sich selbst in die jetzige Situation gebracht. Die Bun-

deswehr ist durch ihn und sein Verhalten öffentlich ins Gerede gekommen.

TAGESANZEIGER

Die Zeitung aus Zürich stellt die Beweislast Ziegler in Frage:

Ziegler's Beweise sind angebliche Abschriften von nicht mehr vorhandenen Tonbandaufnahmen, die ein Gespräch mit einem Düsseldorfer Strichkünstler festhalten sollen... Mit diesen wenig aussagekräftigen Tonbandaufzeichnungen reitet Ziegler seit Montag einen publizistischen Feldzug mehr. Im Jahr 1979 wählte Ziegler den Weg des offenen Briefs, um die angebliche Homosexualität des damaligen österreichischen Außenministers Willibald Pahr und sich selbst als Kronzeugen dafür ins Gespräch zu bringen.

JERUSALEM POST

Der führende israelische Außenminister Abba Eban kommentiert in der Jerusalem-Zeitung:

Der Dialog mit der Bundesrepublik geht auf allen Ebenen voran. Von den USA einmal abgesehen kann man sich kaum ein Land denken, mit dem Israel so enge und vielseitige Beziehungen unterhält. Und dies nicht, weil wir das tragische Geschehen aus den Augen verlieren hätten. Im Gegenteil, eben weil wir das ganze Gewicht und die Bürde der Vergangenheit anerkennen, können wir mit Herz und Hand für die Zukunft arbeiten. Es ist klar, daß der Verkauf deutscher Waffen an Saudi-Arabien Israel im Protest vereinen wird, während die Deutschen spaltet. Regierungen pflegen ihre Entscheidungen meist aus Interessengründen zu treffen und sie dann moralisch begründen. Aber die Dominanz der Interessen über die Moral kann in einer freien Gesellschaft nicht absolut sein.

Paris, Bonn und die Überwindung von Jalta

Französische Gedanken zur zukünftigen Gestalt Europas / Von Jürgen Liminski

Es gibt zwischen Franzosen und Amerikanern gemeinsame Nenner des politischen Denkens, die nicht unbedingt erst bei Lafayette oder Toqueville zu suchen sind. Bemerkenswert deutlich hat in den letzten Monaten ein Begriffspaar jüngeren Datums die weltpolitischen Überlegungen an Potomac und Seine bezeugt: Jalta und Mitteleuropa. Der amerikanische Vizepräsident Bush sprach bei seiner Osteuropareise im Herbst von den historischen Wurzeln und der Bestimmung des gesamten alten Kontinents, die außerhalb des Sowjetimperiums lägen; US-Außenminister Shultz stimmte erst neulich in Stockholm ähnliche Töne an.

Stärker noch als die amerikanische Außenpolitik ist die französische gefangen im Netzwerk der Jalta-Folgen. Da Gaulle hatte die widerwärtige Aufteilung in Hegemonialsphären durchbrechen versucht, Mitterrand hat dieses Anliegen fast zu seiner persönlichen Sache erhoben. „Wir müssen die Teilung Jaltas überwinden“, sagte er im vergangenen Jahr öfter vor den Fernsehkameras. Das ist sein

Credo. In seinem programmatischen Buch („J'ai et maintenant“, Fayard, 1980) heißt der Kernsatz: „Jeder Westeuropäer, Patriot in seinem Land, darf nur einen Gedanken haben: Jalta zerstören. Viele Zeichen kündigen es an. Aber wir werden Jalta nicht ohne Krise überwinden. In dieser Krise stecken wir.“

Zu den Zeichen zählt man in Paris heute die polnische Verfassungsbewegung, den Mißmut in osteuropäischen Ländern gegenüber der forcierten sowjetischen Rüstungspolitik, das geistig-ideologische Ringen um die Zukunft des deutschen Nachbarn (Stichwort: Nationalneutralismus) und nicht zuletzt Reden wie die der amerikanischen Politiker Bush und Shultz oder auch des Papstes in Polen, der, vatikangemäß, in anderen Zeiträumen denkt als die Tagespolitiker der westeuropäischen Wohlfahrtsbewegung.

Mitterrand hat bisher versucht, das Ziel „jenseits von Jalta“ mit kleinen Schritten zunächst einmal wieder bewußt und politisch sichtbar zu machen. Auch hier hält er sich an de

Gaulle. In der berühmten Straßburger Rede vom 23. November 1959 hatte der General nicht nur die Ural-Vision verkündet, sondern auch den Weg aufgezeigt: „Um Europa den Frieden zu bringen, bedarf es des Gleichgewichts Europas. Es gibt keinen anderen Frieden. Da sich aber eine erhebliche Anzahl der Europäer auf der anderen Seite findet, unter einem Regime, das wir kennen, muß auf dieser Seite Europa bestehen, muß es widerstehen und sich zusammenfinden.“

Für das Zusammenstehen hat man in Paris konkret in der Krisensituation von heute die Formel vom „europäischen Verteidigungsraum“ gefunden. Mitterrand, Helmut, Chirac, Chirac, Barre und Giscard haben in den Wochen vor und nach der Nachrüstung in seltener Einmütigkeit, ja in edlem Wettstreit, zu diesem Thema Stellung genommen. Europäische Verteidigung gehört heute in Frankreich zu den am meisten diskutierten Themen.

Es ist für eine anerkannte Atom-

teilung der Welt und globale Antwortmöglichkeiten gegenüber den Sowjets zu reden. Leichter jedenfalls als für eine atomwaffenfreie und geteilte Nation. Dennoch sieht man in Paris aus geographischen und historischen Gründen gerade in Bonn den Partner von morgen.

Den Schriftstiller Adenauers in Rhönfurt schmückt ein Foto, das den Altan mit seinem Freund de Gaulle auf dieser Seite Europa bestehen, die Widmung des Generals: „Er lebe die deutsch-französische Union.“ Dies war das weitgesteckte Ziel des Elysee-Vertrages, dieses Ziel peilen, mit einigen Abstrichen, auch die Sozialisten um Mitterrand an. In der Regierung des Enkels Adenauers hoffen sie, den geeigneten Ansprechpartner zu haben.

Seit einiger Zeit jedoch, insbesondere aber seit der Affäre Kießling/Wörner, ist man in Paris sehr beunruhigt. Aufmerksamkeit hat man im Elysee registriert, daß in den Europa-Debatten des Bundesrates oder bei den deutsch-französischen Treffen kaum jemand die bukolische Land-

schaft zwischen Rhein, Elbe, Seine, Themse und Po verliert. Nur der CSU-Abgeordnete Elyon, so kann man im Elysee hören, habe einmal Adenauer zitiert, den Blick nach Osten gerichtet und die Wertegemeinschaft des ganzen, ungeteilten Europa gegenüber der Sowjetunion als „Königsgedanken der Union“ bezeichnet. Ist der historische Instinkt der deutschen Meisterdenker verknüppelt, fragt man auch in den französischen Oppositionspartien.

Vor dem Treffen der beiden Regierungschefs am 2. Februar hegen die Franzosen keine allzu hoch gespannten Erwartungen. Im Gegenteil, Überlegungen sind im Gang, es wieder intensiver mit den Amerikanern zu versuchen. Das mag gestärkte Propaganda sein. Sicher ist: Man fürchtet wieder Andropows gesammeltes Schweigen zum Thema Deutschland und daß den gespitzen Ohren in Paris etwas entgehen könnte. Freundschaftliche Treffen ohne konkrete Ergebnisse, das macht die politischen hochsensiblen Gemüter der Franzosen fast mißtrauisch.

Die Einsamkeit der Großen von gestern oder Die Sorge um das Geschichtsbild

Sie alle sind als Regierungschefs in London gescheitert. Heute sind sie lebende Denkmäler, die sehr unterschiedlich mit dem Leben nach ihrem politischen Tod fertig werden: Macmillan, Lord Home, Lord Wilson, Heath und Callaghan.

Von FRITZ WIRTH

Wie er denn sein Verhältnis zu Margaret Thatcher beschreiben würde, wurde Edward Heath gefragt. Seine Antwort: „Höflicher Nihilismus.“ Als man ihn vorhielt, daß das nicht viel sage, entgegnete er, daß da ja auch nicht viel zu beschreiben sei. „Es ist kein Verhältnis vorhanden.“

Dieses nicht vorhandene Verhältnis, dieser höfliche Nihilismus zwischen zwei Premierministern und zwei Leuten, die in den letzten 19 Jahren die Partei führten, ist für die britischen Tories zu einem immer peinlicheren und ärgerlicheren Ereignis geworden. Und da dieses Verhältnis in den letzten Tagen zu offenen parlamentarischen Kampfhandlungen entartet und Edward Heath als erster ehemaliger konservativer Premierminister dieses Jahrhunderts im Unterhaus gegen die eigene Partei stimmte, ist aus diesem höflichen Nihilismus in den Augen vieler Tories eine offene Rebellion und nach Ansicht besonders verärrter Parteimitglieder ein „Verrat“ geworden.

„Er ist einer unserer größten Komiker geworden.“

Der konservative „Daily Telegraph“, der vor elf Jahren, als Heath die Briten in die EG führte, dem Staatsmann Heath geschichtlichen Rang zuordnete, sah sich deshalb in der letzten Woche veranlaßt, in einem Leitartikel die Partei zu beruhigen, daß Heath heute wirklich keinen ernsthaften Schaden mehr anrichten könne. Wörtlich: „Er ist heute einer unserer größten Komiker geworden.“

Der Streit zwischen Heath und Frau Thatcher ist alt und total. Heath hielt schon vor 12 Jahren die von ihm ins Kabinett berufene Margaret Thatcher für eine zweitklassige Erziehungsministerin, sie hielt ihn für einen zweitklassigen Premier. Die erste Chance, ihn das wissen zu lassen, war im Mai 1979, als sie ihr erstes Kabinett bildete und für Heath, der auf das Amt des Außenministers hoffte, keinen Platz hatte. Sie beauftragte ihren „Chief Whip“ Humphrey Atkins, Heath zu informieren, daß Lord Carrington Außenminister werde.

Atkins rief den Heath-Vertrauten Timothy Kitson an mit der Bitte, seinen Herrn und Meister darüber zu informieren. Der zornige Kitson erwiderte: „Erledigt doch eure Dreckarbeit allein“, und so fuhr denn am nächsten Morgen ein Dienstwagen von Downing Street ins Land hinaus nach Wiltshire, wo Heath das Wochenende verbrachte, mit nichts anderem an Bord als einem Chauffeur und einem Brief, der ohne ein Wort des Bedauerns die Nachricht von der Ernennung Lord Carringtons als Außenminister enthielt.

So begann es. Die Gegner des Edward Heath behaupten, dies sei das Schlüsselereignis dieser Feindschaft. Heath sei damals tief in seinem Stolz getroffen worden und handele seither wie eine beleidigte Primadonna.

Heath sieht die Sache anders. Für ihn ist das kein persönlicher, sondern ein sachlicher Konflikt. Er versteht sich nicht als ein Gegner Frau Thatchers, sondern als ein Gegner des „Thatcherismus“, der rigorosen monetaristischen Finanzpolitik, die er für eine Gefahr und für ein Übel hält. Nach seiner Ansicht zerstört diese Politik mit Massenarbeitslosigkeit und Bankrotten nicht nur die Strukturen der britischen Industrie, sondern der gesamten Gesellschaft. Und er wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen in den zwanziger und dreißiger Jahren in Europa die Voraussetzung zur Machtergreifung der Diktatoren war.

Das sind die politischen Ängste, die diesen sonst eher scheuen und lethargischen Mann zum Rebellen gemacht haben. Er sieht das Konzept der „one nation“ in Gefahr und fürchtet, daß die Partei unter Frau Thatcher jene politische Mitte verlassen hat, auf der diese gesellschaftlich zersplitterte Nation zu einer Einheit zusammengeführt und zusammengeführt werden könnte.

Es sind diese Sorgen, die ihm über alle parteipolitischen Interessen hinweg die Rechtfertigung zu seiner „Rebellion“ geben. Seine Tragik: Er ist ein mehr oder minder einsamer Rebell geblieben. Seine Botschaft kommt bei der Masse der Briten nicht an. Sie motiviert sein Rebellentum eher mit verletztem Stolz. Diese Nation hat kein Herz für schlechte Verlierer. Und so nannte ihn der „Obelisk“ einen „Elefanten, der nicht vergessen kann“ und der „Daily Telegraph“ entfremdete ihn zu einem „Monument wie die Concorde“, was in Reinschrift heißt: ein schöner, teurer, aber höchst überflüssiger politischer Luxus.

Es gibt in der westlichen Welt nicht viele Staatsmänner, die nach ihrer Abwahl so vehement vom Sockel gefallen sind wie Edward Heath. Das wirft die Frage auf: Gibt es noch ein Leben für Staatsmänner nach ihrem politischen Tod? Was sollen Männer tun, die Geschichte geworden sind? Ihr Geschichtsbild korrigieren, oder ergeben und in Würde sich dem Urteil ihrer Zeitgenossen ausliefern?

In Großbritannien ist es ein akutes Problem, denn es gibt noch fünf solche lebende Denkmäler: Harold Macmillan, der in diesem Jahr neunzig wird, Lord Home (80), Lord Wilson (68), James Callaghan (71) und den 67-jährigen Edward Heath. Alle fünf haben eine gemeinsame Sache: Sie haben keine Chance, als die glanzvollsten Premierminister dieses Jahrhunderts in die britische Geschichte einzugehen. Sie sind im Grunde allesamt in ihrem Amt gescheitert.

Am besten ist mit diesem Makel ohne Zweifel der greise und inzwischen fast erblindete Harold Macmillan fertig geworden. Er genießt nach wie vor das Flair des Staatsmanns und lebt gedeihlich von der „Supermac“-Legende, die er selbst schuf, und kein Premierminister nach ihm, ob Tory oder Labour, vergaß bisher, darauf hinzuweisen, daß sie regelmäßig seinen politischen Rat suchten.

Noch ein „Comeback“ als Außenminister

Macmillan ist souverän mit dem Vorwurf fertig geworden, nach seinem Rücktritt durch Manipulationen und Intrigen seinen designierten Nachfolger „Rah“ Butler kaltgestellt und Lord Home zur Macht und den Tories damit im Jahre 1964 zur Wahl-niederlage verholten zu haben.

Dieser Lord Home ist der einzige, der nach seiner Abwahl als Premier ein politisches Comeback als Außenminister hatte, das ihm die Chance gab, sich nach seinem Fiasco in Downing Street politisch zu rehabilitieren. Keiner der fünf Alt-Premiers hat danach jedoch den Abgang aus der Politik so fair, so endgültig und gentlemanlike vollzogen wie er. Der „Lord of the Hirsels“ lebt wie ein Landadelmann auf seinem riesigen schottischen Besitz, angelt, liest, schneit und schneit, obwohl er mit manchen Entscheidungen der Regierung Thatcher nicht einverstanden ist.

Einen erstaunlich problemfreien Abgang dagegen hatte Harold Wilson. Der Mann, der schon zu seinen

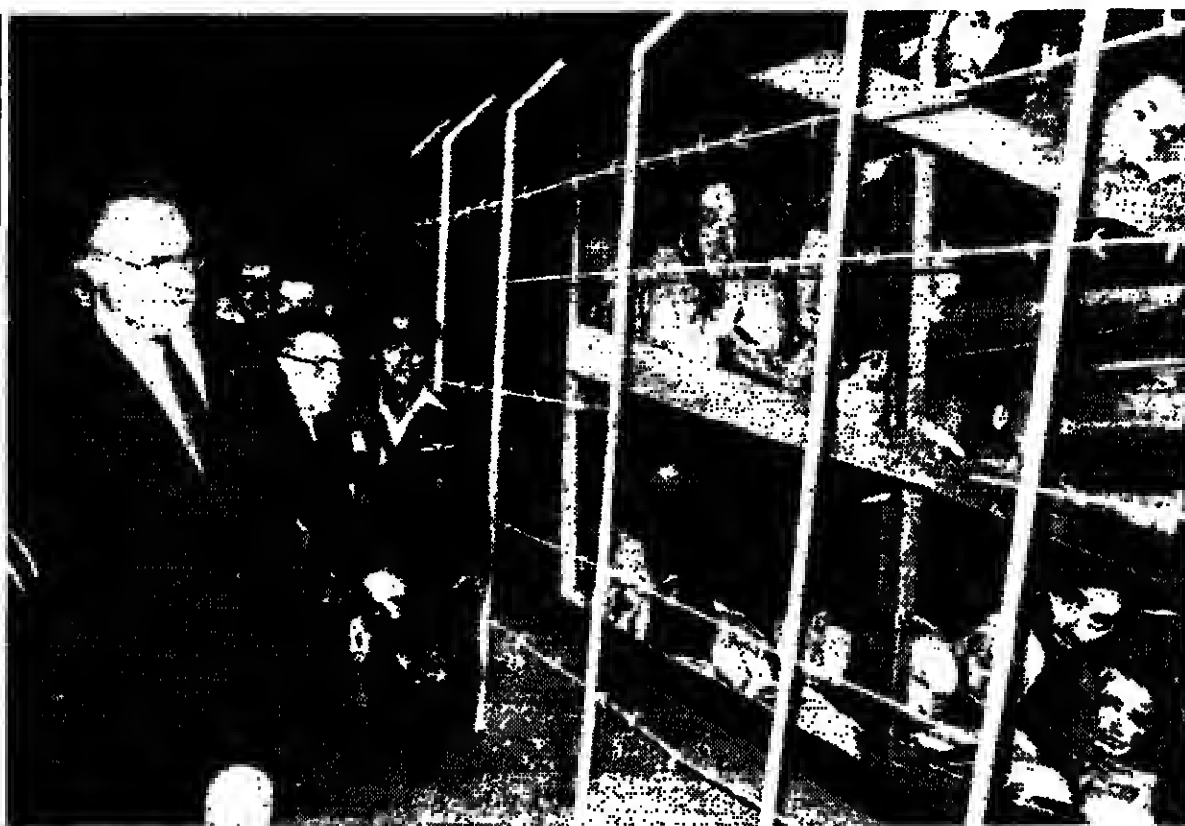
Amtszeiten so fieberhaft an seinem Nachruf strickte, ist bemerkenswert ruhig, gelassen und weise geworden. Er schrieb nach seinem Rücktritt ein belangloses Buch, das eher eine Rechtfertigungsschrift war, und verbrachte die nächsten sechs Jahre fast schweigend im Unterhaus. Von Zeit zu Zeit läßt er schulmeisterliche Tiraden über den ungehörigen Tony Benn vernehmen, doch sonst ist er ein eher scheuer Mann geworden, entschlossen, das bisher immer noch nicht entschlüsselte Geheimnis mit ins Grab zu nehmen, warum er 1976 vorzeitig und unerwartet die Macht quittierte.

Die „problem boys“ unter diesen fünf Männern sind fraglos James Callaghan und Edward Heath für ihre Parteien geworden. Sie sind es aus gleichen Gründen, denn beide fürchten, daß ihre Parteien dabei sind, ihre geschichtlichen Rollen umzuschreiben. Das veranlaßt James Callaghan auf dem letzten Parteitag, sein Schweigen zu brechen und der Partei die Leviten zu lesen.

Der Grund: Die Labour-Linke hatte ihn zum „Saboteur“ erklärt. Sie lastete ihm an, bei der letzten Unterhauswahl mit seiner offenen Kritik am verteidigungspolitischen Kurs Labours und seiner klaren Absage an der unilateralen nuklearen Abrüstung der Partei in den Rücken gefallen zu sein. Er wurde, wie vor ihm Harold Macmillan, zum Sündenbock einer Wahlniederlage gemacht. Sein provozierender Auftritt auf dem Parteitag war bitter und scharf. Seither jedoch ist von James Callaghan öffentlich kein Wort mehr zur Labour-Politik vernommen worden. Er schweigt beleidigt und betroffen.

Das Problem des Edward Heath: Er vermag nicht zu schweigen. Er ist davon überzeugt, daß es Kräfte in der Parteiführung gibt, die versuchen, die Geschichte seiner Amtszeit umzuschreiben. „Sie versuchen, die Periode von 1970 bis 1974 auszulöschen, als habe es sie nie gegeben. Sie klammern mich als Parteichef und als Premierminister aus“, beklagte er sich in einem Interview mit dem „Guardian“. Anlaß zu dieser Klage gab ihm ein von der Parteiführung produzierter Wahlfilm, in dem die Verdienste der Konservativen um den britischen EG-Beitritt dargestellt wurden, ohne auch nur mit einem Wort Edward Heath zu erwähnen.

Ein „Elefant, der nicht vergessen kann“? Kaum. Der „Rebell“ Edward Heath hat nicht das Vertrauen zu Margaret Thatcher und zu seiner Partei, er hat das Vertrauen auf eine faire Geschichtsschreibung verloren.



Bundeskanzler Kohl in Yad Vashem, der Gedenkstätte für die Opfer des Nazismus in Jerusalem. FOTO: AP

Der Kanzler findet in Israel nur zurückhaltenden Applaus

Helmut Kohl trifft in Israel auf Freundlichkeit und Kritik. Sein geplantes Waffengeschäft mit Saudi-Arabien gefällt hier niemandem. Aber Regierungschef Shamir möchte die für sein Land wichtige Bundesrepublik nicht verprellen. Darum bemühte er sich um Ausgleich und Freundschaft.

Von BERNT CONRAD

Zwei Stunden nach seiner Ankunft in Israel sah sich Helmut Kohl konfrontiert. Auf dem Ben-Gurion-Flughafen war alles noch sehr freundlich-routiniert verlaufen: Warmes Sonnenwetter, ein tadellos funktionierendes Zeremoniell mit Ehrenkompanie und Nationalhymnen, lebenswürdige Begrüßungsworte Yitzak Shamirs. Es schien, als sei hier ein ganz normaler gongesehener Gast aus einem befreundeten Land ohne besondere Probleme eingetroffen.

In Yad Vashem auf den Bergen oberhalb Jerusalems aber wehte ein schärferer Wind. Der Kanzler hatte sich entschlossen, unmittelbar nach der Landung die Gedenkstätte für die sechs Millionen von deutscher Hand ermordeten Juden aufzusuchen. Es störte ihn kaum, daß rund 50 Demonstranten am Eingang lautstark gegen eine „Legalisierung“ der Waffen-SS in der Bundesrepublik (gemeint war die Hilfsorganisation Hag) protestierten. Demonstrationen dieser Art hatte es immer gegeben; früher waren sie sogar erheblich umfangreicher gewesen.

Doch Kohls Gesichtszüge wurden starr, als Yitzak Arad, Vorsitzender des Yad-Vashem-Direktoriums, ohne Umschweife zur Sache kam: „Herr Bundeskanzler, ich selbst habe den Holocaust miterlebt und überlebt. Meine Eltern wurden im Vernichtungslager Treblinka ermordet. Es wäre eine Tragödie des deutschen und des jüdischen Volkes und ein furchtbares Unrecht für alle Zeiten meinem Volk gegenüber, müßte mein Sohn, der jetzt in unserem Mil-

tär dient, an einem Verteidigungskampf gegen einen Feind teilnehmen, der mit deutschen Waffen gerüstet ist.“ Mit ernster Stimme fuhr er fort: „Ich konnte mich retten vor den Einsatzgruppen, als sie alle 3000 Juden meiner Stadt in Litauen ermordeten. Sie können sich meine Gefühle vorstellen, als ich über die Legitimierung der Waffen-SS erfuhr.“

Das wirkte wie ein Hammerschlag. Der Kanzler nahm ihn schweigend hin. Mit verschlossener Miene ließ er sich dann durch das Holocaust-Museum führen. Ein israelischer Begleiter wollte ihm Bilder aus der deutschen Vergangenheit erläutern. Doch der Pfälzer schnitt ihm das Wort ab: „Ich kenne die deutsche Geschichte“, erklärte er knapp. Später erläuterte er: „Wir haben ein neues Deutschland, ein erneuertes Deutschland.“ War es Unsicherheit an diesem Erinnerungsort grausamen Unheils oder Ärger über die brüskten Begrüßungsworte?

Unter gleißenden Scheinwerfern und Blitzlichtern wurde dann ein Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife vor das ewige Feuer gelegt. Der Kanzler trat heran, hockte sich nieder, stoppte kurz vor dem Boden und ordnete die Schleife. Es war kein Kniefall wie jener des Willy Brandt am Denkmal des Warschauer Gettos, aber die Geste kam ihm nahe. „Ich kann Ihnen versichern, so etwas wird sich in Deutschland nicht wiederholen“, beteuerte Kohl beim Abschied gegenüber seinen israelischen Begleitern. Ins Gästebuch schrieb er den alttestamentarischen Satz aus dem Buch Hiob: „Er reißt dich aus dem Rachen der Angst in einen weiten Raum, wo keine Bedrängnis mehr ist.“

Im ersten Gespräch mit Regierungschef Shamir ging es verbindlicher zu. Gewiß, auch der drähtige kleine Israeli betonte Bonns historische Verantwortung und warnte mit allem Nachdruck vor Rüstungsgeschäften mit den Saudis. Hätte er das nicht getan, wäre er von der öffentlichen Meinung bestimmt worden. Aber Shamir – umgänglich und nüchtern als sein Vorgänger Menachem Begin – wollte nichts verschüt-

ten. Gerade angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Israels braucht er die Unterstützung Bonns innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. „Wenn nach dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals die israelischen Agrarexporte in die EG eingeschränkt werden, kann unsere ganze Landwirtschaft zusammenbrechen“, erläuterte er dem Kanzler gestern im zweiten Gespräch.

Kohls Rede beim abendlichen Festbankett im Hilton-Hotel spiegelte den Wunsch wider, bei aller Bejahung geschichtlicher Verantwortung die Unbefangenheit eines Deutschen zu demonstrieren, der die Schrecken des NS-Staates nur als Kind und Jugendlicher erlebt, also selbst keinerlei Schuld auf sich geladen haben konnte. Seine Gleichsetzung der Freundschaft zu Israel und Arabern, seine Empfehlung der hier äußerst unpopulären Venedig-Entscheidung der EG und des Arabergipfels von Fez, lösten bei vielen jüdischen Teilnehmern – darunter prominenten Abgeordneten der Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Opposition – fast einen Schock aus. „Schrecklich“ kommentierte ein früheres Regierungsmitglied. Entsprechend dünn war der Applaus. Ein israelischer Minister allerdings meinte zum Bonner Regierungssprecher: „Das war eine sehr mutige offene Rede, die man so nur unter Freunden halten kann.“

Kohl konnte gestern morgen befriedigt feststellen, daß Shamir ihn noch ebenso freundlich behandelte wie am Vortage. Auch beim Besuch in der Knesset, dem israelischen Parlament, hörte er Angenehmes. Präsident Menachem Savidor rühmte – nur von wenigen bitteren Zwischenrufen unterbrochen – des Kanzlers „hervorragende Eigenschaften“ und nannte ihn einen „authentischen Führer des neuen Nachkriegs-Deutschlands“.

„Es läuft alles sehr gut“, verkündete einer von Kohls Mitarbeitern später. Unter der Oberfläche aber spürte man ein gewisses Unbehagen über einen Kanzler, von dem viele meinten, er treibe seine Unbefangenheit zu weit.



Die Riege der Geschlechter: Harold Macmillan, Lord Home (Sir Alec Douglas Home), Lord (Harold) Wilson, Edward Heath, James Callaghan. FOTOS: CAMERA PRESS (5), DPA, RUDI MEISS.

Wie weit soll Gold Ihnen noch entgegenkommen?

Jeder will Gold zum niedrigsten Kurs kaufen. Das gelingt aber nur wenigen. So geht man leicht das Risiko ein, die Chance zu verpassen. Ist der Goldpreis vielleicht nicht jetzt schon interessant genug? Lassen Sie sich von uns beraten.

Nicht nur über Preisaussichten, sondern auch über die besonderen Stärken, die Gold als Anlage haben kann.

Die Form der Goldanlage, die Sie wählen, hängt von der Menge und von Ihren Zielvorstellungen ab. Ob für Sie

Münzen, Zertifikate oder ein mehrwertsteuerfreies Depot in Luxemburg am besten geeignet sind, sagen wir Ihnen gern. Selbstverständlich beraten wir Sie auch, welchen Teil Gold in Ihrer Geldanlage insgesamt einnehmen sollte. Wie bei jeder anderen Anlageform helfen wir Ihnen natürlich auch beim Verkauf. Nutzen Sie deshalb unsere große Erfahrung, auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.



Deutsche Bank

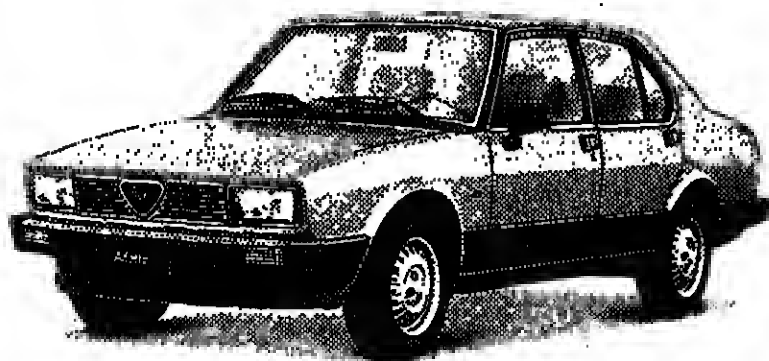


1 ALFETTA STATT AUFPREISPOLITIK



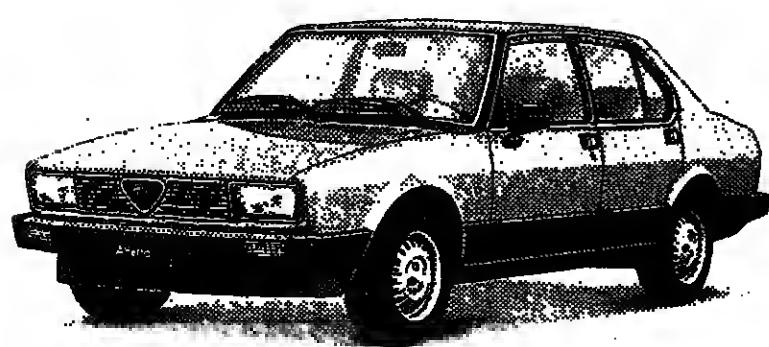
Schön, daß es noch ausgeprägte Charaktere unter den vielen profillosen Neuzeit-Limousinen gibt. Noch schöner ist es, daß die Alfetta-Klasse vitale Sportlichkeit und souveräne Persönlichkeit bietet, ohne durch willkürliche Aufpreispolitik die Lust am Einstiegen zu mindern. Aber am schönsten ist tatsächlich eine Probefahrt. Und der beste Weg, die Summe der Alfetta-Qualitäten zu erfahren.

2 ALFETTA JETZT!



Eine Probefahrt mit einer Alfetta kann Ihren Entscheidungsprozeß erheblich abkürzen. Denn plötzlich stellt man selbst fest, daß die Alfetta als Sportlimousine nicht nur eine intelligente Lösung zwischen dynamischer Fahrleistung und unerhört großem Raumangebot ist, sondern auch die pure Lust am Autofahren wiederaufleben läßt. Fragt sich nur, warum man nicht schon früher darauf gekommen ist.

3 ALFETTA: AB DM 26.690!*



Qualität hat ihren Preis. Diese Tatsache dokumentiert die Alfetta auf erstaunliche Weise, denn ihr technologisches Format und ihren detaillierten Limousinen-Kamfort lassen sich andere teuer bezahlen. Abgesehen davon ist die souveräne Persönlichkeit eines Alfa Romeo natürlich unbezahlbar. Vergleichen Sie. Denken Sie. Handeln Sie. Und sprechen Sie nach einer ausgiebigen Probefahrt mit Ihrem Händler. Ganz unverbindlich.

Im „Fall Kießling“ gerät der Verteidigungsminister zunehmend in die Defensive

Will Strauß die Affäre für eine Rückkehr nach Bonn nutzen?

Von MANFRED SCHELL
In der Affäre um Bundesverteidigungsminister Wörner und den entlassenen Vier-Sterne-General Kießling entwickelten sich Merkwürdigkeiten, die zwar mit dem eigentlichen Sachverhalt wenig zu tun haben, die aber dennoch hochpolitisch sind. Dazu gehört in erster Linie die Rolle, die der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in dieser Diskussion einnimmt, in der es um den Kopf des Ministers geht.
Strauß hat bisher kein gutes Wort für Wörner eingelegt, während Bundeskanzler Helmut Kohl und der Fraktionsvorsitzende der Union, Alfred Dregger, ihm „pflichtgemäßes Handeln“ attestiert haben. Statt dessen fordert Strauß den bedrängten Minister auf, den „Beweis“ für die Notwendigkeit der Entlassung des Generals zu erbringen. Strauß tut dies, obwohl er weiß, daß genau hier die Schwachstelle Wörners liegt. Fragen, ob Wörner bei ausbleibendem Beweismaterial zurücktreten müsse, weist Strauß nicht zurück. Er läßt sie wirken und verweist auf die Kompetenz von Helmut Kohl: „Ich bin doch nicht der Bundeskanzler.“

Keine Entlassung auf Druck der Opposition

Im Bundeskanzleramt in Bonn beobachtet man diese Entwicklung in der CSU-Spitze nicht ohne Sorgen. Die Frage, die hier gestellt wird, lautet einfach: Will Strauß nach einem erzwungenen Rücktritt des Verteidigungsministers eine breitere Kabinettsumbildung anstreben, die ihn wieder ins Spiel bringt? Der Bundeskanzler, der auf Staatsbesuch in Israel ist, unterschützt jedenfalls die Entwicklung nicht.
Um einen ständigen zuverlässigen Informationsstand über die Affäre und deren allgemeinpolitische Begleiterscheinungen zu haben, hat er seinen Vertrauten, Ministerialdirektor Eduard Ackermann, in Bonn gelassen. Kohl selbst hat sich zu der Frage, ob er Wörner halten will, ob Wörner sie halten will, nicht öffentlich geäußert. Seine Erklärung gegenüber Oppositionsführer Vogel, er se-

he keinen Anlaß für einen Rücktritt, gibt sicherlich keine endgültige Antwort auf die tatsächlichen Absichten des Regierungschefs.
Einsichtig ist, und dies hätte Vogel wissen müssen, daß der Kanzler einen Minister jedenfalls nicht auf Druck der parlamentarischen Opposition hin entlassen kann. Die SPD hat zudem mit ihrem Antrag, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, gewollt oder nicht, Wörner zumindest für befristete Zeit den Rettungsring zugeworfen. Wörner hat jetzt Gelegenheit, sich vor diesem Gremium zu rechtfertigen. Ob er am Ende, wenn alles auf dem Tisch liegt und politisch bewertet ist, tatsächlich noch als tragbar gilt, ist aus heutiger Sicht zumindest ungewiß.

Der Bundeskanzler jedenfalls hat sich auf dieses Zeitspiel eingelassen. Seinen Überlegungen kommt es so gar entgegen. Die Bundesregierung sähe schlecht aus, wenn heute Wörner und in einigen Monaten vielleicht auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Hut nehmen müßten. Jetzt hat Kohl Zeit, abzuwarten und, wenn es erforderlich werden sollte, beide Minister in einem Zug zu ersetzen. Die CDU würde, wahrscheinlich in der Person von Alfred Dregger, den neuen Verteidigungsminister stellen. Auch Staatsminister Alois Mertes ist genannt worden. Ebenso käme der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rübe, zuständig für Außen- und Sicherheitspolitik, in Betracht. Kohl ist ein Förderer von Rübe.

Die FDP würde aus ihrer Interessenlage heraus das Amt des Bundeswirtschaftsministers besetzen. Kohl hat kürzlich vor dem CDU-Präsidium gesagt, bei einem Ausscheiden von Graf Lambsdorff würde keine Kabinettsumbildung erforderlich. Damit hat er signalisiert, daß die Wiederbesetzung dieses Ministeramtes Sache der FDP ist. Ob sich der Koalitionspartner CSU damit zufrieden geben würde, ist nicht sicher. Jedenfalls sieht es zur Zeit so aus, daß Strauß - um beim Schachspiel zu bleiben - den „König“ Kohl mit sei-

ner Kritik und seiner auch bei anderen Anlässen geäußerten Unzufriedenheit an der Regierungsarbeit in Bonn nicht erreichen kann. Dafür werden jetzt die „Bauern“, also Minister, und hier speziell Wörner, kritisch angegangen.
Die zweite Merkwürdigkeit ist die Art und Weise, wie die Bundesregierung mit ihrem Instrument Militärischer Abschirmdienst (MAD) umspringt. Richtig ist, daß der MAD im Fall Kießling schwerwiegende Fehler begangen hat. Der für Innen und Recht zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karl Miltner (CDU) hatte gemeint, in dieser Situation sei der MAD kaum noch zu verteidigen. Dies ist gewiß eine richtige Einschätzung, aber die Bundesregierung mit ihrem Sprecher Peter Boenisch ist hier einen großen Schritt weitergegangen. Boenisch hat sich in abwertender Form über das Regierungsinstrument MAD geäußert, so, als wolle er die Mafia anprangern.

Der MAD hat nicht nur Pannen produziert

Sachliche Aufklärung, zum Beispiel der verteilte Hinweis, daß die Zustände im MAD in der Amtszeit der sozialdemokratischen Verteidigungsminister Schmidt, Leber und Apel entstanden sind, wäre wohl hilfreich gewesen. Außerdem hat der MAD nicht nur Pannen produziert. Die Aufdeckung des schwerwiegenden Spionagefalls Lutz/Wiegel auf der Hardthöhe wäre ohne die Arbeit des MAD nicht gelungen.
Die Absicht, die hinter der Attacke Boenischs stand, ist natürlich zu durchschauen. Er wollte damit dem in Not geratenen Bundesverteidigungsminister beistehen. Die „Öffentlichkeitsarbeit“ des Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung in dieser Angelegenheit ist ohnehin ein Kapitel für sich. Kießling, im Krankenzimmer mit einem Telefonapparat ausgestattet, hat das, was er zur Verteidigung zu sagen hatte, effektiv über die Fernsehleinwand transportiert. Die Regierungsside hingegen hat eine Ungeschicklichkeit an die andere gereiht.

Auf „Tatsachen“ hätte Wörner verzichten können

Von BRUNO WALTERT

Was mag Manfred Wörner veranlaßt haben, persönlich mit dem umstrittenen Schweizer Journalisten Ziegler, zusammenzutreffen? Jene, die es gut meinen mit dem in den Fall Kießling verstrickten Verteidigungsminister, beantworten die Frage so: Wörner ging es darum, nach „weiterem Beweismaterial“ zu forschen, mit dem sich die Behauptung untermauern läßt, Kießling habe sich im Homosexuellen-Milieu bewegt und sei deshalb zum Sicherheitsrisiko geworden.
Daß Wörner solches aus politischen Gründen für angebracht hielt, ist immerhin denkbar - wiewohl der Minister sich fragen lassen muß, ob er sich dieses Treffen aus Stützgründen nicht hätte versagen müssen. Rechtlich gesehen war das Zusammentreffen Wörners mit Ziegler jedenfalls unzulässig. Und zwar aus folgendem Grund:

Wörner hat veranlaßt, daß General Kießling im Dezember vom Bundespräsidenten nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Diese Vorschrift hat folgenden Wortlaut: „Der Bundespräsident kann die Beförderung jedes Offiziers in den einstweiligen Ruhestand versetzen.“ Gestützt auf die Intentionen des Gesetzgebers und insbesondere auf das Wort „jederzeit“ in Paragraph 50 hat die höchstgerichtliche Rechtsprechung den Grundsatz entwickelt, daß zur Versetzung von Generalen in den einstweiligen Ruhestand eine „Begründung durch Anführung von Tatsachen“ nicht notwendig ist. Wörner konnte Kießling also in den einstweiligen Ruhestand versetzen, ohne irgendwelche „Tatsachen“ anzuführen. Erst dann, wenn die Versetzung in den Ruhestand angefochten wird, müssen Gründe genannt werden.
Aber selbst hier hat das Bundesverwaltungsgericht Grenzen gezogen. Eine Entscheidung dieses Gerichts vom 12. April 1978 geht beispielsweise davon aus, daß dann, wenn zur Begründung geltend gemacht wird, der Minister sehe dem hohen Offizier gegenüber keine Vertrauensbasis mehr, diese Feststellung allein zur

Begründung genügt. Wörtlich heißt es in der Entscheidung: „Der Vertrauensentzug als solcher unterliegt nicht der gerichtlichen Kontrolle.“ Er darf lediglich nicht willkürlich sein.
Zwar beziehen sich diese Feststellungen auf Paragraph 22 des Soldatengesetzes, der das Verbot der Dienstausübung behandelt. Aber unter Juristen ist unstrittig, daß diese Grundsätze im Fall des Paragraphen 50 ebenso gelten.

Zumindest rechtlich gesehen stünde Minister Wörner also jetzt, aber auch später in einem Streit vor dem Verwaltungsgericht, ganz gut da, wenn er sich darauf beschränkt hätte, als Grund für die Versetzung Kießlings in den einstweiligen Ruhestand allein den Vertrauensverlust zu nennen. Weshalb er sich in einem Brief an Kießlings Anwalt Redeker auch auf die Homosexualitäts-Argumentation eingelassen hat, bleibt rätselhaft. Waren dafür als „politisch“ verstandene Gründe maßgebend?

Wenn aber dieses Argument schon eingebracht ist: Unter rechtlichen Gesichtspunkten ist es höchst problematisch, den Vorwurf der Homosexualität abgeleitet wird, mit Zeugen zu untermauern, die erst nach der Entscheidung gefunden wurden - falls diese Zeugen überhaupt glaubwürdig wären. Es ist zumindest nachträglich „Beweis“ im Rechtsstreit relevant sein könnten. Das wäre allenfalls dann denkbar, wenn sie gerichtsverwertbare, ausreichende Beweise, die schon zum Zeitpunkt der Entscheidung existierten, nur noch zusätzlich untermauerten.

Juristen fragen sich im übrigen, weshalb Wörner im Dezember nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, General Kießling, der ohnehin am 30. März 1984 in den Ruhestand treten wollte, nach Paragraph 22 des Soldatengesetzes die Dienstausübung zu verbieten. Alle Voraussetzungen dafür waren gegeben. Und alles, was Wörner mit der Zurücksetzung Kießlings erreichen wollte, hätte er auch auf diesem Weg erreichen können. Und - vermutlich - ohne allen politischen Ärger.

Die Generale wußten nichts von dem Treffen des Ministers mit Ziegler

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die Nachricht vom Zusammentreffen von Bundesverteidigungsminister Wörner mit dem Schweizer Schriftsteller Alexander Ziegler, der sich öffentlich zu seiner homosexuellen Neigung bekennt und Wörner angebliche Beweise über General a. D. Kießling behaupteten Umgang mit einem Düsseldorf „Strichjungen“ vorlegte, hat auf die höchsten Offiziere der Bundeswehr offensichtlich fast wie ein Schock gewirkt. Dieser Eindruck herrschte 24 Stunden nach dem Zusammentreffen des Ministers mit der Runde der Inspektoren der Teilstreitkräfte, deren Stellvertretern, den Amtschefs, Kommandierenden Generalen und Schulkommandeuren sowie den hohen Offizieren in integrierten Stäben im Generalstab vor. Zu dieser Besprechung hatte der Generalinspekteur, General Altenburg, geladen. Sie hatte das Ziel, die Offiziere über die Vorgänge zu unterrichten, die den Minister zur vorzeitigen Entlassung von Kießling bewogen hatten.

Als Wörner die Runde rund eine Dreiviertel Stunde lang über die Geschehnisse unterrichtete, wußten die Offiziere noch nichts vom Zusammentreffen des Ministers mit Ziegler. Dies wurde erst nachträglich bekannt. Die Nachricht wirkte so ungünstig auf die Teilnehmer, daß nachträglich, wie es scheint, der gute Eindruck, den Wörner mit seinen Ausführungen bei den Generalen und Admiralen hinterließ, sich äußerst negativ verändert hat. Gesagt wurde gestern, es entspreche kaum einem allseits akzeptierten Rechtsverständnis, wenn der Minister, der für Kießling auch nach dessen Pensionierung die Pflicht zur Fürsorge habe, auf diese „höchst merkwürdige“ Weise Belastungsmaterial gegen den zu erhalten hoffe, für den er gerade die Pflicht zur Fürsorge habe. Deshalb hinterließ Wörner bei den Teilnehmern der Runde nachträglich ein „ungutes Gefühl“.

Ursprünglich hatte die Runde dem Minister für sein Handeln in der „Affäre Kießling“, wie es hieß, sympathisches Verständnis entgegengebracht, obwohl die meisten wohl nicht alles an seinem Handeln verstanden hätten. Einer der Teilnehmer sei in die Besprechung mit Altenburg und Wörner mit der Einstellung gegangen, der Minister werde sich kaum rechtfertigen können. Derselbe habe sie nach mehr als vier Stunden mit den Worten verlassen, der Minister habe nicht anders handeln können.
Von verschiedenen Seiten wurde die Atmosphäre der Begegnung mit „überwiegend loyal und voller Verständnis“ für die politische und militärische verantwortliche Führung der Streitkräfte geschildert. Wörner und Altenburg verzeichneten viele kriti-

sche Fragen zur Schlüssigkeit der Erkenntnisse über den angeblichen Umgang Kießlings in Kölner Lokalen. Überdies war ein Teilnehmer sogar so kritisch anzumerken, es wäre besser gewesen, noch wirksamere Mittel der Recherche zur Erhärtung oder Entkräftung der Vorwürfe gegen Kießling anzuwenden. Solchen Einlassungen der Offiziere waren, wie zu hören war, keine Bekundungen der Loyalität für den Minister und den Generalinspekteur vorausgegangen.

Außerdem wurde berichtet, daß die nach der Besprechung von Altenburg abgegebene Erklärung ausführlich von den Generalen und Admiralen beraten worden war. In ihr hatte es geheißen, daß im Zusammenhang mit der Affäre von der Bundeswehr Schaden abgewendet werden müsse und die Person von Kießling zu schützen sei. Auch habe die Bundeswehr übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß der entlassene General zu rehabilitieren sei, wenn durch die jetzt laufenden Untersuchungen entsprechende Erkenntnisse gewonnen werden sollten. Darüber hinaus hatte es in der Erklärung geheißen, die Kommandierenden Generale hätten erkannt, daß Wörner am 8. Dezember 1983 aufgrund der vorliegenden Unterlagen „entschieden mußte“. Im Entwurf für die Erklärung war von „handeln mußte“ die Rede.

Der Empfang des heute 40-jährigen Ziegler auf der Hardthöhe hat eine Parallele. Im Jahre 1979 war der damalige österreichische Außenminister Willibald Papp unversehens Opfer eines Raubüberfalls. Nach einem Raubüberfall auf den Minister in Straßburg benutzte ein 18-jähriger Franzose die öffentliche Verhandlung nicht zu einem reinen Geständnis, sondern zum großen Auftritt: Der Minister, so behauptete er, habe ihm

in der Nähe des Justizpalastes, einem Treffpunkt Straßburger Strichjungen, Feuer für seine Zigarette gegeben. Daraus habe sich eine Liebesbeziehung entwickelt. Fahr bezeichnete die Anschuldigungen als „ungeheuer und lächerlich“.

In Zürich blies daraufhin Alexander Ziegler nach Feststellungen der eidgenössischen Sicherheitsbehörden in die glimmende Glut und sah sich zu seiner Genugtuung zu einem Gespräch beim österreichischen Generalkonsul eingeladen. Der Fall entpuppte sich jedoch als Phantasieprodukt des Täters, der eine Schutzbehauptung für den Raubüberfall gesucht hatte. Fahr selbst („Ziegler lügt“) wurde voll rehabilitiert.

Als Chefredakteur des Homosexuellen-Magazins „Du und ich“ brachte Ziegler das Milieu bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins Gespräch. Schweizer Bürger, die sich für seine Vergangenheit interessierten, wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die Erwähnung eines gerichtlichen Verfahrens gegen Ziegler wegen der Anschuldigung der Unzucht mit Minderjährigen nicht mehr statt-

Gespräch mit „Zeugen“ bringt Wörner in neue Bedrängnis

© Fortsetzung von Seite 1

haben. Danach sollen Generalinspekteur Altenburg und weitere verantwortliche Offiziere geladen werden. Als Minderheit hat die SPD allerdings die Möglichkeit, Gegenstände der Untersuchung zu verlagern oder den Kreis der Zeugen zu verändern. Die SPD will das Vorgehen bei der Sicherheitsüberprüfung Kießlings von Juli bis September 1983, bei der Wiederaufnahme der Überprüfung im November 1983 sowie die Tatsachen und Erkenntnisse überprüfen, die Wörner im Januar 1984 - also nach der Entlassung von Kießling - bekanntgeworden sind.

Nachdem Staatssekretär Hiehle vom Verteidigungsministerium aus Gesundheitsgründen seinen Dienst nicht mehr versehen kann, hat die Affäre gestern ein zweites „Opfer“ in der Umgebung Wörners gefunden: Der Leiter des Ministerbüros, Regierungsdirektor Trebsch, ist aufgrund der Überlastung „dienstunfähig“ geworden. Er wurde nach Hause geschickt, um sich auszuschlafen.

Deutliche Kritik an Wörner wurde gestern im CSU-Organ „Bayernkurier“ geübt. Die Diskussion, so hieß es dort, „gebe durchaus nicht nur zu Lasten Kießlings“. Auf der einen Seite gebe es eine von der SPD mitgeführte Stimmungsmache gegen Wörner, „auf der anderen eine mit

widerlichen Einzelheiten - die wenn auch keineswegs solchen, die beweisen wären - betriebene Vorabverurteilung des Generals“. Dem MAD warf das Organ „Blamage“ vor. Schon jetzt sei durch den Fall Kießling „und seine qualende Behandlung“ erheblicher Schaden „innerhalb und außerhalb der Bundeswehr“ angerichtet worden.

Staatssekretär Schreckenberger sagte in dem WELT-Gespräch, „pauschale Angriffe gegen den MAD haben keinen Sinn“. Nach seiner Einschätzung lägen Fehler nicht im organisatorischen Bereich des MAD. Vielmehr habe sich eine „Verkettung unglücklicher Umstände“ ergeben. Die Hinweise, Kießling nach Paragraph 50 Soldatengesetz zu entlassen, hätten ausgereicht. Wörner habe inzwischen eine Kommission eingesetzt, die sich mit dem MAD befasse. Ein Beamter des Kanzleramtes sei als „Beobachter“ dabei. Der Kommission gehören der frühere Innenminister Höcherl, der ehemalige Verfassungsrichter Rottmann und der frühere Konteradmiral Albrecht an.

Schreckenberger lag an der Klarstellung, daß er nicht dafür zuständig sei, was in den Diensten wie des MAD gemacht werde. Durch Erklärungen von Regierungssprecher Boenisch war fälschlicherweise der Eindruck entstanden, das Kanzleramt sei dafür zuständig.

Wörners neuer Zeuge ist kein unbeschriebenes Blatt

WERNER KAHL, Bonn/Zürich

Schweizer Fernsehzeitschauer verfolgen Dienstagabend mit wachsender Spannung einen Bericht aus Bonn. Der homosexuelle Züricher Schriftsteller und Theaterautor Alexander Ziegler trat auf der Hardthöhe, dem Sitz des Bundesverteidigungsministeriums, als Schlüsselfigur im Fall des deutschen Generals Günter Kießling auf. Was hatte den deutschen Verteidigungsminister veranlaßt, so gestern der Schweizer Nationalrat Ernst Cincera zur WELT, den skandalumwitterten Politikstürmer zu empfangen?

Der Empfang des heute 40-jährigen Ziegler auf der Hardthöhe hat eine Parallele. Im Jahre 1979 war der damalige österreichische Außenminister Willibald Papp unversehens Opfer eines Raubüberfalls. Nach einem Raubüberfall auf den Minister in Straßburg benutzte ein 18-jähriger Franzose die öffentliche Verhandlung nicht zu einem reinen Geständnis, sondern zum großen Auftritt: Der Minister, so behauptete er, habe ihm

in der Nähe des Justizpalastes, einem Treffpunkt Straßburger Strichjungen, Feuer für seine Zigarette gegeben. Daraus habe sich eine Liebesbeziehung entwickelt. Fahr bezeichnete die Anschuldigungen als „ungeheuer und lächerlich“.

In Zürich blies daraufhin Alexander Ziegler nach Feststellungen der eidgenössischen Sicherheitsbehörden in die glimmende Glut und sah sich zu seiner Genugtuung zu einem Gespräch beim österreichischen Generalkonsul eingeladen. Der Fall entpuppte sich jedoch als Phantasieprodukt des Täters, der eine Schutzbehauptung für den Raubüberfall gesucht hatte. Fahr selbst („Ziegler lügt“) wurde voll rehabilitiert.

Als Chefredakteur des Homosexuellen-Magazins „Du und ich“ brachte Ziegler das Milieu bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins Gespräch. Schweizer Bürger, die sich für seine Vergangenheit interessierten, wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die Erwähnung eines gerichtlichen Verfahrens gegen Ziegler wegen der Anschuldigung der Unzucht mit Minderjährigen nicht mehr statt-

haft sei. Das Verfahren aus dem Jahre 1967 ist inzwischen im Strafregister gelöscht worden.

Die Gerichte hatten dennoch erneut Grund, den Buchautor vorzuladen. In einem Buch („Eines Mannes Liebe“) beschrieb Ziegler in Romanform Abenteuer eines hohen Justizbeamten auf Auslandsreisen. Auf dem Bildschirm behauptete er dann, es handele sich um einen existenzistischen Regierungsbeamten. Die Beschreibung glich der Person des inzwischen verstorbenen Regierungsrates Arthur Bachmann, Justizchef des Kantons Zürich. Bachmann verklagte den Autor. Wegen fortgesetzter übler Nachrede wurde Ziegler zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Schützenhilfe für Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) erklärte Ziegler gegenüber dem Schweizer Boulevardblatt „Blick“ damit, die Fälle Kießling und die Ungewissheit über den Ausgang des Verfahrens in der Parteipendelaffäre hätten die Bundesregierung ins Wackeln gebracht. Wenn sie stürze, gäbe es einen Rechtsrutsch in der Bundesrepublik mit Franz Josef

Strauß als neuem Mann.

Von dem Tonband mit dem angeblichen Bezug auf den Fall Kießling veröffentlichte das Massenblatt gestern Auszüge („exclusiv“). Es handelt sich um ein 1979 geführtes Gespräch zwischen Alexander Ziegler, damals Chefredakteur von „Du und ich“ und dem Strichjungen Achim M. aus Düsseldorf. M. wollte nach Angaben Zieglers der Zeitschrift Informationen über seine Beziehungen zu einem hohen Bundeswehr-Offizier „verkaufen“. Der Strichjunge behauptet unter anderem, sein angeblicher Offiziersfreund sei Kießling gewesen und habe sich bei einem Treffen im Frankfurter Hotel Sheraton als „Dr. Brack oder so ähnlich“ ins Gästebuch eingetragen. Auf die Frage, wie er, der Strichjunge, an den wahren Namen gekommen sei, erklärte dieser, im Sheraton habe ihn mal einer gegrüßt: Grüt! Gott! Doktor Kießling“. Auf den Vorhalt des Jungen, warum er sich ihm gegenüber nicht zu erkennen gegeben habe, sei ihm vom General geantwortet worden, er sei tatsächlich „der Dr. Günter Kießling von der Bundeswehr“.

aber das solle der junge Freund „gleich wieder vergessen“.

„Blick“ veröffentlicht zugleich mit dem Ziegler-Interview eine Reproduktion eines Dokuments auf offiziellem Briefpapier von Dr. Manfred Wörner, Bundesminister der Verteidigung. Der Brief ist unterzeichnet: Wörner“. Laut Zeitungsbild heißt es darin: „Herr Alexander Ziegler, Tölzstraße 12, 8712 Stile am Zürichsee/Schweiz, ist bereit, heute eine eidesstattliche Erklärung im Fall des General Dr. Kießling abzugeben. Solange er auf Wahrung seiner Anonymität besteht, sichere ich ihm dies zu.“ (Folgt Unterschrift angeblich von Wörner - die Red.) In Zürich erklärte inzwischen Zeuge Ziegler, befriedigt über den Empfang im Bundesverteidigungsministerium, in der Affäre könne man mit dem Minister „von Mann zu Mann“ reden.

DIE WELT (wupp 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-\$39.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to Garmen Language Publications, Inc., 280 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Reagan nimmt „definitiv“ Stellung zu Libanon

Brief an Abgeordnete erwähnt Zeitplan für Truppenabzug

TH. KIELINGER, Washington
In einem Brief an zwei Kongressabgeordnete hat Präsident Reagan eine, wie das Weiße Haus es nennt, „definitive“ Darstellung der Libanon-Politik gegeben. Der Brief an die Abgeordneten Hamilton und Aspin ist vom 19. Januar datiert, wurde jedoch erst jetzt in Washington publik gemacht.

In seinem Schreiben hebt Reagan hervor, daß „unsere Friedensmission in Libanon nicht ewig dort bleiben sollte und auch nicht bleiben werden. Aber wir können nicht einfach einseitig abziehen, ohne Fragen aufzuwerfen über die amerikanischen Verpflichtungen, im Nahen Osten eine Mäßigungs- und Verhandlungsrolle zu spielen.“

Reagan hebt offen hervor, daß die Vereinten Staaten „Präsident Gemayel und die verschiedenen Gruppen in Libanon bedrängen haben, sich in Fragen gemeinsamer Politik und Sicherheitsvorkehrungen zu einigen“. In diesem Zusammenhang weist er auf die jüngste Reise des US-Nachost-Unterhändlers Rumsfeld hin, der zur Zeit in Washington Bericht erstattet über seine Bemühungen, den politischen Einigungsprozess in Libanon voranzubringen.

Rumsfeld ist aber vorerst mit leeren Händen zurückgekommen, was Außenminister Shultz vor wenigen Tagen veranlaßt, öffentlich Kritik an der Obstruktionsspolitik Syriens und Moskaus zu üben. Unter anderem muß Syriens Außenminister – laut Shultz – „Botschafter Rumsfeld gegenüber bedeutet haben, die USA seien im Nahen Osten „kurztatig“ und würden ihre Truppen eher aus Libanon zurückziehen müssen als Damaskus die syrischen.“

Feinde kritisiert

Reagan erläutert, wie als Antwort auf die syrische Position, in seinem Brief an die beiden Kongressabgeordneten seine Vorstellungen von der „Zeit, die benötigt wird“, damit die Gruppenminderheiten in Libanon überwunden werden können. „Gerade deshalb“, so fährt er fort, „habe ich um Unterstützung im Kongress für die 18-Monats-Frist nachgedacht, die wir unserer Friedensmission in Libanon geben müssen. Diese Dauer dürfte der Regierung Libanons jenen Atemraum geben, den sie braucht, um ihre Autorität zu erweitern.“

Wie vor ihm Shultz kritisiert auch der Präsident erneut die Feinde einer

Einigung in Libanon. Wörtlich nennt er die Sowjetunion, Syrien und Iran. Die Präsenz der internationalen Friedenstruppe trage „wesentlich dazu bei, daß Präsident Gemayel einen Versöhnungsprozess in Gang bringt, der mehr libanesisch als syrisch ist. Hastiger Abzug unserer Truppen könnte also nur gefährlicher Weise genau jenen politischen Prozess unterminieren, den Sie und ich uns als Nahziel gesetzt haben.“

Die Äußerungen Reagans zur sowjetischen Rolle im Libanon-Konflikt schwanken zur Zeit stark. Noch am 16. Januar hatte er in einer nach Europa übertragenen Fernsehansprache einen deutlichen Wink in Richtung Moskau erteilt, daß die USA und die Sowjetunion bei der Lösung der Libanon-Krise zusammenarbeiten sollten. „Das würde uns in Washington bestimmt dabei helfen, auch andere Aspekte unserer Beziehungen zu Moskau positiver anzugehen“, sagte der Präsident damals.

Kreml antwortete nicht

Dieses Signal scheint aber vom Kreml nicht mit konkreten Schritten beantwortet worden zu sein. Im Gegenteil, die amerikanische Aufklärung in Libanon ermittelt täglich neue Zahlen eines rasch fließenden militärischen Nachschubs aus Moskau für Syrien und die mit Syrien verbundenen Drusen unter Walid Dschumblatt, die am heftigsten Gemayels Regierung bekämpfen. Entsprechend dieser Erkenntnisse verschärft sich der Ton wieder, mit dem die Amerikaner Syrien und Moskaus Rolle beschreiben.

Inzwischen hofft man in Washington, daß Gemayel mit einigen der verfeindeten Gruppen in Libanon einen Modus der Einigung findet. Im Gespräch ist nach wie vor der Plan, den der libanesischer Präsident selber den westlichen Regierungen vorgelegt hat und der von diesen stark unterstützt wird. Demnach soll Beirut das Ziel einer nationalen Einigung vorerst zurückstecken und statt dessen versuchen, schrittweise einen Bürgerfrieden mit einzelnen Gegnern der Zentralregierung herzustellen. Und zwar vor allem mit Nabil Berri, dem Vertreter der Schiiten, mit Rashid Karami, einem Sunniten-Anführer aus Tripoli, und mit Suleiman Frangschieh, dem ehemaligen Staatspräsidenten und Chef der christlichen Gemeinden im Nordosten Libanons.

Wien hilft Jugoslawiens Wirtschaft

100-Millionen-Dollar-Kredit / Interesse an politischer Kooperation / Sinowatz in Belgrad

CARL G. STRÖHM, Belgrad
Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz hält sich in Begleitung seines Finanzministers Herbert Salcher und einer Delegation prominenter Bankiers und Wirtschaftsmanager zu einem offiziellen Besuch in Jugoslawien auf. Den Gästen aus Wien geht es vor allem darum, den mit einer schweren wirtschaftlichen Krise ringenden Nachbarn unter die Arme zu greifen.

Die Chefin der jugoslawischen Bundesregierung, Milka Planinc, sagt gegenüber Sinowatz, Jugoslawien habe im Verlauf des „Stabilisierungsprozesses“ die „Talsohle“ erreicht. Es zeigten sich erste Erfolge – so etwa sei die Handelsbilanz im abgelaufenen Jahr erstmals wieder positiv gewesen. Allerdings müßten die Jugoslawen zugeben, daß das Realinkommen der Bevölkerung nach offiziellen Angaben um 25 Prozent gesunken sei. Im abgelaufenen Jahr habe Jugoslawien seine Exporte um 14 Prozent steigern können, aber seine Importe um elf Prozent reduziert.

Österreich spielt im Rahmen der internationalen Hilfe für Jugoslawien eine wesentliche Rolle. Wie Sinowatz mehrfach betonte, ist Wien an stabilen Verhältnissen im Nachbarland interessiert. Von den 1,4 Milliarden Dollar, die Jugoslawien im Rahmen

des Berner Abkommens bisher erhalten hat, haben die Österreicher einen Anteil von 100 Millionen Dollar übernommen. Weitere Kredite kann Österreich allerdings – wie von Wiener Regierungsseite angedeutet wurde – schon aus Gründen seiner eigenen wirtschaftlichen Situation nicht übernehmen. Finanzminister Salcher sagte, es werde „keinen einzigen Schilling zusätzlicher Kredite für Jugoslawien geben“. Bei den Wirtschaftsgesprächen geht es also darum, österreichische Lieferungen an Jugoslawien aus jenem Teil des Wiener 100-Millionen-Dollar-Kredits zu vereinbaren, der gebunden ist – das heißt für den die Jugoslawen nur in Österreich einkaufen dürfen. Insgesamt belaufen sich die jugoslawischen Schulden gegenüber Österreich auf umgerechnet rund 1,5 Milliarden Mark.

Die Jugoslawen wollen unter allen Umständen vermeiden, in eine Umschuldung hineinzuschlittern. Zur Zeit wird mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen Stand-by-Kredit verhandelt. Danach wird es, so Salcher, eine „Umstrukturierung“ der jugoslawischen Schulden geben. Offenbar geht es darum, durch zusätzliche ausländische Finanzspritzen und durch eine Frolongierung laufender Kredite den Jugoslawen zu ermöglichen, ihren bisher aufgelaufenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verpflichtungen Jugoslawiens aus dem Jahr 1983 werden, wie Belgrad versichert, noch im Laufe des Jahres 1984 erfüllt werden.

Wien ist auch an einer engen politischen Kooperation interessiert, zieht aber eine klare Grenze zwischen der eigenen Neutralität und der jugoslawischen Blockfreiheit. Der einzige Schatten, der auf den Sinowatz-Besuch fiel, war das Problem der slowenischen Minderheit in Kärnten. Die Österreicher zeigten sich befremdet, daß ausgerechnet einen Tag vor dem Besuch des österreichischen Kanzlers der jugoslawische Außenminister Lazar Mojsov in Belgrad eine Delegation österreichischer Slowenen empfing, wobei davon die Rede war, daß Jugoslawien den „Kampf“ der Kärntner Slowenen um ihre Minderheitenrechte unterstützen werde.

Wie verlautet, hat Sinowatz der jugoslawischen Regierung eine Liste von humanitären Fällen vorgelegt. Die österreichische Seite weigerte sich, darüber nähere Angaben zu machen, doch ist bekannt, daß Angehörige politischer Häftlinge vor allem aus Kroatien Sinowatz gebeten haben, für politisch verurteilte Jugoslawen eine Amnestie oder eine Milderung der Strafen zu erwirken.

Namibia: USA ergreifen Initiative

Washingtons Emissäre verhandeln mit Südafrika und Angola / Kubaner ziehen noch nicht ab

rt/AP, Washington/Kapstadt
Die Vereinten Staaten setzen ihre Bemühungen um eine Lösung des Namibia-Konflikts auf höherer Ebene fort. Der für Afrika zuständige stellvertretende US-Außenminister Chester Crocker will auf einer gestern angetretenen zweiwöchigen Afrika- und Europareise zunächst mit südafrikanischen Politikern zusammentreffen und anschließend Sambia, Mosambik, Tansania und möglicherweise auch Angola besuchen.

Südafrikas Außenminister Roelof Botha bestätigte in Kapstadt, daß er sich morgen mit Crocker treffen werde. Dessen Stellvertreter Frank Wisner hatte am Wochenende auf den Kapverdischen Inseln mit Vertretern Angolas verhandelt. In Lissabon, wo er mit Portugals Außenminister Jaime Gama sprach, wollte sich Wisner nicht dazu äußern, ob Washington die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Angola plane.

Ein hochrangiges Mitglied der US-Regierung dementierte gestern, daß eine Verhandlungslösung bevorstehe, die auch den Abzug der 25 000 kubanischen Soldaten aus Angola vorsehe. Beschidenere Ziele stünden im Vordergrund, sagte der Regierungsvertreter. Der von Südafrika in Aussicht gestellte Waffenstillstand an der Grenze zwischen Namibia und Angola sollte über die vorgesehene Periode von 30 Tagen hinaus verlängert werden, „um ein Klima zu schaffen, in dem Angola und Südafrika die Arbeit an den großen Problemen für lohnend halten“, meinte er.

Nach den südafrikanisch-angolanischen Gesprächen von voriger Woche hofft Crocker, wie aus dem State Department verlautete, ein südafrikanischer Rückzug aus Angola könnte den Friedensbemühungen Auftrieb geben. Die für die Unabhängigkeit Namibias kämpfenden Buschkrieger könnten den Schritt damit honorieren, daß sie ihre Vorstöße einstellen.

Südafrika würde dann sein Angebot des Abzugs innerhalb von 30 Tagen zeitlich weiter verlängern, was Angola dazu bewegen könnte, auf Angriffe gegen die im Land operierenden südafrikanischen Truppen zu verzichten.

Dies wiederum könnte Südafrika veranlassen, dem ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika die Unabhängigkeit zu gewähren und zuzulassen, daß der künftige Staat Namibia von der schwarzen Bevölkerungsmehrheit regiert wird. Eine weitere Voraussetzung für eine solche Lösung würde nach Meinung der Gewährsleute allerdings auch darin bestehen, daß die prowestlichen Guerillakämpfer in Angola die Waffen niederlegen und mit der kommunistischen Regierung des Landes verhandeln. Eine solche Lösung betrachtet man im US-Außenministerium allerdings als das „optimistischste Szenario“.

Seite 2: Neuer Anfang

KGB schleuste Spione in Londons Geheimdienst ein

Als Mitglieder der Freimaurer / Buch veröffentlicht

SIEGFRIED HELM, London

Dem sowjetischen Geheimdienst KGB ist es gelungen, durch Infiltration der britischen Freimaurerbewegung bis in die höchsten Dienststellen Großbritanniens einzudringen. Neu angeworbene KGB-Mitarbeiter werden ausdrücklich angewiesen, Freimaurer zu werden, um sich so deren 750 000 Logenbrüder umfassendes Netz zu bedienen, das alle wichtigen Institutionen des Landes umfaßt. So konnte das KGB Spione sogar bis in die Geheimdienste Mi 5 und Mi 6 einschleusen. Das erklärt der britische Autor Stephen Knight in seinem soeben veröffentlichten, auf langjährigen Recherchen beruhenden Buch mit dem Titel „The Brotherhood: The Secret World of the Freemasons“ (Die Bruderschaft, die geheime Welt der Freimaurer).

Als wichtigsten Beweis für seine Behauptung der KGB-Infiltration zitiert der Exjournalist und Historiker Knight aus einem ihm zugespielten geheimen Memorandum, in dem ein britischer Diplomat, der fast 20 Jahre lang für Mi 6 gearbeitet hat, ausdrücklich vor den Gefahren einer solchen von Moskau gesteuerten Unterwanderung warnt. In dem 1981 geschriebenen Dokument wird zwar betont, es sei undenkbar, daß das Freimaurertum sich für die Interessen der Sowjets einspannen ließe. Es sei aber in hohem Maße geeignet, auf verschiedenste Weise hinter dem Deckmantel der Respektabilität für geheime Zwecke mißbraucht zu werden.

Ausdrücklich wird außerdem festgestellt, daß das KGB jeden Agenten anweise, Freimaurer zu werden, wenn davon Nutzen zu erwarten sei. So könne ein vom KGB eingeschleuster Logenbruder Einfluß bei der Ernennung seines Nachfolgers ausüben. Bei Gesprächen mit Logenbrüdern könne er Informationen beschaffen, die für Erpressungszwecke geeignet seien. Außerdem biete die Freimaurerbewegung gute Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen.

Maßnahmen gefordert

In dem Memorandum wurden folgende Maßnahmen zur Abwehr der Unterwanderungsgefahr gefordert: • Die Leiter des Geheimdienstes und der Nachrichtendienste dürfen keine Freimaurer sein.

• Jeder Beamte dieser Dienststellen und des politischen Dezernats von Scotland Yard muß Angaben darüber machen, ob er Freimaurer ist.

• Die Leiter der Personalabteilungen von Regierungsdienststellen dürfen keine Freimaurer sein. Autor Knight bemerkt, daß er dieses Memorandum mehreren ehemaligen Kabinettsministern vorgelegt habe, übereinstimmend hätten sie versichert, daß es die Einleitung einer amtlichen Untersuchung gerechtfertigt hätte. Wie KGB-Agenten ganz ohne Wissen ihrer Brüder in den 10 000 Freimaurerlogen Englands arbeiten, erläuterte Knight mit dem Beispiel eines Fahrstuhls: „Der KGB-Mann benutzt einfach den Fahrstuhl des Freimaurertums, über den Mitglieder rascher und unter weniger Kraftaufwand in höhere Etagen gelangen können als jene, die vielleicht besser qualifiziert sind, aber die Treppe hinaufsteigen müssen.“ Er fügte hinzu: „Bei der Fahrt im Fahrstuhl sieht er sich die Mitfahrenden an und knüpft in zwangloser Atmosphäre Kontakte.“

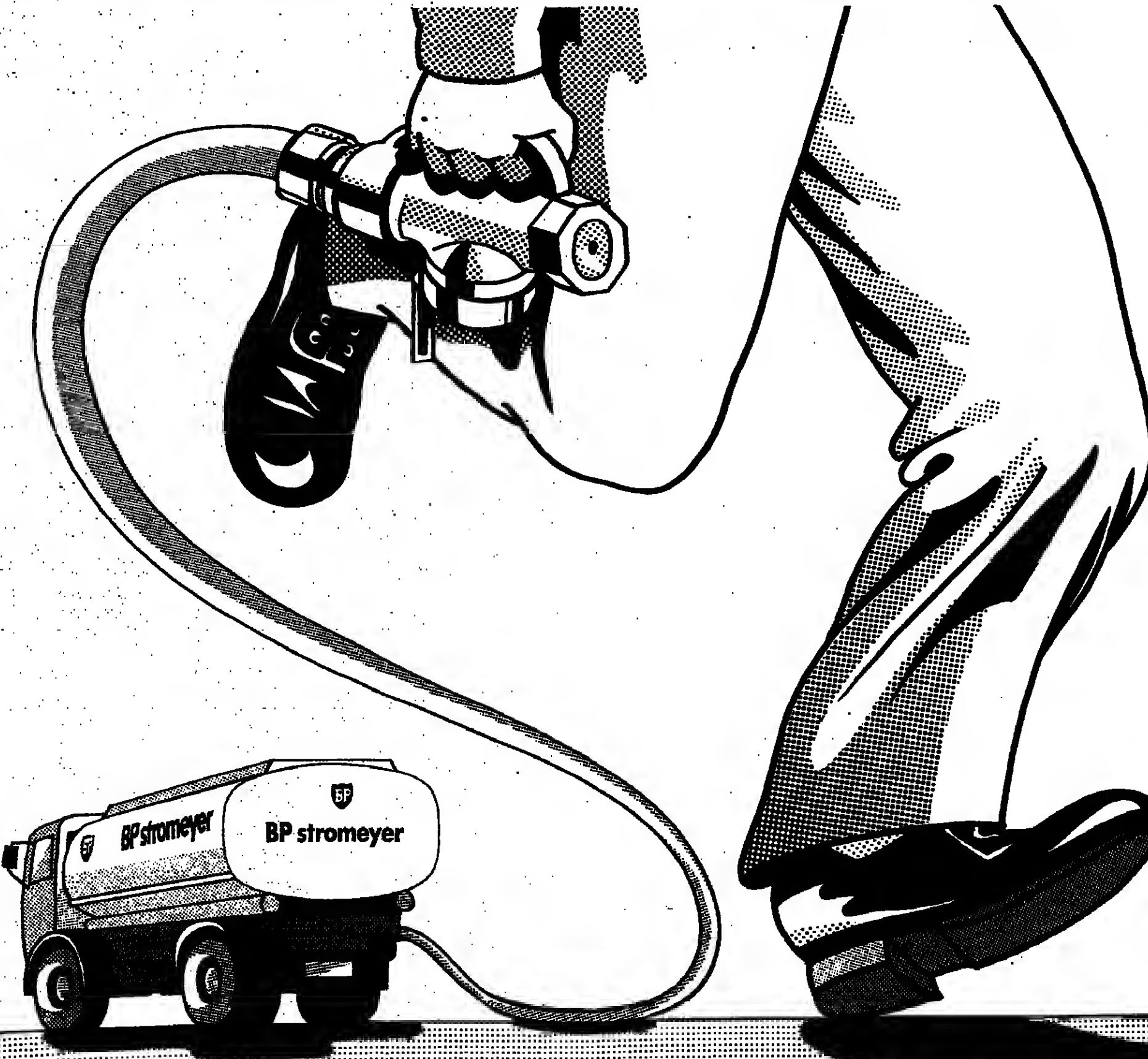
„Besondere Aktionen“

In dem Memorandum des Geheimdienstes werde ausdrücklich hervorgehoben, daß das KGB ganz ohne Wissen der Freimaurer deren Bewegungen auch für „besondere politische Aktionen“ nutze. Beispiele dafür sind: einen Skandal zu inszenieren, in den Freimaurer verwickelt sind. Beständendes Material zu sammeln, das dann im politisch brisanten Augenblick in die Öffentlichkeit gebracht wird, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bloßzustellen.

Als größten Erfolg des KGB auf dem Umweg über Englands Freimaurerbewegung nennt Stephen Knight die Ernennung von Sir Roger Hollis zum Direktor des Geheimdienstes Mi 6. Hollis war von 1956-1965 in diesem Amt. Knight zufolge war Hollis, der in den dreißig Jahren als Angestellter einer Tabakfirma in Shanghai Freimaurer wurde, ein denkbar ungeeigneter Kandidat für den britischen Geheimdienst, sowohl wegen seiner Gesundheit als auch wegen mangelnder Intelligenz. Zunächst abgewiesen, schaffte er den Einstieg dank eines Logenbruders dennoch. Dann stieg er im „Fahrstuhl“ der Beförderungen rasch auf.

Die von offizieller britischer Seite bereits dementierte Behauptung, der inzwischen verstorbene Geheimdienstchef habe im Dienst des KGB gestanden, hat jetzt neue Nahrung erhalten. (SAD)

Der Tankwart, der zu Ihnen kommt. Mit Heizöl von BP Stromeyer.



BP und Stromeyer haben ihre Kräfte vereint. Und damit ist jetzt – ganz in Ihrer Nähe – ein Heizöl-partner, bei dem alles in einer Hand liegt. Von der Quelle bis in Ihren Heizöltank. Das bedeutet Liefersicherheit und Leistungsfähigkeit.

BP Stromeyer ist Ihnen so nahe wie Ihr Telefon. Rufen Sie einfach an, und eine freundliche BP Stromeyer steht zu Ihren Diensten. Wenn unser Tankwart dann zu Ihnen kommt, dann bringt er – außer erstklassigem Heizöl – als Dankeschön ein grün-gelbes Büchlein¹⁾ für Ihre Adressen und Telefonnummern mit.

Aber auch wenn Ihr Tank voll ist und Sie Fragen zum Energiesparen, zur Wartung oder zum Tankschutz haben – der Fachmann von BP Stromeyer steht Ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

¹⁾ Natürlich können Sie dieses Büchlein auch gern kostenlos bei

BP Stromeyer, Postfach 10 19 49, 4330 Mülheim 1, anfordern.

BP Stromeyer Tochtergesellschaften mit Verkaufsbüros:

2000 Hamburg 040/12 30 20, 2100 Braunschweig 0531/18 77, 0531/18 77, 2200 Berlin 030/12 30 20, 2300 Bonn 0228/12 30 20, 2400 Bremen 0421/12 30 20, 2500 Chemnitz 0371/12 30 20, 2600 Düsseldorf 0211/12 30 20, 2700 Frankfurt 069/12 30 20, 2800 Garmisch 089/12 30 20, 2900 Gießen 0631/12 30 20, 3000 Hannover 0511/12 30 20, 3100 Heilbronn 07141/12 30 20, 3200 Köln 0221/12 30 20, 3300 Landau 07331/12 30 20, 3400 Leipzig 0341/12 30 20, 3500 Linz 07321/12 30 20, 3600 Ludwigshafen 06201/12 30 20, 3700 Mannheim 0621/12 30 20, 3800 München 089/12 30 20, 3900 Nürnberg 0911/12 30 20, 4000 Osnabrück 0541/12 30 20, 4100 Regensburg 0941/12 30 20, 4200 Saarbrücken 0691/12 30 20, 4300 Schwerin 0381/12 30 20, 4400 Speyer 06221/12 30 20, 4500 Stuttgart 07141/12 30 20, 4600 Trier 0651/12 30 20, 4700 Ulm 07141/12 30 20, 4800 Wiesbaden 0631/12 30 20, 4900 Würzburg 0931/12 30 20, 5000 Xanten 0201/12 30 20, 5100 Yverdon 0261/12 30 20, 5200 Zürich 0041/12 30 20, 5300 Zug 0041/12 30 20, 5400 Basel 061/12 30 20, 5500 Bern 031/12 30 20, 5600 Brüssel 02/12 30 20, 5700 Genéve 022/12 30 20, 5800 Lausanne 021/12 30 20, 5900 Luzern 041/12 30 20, 6000 Montreux 021/12 30 20, 6100 Neuchâtel 031/12 30 20, 6200 Sion 0279/12 30 20, 6300 Thurgau 052/12 30 20, 6400 Valais 0277/12 30 20, 6500 Vaud 021/12 30 20, 6600 Waadt 021/12 30 20, 6700 Zentralschweiz 041/12 30 20, 6800 Graubünden 081/12 30 20, 6900 Ob- u. Nidwalden 041/12 30 20, 7000 Appenzel A. u. S. 041/12 30 20, 7100 Glarus 056/12 30 20, 7200 Schwyz 041/12 30 20, 7300 Uri 041/12 30 20, 7400 Unterwalden 041/12 30 20, 7500 Zug 0041/12 30 20, 7600 Valais 021/12 30 20, 7700 Vaud 021/12 30 20, 7800 Waadt 021/12 30 20, 7900 Zentralschweiz 041/12 30 20, 8000 Graubünden 081/12 30 20, 8100 Ob- u. Nidwalden 041/12 30 20, 8200 Appenzel A. u. S. 041/12 30 20, 8300 Glarus 056/12 30 20, 8400 Schwyz 041/12 30 20, 8500 Uri 041/12 30 20, 8600 Unterwalden 041/12 30 20, 8700 Zug 0041/12 30 20, 8800 Valais 021/12 30 20, 8900 Vaud 021/12 30 20, 9000 Waadt 021/12 30 20, 9100 Zentralschweiz 041/12 30 20, 9200 Graubünden 081/12 30 20, 9300 Ob- u. Nidwalden 041/12 30 20, 9400 Appenzel A. u. S. 041/12 30 20, 9500 Glarus 056/12 30 20, 9600 Schwyz 041/12 30 20, 9700 Uri 041/12 30 20, 9800 Unterwalden 041/12 30 20, 9900 Zug 0041/12 30 20.

BP
BP Stromeyer

Rückblick auf eine Epoche des Übergangs

Zwei neue Bände der „Geschichte der Bundesrepublik“

Das Erscheinen eines ersten Bandes der auf fünf Bände angelegten, so wohl im Blick auf die renommierten Namen von Herausgebern und Autoren als auch auf die bei der Vorbereitung des Werkes möglich gewordene Ausstattung eines breiten, bislang der Forschung nicht zur Verfügung stehenden Quellenmaterials und auf die großzügige Ausstattung und Aufmachung mit Fotos, Graphiken, Faksimiles und Tabellen als repräsentativ anzusehenden „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ – des von Hans-Peter Schwarz verfassten Bandes II „Die Ära Adenauer 1949–1967“ – im Sommer 1981 wurde als wissenschaftliches Ereignis und zugleich als Politikum ersten Ranges gewürdigt. Jetzt erschienen im Fortgang des wissenschaftlichen und publizistischen „Großunternehmens“ kurz hintereinander der die Reihe eröffnende Band von Theodor Eschenburg und Band III, wieder aus der Feder von Hans-Peter Schwarz. Für dieses Jahr ist auch bereits Band IV „Von Erhard zur Großen Koalition“ von Klaus Hildebrand, für 1985 dann der Reihe – vorerst – abschließende V. Band von Karl Dietrich Bracher „Republik im Wandel 1969–1980“ angekündigt.

Theodor Eschenburg stand mit seiner Aufgabe, die Vorgeschichte der Gründung der Bundesrepublik in den Jahren der Besatzungsherrschaft seit der Kapitulation des Hitler-Reiches darzustellen, von allen Autoren vor der zweifellos schwierigsten Situation, obwohl oder gerade weil die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung seit einiger Zeit ihren Schwerpunkt eindeutig von der Weimarer Republik und dem „Dritten

– im Blick auf die Grenzfrage und vor allem die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Anregend ist auch Gramls These, daß die westlichen Alliierten im Zeitraum zwischen der Konferenz von Jalta (Februar 1945) und dem Sommer 1946 noch am ehesten das versuchten, was später (1953) nur als ideologisch-propagandistische Formel von der Administration Eisenhower-Dulles ausgegeben wurde: eine Zurückdrängung der Sowjetunion aus den eroberten Gebieten Ostmitteleuropas, ein „Roll back“ (S. 365).

Eschenburg, der trotz der erwähnten Einschränkungen als Autor des größten Teils des Bandes verantwortlich zeichnet, geht von der Rechtslage Deutschlands nach der Kapitulation aus und schildert sodann ausführlich die Situation der Deutschen unter dem „Kondominium der Alliierten“, die höchst unterschiedlichen Lebensbedingungen in den einzelnen Zonen „im Sog der Systeme“, die Verhältnisse bei den Anfängen von Parteien und Verbänden, von Rundfunk und Presse, die Verschiebung der Länderverfassung und die Ergebnisse der ersten Kommunal- und Landesparlamentswahlen bis zur „Einleitung der Wende“ 1947, wobei er die amerikanische Initiative hervorhebt, die zur Gründung der Bizone führte. Die Geschichte dieser „Vorform des Weststaats“ selbst wird von W. Benz erzählt, der – zusammen mit Eschenburg – auch den „Weg zum Grundgesetz“ nachzeichnet und als alleiniger Autor, den Band abschließend, „Das Ende der Besatzung“ bis zum Wahlkampf für den ersten Deutschen Bundestag 1949 beschreibt.

In seinem „Einleitenden Essay“ „Geschichtliche Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland“ geht E. Jäckel auf die Grenzen der Bundesrepublik, vor allem die Vereinbarungen der Alliierten über die Ost-West-Demarkationslinie, ein und weist auf den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der sich in der Bevölkerung Westdeutschlands in den Nachkriegsjahren vollzogen hat. Es entstand unter „beschleunigter Fortsetzung und Verstärkung“ der schon vor 1945 einsetzenden „Einkerbung der Klassenunterschiede“ eine „neuartige Gesellschaft“ (S. 161).

Reich“ fort auf die frühe Nachkriegszeit verlagert hat und der Fluß der Neuerscheinungen zu – oftmals regional, auch lokal sehr eingegrenzten – Themen aus den Jahren 1945 bis 1949 ununterbrochen anhält, es daher nicht leicht war, die Spreu vom Weizen zu trennen und die Ergebnisse der wichtigsten Studien in die beabsichtigte Gesamtdarstellung einzuarbeiten. Hinzu kam, daß Eschenburg infolge einer Erkrankung einen Teil der Einzelthemen seines Bandes an Hermann Graml und Wolfgang Benz übertrug, so daß Überschneidungen, vor allem bei der Darlegung der internationalen Rahmenbedingungen und der Problematik der „deutschen Frage“, nicht vermieden wurden.

Doch da Eschenburgs Stärke ohnehin im Bereich der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung, der regionalen Vorgänge und der Porträts der wichtigsten Persönlichkeiten liegt, hatte die Aufteilung der Arbeit auch ihre Vorteile. Der von Graml verfaßte Abschnitt über „Die deutsche Frage“ etwa gehört zu den eindrucksvollsten des Bandes, scheint sich der Autor doch nicht, deutliche Akzente zu setzen und mit seinen Urteilen nicht hinter dem Berge zu halten (z. B. S. 323, wenn er über die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 schreibt: „Hier wurden Verbrechen mit Verbrechen vergolten, NS-Methoden mit NS-Methoden“).

Liegt der Wert des Bandes von Eschenburg vor allem in der Reichhaltigkeit der Informationen über die verschiedensten Aspekte der Jahre der Besatzungsherrschaft, so ist der Band von Hans-Peter Schwarz über die letzten Jahre der Ära Adenauer ein großer Wurf, ein Werk aus einem Guß, trotz Einbeziehung der innenpolitischen Probleme, der sozialen Entwicklungen und der atmosphärischen Veränderungen in der Bundesrepublik in den Jahren 1967 (d. h. von der Bildung des dritten Kabinetts Adenauer nach Erringung der absoluten Mehrheit für die CDU/CSU in den Bundestagswahlen dieses Jahres) bis 1963 (bis zum Rücktritt Adenauers als Bundeskanzler), im wesentlichen konzentriert auf die außenpolitischen „Turbulenzen“ und die großen deutschlandpolitischen Weichenstellungen dieser Jahre. Es enthält dieser Band vor allem auch gleichsam das „letzte Wort“ des Autors zur „Ära Adenauer“ und zur „Bedeutung Adenauers“ – so die Überschriften der Schlussabschnitte – zu einem Thema, das Schwarz über zwei Jahrzehnte intensiv erforscht und reflektiert hat.

Der Autor rühmt den – von den Zeitgenossen nicht richtig erfaßten und auch in den rückwärtigen Betrachtungen nicht zu treffend gewürdigten – Abwehrkampf Adenauers in der über zweieinhalbjährigen Berlin-Krise von November 1958 bis Mitte 1962, wobei er auch Glück hatte und mehrfach



Schon unter Adenauer breitete der Streit um eine „flexiblere“ Ostpolitik. Der Kanzler wird Anfang 1960 von Willy Brandt in Berlin begrüßt. FOTO: UPI

eine politische Kapitulation vor der auf „Appeasement“-Kurs gegenüber der Sowjetunion liegenden Regierung Kennedy in der West-Berlin-Frage nur mit Mühe vermeiden konnte. Die Tendenz der Kennedy-Administration, sich auf Kosten der Deutschen mit der Sowjetunion von „Weltmacht“ zu „Weltmacht“ zu arrangieren, tritt in der quellennahen Darstellung nur allzu deutlich zutage. Trotz des schließlich erreichten Abwehrerfolgs – „im Sommer 1963, als sich die Ära Adenauer dem Ende zuneigte, war West-Berlin noch ebenso frei, prosperierend und mit der Bundesrepublik verbunden wie im Herbst 1958“ (S. 249) – stellte die „durch Berlin bedingte Abhängigkeit vom bösen Willen der Sowjetunion und vom guten Willen der Westmächte eine Dauerbelastung dar, die jede eigenständige außenpolitische Entfaltung verhinderte“ (S. 250).

Indirekt hängt damit auch das Scheitern des von de Gaulle zeitweilig forciert angestrebten „deutsch-französischen Zweibundes“ zusammen, der eine zu starke einseitige Verbindung mit Frankreich zur Folge gehabt hätte und daher in der Sicht der meisten deutschen Politiker – im Gegensatz zu Adenauers Bereitschaft – im Blick auf die USA nicht akzeptabel war. Der Streit um eine „flexiblere“ bundesdeutsche Ostpolitik war – wie Schwarz eingehend belegt – schon in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Adenauers in vollem Gange. „Wer sich die Stimmungen am Ende der Ära Adenauer rückblickend vor Augen führt, wundert sich auch noch nachträglich, weshalb die neue Ostpolitik erst Anfang der siebziger Jahre voll zum Durchbruch gekommen ist“ (S. 306). Nicht, wie vielfach, vor allem im westlichen Ausland, erwartet, ein abgekehrter deutscher Nationalismus entwickelte sich angesichts des Baues der Berliner Mauer und der Binnahme der Zementierung der Spaltung Deutschlands durch die Westalliierten, sondern es breitete sich weithin Resignation aus.

In seiner Bilanz der „Ära Adenauer“ kommt Schwarz zu dem Ergebnis, daß es sich um eine „Epoche des Übergangs“, eine „Art Abgesang des alten Deutschlands“ gehandelt habe. In der ganzen „Ära Adenauer“ durchdrangen sich „starke Elemente der Beharrung, die aus der Vorkriegszeit stammten, mit den Kräften des Wandels“, wobei sich das Bewußtsein der Menschen

langsam veränderte als die Real faktoren. Die politische Modernisierung sei diesmal – anders als in der Weimarer Republik – „auf Antriebe“ gestützt. Die Evolution der westdeutschen Gesellschaft vollzog sich in einem abwärts gerichteten Tempo, wobei sich Adenauer in der Rolle des Zauberkünstlers befand, der klar erkannte, daß mit den „Wohlfahrtsfakten“ die „Fundamente der überkommenen Wertordnung“ untergraben würden, die für ihn gültig blieb. „Im tiefsten Innern spürte er, daß er unzeitgemäß zu werden begann“ (S. 361).

Adenauer hat – so das Fazit von Schwarz – das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands mit seiner vorsichtigen Politik nicht erreicht. Jedoch wäre es verfehlt – so wie es oft geschieht –, zu behaupten, er habe die Wiedervereinigung gar nicht angestrebt. Für ihn stellte die Bundesrepublik als „Kernstaat“ und „Nachfolgestaat des Deutschen Reiches“ keinen Bruch mit der Vergangenheit dar. Da sich faktisch aber die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik trennte, wurde Adenauer wider Willen zum „Gründungs-vater“ der westdeutschen Republik. „Residualer Reichspatriotismus und realpolitische Nüchternheit sind in seiner Person ... eine engere Verbindung eingegangen, als er sich selbst eingestehen wollte“.

Begründet hat Adenauer „eine dauerhafte Tradition maßvoller Außenpolitik“. Aber „seiner realpolitischen Nüchternheit war ein starkes Element der Empörung über die Not der Landbevölkerung in der DDR beigegeben, und in einem Winkel seines Herzens lebte (eben) auch noch der alte Reichspatriotismus. Wenn er den „Erinnerungen“ das Motto „Mein Vaterland“ voranstellte, so dachte er nicht bloß an die Bundesrepublik – mit diesen Sätzen schließt Hans-Peter Schwarz seine (hier nur in einigen Aspekten wiedergegebene) umfassende angelegte Schlussbetrachtung. Von diesem Werk werden noch viele Impulse für weitere Forschungen zur „Ära Adenauer“ ausgehen. Sie dürften manches Detail korrigieren und modifizieren. Doch die Leistung des Autors, der bei dieser ersten Gesamtdarstellung erbracht hat, verdient höchste Anerkennung. ANDREAS HILLGRUBER

Politische Gefechte an der semantischen Front

Wolfgang Bergsdorfs Studien zu Herrschaft und Sprache

Die politische Semantik ist anscheinend die Lieblingsbeschäftigung von Wolfgang Bergsdorf, dem langjährigen Mitarbeiter Helmut Kohls im Konrad-Adenauer-Haus und heutigen Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Die vorliegende (von der katholischen Görresgesellschaft großzügig protegierte) Arbeit über politische Terminologie besitzt sogar die Dignität einer der Verfasser in den akademischen Adelsstand eines Privatdozenten erheben. Die Habilitationsschrift, obgleich sie zu einem Teil von Bergsdorfs früherer Veröffentlichung „Politik und Sprache“ zehrt. Hier wie dort kann man etwa nachlesen, daß Autoren von Meyers Konversationslexikon im Jahre 1936 ursprünglich negativ bewertete Begriffe im NS-Sinne positiv umdeuteten. Hier wie dort wird die semantische Revolutionierung der Sprache durch Herbert Marcuse oder die bewußte Sprachlenkung in der DDR analysiert. Und hier wie dort erfährt der Leser, welche Emotionalisierung die politische Terminologie eines Willy Brandt bewirkte.

Gewiß, Bergsdorfs neue Schrift von hohem akademischen Anspruch ist weitaus umfangreicher als das vorausgegangene Olzog-Taschenbuch. Die neue Publikation beschäftigt sich auch weitaus intensiver mit der Programmatik der demokratischen Parteien nach 1945 und mit ihrem ausgeprägten antitotalitären Politikverständnis. Dabei versucht Bergsdorf einen zeitgeschichtlichen Parforceritt durch die gesamte Nachkriegsgeschichte und entgeht dabei nicht ganz der Gefahr, das eigentliche Thema aus dem Auge zu verlieren.

Warum – so kann man fragen – verzichtet er auf eine eingehende Analyse der Rhetorik von sprachschöpferischen Gestalten der deutschen Politik – wie zum Beispiel Theodor Heuss, Carlo Schmid, Adolf Arndt, Karl Schiller, Gustav Heinemann? Dort, wo eingehend Sprachanalyse betrieben wird, vermischt man eine Ausleuchtung des Hintergrundes. Kein einziges Mal wird etwa erwähnt, daß Willy Brandt zahlreiche griffige Formulierungen dem Publizisten Klaus

Harpprecht und – zu einem geringen Ausmaß – Günter Grass verdankt.

Ebenso bleibt die Ghostwriter-Szene der Adenauer- und Erhard-Jahre unberücksichtigt. Felix von Eckardt, Adenauers langjähriger Presseschef, kommt überhaupt nicht vor. Andere, die Ludwig Erhard Formulierungshilfe leisteten, werden in den Anmerkungen verbannt: so etwa Alfred Müller-Armack, der den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ prägte, oder Rüdiger Altmann, der dem Liberalen Erhard die Carl-Schmittsche Staatsmystik von der „Formierten Gesellschaft“ unterschoob.

Hinzu kommen sprachliche Nachlässigkeiten. SPD-Vorsitzender Kurt Schmager wird stets ohne Vornamen genannt – ganz im Gegensatz zu jenem Karl Schmager, dem Bergsdorf die „Computerisierung des Manuskriptes“ mitverdankt (anscheinend

Wolfgang Bergsdorf: **Herrschaft und Sprache**. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Günther Neske, Pfullingen. 366 S., 48 Mark.

hat es mit der Elektronik nicht immer geklappt, denn im Register fehlen Namen, die im Text öfters auftauchen).

Aber eins geht aus Bergsdorfs insgesamt lesenswerter Schrift deutlich hervor: Herrschaft über die politische Sprache bedeutet meist auch Herrschaft über Menschen. Die Unionsparteien befanden sich in den 50er Jahren auch semantisch in der Offensive. Ludwig Erhards Parole „Wohlfahrt für alle“ wurde von der SPD plagierte. Andererseits konnten die Unionsparteien später dem utopischen Sprachbrauch von „Demokratisierung“ und „Reform“ und „Friedenspolitik“ nichts Gescheites entgegenzusetzen.

Auch Helmut Schmidts Machtverlust ging der Sprachverlust voraus. Er distanzierte sich deutlich von der Emotional-Rhetorik seines Vorgängers. Doch sein sprachlicher Pragmatismus hatte keine massenbewegende und machtabstabilisierende Kraft. GISELHER SCHMIDT

Vorurteile gegen Wahlmänner

Peter Merseburger erzählt aus seiner Zeit in Amerika

Wären Amerikas Wähler im November 1980 mehrheitlich dem Ratsschlag Peter Merseburgs gefolgt, den Vereinigten Staaten wäre ein Präsident Ronald Reagan erspart geblieben, dieser „außenpolitisch unerfahrene Provinzgouverneur außer Diensten“, der „alte Herr aus Kalifornien“ mit der „Inolunsichtbaren Schlichtheit seiner außenpolitischen Philosophie“ – und wie die Merseburgerkritiker sonst noch hießen, mit denen der Kandidat der Republikaner damals auf unseren Bildschirmen öffentlich-rechtlich bedacht wurde.

Merseburger, damals für die deutsche ARD in Washington engagierter Wahlkämpfer, war auf den noch amtierenden Präsidenten abgefahren, denn „Insider vom Rang Peter Merseburger: Die unerbittliche Vorkampft. Wohin steuern die USA? C. Bertelsmann Verlag, München. 283 S., 32 Mark.“

bescheinigten Carter Willensstärke, Fleiß und den höchsten Intelligenzquotienten seit Franklin Delano Roosevelt. Was bedeuten angesichts solcher Qualitäten schon eine nationale Inflationsrate von 17 Prozent und ein Hochzins von 21 Prozent, was die Debatel im Iran und anderswo in der amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Carter? Der Wahlkampf Reagans stempelte Washington für den Fernsehkorrespondenten Merseburger zu ungünstigen Stellen. Noch in Ost-Berlin, seinem nächsten Posten, kreist sein Grübeln um die eine Frage: Wieso sind die Amerikaner, diese begabte, hochintelligente Nation, unfähig, sich eine kompetente politische Führung zu geben?

Es ist die alte Klage der amerikanischen und europäischen elitären Linken, wonach das amerikanische Wahlsystem mit seinen Vorwahlen und Wahlmännern in der Regel dem Durchschnitt ins Weisse Haus und ins Parlament verhilft. Prompt polemisiert auch Merseburger gegen Amerikas politische Verfassung, die den Anforderungen einer modernen Weltmacht angeblich nicht mehr entspricht.

Mit seiner Titelwahl nimmt Merseburger das Ergebnis seines Grübelns vorweg. Die USA sind unter ihrer jetzigen Führung angeblich ein Risiko für den Erdball: Amerikas Nachrüstung bedrohe den Weltfrieden. Merseburger bemüht dabei erneut seine „Experten von Rang“, diesmal die Herren Marshall Shulman und Paul Warnke aus unglückseligen Carter-Zeiten, diskreditierte Strategen der Beschneidung.

Rund 350 SS-20 „Pioniere“ hält die Sowjetunion inzwischen in ihrem europäischen Bereich einsatzbereit – mobile, nachladbare Raketen, deren nukleare Dreifachsprengköpfe jeden Winkel Europas erreichen können. Wer nun aus Zahl und Potenz eine akute Bedrohung des Westens herleiten wollte, der mag sich von Merseburger beruhigen lassen, denn „da Moskau sich schon schwer damit tut, das eigene Herrschaftsmodell in Warschau zu behaupten, wird seine Lust, sich Westeuropa als zusätzlichen unverdächtige Brecken einzuräumen, kaum sonderlich groß sein“.

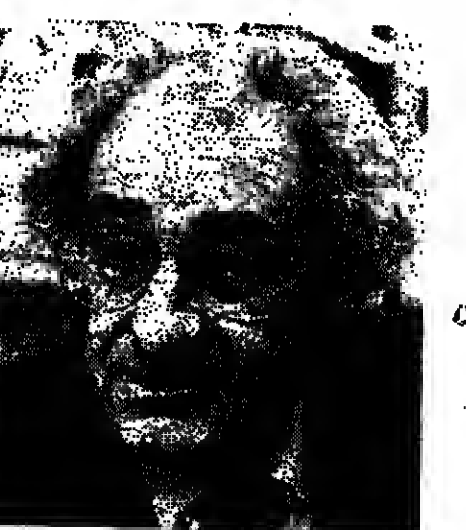
Wo also Nachrüstung, mit Pershings und Tomahawks? Um die SS-20 auszuschalten; reichen doch „die Gefechtsköpfe von ein oder zwei in der Nordsee kreuzenden Atom-U-Booten des Typs Polaris aus“. Die notarielle – und allen seegestützten Mittelstreckenraketen systemimmanente – Zielgenauigkeit der „Polaris“ ignoriert der hier waffentechnisch dilettierende Merseburger

freilich ebenso wie die strategisch zentrale Frage, auf welchem Wege die mobile SS-20 überhaupt „ausgeschaltet“ ist.

Aber man erwarte keinerlei Kenntnis. Zwar beanstandet Merseburger den „massiven Ausbau der US-Navy“, deutet aber nirgendwo auch nur an, daß dem jetzigen Ausbau der amerikanischen Flotte auf insgesamt 612 Schiffe im Planungsjahr 1986 in den siebziger Jahren einseitiger westlicher „Entspannung“ ein radikaler Abbau vorausgegangen ist, von rund einhundert Schiffen im Jahre 1972 auf ganze vierhundertdreißig im Jahre 1980.

Über denselben Zeitraum rüstete die Sowjetunion – die klassische europäische Kontinentalmacht – ihre Kriegsmarine unter Admiral Gorchow auf über tausend Kampfeinheiten auf, durch neue und moderne Schiffe, darunter Waffensysteme wie Raketenkreuzer und U-Boot-Jäger, ohne entsprechende Gegenüber in der amerikanischen Kriegsmarine.

So ist das maritime Rückgrat der amerikanischen nuklearen Abschreckungsstrategie, die SSBN-Flotte, von 41 Einheiten (1976) auf heute 33 geschrumpft. Um 1990, nach vollzogener Außerdienststellung der Poseidon-Boote, wird die SSBN-Flotte aus nur noch 20 Booten der Trident-Klasse bestehen. Keine Silbe davon bei Merseburger, keine einzige Zahl zum „massiven Ausbau der US-Navy“. Statt Fakten: Polemik gegen den erst



Peter Merseburger. FOTO: TEUTOPRESS

41 Jahre jungen Minister der Kriegsmarine, der seit Januar 1981 so kompetent wie zielstrebig mit dem Kongreß um die Mittel für seine zukünftige „600 Ship Navy“ ringt.

Im Rifer der Attacke gelingt Merseburger das Kunststück, den Namen seines Opfers Lehman kein einziges Mal richtig zu schreiben, nämlich mit nur einem n, und von Joseph Califano, einem Kabinettsmitglied unter Jimmy Carter, wird geplaudert, er sei „ehemaliger Verteidigungsminister“. Ist er aber nicht. Auf dem Bildschirm war's keinem aufgefallen.

Womöglich hätte Peter Merseburger dem Drang zum Buch widerstanden. So indes ist ihm zumindest unbeabsichtigt der Nachweis gelungen, daß selbst das langjährige Schaffen vor Mikrofon und Kamera in seinem Fall nicht den Kenner hervorbrachte hat.

Wenn Amerika auch im kommenden November Merseburger zum Trotz wider Reagan wählen sollte: Es verdient stärkere Bücher, sogar über seine Schwächen. H. JOACHIM MATTRE

„Kommen Sie aus Überzeugung – oder aus Deutschland?“

Berichte über illegale europäische Einwanderer in Palästina und jüdische Schicksale in einer Kleinstadt

Israel und die Deutschen, Deutschland und die Juden, Deutschland und seine Juden – das sind Themen, die zwar rational zu erfassen, aber kaum emotional darzustellen sind. Zugleich machen sie ein Dilemma der Zeitgeschichtsschreibung bewußt. Die Generation der Nachgeborenen, die inzwischen in akademische Würden hineingewachsen ist, verfügt über das Wissen und das Handwerkzeug, die Jahre des „Dritten Reichs“ mit derselben sachlichen Distanz zu beschreiben, mit der sie sich Sedan oder Königsgrätz zuwenden würde.

Die Zeit- und Leidensgenossen der Nationalsozialismus muß eine solche Betrachtungsweise jedoch verstören. Ihnen fehlt das Verständnis für die – gewiß zutreffende – Verallgemeinerung, weil für sie noch erlebte und lebendige Gegenwart ist, was un-

(die sich eigentlich bis heute nicht erfüllt hat), im eigenen Land friedlich leben zu können.

Für die Nachkriegsjahre kommt dann das Erstaunen dazu, daß es den Deutschen als Schuldigen und als Verlierern bald wieder sehr viel besser ging als den Israelis. Diese Geschichten werden oft erzählt, aber aufgeschrieben wurden sie bisher nicht.

Das hat nun Malka Schmucker getan, die als Siebenjährige mit ihren Eltern nach Palästina kam. In einer einfachen, direkten Sprache erzählt sie von den unendlichen Anpassungsschwierigkeiten, von den Opfern und den Kämpfen, die ein besonders assimilierte Juden kostete, in diesem Land heimisch zu werden.

Aber damit ist das Buch noch nicht zu Ende. Weil ihr Mann Europa nie vergessen konnte – nicht zuletzt, als sich ihm hier bessere Arbeitsmöglichkeiten boten – kehr-

te die Familie nach zermürbenden Diskussionen über das Für und Wider schließlich Ende der sechziger Jahre nach Deutschland zurück. Was das für einen Israeli heißt, kann ein Deutscher schwer nachempfinden. Malka Schmucker, indem sie nur von sich und ihrer Familie erzählt und sich vor hochtrabenden Verallgemeinerungen hütet, läßt es ein wenig verständlich werden. Ihr Buch ist wie ein langes Gespräch, sehr persönlich und darum eindrucksvoll. Es ist Zeitgeschichte, gesehen durch ein Temperament.

Die andere Seite der Medaille, das Schicksal der Juden, die sich nach 1933 nicht zur Emigration entschließen konnten, versucht Michael Brenner „Am Beispiel Weiden“ zu erfassen. Das Buch ist schon deshalb bemerkenswert, weil es aus einer Arbeit, die beim Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten zur deutschen Geschichte 1981 mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde, her-

vorging, also den berühmten Dilettantismus, der solche Aufsätze normalerweise kennzeichnet, hürter sich gelassen hat.

Der Autor hat viel Mühe und großen Fleiß investiert. Er hat versucht, eine Geschichte der Weiden Juden zu schreiben, eingebettet in die Zeitgeschichte. Doch gelungen ist das nicht ganz. Schon das Einleitungskapitel über den Antisemitismus in Deutschland vereinfacht viel zu sehr. Auch war die „Judenpolitik“ der Nationalsozialisten nicht so geradlinig, wie sie hier geschildert wird. Wie sonst hätten Juden bis 1938/39 noch hoffen können, Hitler zu überleben? Der schleichenden Entrechtung, der wachsenden Angst nach der „Reichskristallnacht“, zuerst der Ahnung, dann dem Wissen um die Vernichtung, werden Statistiken und Verallgemeinerungen nicht gerecht.

Das Buch, trocken und – obwohl von einem Betroffenen geschrieben – seltsam leblos, gewinnt Kraft nur in zwei langen Augenzeugenberichten. Der eine stammt von der Mutter des Autors und erzählt aus der Perspektive eines siebzehnjährigen Mädchens von der Zwangsverpflichtung zur Arbeit, den Folgen des Judensterns und der Rettung, weil die Zerstörung Dresdens ein Untertauchen und damit das Überleben ermöglichte. Der andere Bericht stammt von einem Onkel, der das Konzentrationslager überlebte.

Diese beiden Teile beeindruckten, weil ungekünstelt berichtet wird, wie es gewesen ist. Sie sind keine „Literatur“, aber sie sollen Lesebuchstücke werden. Denn hier wird Geschichte als persönliches Schicksal lebendig und darum verständlich.

Beide Bücher lehren, daß die Geschichte vergangener Generationen kühle Objektivität gemäß sein kann, daß aber die Zeitgeschichte als unvollendete Geschichte der Subjektivität und des lebendigen Zeugnis der Zeitgenossen bedarf. PETER DITTMAR



Nach dem Durchbrechen der Seeblockade vor dem britischen Mandatsgebiet Palästina: Die „Smyrna“ liegt in den Hafen von Haifa ein. FOTO: SÜDDUTSCHER VERLAG

Malka Schmucker: **Gest im eigenen Land**. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. 123 S., 14,80 Mark.

Michael Brenner: **Am Beispiel Weiden**. Arena Verlag, Würzburg. 173 S., 14,80 Mark.

ter den Händen der Wissenschaft zur Geschichte gefiert. Diese Spannung machen die beiden hier anzuzeigenden Bücher bewußt.

„Kommen Sie aus Überzeugung – oder aus Deutschland?“ so wurden nach 1933 die Einwanderer in Palästina gern gefragt. Deutlicher lassen sich kaum die Schwierigkeiten umreißen, die die meist doppelt Heimatlosen – Deutschland hatten sie verloren, ihr Judentum aber noch nicht gewonnen – erwarteten. Die Geschichten, die diese Männer und Frauen erzählen, gleichen sich immer. Es sind Berichte von einem schweren Anfang (oft in der Lebensmitte), von harten Jahren des Krieges und von der Hoffnung

Grüne Woche: Weh' dem, der nicht dabeigewesen ist

Heute abend wird die Internationale Grüne Woche eröffnet, von morgen an strömen die Besucher. Bis zum 5. Februar steht Berlin dann im Zeichen dieser Leistungsschau der Land- und der Ernährungswirtschaft, die immerhin zu den wichtigsten Veranstaltungen ihrer Art in Europa zählt. Und dieses liegt nicht nur an der

Anziehungskraft auf die Verbraucher. Sie ist für viele Aussteller ein bedeutendes Instrument der Absatzförderung und ein Testmarkt für neue Produkte. Sie ist eine Drehscheibe für Gespräche und Kontakte zwischen Produzenten und Abnehmern, aber auch unter Politikern. Die Landwirtschaftsminister oder ihre Vertreter aus allen

EG-Staaten kommen, um auch manches offene Wort über den beklagenswerten Zustand der Gemeinschaft zu wechseln. Und auch der amerikanische Landwirtschaftsminister John R. Block wird schon heute auf die Gefahren hinweisen, die vom Protektionismus der Europäischen Gemeinschaft ausgehen.

Von HANS-J. MAHNKE

Was, Sie waren nicht in Berlin? Dies klingt unter Eingeweihten wie eine Frage an einen Ausgestoßenen. Denn: Wer nicht zur Internationalen Grünen Woche nach Berlin anreist, muß sich auf unliebsame Fragen gefaßt machen. Unter dem Funkturm trifft sich in diesen Tagen eben alles, was in der Agrar- und Ernährungswirtschaft etwas zu sagen hat. Allein die Verbandsveranstaltungen am Rande der Leistungsschau füllen Seiten, es werden Geburtstagsempfange nachgeholt, weil in Berlin eben alles vertreten ist.

Allerdings ist man nicht nur unter sich. Die Berliner Messegesellschaft AMK, der Veranstalter, rechnet in den zehn Messtagen mit rund einer halben Million Besuchern in den Hallen, die zum Teil so schön gestaltet sind, daß die Frage, ob die Arrangements wieder abgerissen werden, schon zum Ritual gehört. Und zwar nicht nur von Besuchern, die sich durchschleppen wollen, sondern selbst von Politikern.

Die Grüne Woche ist inzwischen wirklich international. In diesem Jahr werden Aussteller aus 35 Ländern erwartet, zwei mehr als 1983. Hinzu kommen Mosambik und Nepal. Jubilare sind auch darunter: Belgien

nimmt zum 30., Italien und die Schweiz zum 25. Mal teil.

Geplant war dieses anfangs so nicht. Die Grüne Woche, die ihren Namen ursprünglich von Journalisten verpaßt bekam, weil die Lodenmäntel der Bauern das Bild prägten, ist aus zwei Veranstaltungen hervorgegangen.

Die Wintertagung war der Beginn

So betreute die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft DLG, dessen Präsident seit dem 1. Januar der langjährige Landwirtschaftsminister Josef Ertl ist, seit 1887 eine Wanderausstellung im Reich. Zum anderen führte die DLG in ihrem eigenen Haus in Berlin ihre „Große Wintertagung“ durch. Die war so attraktiv, daß Bauern und Nahrungsmittelhandwerker in den Straßen rings um das Gebäude ihre Stände aufbauten und ihre Produkte anboten. Von Jahr zu Jahr wurde dies mehr. Daher schlug das Berliner Verkehrsamt der Messegesellschaft vor, eine landwirtschaftliche Ausstellung zu nehmen. Am Samstag, dem 20. Februar 1928 wurde die erste Messe eröffnet. Neben der Jagd- und Hundeschau und dem Reit- und

Fahrtturnier waren es vor allem die Hallen, in denen die Landwirtschaft und die Verarbeiter untergebracht waren, die beim Publikum auf Interesse stießen. Immerhin wurden 1927 schon 66 262 Besucher gezählt. 1930 gelang dann der Durchbruch zu einer Großveranstaltung. Der Kriegsausbruch bedeutete auch für die Grüne Woche das vorläufige Ende.

1948 war es dann wieder so weit. Aber als Veranstalter trat nur der Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V. auf. Aber bereits ein Jahr später wurde diese Frage überhaupt nicht mehr gestellt. In den sieben Hallen, die bereits wieder zur Verfügung standen, präsentierten sich 160 Aussteller.

Auch die deutsche Agrarwirtschaft engagierte sich wieder. „Deutschland bietet an“ hieß 1963 das Motto des ersten Beitrages. In diesem Jahr steht über der Halle 20, in der die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) ihren Beitrag präsentiert, „Essen aus Deutschland – Entfestet am Funkturm“.

Dort werden auf 4000 Quadratmetern deutsche Spezialitäten präsentiert. Die Halle ist in zwei Bereiche gegliedert. Von der Ehrenhalle kommend wurde eine Eingangszone geschaffen, die den Hallenstil optisch

unterstreichen soll: Entwegen mit Getreide, Kartoffeln und Gemüse sowie Ernteszenen mit Apfelbäumen und eine Sortenschau bilden zusammen mit einer Dreschmaschine, einem Schlepper und anderen Geräten den Schwerpunkt. Dazu kommt noch ein Backofen, aus dem täglich frisches Brot kommt.



Der zweite Teil der Halle dient der Information und der aktiven Beteiligung der Besucher. Neben einem Informationsstand gibt es dort eine Bühne, auf der sich die Bundesländer präsentieren können. Da Bremen als einziges Bundesland nicht an der Grünen Woche in diesem Jahr teilnimmt, wurde in den Reigen der

Länderstände ein besonderer CMA-Gütesiegelstand aufgenommen, auf dem vor allem über dieses Zeichen informiert werden soll.

Degegen gibt sich Niedersachsen nicht mit der Gemeinschaftsschau allein zufrieden. Schon zum sechsten Male hintereinander zeigt die Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte in Halle 2 auf einer Sonderschau, was ihre Landwirte zu bieten haben. Mit der Landmaschinen- und Tierzucht sollen vor allem die Fachbesucher angesprochen werden; denn auch um sie geht es auf der Grünen Woche, nicht nur um die Berliner, die sich hier zehn Tage lang durchschleppen und neue Produkte probieren können.

In der Halle 8 wird den Laubentpfeimern unter ihnen noch etwas besonderes geboten. Unter dem Motto „Garten als erweiterter Wohnraum“ stellt der Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V. im Rahmen seiner Sonderschau weitere sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten von Grünflächen vor. Dort werden viele Lauben und ein Siedlerhaus aufgestellt.

Die Sonderschau des Berliner Senators für Wirtschaft und Verkehr und der AMK Berlin wird in Halle 3 an verschiedenen landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Pflanzenarten die Bedeutung der Arten- und

Sortenvielfalt für den Pflanzenbau und besonders für die Züchtung herausgestellt. Dabei wird auf die Schutz- und Erhaltungsmöglichkeiten der Wildflora eingegangen. Auf einer weiteren Veranstaltung dieser beiden Organisationen geht es um die „Erhaltung gefährdeter Nutztierarten“, ein Bereich, der bei anderen landwirtschaftlichen Ausstellungen in der Regel kaum berücksichtigt wird.

Landluft will das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter dem Funkturm mit der Sonderschau „Kartoffeln und Gemüse aus deutschen Ländern – Qualität, Frische, Vielfalt“ verbreiten. Der Anbau soll naturgetreu und praxisnah dargestellt werden. Für Gartenbesitzer gibt es Tipps und Informationen in Hülle und Fülle.

Vorjahrs-Erfahrung soll genutzt werden

Um Obst und Gemüse geht es auch auf dem 3. Frische-Forum: „Marke oder no-name? – Obst und Gemüse im Verbrauchermarkt“ lautet hier das Diskussions Thema.

Und es gibt auch ein Dorf unter dem Funkturm. An die Erfahrungen der Vorjahre will die Deutsche Aka-

demie der Forschung und Planung im ländlichen Raum bei ihrer Sonderschau „Planung im ländlichen Raum“ anknüpfen. Rund 30 Gemeinden wollen sich daran beteiligen, zeigen, wie sie mit ihren Sorgen und Problemen fertig werden. An den einzelnen Landtagen wollen die beteiligten Gemeinden Volkstümliches und Kulinarisches aus ihrer Region bieten. Anziehungspunkt ist der Dorfplatz mit einer Schenke.

Den Berlinern wird in diesen Tagen schon einiges geboten. Aber was bedeutet die Grüne Woche für die Stadt? Sie zählt zusammen mit der Internationalen Funkausstellung und der Internationalen Tourismus-Börse ITB Berlin zu den wichtigsten Veranstaltungen des Messeplatzes Berlin. Dieses betrifft nicht nur die weltweite Ausstrahlung. Immerhin kamen im vergangenen Jahr 1300 Journalisten aus 64 Ländern zur Grünen Woche. Von den 400 000 Besuchern reisten fast 25 Prozent aus dem Bundesgebiet und dem Ausland an, 40 000 Fachbesucher kamen. Von den auswärtigen Fachbesuchern übernachteten 85 Prozent in Berlin. An zusätzlichen Kaufkraft brachte die Grüne Woche nach einer Untersuchung der Messegesellschaft rund 120 Millionen Mark in die Stadt. Und das kann sich sehen lassen.

Weniger mittlere Preislagen

In den Jahren der Rezession hat der Handel sein Nahrungsmittelsortiment verändert. Und zwar hat die Bedeutung des mittleren Segmentes ständig abgenommen, dagegen gewannen die Marktführer und Billigprodukte ständig an Boden. Beide vereinigten 1982 rund 50 Prozent der verkauften Mengen auf sich. Gemessen an der Artikelzahl waren dies jedoch nur 40 Prozent.

Der Grund waren die Kosten. Um das Sortiment zu straffen, konzentrierte sich der Handel auf der einen Seite auf wenige große Markenartikel und andererseits auf eine begrenzte Zahl von Billigprodukten.

Das breitere Angebot mittlerer Preislagen hatte an Gewicht verloren. Von mittelständischen Herstellern, aber auch vom Lebensmittelhandel wurde dies mit Sorge betrachtet. Überdies weist der Geschäftsführer der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fährmann, auf Untersuchungen hin, aus denen hervorgeht, daß der Verbraucher ein breites Sortiment aus der Mitte sucht. Allerdings scheint der Trend zur Polarisierung seit Anfang 1983 wieder gebrochen zu sein, eine Folge auch der größeren wirtschaftlichen Zuversicht.

Zumindest läßt sich nachweisen, daß der Anteil des Billig-Segments, dargestellt durch die No-name-Produkte, seit Januar 1983 wieder sinkt. Nach einer repräsentativen Erhebung bei 5000 Haushalten brachten diese Produkte es damals auf einen Marktanteil von 3,1 Prozent. Dieser Anteil ist bis zum Jahresende auf 2,6 Prozent gesunken, also auf das Niveau, das Mitte 1981 erreicht worden war. Dieses dürfte nach Ansicht der CMA auch daran liegen, daß es beim Verbrauch von Nahrungsmitteln immer mehr auf den Geschmack ankommt. 1971 rangierte noch die Gesundheit an erster Stelle. Neun von zehn Hausfrauen meinten zwar, daß beim Einkauf von Nahrungsmitteln auch auf den Preis geachtet werden sollte. Letzten Endes sei aber doch die Qualität entscheidend. Dieses hat sich auch während der Stagationsphase nicht geändert. Der Verbraucher ist, obwohl kritischer geworden, bereit, für gute Qualität gute Preise zu zahlen.

Nach einer Untersuchung, die im Auftrag der CMA durchgeführt wurde, meinen drei von vier Hausfrauen, das mittlere Sortiment sei das wichtigste. Mit einem schmalen Sortiment assoziiert der Verbraucher eine geringere Leistungsfähigkeit des Handels. Er würde das Geschäft wechseln. Daher könnte eine weitere Sortimentsengung für den Handel gefährlich werden.

Um den Verbrauchern etwas an die Hand zu geben, wurde das CMA-Gütesiegel entwickelt. Kammen dies 1976 erst 59 Prozent der Befragten, so sind es jetzt bereits 74 Prozent. Mit diesem Zeichen verbinden sie einen deutlichen Hinweis auf ein deutsches Qualitätsprodukt. Darauf hat sich der Handel eingestellt. So führen Ende vergangenen Jahres 69 Prozent der Lebensmittelhändler Fleischwaren und Wurst mit dem Gütesiegel. Drei Jahre zuvor waren es nur halb so viele Geschäfte. Bei anderen Produkten sieht es ähnlich aus.

EXPORT / Für 1984 ein Silberstreif geortet

Die deutsche Stärke: Vielfalt und Qualität

Der Kampf um die Auslandsmärkte wird für die deutschen Agrarexporteure schwerer. Manche Experten sprechen davon, daß 1983 das schwierigste Jahr seit langem gewesen sei. Für 1984 haben sie schon wieder einen Silberstreif geortet. Nachdem im abgelaufenen Jahr gerade der bisherige Höchststand aus dem Jahre 1982 gehalten werden konnte, glauben sie jetzt an weitere Zuwächse. Allerdings gibt es auch erhebliche Unsicherheit. Und dies liegt an der aktuellen Diskussion in und um die Europäische Gemeinschaft.

Die Partnerstaaten in der Zehner-Gemeinschaft haben den deutschen Grenzausgleich aufs Korn genommen. Sie sagen, der deutsche Grenzausgleich muß weg, und machen dies zum Dornpfahl für die notwendige Reform der Agrarpolitik. Denn nach ihrer Ansicht, und die wird auch von vielen Experten in der Bundesrepublik geteilt, begünstigt er die deutschen Lieferanten.

Die Verhandlungen über diesen Punkt laufen noch, es gibt verschiedene Pläne und auch Widerstände, aber geschwenkt wird etwas. Sonst sind Kompromisse in diesem Bereich einfach nicht möglich, wie der letzte Europa-Gipfel in Athen gezeigt hat.

Hinzu kommt die Auseinandersetzung mit den USA. Die Exportförderung der EG, obwohl sie ursprünglich als Bestandteil des Systems akzeptiert worden war, wollen die Amerikaner auf den internationalen Prüfstand schieben.

Selbst wenn dabei nichts herauskommen sollte, weil die Erstattungen zu den Grundprinzipien der EG-Ordnung auf dem Acker gehören, wird sich die Gemeinschaft mit der Subventionierung zurückhalten, um den Konflikt nicht weiter anzukurbeln.

Der frühere Landwirtschaftsminister Josef Ertl hatte bereits vor mehr als einem Jahr von einer Aufhebung der Märkte gesprochen.

Im Wahljahr sind die Amerikaner sicherlich nicht gnädig gestimmt. Wenn die EG auch noch über die Beschränkung der amerikanischen Lieferungen von Getreidesubstituten sprechen will, dann kann die Szene leicht umkippen.

Verbesserungen im Sog der USA

Wenn die Überschüsse innerhalb der EG weiter wachsen, dann fördert dies auch nicht den deutschen Export. Denn die EG-Staaten sind nun einmal die Hauptlieferanten. Zwei Drittel der deutschen Agrarexporte gehen in die Staaten der Gemeinschaft. Dieser Anteil ist höher als die Bedeutung der EG am Gesamtexport, der bei 48 Prozent liegt.

Allerdings gibt es auch erhebliche Lichtblicke, jedenfalls für Exporteure. Im Sog der USA hat sich die Verfassung der Weltwirtschaft in den letzten Monaten gebessert. Überdies ist das Preisniveau bei landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt durch die Dürre in vielen Ländern und durch Einschränkungen in der Pflanzenproduktion aufgrund der niedrigen Preise in den Vorjahren gestiegen. Entscheidend bleibt allerdings die Entwicklung der

Kaufkraft in den wichtigsten Abnehmerländern deutscher Produkte.

Die Stärke der deutschen Exporteure von Agrarprodukten ist neben der Vielfalt ihrer Produkte die Spezialisierung auf hochwertige Qualitätszeugnisse. Die Ausfuhr von Rohstoffen oder Massenwaren spielt eine untergeordnete Rolle. So fließen in die westlichen Industrieländer und die Opec-Staaten rund 85 Prozent des deutschen Agrarexports. Der Anteil des Ostblocks liegt bei zehn Prozent. Die Dritte Welt nimmt lediglich rund fünf Prozent auf.

Unabhängig von allem: Seit Gründung des Gemeinsamen Marktes vor etwas mehr als 25 Jahren hat sich der deutsche Agrarexport ungewöhnlich dynamisch entwickelt. Zwischen 1968 und 1983 ist er auf das 25fache gestiegen, während die Gesamtausfuhr sich „nur“ verdreifacht hat. Mit rund 22 Milliarden Mark stieg die Bundesrepublik vom 19. auf den vierten Platz unter den Agrarexporteuren auf – hinter den USA, Frankreich und den Niederlanden. In der Bundesrepublik geht es um die fünfgrößte Exportbranche, noch vor Eisen und Stahl. Rund 500 000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt im Agrar-export.

Produktivität ist erheblich gestiegen

Die Ursache liegt zum wesentlichen Teil an der Europäischen Gemeinschaft. Die Agrarpolitik, die hier betrieben wurde, hat zu der steigenden Produktion, zu den heute kaum noch zu bewältigenden Überschüssen beigetragen. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist erheblich gestiegen. Es entstanden Großproduktionen, die auch die Vorteile der Massenproduktion nutzen. Und der Absatz innerhalb der Gemeinschaft war leicht.

Allerdings sind die Zuwächse nicht in den Schoß gefallen. Denn zunächst galt Deutschland als Agrarexporteur wenig. Es war vielmehr der größte Importeur landwirtschaftlicher Produkte der Welt. Der vorwiegend mittelständisch strukturierten Ernährungswirtschaft fehlte die Auslandserfahrung. Allerdings ist es zahlreichen Agrarproduzenten, natürlich nicht ohne Rückschlüsse, gelungen, Schritt für Schritt ihr Auslandsgeschäft aufzubauen.

Sie haben dabei eine große Flexibilität bewiesen. Sie haben spezielle Produkte für die Märkte entwickelt, auf denen sie Fuß fassen wollten. Sie mußten schon Qualitätszeugnisse bieten, um mit der Konkurrenz mithalten zu können. Jedenfalls können heute deutsche Agrarprodukte mit dem Image mithalten, das auch technischen und gewerblichen Produkten entgegengebracht wird. Die deutschen Agrarproduzenten warten mit der gleichen Zuverlässigkeit und Vertragstreue auf.

Die größte Abhängigkeit vom Ausland weist die Molkereiwirtschaft mit rund einem Drittel ihrer Produktion auf. Dies ist auch gleichzeitig der bedeutendste Ausfuhrzweig. Bei Zuckerrüben, Rindfleisch, Dauerbackwaren, Obstkonserve, Malz und Süßwaren bewegen sich die Exportquoten zwischen 15 und 35 Prozent.

ERNST ROBERT

Zeit der Ratlosigkeit

mk. – Die diesjährige Internationale Grüne Woche in Berlin findet in einer Zeit der Ratlosigkeit statt. So recht weiß niemand mehr, wie es auf den europäischen Äckern weitergehen soll, wie das Ernteergebnis und gleichzeitig die Überschüsse eingegrenzt, vor allem die Milchflut bewältigt werden soll.

Dieses kontrastiert mit der Leistungsschau, zu der sich die Agrar- und Ernährungswirtschaft unter dem Funkturm versammelt hat. Dort werden Fortschritte, neue Produkte, ein verbessertes Sortiment demonstriert. Die Frage nach dem Preis – nicht nur für die Verbraucher, sondern auch für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft – kann dabei nicht ausgeklammert werden. Und wird es auch nicht, obwohl die Antworten je nach Interessenlage unterschiedlich ausfallen.

Die Grüne Woche ist mehr als eine Ausstellung oder Messe. Sie ist auch eine Drehscheibe für all das, was in der Agrarpolitik gedacht wird und bewegt werden soll. Die Spitzen aus Politik und Wirtschaft sind am Ort. Manche hegen die Hoffnung, in Berlin zu einer Klärung, möglichst sogar zu einer Annäherung der Standpunkte beitragen zu können.

Wie sich die Situation verändert hat, demonstriert allein schon folgender Umstand. In den vergangenen Jahren wurde auf der Grünen Woche stets darüber spekuliert, welche Preisreduzierungen die EG-Kommission wohl für das nächste Wirtschaftsjahr vorschlagen werde. Zwar hieß das Schlagwort seit langem: Vorsichtige Preispolitik, woran sich die Minister wenig später nicht gehalten haben.

Diesmal hat die Kommission schon zuvor das auf den Tisch gelegt, was sie für vertretbar hält. Das ist sogar im europäischen Durchschnitt fast nichts, für die deutschen Bauern läßt dies wegen des Abbaus des Währungsungleichs auf Preisreduzierungen hinaus. Dies alles setzt überdies noch eine durchgreifende Reform der gesamten Agrarpolitik voraus.

Die Proteste waren programmiert und konnten nicht überraschen. Aber die Gemeinschaft ist nicht mehr in der Lage, die Ansprüche zu bezahlen. Konflikte durch den Einsatz von noch mehr Geld zu schlichten und sich Kompromisse quasi zu erkaufen. Sie muß sich vielmehr nach der Decke strecken, wenn sie überhaupt über die Runden kommen will.

Trotzdem fehlt manches aufklärende Wort, gerade auch der Berufsvetretung. Sicher, die Bauern haben sich nur an das angepaßt, was die Politiker ihnen vorgegeben haben. Aber haben ihre Vertreter nicht allzu stark in diese Richtung gedrängt? Der Rückblick, die Schuldzuweisung hilft nichts mehr. Vielmehr muß die Einsicht vertieft werden, daß sich die Probleme nicht schon wieder von selber lösen, daß es Reformen zum Nulltarif geben kann, möglicherweise durch Ausgleich an anderer Stelle, aus der nationalen Kasse. Dadurch können doch nur Erwartungen geweckt werden, die später zu Enttäuschungen führen müssen.

Die Erkenntnis, daß ein Ausweg nicht über eine weitere Ausdehnung der Produktion gesucht werden kann, hat doch Konsequenzen, über die deutlich als bisher gesprochen werden muß. So wie bisher geht es nicht mehr.

WELT-Gespräch mit Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle

„Staatliche Garantie kann nicht unbeschränkt gewährt werden“

Ignaz Kiechle, der als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten heute erstmals die Internationale Grüne Woche in Berlin eröffnet, ist zuversichtlich, daß die gemeinsame Agrarpolitik nicht zum Sprengsatz der Gemeinschaft wird. Er setzt darauf, daß die notwendigen Reformen während der französischen Präsidentschaft vorgenommen werden, die am 30. Juni endet. Mit Minister Kiechle sprach Hans-Jürgen Mohrke.

Ich gehe von der normativen Kraft des Faktischen aus, sagte Kiechle. Die eingangs und fuhr fort: „Es wird nicht gesagt, wenn der Präsident der EG-Kommission und der zuständige Kommissar erklären, daß sie nicht in der Lage sind, ohne gewisse Korrekturen im Jahre 1984 mit den vorhandenen Finanzmitteln die Marktordnung zu finanzieren.“ Für Ignaz Kiechle führt dieses „einfach zu Handlungszwang“.

Dieser sollte nicht dadurch beseitigt werden, daß jenes Paket, das auf dem EG-Gipfel von Stuttgart im Juni gepakt wurde, wieder aufgeschoben wird. „Unser Standpunkt, und das sind wir nicht ganz allein, ist die Verbesserung der EG-Finanzien.“ Für den Minister kann es erfolgen, wenn „drei Dinge vorab“ geregelt sind, nämlich gewisse Korrekturen im Marktordnungsbereich, ein Grundsatbschluß über die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft und die Begrenzung der Nettozahlerleistung für alle Länder, wovon gegenwärtig die Deutschen besonders betroffen sind. Dann wäre die Bundesregierung bereit, eine höhere Finanzierungsregel zuzustimmen.

„Schnitten wir das Paket auf, dann wird sofort der Versuch gemacht, und das ist ja auch schon geschehen, erstmals die Finanzierung zu verbessern.“ Der Zwang zum Handeln wäre dann, so Kiechle, nicht mehr gegeben. Wie in der Vergangenheit würde dann versucht, mit Geld Fehlentwicklungen zum Beispiel im Bereich der Überproduktion zu heilen.

Dieses Problem gibt es für Kiechle nicht nur bei Milch, sondern auch beim Olivenöl, bei Getreide und Rindfleisch. „Und es kommen weitere hinzu.“ Bei Milch sei der Handlungsbedarf am größten. „Wir haben zu einem elementaren Punkt unserer Verhandlungsziele gemacht, daß die staatlichen Garantien auf kalkulierbare und damit auch finanzierbare Mengen eingeschränkt werden.“ Dieses Prinzip will Kiechle auf alle Bereiche angewandt wissen, wo Überschüsse entstehen oder wo die Beihilfen überproportional steigen. Er ist sich darüber im klaren, daß vor allem die südlichen Staaten diese Ausweitung über den Milch-Sektor hinaus auf „andere Produkte“ gegenwärtig nicht mitmachen wollen.

Sie wollen also auch für andere Produkte eine Lösung wie bei Milch vorschlagen? „Ja, klipp und klar ja. Staatliche Garantie kann nicht unbeschränkt gewährt werden“, betont Kiechle.

Wegen der zunehmenden Unfinanzierbarkeit der überschüssigen Mengen bleiben sonst nur die Möglichkeiten, die Mitverantwortungsabgabe drastisch heraufzusetzen, um die Verwertung finanzieren zu können, oder die Garantien würden beseitigt und

die Preise dem freien Spiel der Kräfte überlassen, also sinken. „In beiden Fällen geben genau die Landwirte auf, die wir vermutlich aus ökologischen oder landschaftspflegerischen Gründen eigentlich brauchen.“ Überdies glaubt Kiechle, daß die Mengen so nicht entscheidend reduziert würden, weil die Betriebe mit günstigen Produktions- und Standortbedingungen weitermachen würden.

Der Vorschlag, den Landwirten, die aus übergeordneten Gründen unbedingt auf ihren Höfen gehalten werden sollen, durch direkte Einkommensübertragungen zu helfen, ist für den Minister auch nicht akzeptabel. Zum einen würde dadurch eine absolute Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln entstehen, zum anderen würden aus Bürgern, die arbeiten und ein Gut herstellen, das benötigt wird, Beihilfempfänger.

Überdies würde das Problem nicht gelöst, sondern nur Geld ausgegeben; denn die Beihilfen müßten degressiv gestaffelt und zeitlich begrenzt werden.



Ignaz Kiechle
FOTO: NIP DACHINGER

den. Zum Beispiel müßten sie auf Landwirte beschränkt werden, die älter als 50 Jahre sind. Wenn sie in Rente gehen, würden die Kinder kaum bereit sein, die Betriebe zu übernehmen, sie würden vielmehr schon jetzt von zu Hause wegziehen. Damit wären die benachteiligten Regionen ohne Landwirte. Mehr noch: „Dieses System könnte man außer bei den Briten in keinem Land der EG durchsetzen, auch nicht bei uns.“

Aber worauf kann man sich verlassen, da die EG-Kommission in ihrem Haushalt die potentiellen Mittel der Gemeinschaft bereits voll ausgeschöpft hat, für die Verwaltung der Überschüsse eben nicht mehr als die eingeplanten 16,5 Milliarden Ecu oder 37 Milliarden Mark zur Verfügung stehen? Nochmals kann sich die Gemeinschaft nicht wie 1983 mit zwei Nachtragshaushalten über die Runden retten. Für Ignaz Kiechle betreiben jene Regierungen ein gefährliches Spiel, die immer noch falsche Hoffnungen hinsichtlich einer Verstärkung der Eigenmittel der Gemeinschaft wecken. Immerhin müßte eine Aufstockung der Mittel aus dem Mehrwertsteueraufkommen von den zehn nationalen Parlamenten genehmigt werden, was in diesem Jahr unrealistisch ist. Gegenwärtig versucht die Bundesregierung, über eine Verständigung mit Frankreich einen Kompromiß unter den zehn zu erreichen. Dabei spiele die Überlegung ei-

ne Rolle, so Kiechle, daß eine Einigung zwischen den beiden größten Agrarproduzenten, die zudem noch ähnliche Betriebsstrukturen haben, Fortschritte erleichtern würde. Dabei sollten die Interessen der anderen Staaten natürlich nicht „an die Wand gespielt werden“.

Wo liegt die Kompromisslinie für die Deutschen? Die Bundesregierung sei, so Kiechle, bereit, die Milchproduktion, wie von der EG-Kommission vorgeschlagen, um acht Prozent auf 97 Millionen Tonnen in der Gemeinschaft herunterszufahren. „Das spüren die 400 000 Milchproduzenten unter den 700 000 deutschen landwirtschaftlichen Betrieben schon im Portemonnaie.“

Neuralgischer ist für Kiechle die Forderung der anderen nach Abbau des deutschen Grenzausgleichs. Der Währungsungleich schütze die deutschen Bauern vor Preisreduzierungen, die durch eine Aufwertung der Mark gegenüber der europäischen Währungseinheit Ecu eintreten würden. Obwohl der Ausgleich nicht vollständig gewesen sei – nach Angaben Kiechles hätte er sonst 26 und nicht zehn wie jetzt betragen müssen – hätte er dazu geführt, daß die Einkommenssituation gerade noch etwas besser sei als in Italien und Griechenland.

Auch wenn Kiechle an dem eigentlichen Sinn der Forderung nach Abbau des Grenzausgleichs zweifelt, so ist er sich doch im klaren darüber, daß hier etwas geschehen muß, weil sich die anderen Partner zu sehr darauf kapappt haben. Den Vorschlag der EG-Kommission, daß ein klärendes Entscheidung über Währungsungleich in drei Jahren automatisch beseitigt werden soll, hat Kiechle mit eigenen Vorstellungen gekontert. Danach sollte die stärkste Währung in der EG zur Leitwährung werden und den Grünen Ecu ablösen. Da dies gegenwärtig die D-Mark ist, würden dadurch ein positiver Grenzausgleich und der Druck auf Preisreduzierungen in der Bundesrepublik vermieden. Es würden nur noch negative Währungsungleiche entstehen, um sie zu beseitigen, könnten die anderen Länder die Preise in nationaler Währung heraufsetzen.

Selbst wenn dieses akzeptiert werden sollte, bliebe noch das Problem des bestehenden Grenzausgleichs von zehn Prozent, den die EG-Kommission in zwei Jahren aufheben will. Wenn sich die Bundesregierung hier nicht kompromißbereit gebe, laufe sie Gefahr, in der EG isoliert und zum Schuldigen für ein Scheitern der Reform abgestempelt zu werden. Nach den Vorstellungen der EG-Kommission, die zur Kompensation der Preisreduzierungen nationale Beihilfen ins Spiel gebracht hat, was von Agrarpolitikern der Union aufgegriffen wurde, würde dies zu einem Problem für den deutschen Finanzminister. Entschieden ist hier noch nichts.

Daher lehnt Kiechle die jüngsten Preisvorschläge der EG-Kommission, die wegen des vorgesehenen Abbaus des Grenzausgleichs auf eine Preisreduzierung in der Bundesrepublik hinauslaufen, auch entschieden ab. Dies dürfte es unter keinen Umständen geben. „Da haben wir unseren Bauern zugesagt.“

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Was die Haushalte in Topf und Pfanne haben wollen

Bei Fleisch wird weniger gespart als anderswo

Fleisch steht bei den deutschen Verbrauchern hoch im Kurs. Sieht man einmal von den letzten Jahren ab, als es wirtschaftlich nicht so richtig lief, hat der Konsum fast nur zugenommen. Der Fleisch-Verbrauch korreliert mit dem Einkommen. Dies lässt sich nicht allein aus der Statistik herauslesen, sondern dieses signalisieren auch die Umfragen. Danach würde jeder Dritte wieder mehr Fleisch kaufen, wenn sein verfügbares Einkommen steigen sollte, nachdem es sich 1982/83 zurückgehalten hatte.

Besonders jüngere Familien und Mehrpersonenhaushalte sind große Fleischesser. 40 Prozent der Befragten gaben an, sie würden weniger Fleisch verschmerzen, wenn die Entwicklung der Einkommen nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten sollte. Auch in den jüngsten Rezesionsjahren haben die Deutschen beim Fleisch weniger gespart als bei anderen Produkten. So stiegen die monatlichen Ausgaben für Fleisch und Wurst in einer Durchschnittstabelle mit mittlerem Einkommen zwischen 1980 und 1982 von 150 auf 163 Mark, also in Jahren, in denen das Realeinkommen jeweils um ein bis zwei Prozent gesunken ist. 1983 soll die Ausgaben der Verbraucher für Fleisch weiter gestiegen sein, aber nicht mehr so kräftig wie in den Vorjahren. Dieses hat auch daran gelegen, daß die Schweinepreise gesunken sind und die Verbraucher verstärkt darauf zurückgegriffen haben, statt das teure Rindfleisch zu ordern.

Erhöhtes Angebot

Nach Ansicht der Experten wird sich diese Tendenz auch im laufenden Jahr fortsetzen, was erhebliche Konsequenzen für die Europäische Gemeinschaft hat. Auch bei Rindfleisch steigen dadurch die Bestände, die von staatlichen Organisationen angelegt worden sind. Bei Schweinefleisch sollen die Erzeugerpreise unter Druck geraten, so daß sich die Mast gegenwärtig nicht lohnen soll. Der Bauernverband hat daher über die Beihilfen zur privaten Lagerhaltung Maßnahmen gefordert, um den Export zu forcieren.

Beim Verband des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh

und Fleisch stellt man sich in Bonn darauf ein, daß sich 1984 der Konsum von Schweinefleisch leicht beleben wird, jedoch mehr als Folge des erhöhten Angebots als einer steigenden Nachfrage. Im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft wird wie auch in der Bundesrepublik mit einer Zunahme des Verbrauchs um ein Prozent gerechnet. Nach den Prognosen wird die Schweinefleischproduktion, die 1983 in der EG um zwei Prozent ausgedehnt wurde, in diesem Jahr in der Gemeinschaft nur leicht steigen. Kräftiger dürfte sie in der Bundesrepublik zunehmen.

Volle Lagerhäuser

Unter dem Strich dürfte der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft, der im vergangenen Jahr bei 102,4 Prozent lag, 1984 ebenfalls leicht sinken. Mit 10,5 Millionen Tonnen war die Gemeinschaft 1983 der mit Abstand größte Schweinefleisch-Produzent der Welt. Rund ein Drittel der Welt-Produktion entfällt auf die EG. Die Ausfuhr dürften im laufenden Jahr wieder steigen.

Ungünstig sehen die Prognosen beim Rindfleisch aus. Nicht nur in der EG, sondern auch in den USA und den großen Exportländern in Südamerika und Ozeanien wird mit einem Rückgang des Verbrauchs gerechnet. Mehr konsumieren dürften die Japaner. In der Bundesrepublik dürfte der Verbrauch auf 1,36 Millionen Tonnen sinken, er würde damit um zehn Prozent unter dem Höchststand des Jahres 1979 liegen. Trotzdem steigt die Produktion in der Europäischen Gemeinschaft. Daher soll die Ausfuhr weiter um rund acht Prozent auf 625 000 Tonnen angekurbelt werden, während der Import weiter auf 400 000 Tonnen abnehmen soll, und das bei einem Produkt, für das die Bedingungen in anderen Ländern günstiger sind und das die EG früher in erheblichem Umfang importierte.

Heute produziert die EG rund fünf Prozent mehr als in den zehn Staaten verbraucht wird. Die Interventionskäufe sind 1983 um rund 80 Prozent gestiegen. In den staatlichen Lagerhäusern lag 1983 fast doppelt so viel Rindfleisch wie ein Jahr zuvor.

PETER BENEDEKLEIN

Käse erobert die deutschen Rezeptbücher

Käse aus deutschen Landen wird nicht nur immer beliebter, sondern die Produktion entwickelte sich außerordentlich dynamisch. Einschließlich Quark und Frischkäse nähert sich die Millionen-Tonnen-Marke. Damit steht die Bundesrepublik weltweit an vierter Stelle hinter den USA, die es 1982 mit 2,3 Millionen Tonnen nach Angaben der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO auf rund 20 Prozent der Weltproduktion brachten. Es folgen die Sowjetunion mit 1,5 und Frankreich mit 1,2 Millionen Tonnen, vor der Bundesrepublik mit 851 000, Italien mit 615 000 und die Niederlande mit 482 000 Tonnen.

Erfreulich hat sich auch der deutsche Käse-Export entwickelt. Allein in den vergangenen fünf Jahren stieg er um 85 000 auf etwas mehr als 370 000 Tonnen im vergangenen Jahr. Zugewonnen hat aber auch der Import, und zwar zwischen 1979 und 1983 von 232 000 auf rund 270 000. Erstmals führte die Bundesrepublik 1983 mehr Käse aus, als importiert wurde.

Mengenmäßig wurde die Bundesrepublik dadurch hinter den Niederlanden (300 000 Tonnen) noch vor Frankreich zum zweitgrößten Exporteur der Welt. Wertmäßig liegt Frankreich jedoch noch vorn, weil hier die hochpreisigen Weichkäsesorten dominieren.

Allerdings essen die Deutschen auch immer mehr Käse. Von 1968 bis 1983 hat sich der Pro-Kopf-Verbrauch von 8,4 auf 14,5 Kilogramm einschließlich Speisequark fast verdoppelt. Dieses liegt vor allem daran, daß Käse immer beliebter wird. Nach einer Umfrage essen 87 Prozent der Bundesbürger Käse ausgesprochen gern. Gegenüber 1971 sind dies zwölf Punkte mehr.

Die Hausfrauen nehmen Käse schon lange nicht mehr nur als Brotbelag. Vielmehr sind sie bereit, mit Käse in der Küche zu experimentieren. Dabei werden auch Gewohnheiten aus dem Ausland übernommen.

Der Handel hat sich auch auf die Wünsche der Verbraucher eingestellt, die bei Käse eine persönliche Beratung wünschen. Die Einführung der Käsetheken hat sich positiv auf den Verbrauch ausgewirkt. Das deutsche Angebot ist äußerst vielseitig. Es gibt immerhin 650 deutsche Sorten.

HEINRICH BRÜNING

Das Image der Knolle wird poliert

Auf der Grünen Woche in Berlin, also dort, wo Friedrich der Große einst die Kartoffel populär gemacht hatte, würt jetzt Landwirtschaftsminister Ignaz Kiesche für das Knollengewächs. Das Image soll aufpoliert werden. Sie sei kein „Dickmacher“, vielmehr reich an Mineralstoffen und Vitaminen und vielseitig verwendbar. Und das bald 400 Jahre, nachdem die Kartoffel erstmals auf deutschem Boden angepflanzt wurde. Der Botaniker Chusius hatte sie 1588 nach Frankfurt gebracht, sie in seinem Garten vermehrt und an Freunde weitergegeben.

Den Durchbruch brachte aber erst Friedrich der Große. Um Hungersnöte des Siebenjährigen Krieges durch den Ausfall der Getreideernte künftig zu vermeiden und um die Wirtschaftskraft seiner durch fleischreiche Sand- und Moorböden für den Getreidebau wenig geeigneten Ostprovinzen rasch zu steigern, setzte er den Kartoffelanbau planmäßig durch. Mit zunehmender Industrialisierung und der Abwanderung der Bevölkerung in die Städte wurde die Kartoffel dort zum Hauptnahrungsmittel.

Seit Jahren wird die Knolle in der Bundesrepublik immer weniger angebaut, 1983 lag die Anbaufläche mit 223 380 Hektar um 6,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Während ihre Bedeutung als Nahrungs- und Futtermittel sinkt, spielt die Veredelung eine immer größere Rolle. Die reduzierte Anbaufläche und die ungewöhnliche Trockenheit haben dazu geführt, daß in der Bundesrepublik 1983 nur noch 5,5 Millionen Tonnen geerntet wurden; ein Jahr zuvor waren es 7,05 Millionen Tonnen. Für die Kartoffel gibt es keine EG-Marktordnung, allerdings nationale und gemeinschaftliche Beihilfen. Probleme gibt es gegenwärtig bei der Qualität. So würt der Handel häufig mit Billigangeboten, die nicht das halten, was der Verbraucher erwartet.

Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft CMA hat daher die Gemeinschaftsmarke „Ackergold“ geschaffen, die im gesamten Bundesgebiet zur Zeit von 135 laufend kontrollierten Abpackbetrieben angeboten wird. Damit soll vor allem der Absatz von Speisekartoffeln in Kleinpäckungen im Lebensmittelhandel forciert werden.

HANS THEIM

Was Italiener und Franzosen voraus haben

Beim Verbrauch von Frischobst nehmen die Deutschen in Europa – pro Kopf gerechnet – einen Spitzenplatz ein, während sie beim Gemüseverbrauch noch unter dem Durchschnitt liegen. In Frankreich ist er doppelt, in Italien dreimal so hoch. Die Deutschen aßen im Wirtschaftsjahr 1982/83 im Durchschnitt 124,4 Kilogramm Obst, einschließlich Zitrus- und Schalenfrüchten, aber nur 69,0 Kilo Gemüse. Davon entfielen bei Obst 27 Kilo auf Zitrusfrüchte und 3,2 Kilo auf Nüsse.

Bei Obst wird rund die Hälfte des Verbrauchs unmittelbar von den privaten Haushalten für den Eigenbedarf produziert, bei Gemüse rund ein Drittel. Daher richtet sich die Information der Sonderschau auf der Grünen Woche zu diesem Thema auch an die Gartenbesitzer. Immerhin bringt es der Durchschnittsbundesbürger pro Tag auf ein dreiviertel Pfund Obst und knapp 200 Gramm Gemüse.

Allerdings schwankt der Konsum von Jahr zu Jahr erheblich. Dieses liegt nach Ansicht von Experten vor allem an den Preisen. Sowohl die Käufer von frischem Obst als auch von Frischgemüse reagieren unmittelbar auf Preisveränderungen. So wurde seit 1977 ständig weniger Frischobst gekauft, während die Preise gestiegen sind.

Von ihren Gesamtausgaben legen die Haushalte 3,5 Prozent für frisches Obst und 2,5 Prozent für Frischgemüse an. Eine bedeutende Möglichkeit zur Ankerbelohnung des Absetzes wird in der Markteinführung neuer Produkte gesehen, wie Eisbergsalat, Chinakohl, Fenchel, Brokkoli und Avocados beim Gemüse und Clementinen und Kiwis beim Obst gesehen.

Von den Käufen von Frischobst entfielen rund ein Drittel auf Äpfel und Birnen, rund 12 Prozent auf Kirschen und Pflaumen, 17,5 Prozent auf Zitrusfrüchte und 15 Prozent auf Bananen. Wegen des sinkenden Obstverbrauchs wurde die Anbaufläche seit 1977 von 48 000 auf 43 000 Hektar reduziert, ähnlich bei Gemüse. Gleichzeitig stiegen jedoch die Importe, so daß bei Obst bereits die Hälfte des Umsatzes aus dem Ausland kommt. Bei Gemüse wird sogar noch ein Viertel aus heimischer Produktion gedeckt. Der Export spielt in diesem Bereich kaum eine Rolle.

LINUS KNORR

Essen und Trinken vor Auto, Wohnung, Möbel

Alles, was mit dem Absatz von Nahrungsmitteln zu tun haben, können in diesem Jahr wieder hoffen. Es spricht alles dafür, daß sich die günstigere wirtschaftliche Entwicklung auch hier positiv auswirken wird. Immerhin wird von den Experten mit einem wirtschaftlichen Wachstum von 2,5 bis drei Prozent gerechnet, nachdem im vergangenen Jahr ein Plus von 1,2 Prozent erreicht werden konnte.

Überdies deutet vieles darauf hin, daß die Preise auch in diesem Jahr für Nahrungsmittel langsamer steigen als die Verbraucherpreise im allgemeinen. 1983 nahm der Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel) um 1,7 Prozent zu. Im Vorjahr waren es noch 4,7 Prozent. Die Zunahme blieb damit auch unter dem für die Lebenshaltung insgesamt ermittelten Anstieg von drei Prozent.

Und noch etwas: Der Teil des Einkommens, den die Bundesbürger bereit sind, für Nahrungsmittel auszugeben, sinkt nicht mehr. In einer Untersuchung weist das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung darauf hin, daß die Anteilverluste der Anbieter von Nahrungs- und Genußmitteln, die vor der Energiekrise von 1973 die Verschlebung von der Warenproduktion zu den Dienstleistungen hin wesentlich bestimmt hatten, sich deutlich verringert haben. Im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1984 machte die Nachfrage nach Nahrungsmitteln 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. 1980 waren es nur noch 12,5 Prozent. In den folgenden beiden Jahren ist das Gewicht wieder leicht auf 12,8 Prozent gestiegen.

Kein einheitlicher Trend

Dazu dürfte auch beigetragen haben, daß Anfang der achtziger Jahre, als die Realeinkommen in der Bundesrepublik leicht gesunken sind, sich die Verbraucher „nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollten“. Sie sparten zuletzt bei Nahrungsmitteln.

Allerdings schält sich dabei kein einheitlicher Trend heraus. Die Hausfrauen schränken die Käufe mal hier, mal dort ein. Seit dem Sommer hat sich jedoch das Geschäft wieder belebt.

Übers Jahr gesehen steigerten die

Deutschen den Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch noch einmal um 0,7 auf 50,4 Kilogramm im Jahr. Allerdings ging dieses zu Lasten des teuren Rindfleischs. Wenn die gesunkenen Erzeugerpreise bei Schweinen weitergegeben worden wären, dann hätte der Konsum nach Ansicht von Experten im Bauernverband noch mehr gesteigert werden können. Die Wurst-Bilanz ist ausgeglichen. Im ersten Halbjahr war der Absatz zwar noch gesunken, dies konnte in den letzten sechs Monaten jedoch wieder aufgeholt werden.

Positive Prognosen

Bei Molkerei-Produkten verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. So ging der Verbrauch von Butter zurück, während der von Milch nochmals anstieg. Allerdings stieg auch der Butterpreis im Jahresvergleich 1983 um 3,5 Prozent. Bei Milch waren es 2,4 Prozent.

Seit dem Sommer geht der Konsum von Kartoffeln erntebedingt zurück. Bis zum Frühsommer kaufen die Verbraucher erheblich mehr Äpfel. Maßgeblich dafür soll das Wetter der vorangegangenen Saison gewesen sein. Der heiße Sommer trieb den Absatz von Bier und Fruchtsäften nach oben. Der Verbrauch von Brot hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Eier und Geflügel wurden etwas weniger geordert. Der Holzmarkt hat in den vergangenen Jahren unter der schlechten Konjunktur gelitten. Hier hat sich die zunehmende Bautätigkeit noch nicht belebend ausgewirkt.

1984 kann eigentlich nur besser werden. Nach einer Umfrage rangiert „gut Essen und gut Trinken“ auf der Wunschliste der Verbraucher mit erheblichem Abstand noch vor dem Auto, der neuen Wohnung und Möbeln. Unter den Produkten wird dabei Fleisch, Gemüse, Obst und Butter die größte Bedeutung beigemessen.

Der Absatz von deutschen Produkten hat aber auch davon profitiert, daß in der Gastronomie wieder verstärkt kräftige Hausmannskost nach deutscher Art gefragt war.

A. L.

Redaktion: Hans-J. Mahnke, Jens-Martin Lüddecke, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN
6000 Bad Homburg, PMA Dienstleistungen, P.F. 21 44, Tel. 0 61 72/2 00 25

AIR TAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE - CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11/4 21 00 00 oder 0 40/6 00 02 33

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSDIENST, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kopp, Raderstr. 20, 6500 Erlangen, Tel. 0 91 51/3 10 51, und 130 Pfaffen Road, Shailer Park Qld. 4128, Australien

AUTOLEASING
6000 Hamburg 98, Hertz-Automobil-Leasing GmbH, Raderstr. 63, Tel. 0 40/5 33 00 02

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65/1 79 42

BÜROMARKTEN - ANKAUF - VERKAUF
ANKAUF-DIREKTE FASER, 53 Bonn 3, Johannstr. 33, Tel. 02 28/4 67 77 06

ELEKTROLADEN - WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tib. Alpari und Scherbeltschütz, 2 161 80, Bernauerstr. 151-153, Tel. 0 30/43 70 97, Fax 2 178 440

ESKIMÖ
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werra, Göttingerstr. 3, Tel. 0 53 59/80 23

FACHSCHULEN
5000 Aachen 10, Postfach 225, STAATL. AMERIK. HOTELBEREITSCHAFTSCHULE, Tel. 0 43 71/7 00 10

GESUNDHEIT
GISELA SCHÖTZ, NATURHEILMITTEL, P.F. 80, 8001 Garmisch, Tel. 0 89 98/3 27 24, Katalog und Informationen gratis

HAARANFALL
6000 Dortmund, HAAR-PHYSIK KLASSEN, Deutschlands größte Probe für Haar-Physik, Wittenstr. 20, Tel. 02 31/52 74 74

INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 8384 (Schutzgebühr DM 25,-) über die besten deutschen und Schweizer Internats erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89/4 43 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3400 Bad Sobern, Internat-Gymnasium Pädagogium, stat. anerkt. ab Klasse 5, Tel. 0 55 25/10 01
Internat Teichstr. 1, Internat f. Jungen u. Mädchen, 3700 Kriemhild, Tel. 0 53 32/41 30-9
Internat Paderborn, Hochschule, Jungen u. Mädchen, Gymnasium-Realschule, Hauptstr. 1, 3400 Bad Sobern 2, Tel. 0 55 24/3 40-4
5000 Köln, Schiedt-Verschörs, Gymnasium-Realschule, Tel. 0 21 59/4 21
51000 St. Gallen, Internat, Realschule u. Gymnasium, Albinstr. 10, Haus 2282 St. Peter, Nordsee-Kriminal, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63/4 00-4
4001 Witten, Private Schulen Röper u. Internat, Tel. 0 64 04/20 24-25

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGENROLLTORE
5000 Herten, T.O. + Z. Maschinen GmbH, Raderstr. 63/65, Tel. 0 22 05/8 40 32-33, Fax 0 22 05/8 40 32
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und Arbeitssicherheits-V., Ersatzteile von Toranlagen, „Ihr neutraler Partner“

LEASING
6000 Döhlen, Miesener 65, ANSR Leasing-Factoring, u. Kreditvermittlung, 4100 Witten, Göttingerstr. 3, 4100 Witten, Tel. 0 21 51/8 50 40-41
4100 Witten, DTL Deutsche Tochter-Leasing, Döhlenstr. 52, Tel. 0 21 51/5 90 40

LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR
GRAP-Handelsvertretung, Körnerstr. 2870, Döhlenstr. 52, Tel. 0 42 51/2 00 27

MOTORCARAVANS
7000 Wittenberg, Karawanservice Wittenberg GmbH, Postf. 11 08, Tel. 0 71 54 - 80 31

NATURGEWÄSSES LEBEN
Naturheilpraxis - Ernährung - Biologie - Gartenpflege - Naturkosmetik, NATURLICH LEBEN, Postf. 2112, Jassberg, Tel. 0 40/54 50 02, Katalog gratis

ORIENTEPPICHE
STAR-ORIENTEPPICHE-LEASING KG, 4300 Essen, Hüttenstr. 58-64, Tel. 0 201/22 34 44-45

SEEBESTATTUNGEN
3000 Hamburg 1, NORDDEUTSCHE NERDEDE, A. d. Alster 11, Tel. 0 40/2 80 20 00

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 98, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40/77 27 45-46

erscheint wöchentlich

baumit-Royalsystem sucht freie Mitarbeiter

SIE sind dynamisch und bereit, Kunden direkt anzusprechen! Ihnen liegt etwas an einem guten Verdienst! Ihnen macht die Gestaltung von Räumen Spaß!

Bei mehr als zwei Ja-Antworten sind Sie der richtige Partner für uns. Schreiben Sie uns ganz KURZ: Proform GmbH, Postfach 1124, 22001 Achim 23

An alle WordStar-Anwender

Egal, ob Sie auf IBM-PC, TeleVideo, DEC arbeiten. Wir weisen Sie gründlich und individuell ein, damit Sie das Programm WordStar, MailMerge voll ausnützen können.

Nähere Info MicroPhone, Tel. 0 89/1 68 84 46

Metallobst- und Gerüstbau

Metallbau- und Gerüstbau sucht zur Ausweitung der Werkstatteinrichtungen Aufträge für Metallarbeiten. Wir übernehmen auch Vertretungen, Auslieferung und Kundendienst. Bevorzugter Raum Bayern.

Fa. Metzger Anlagenbau GmbH
6304 Arzberg/Bay.
Tel. 0 92 37/95 95

Übernahme Auslieferungslager

(Büro und Lagerraum vorhanden) im Raum Baden und Rhein-land-Pfalz.

Zuschr. u. G 3813 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Patent

(Kofferraumabdeckungen f. Kombi-Pkw's) erteilt 1980, Verkauf für DM 15 000,- VB.

Zuschr. erb. u. PD 47587 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Get eingel.

Dienstleistungsmaschinen weg. Umzug ins Ausland kurzfristig zu verkaufen.

Zuschr. erb. u. PB 47566 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Singapur Büroservice

Von deutscher Firma wird Mitbenutzung des Büros Singapur angeboten (separater Raum, Mitbenutzung von Telefon, Fernschreiber, Sekretariat).

Zuschr. u. K 3613 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

CCF Kinderhilfswerk

Deutscher Patentkreis e.V.
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postschleuse 170-702 P.S.A. Stuttgart. CCF ist einer der größten internationalen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 260.000 Kinder.

Liebe ist...

wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten. Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungrigen Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

Jetzt gibt's die neue Bildwoche

Jetzt startet das 4. Spiel der 250.000,- Glückswochen

Noch viel Geld und viele Autos zu gewinnen.*



Bildwoche: Die aktuelle Zeitschrift für Unterhaltung und Fernsehen.

*Glücksspiele gibt's jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler, bei den Bildwoche-Hörsalzen, die jetzt überall im Bundesgebiet und West-Berlin unterwegs sind, oder direkt von Bildwoche, Abn. 4372, Postfach 30 46 30, 2000 Hamburg 36, gegen Einsendung eines adressierten Freimarschales.

Jetzt neu für nur 80 Pf.!

Kohl bekräftigt EG-Resolution

A Fortsetzung von Seite 1

sehen sind. Vor den Fernsehkameras und der internationalen Presse sagte Kohl zum Kanzler, er habe ihn nicht nur wegen der schönen Aussicht hier oben auf die Terrasse geführt. Es seien auch noch drei andere Gründe, die ihn bewegten.

Keine 30 Meter vom Rathaus entfernt, begann die jordanische Westbank. Auf der Mauer gegenüber gab es einen jordanischen Militärposten. Kohl schilderte die Teilung der Stadt und wie sie überwunden wurde. „Ich hoffe, eines Tages wird auch Berlin wieder eine Stadt sein, ohne Mauer.“

Der Jerusalemer Bürgermeister mußte dem Kanzler genau erklären, wie das Niemandsland zur Zeit der Wiedervereinigung Jerusalems 1967 aussah. Dann erklärte Kohl, dass die dritte wichtige Grund für ihn sei, dass er hier oben auf der Terrasse zum ersten Mal mit „meinem Freund“ Axel Springer begegnet sei und ihm die Lage der damals geteilten Stadt erklärt habe. „Wir haben bewußt kein neues Rathaus gebaut und sind in den Jahren der Teilung an der Mauer geblieben, weil wir immer auf eine friedliche Wiedervereinigung hofften“, sagte Kohl. Mit Freude habe er dann erfahren, meinte Kohl, dass die beiden gleiches Grund haben. Kohl sprach gegenüber dem Kanzler dann von neuem seinen Wunsch aus, daß auch Berlin friedlich wieder vereinigt werde.

* Die Washington

In die Proteste gegen einen möglichen zukünftigen Verkauf deutscher Rüstungsgüter an Saudi-Arabien haben sich jetzt auch amerikanische jüdische Organisationen eingeschaltet. Bonna Botschafter in Washington, Hermes, empfing am Dienstag eine Abordnung des „amerikanisch-jüdischen Kongresses“. Dabei wurde ihm ein Schreiben überreicht, in dem diese Organisation ihre „Bestürzung“ über „Bonner Überlegungen... hochmoderne Waffensysteme (an ein Land) zu verkaufen, das mit Israel im „Heiligen Krieg“ liegt“, ausdrückt.

Ähnliche Noten sind auch bei den deutschen Generalkonsulaten in New York, Los Angeles und San Francisco eingegangen. Zahlreiche (wenn auch nicht überwiegend viele) Protestbriefe erreichen in diesen Tagen die Bonner Mission in Washington.

Vor der Botschaft selber zog am Dienstag eine kleine Demonstration auf. Die Diskussion um den Waffenverkauf wurde in den USA besonders angefeuert durch einen Artikel des Kolumnisten William Safire, den die „New York Times“ am 8. Januar abdruckte. Safire bezichtigte die Bundesregierung, ihre „moralische Position abzusenken“ und „ihren Willen schwächen“ zu lassen. „Das Gewissen ist offenbar weniger wichtig als das Geld“, schrieb Safire.

USA gegen neue Nahostkonferenz

AP, New York

Die Vereinigten Staaten haben eine Teilnahme an der geplanten Nahost-Friedenskonferenz der Vereinten Nationen strikt abgelehnt. In einem in New York veröffentlichten Schreiben an den Weltfriedensrat heißt es, der einzige Weg zum Frieden im Nahen Osten führe über Verhandlungen der Konfliktparteien auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates von 1967 und 1973. Washington habe versucht, derartige Verhandlungen zum Beispiel durch die Camp-David-Verträge oder den Nahostplan Präsident Ronald Reagans zu ermutigen. Die geplante Friedenskonferenz würde „diesen Prozeß“ nur behindern.

Weiter heißt es in dem Brief, es sei vorzuziehen, daß die Nahost-Konferenz zu einem „Forum für propagandistische und extreme Standpunkte“ werden würde. Ihr Ergebnis wäre wahrscheinlich für eine oder mehrere der Parteien nicht annehmbar und damit auch nicht anwendbar. Die Konsequenz wäre ein Ansehensverlust für die UNO und eine Verzögerung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Die USA würden es bedauern, wenn die Autorität der UNO, ihr Geld oder ihr Personal für diese Konferenz eingesetzt würden.

Hessen-Etat für 1983 verabschiedet

dg, Wiesbaden

Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und Grünen hat der hessische Landtag gestern Abend den Landeshaushalt für das Jahr 1983 verabschiedet. Die SPD-Fraktion (51 Mandate) stimmte geschlossen für den Etat. Von den sieben Abgeordneten der Grünen stimmte die Abgeordnete Gertrud Schilling dagegen. Der Abgeordnete Reinhard Brückner, der im Februar sein Mandat niedergelegt will, beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Die 52 Parlamentarier von CDU und FDP votierten einstimmig mit „Nein“. Der Etat konnte nur mit einer Zusatzklausel die parlamentarische Hürde nehmen: die für verfügbaren Ausgabenreste (ca. zwei Prozent des Gesamtvolumens), dürfen nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses in Anspruch genommen werden.

Außenminister erinnern an die ideellen Werte

Treffen von Genscher und Andreotti in Rom

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Mit dem Ziel, den „Schock von Athen“ zu überwinden, hat die europäische Diplomatie eine Serie bilateraler Begegnungen eingeleitet. Das erste dieser Treffen fand am Dienstag und Mittwoch in Rom zwischen den Außenministern Genscher und Andreotti statt. Neben der Europa-Frage stand dabei auch die Ost-West-Situation zur Debatte.

Die zwei Außenminister machten nach ihren Gesprächen vor der Presse deutlich, daß in der grundsätzlichen Beurteilung beider Fragen weitgehend Übereinstimmung zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland besteht. In den unstrittigen Detailfragen der EG kamen sie bei ihrem Meinungsaustausch aber offensichtlich nicht über das Bemühen hinaus, jeweils den eigenen Standpunkt - etwa in der Agrarfrage und in der Stahlpolitik - zu verdeutlichen. Die Italiener präzisierten in beiden Fragen ihre Haltung mit den Worten: „Wir können nicht die einzigen sein, die für notwendige Einsparungen bezahlen sollen.“

Dem Genscher-Andreotti-Treffen wird am heutigen Donnerstag in Rom eine Aussprache zwischen Ministerpräsident Craxi und dem englischen Premierminister Thatcher folgen. Zur Krise der Europapolitik erklärte Andreotti nach seinem Abschiedsgespräch mit Genscher: „Man muß in der Gemeinschaft die ideellen Werte und den Geist der Anfangszeit wieder aufnehmen.“ In letzter Zeit habe die EG „eher den Eindruck eines Verwaltungsrates einer Firma“ als den eines politischen Gremiums gemacht. Genscher fügte hinzu: „Es geht darum, den Schock von Athen zu überwinden. Er könnte sich rückblickend als positiver Impuls erweisen, wenn man die nötigen Konsequenzen zieht.“ Europa werde international nur dann ernstgenommen werden, „wenn es seine eigenen Probleme meistert“.

Lambsdorff vertraut auf Erfolg des Stahl-Konzepts

Entscheidend ist konsequente Umstrukturierung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ist zuversichtlich, daß die deutsche Stahlindustrie - eine normale Marktentwicklung vorausgesetzt - nach 1985, wenn der EG-Subventionskodex ausläuft, ohne Beihilfen im Wettbewerb bestehen kann. Er schließt dies aus den Konzepten der Unternehmen zur Umstrukturierung, die jetzt auch von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit geprüft und in den nächsten Tagen der EG-Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Treuarbeit ist zu der Auffassung gekommen - wenn auch in einigen Fällen mit Bedenken -, daß die Unternehmenskonzepte „plausibel und tragfähig“ sind.

Entscheidend komme es jetzt, wie Lambsdorff gestern noch einmal in Bonn betonte, auf die konsequente Umstrukturierung durch die Unternehmen an, vor allem auf den Abbau der Überkapazitäten. Dies wollen Bund und Länder mit rund drei Milliarden Mark in diesem und im nächsten Jahr unterstützen. Davon würden rund 1,8 Milliarden Mark als Umstrukturierungsbeiträge von Bund und Ländern im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel gezahlt. Mit diesen Beihilfen können Sozialplan-kosten und Teilwertabschreibungen bei Stilllegung von Betriebsteilen beizugehalten werden. An Investitionszulagen, die je zur Hälfte aus dem Steuerertrag von Bund und Ländern aufgebracht werden, sind rund 1,2 Milliarden Mark vorgesehen. Abgesehen von Arbeitssaat will der Bund keine Bürgschaften zur Absicherung von Krediten an die Stahlindustrie geben.

Generell, Einzelheiten wollte er

SPD will Europas Gewicht stärken

Ehmke legt Programm zur „Selbstbehauptung“ vor / Haack stellt Deutschland ins Zentrum

PETER PHILIPPS, Bonn

In der SPD verstärken sich die Bemühungen, die politischen Kräfte, die sie im Zuge der NATO-Nachrüstungsdebatte im vergangenen Herbst geweckt hat, für die SPD zu einer konstruktiven Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik zu bündeln. In diesem Sinne hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Horst Ehmke, ein umfangreiches Programm zur „Selbstbehauptung Europas“ erarbeitet und gestern veröffentlicht.

Nach Angaben aus der Fraktion soll es allerdings bei der Debatte über in der zuständigen Arbeitsgruppe zu Differenzen gekommen sein. Daraus ist auch zu erklären, daß der ehemalige Bundesminister Dieter Haack in einem der WELT vorab bekanntgewordenen Beitrag über „Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik“ für die Zeitschrift „Deutschland Archiv“ teilweise andere Akzente setzt.

Ehmke geht in seinen Überlegungen davon aus, daß es jetzt zentral darum geht, „operative Ansatzpunkte“ zur Verbesserung der Stellung Europas in der Welt zu entwickeln. Die Westeuropäer müßten „auch in Sicherheitsfragen und auch gegenüber den USA mit einer Stimme sprechen“. Der SPD-Politiker, in dessen Papier überall das Europawahlprogramm seiner Partei und die grundsätzlichen Aussagen Willy Brandts sichtbar werden, greift folgerichtig auch auf die vom SPD-Vorstand immer wieder in Erinnerung gerufene Idee des verstorbenen US-Präsidenten Kennedy von den „zwei Säulen der NATO“ zurück. Auf dieser Basis, so Ehmke, müsse Europa „mehr Verantwortung für die Verteidigung der europäischen Zentralfront“ übernehmen. Aus einer solchen Politik Westeuropas, seinen Einfluß im Bündnis zu stärken, „könnte auch eine sinnvolle Arbeitsteilung außerhalb der NATO erwachsen“.

Über die Deutschlandpolitik äußert sich Ehmke in seinem Papier äußerst knapp. Die wesentliche Überlegung lautet: Sie müsse „in eine gesamteuropäische Politik“ eingebettet werden. Demgegenüber stellt Haack in seinen zehn Thesen zur „Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik“ die Deutschlandpolitik ins Zentrum seiner Überlegungen und baut die übrigen Elemente der Politik darum herum auf.

Andropow zeigt neue Bereitschaft zum Dialog

Fortsetzung von Seite 1

Positionen der Stärke, Positionen der Drohungen und des Drucks zu führen. Die Sowjetunion lehne das kategorisch ab. Versuche, mit der Sowjetunion eine „Machtdiplomatie“ zu führen, seien „eine hoffnungslose Sache“.

In dem „Prawda“-Interview kommt ein weiteres Mal deutlich die Hoffnung des Kreml zum Ausdruck, die Verteidigungspolitik des westlichen Bündnisses untergraben zu können. Andropow behauptete darin, die Besorgnis der Völker über Washingtons „militaristische Politik“ nehme täglich zu, und gegen sie erhebe sich eine Welle zunehmenden Widerstandes. Dieser „Kampf von Millionen Menschen um den Frieden“ sei gleichfalls „eine objektive Realität von heute“. Die Menschen hätten begriffen, woher ihnen Gefahr droht.

Offenbar rechnet Moskau damit, daß ständig wiederholte Schuldzuweisungen zu einem fortschreitenden Vertrauensverlust für Washington in Westeuropa führen werden. Darauf zielt auch das sowjetische Verhalten auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung. Doch halten es Moskauer Beobachter für möglich, daß sich der Kreml wieder zu Verhandlungen bereitfinden wird.

Zugleich verdüstern sich aber die Perspektiven erfolgversprechender Verhandlungen auf sowjetischer Seite, weil mit einer Rückkehr des „kranken Mannes an der Moskwa“ immer weniger zu rechnen ist. Die seit Ende September 1983 unter neuen Namen erscheinenden Aufhebungen sind kein Indiz für Andropows Arbeitsfähigkeit.

Ähnliche Medienkonzepte von SPD und CDU in Hamburg

Für Privatsendungen unter öffentlich-rechtlichem Dach

UWE RAHNSEN, Hamburg

Für die gesetzliche Regelung zur Einführung der neuen Medien haben SPD und CDU in Hamburg weitgehend gleichartige Vorstellungen entwickelt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat dazu am Dienstag im Landesparlament einen Entwurf für ein Landesrundfunkgesetz eingebracht. Er sieht so wie der entsprechende Gesetzesentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor, daß unter dem Dach einer öffentlich-rechtlichen Anstalt privaten Veranstaltern der Zugang zum Rundfunk eröffnet wird.

Diese unabhängige Institution, in der alle gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen vertreten sind, soll die entsprechenden Lizenzen vergeben und die Programmaufsicht ausüben. Die Sendungen sollen der freien und unabhängigen Meinungsbildung dienen und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet sein. Staatliche, einzelne politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Kräfte sollen nach den Vorstellungen der Hamburger CDU „auf den privaten Rundfunk in seiner Gesamtheit keinen beherrschenden Einfluß ausüben dürfen“. Kerngedanke des Gesetzesentwurfes, so erklärte der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau dazu, sei die Sicherung der Meinungs-pluralität und der Schutz der Familie, vor allem der jungen Menschen.

Die privaten Kommunikationsdienste und Rundfunkprogramme sollen nach den Vorstellungen der CDU aus dem eigenen Finanzaufkommen des Trägers, durch Abonnementgebühren und Einzelentgelte durch Spenden und durch Werbung finanziert werden. Dabei spricht sich

Apel trat vor Flick-Ausschuß als Zeuge auf

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) hat nach eigener Darstellung seine Zustimmung zu dem Antrag des Flick-Konzerns auf Steuervergünstigung nach dem Paragraphen 6 b strikt nach rechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen gegeben. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die Affäre um den Konzern aufklären soll, betonte Apel gestern als Zeuge weiter, dem 1976 vom federführenden Bundeswirtschaftsministerium übermittelten Antrag hätten alle Abteilungen seines Hauses nach Überprüfung zugestimmt. Apel dementierte ausdrücklich, jemals von der Firma Flick Zuwendungen erhalten zu haben. Er habe auch von keinem Fall erfahren, in dem Mittel geflossen seien sollen. Zu der Aussage des Bestbeschickten beschuldigten früheren Bundeswirtschaftsministers Hans Friedrichs (FDP) vor dem Ausschuß, nach der dieser erstmals am 9. Januar 1975 von der Absicht Flicks erfahren habe, das Daimler-Benz-Aktienpaket an die Deutsche Bank zu verkaufen, meinte Apel: „Mich verwendete diese Aussage sehr.“

Der ehemalige Minister, der aus dieser Zeit keine Terminkalender oder andere Aufzeichnungen darüber besitzt, betonte bei der Vernehmung wiederholt, er müsse sich auf sein Gedächtnis verlassen oder könne sich nach nunmehr neun Jahren nicht mehr erinnern. Er meinte aber, daß es schon Ende 1974 informelle Gespräche über den bevorstehenden Verkauf gegeben haben müsse. Anfang 1975 sei zu befürchten gewesen, daß die Aktien ins Ausland gehen könnten. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt und er seien sich darüber einig gewesen, daß „das Flaggschiff der deutschen Wirtschaft“ nicht an ein anderes Land gehen dürfe. Deshalb habe der Kanzler im Januar 1975 auch vor der SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich erklärt, die Deutsche Bank als vorübergehende Käuferin der Aktien habe die „moralische Unterstützung“ der Bundesregierung.

So sei auch nach einem Gespräch mit dem damaligen Vorstandssprecher des Geldinstituts, Ulrich, die Bank über steuerrechtliche Möglichkeiten beraten worden. Denn, so Apel, sei „schien bereit zu sein, der Bundesregierung zu helfen“ und im Sinne der Regierung die Aktien bis zur Weiterveräußerung in der Bundesrepublik zu „parken“. Es sei aber zu keinem Zeitpunkt darum gegangen, Steueratbestände zu umgehen.

Mit Flick selbst ist der Minister nach seiner Aussage erstmals im Juni 1976 am Rande des Dortmunder SPD-Parteitag in dessen Jagdhaus im Sauerland zusammengetroffen. Nachdem dieser Unmut über Apel wegen negativer Äußerungen geäußert gehabt habe, habe ihn der damalige SPD-Schatzmeister Alfred Nüß um diese Unterredung gebeten. Dabei sei es jedoch nicht um Fragen des 6 b gegangen und auch nicht um Zuwendungen. Später habe es eine weitere Begegnung gegeben. Den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchisch habe er dagegen nur auf gesellschaftlichen Veranstaltungen getroffen.

Polizeieinsatz für rechtswidrig erklärt

AP, Berlin

Für rechtswidrig hat das Verwaltungsgericht Berlin gestern einen Polizeieinsatz nach der Räumung von acht besetzten Häusern am 22. September 1981 erklärt. Die Räumung hatte zu heftigen politischen Kontroversen geführt, weil bei anschließenden Ausschreitungen der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay unter einen Bus geraten und tödlich verletzt worden war. Zur Begründung ihrer Entscheidung erklärten die Verwaltungsrichter, daß die „Menschenansammlung vor einem der geräumten Häuser eine „Spontansammlung“ im Sinne des Grundgesetzes gewesen sei, die „ungeplant aus aktuellem Anlaß entstanden war“.

Schily gegen die Volksbefragung

dpa, Bonn

Gegen die von der Friedensbewegung geplante Volksbefragung zur Nachbetrachtung am Tage der Europawahl am 17. Juni hat sich der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, ausgesprochen. Gegenüber der „Westfälischen Rundschau“ erklärte Schily: „Ich halte nichts davon, so etwas auf eigene Faust zu machen - außerhalb eines gesetzlichen Verfahrens. Das führt zu nichts. Das ist nur eine Wiederholung von Unterschriftenaktionen. Das Ergebnis wird niemanden beeindrucken.“

Abgabegarantie erst in drei Jahren

BGS-Beamten vor ihrem Wechsel zum Zoll eine zusätzliche einjährige Ausbildung absolvieren müssen, da die Befähigung sowohl zum Grenz-zollendienst als auch zum Binnen-zollendienst vermittelt werden müsse. Zu dem müßten die bislang schlechter bezahlten Beamten des mittleren Zolldienstes finanziell aufgehoben werden. Beim Innenministerium rechnet man - sollte dieses Modell

Wirklichkeit werden - für die jährlich neuen Planstellen und die Ausbildung beim Zoll mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 27 Millionen DM.

Die Mehrheit der Kommandeure des BGS will an die Durchführbarkeit dieses Planes nicht glauben. Der Grund: Für den Wechsel vom BGS zum Zoll soll das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Und dies, meint der überwiegende Teil der Kommandeure, sei eine Rechnung mit zu vielen Unbekannten.

Die Vorstellungen zielen auf eine Änderung, wenn nicht gar Aufhebung des Personalstrukturgesetzes ab, durch die Wiedereinführung des einfachen Dienstes und somit Verwendung von Wehrpflichtigen beim BGS sowie die erneute Schaffung des „Beamten auf Widerruf“ im mittleren Dienst.

In der nächsten Woche werden die Verhandlungen auf Staatssekretärs-Ebene weitergehen. Ein Tagungsteilnehmer: „Kommt diese Lösung, dann ist das gegen den Willen der Mehrheit der Kommandeure.“

Ältere Grenzschilder wollen nicht „verzollt“ werden

BERND HUMMEL, Eschwege

Auf massive Ablehnung bei den Kommandeuren des Bundesgrenzschutzes sind Pläne des Bundesinnenministeriums gestoßen, nach denen der BGS zur Verjüngung der Personalstruktur künftig 700 Beamte jährlich an die Zollverwaltung abgeben soll. Bei einer vertraulichen Anhörung durch Vertreter des Innenministeriums sprach sich die Mehrheit der Kommandeure gegen eine solche Regelung aus, weil diese die grundlegenden Probleme der Personalpolitik beim BGS nicht löse.

Der Hintergrund: Mit dem BGS-Personalstrukturgesetz vom 3. Juni 1976 war auch im mittleren Polizeivollzugsdienst das Prinzip der Beamten auf Lebenszeit eingeführt worden. Da die überwiegend verbandsmäßige Organisation des BGS jedoch wegen der körperlichen Anforderungen eine bestimmte Altersstruktur voraussetzt, muß der BGS, um eine Überalterung zu vermeiden, seither ein bestimmtes Kontingent an Beamten jährlich an andere Behörden abgeben.

Bei den Bedarfsberechnungen war

zes bis zum Anfang der neunziger Jahre nicht gewährleistet werden. Und diese Voraussetzung lautet: Gesicherte Übernahme von BGS-Beamten nach etwa achtjährigem Dienst in die Polizeien der Länder. Einer der Kommandeure kommentierte diese Rechnung: „Das ist die Bankrotterklärung an das Personalstrukturgesetz. Eine untaugliche Gesetzgebung, vor der die Kommandeure in den siebziger Jahren vergeblich gewarnt hatten.“

Die Mängel des Gesetzes will der Innenminister nun durch folgendes Modell ausgleichen: Die Länderpolizeien nehmen künftig 400 BGS-Beamte ab, die Zollverwaltung erklärt sich zur Übernahme weiterer 700 Beamten bereit und verzichtet auf eigenständige Ausbildung.

Im Bericht an den Haushaltsausschuß heißt es dazu: „Da der Zoll im Falle einer Realisierung seinen gesamten Nachwuchs für den mittleren Dienst an dem BGS rekrutiert, ergäbe sich für den BGS eine kontinuierliche und auf Dauer kalkulierbare Abgabefähigkeit, die seiner Perso-

„Kommandeure warnten vor dieser Gesetzgebung“

Auf dieser Grundlage - das rechen-

Donnerstag, 26. Januar 1984
Nr. 22

Sinnloser Streik

In (London) - Jeden Montagmorgen spielt sich in einigen Kohlereviere Großbritanniens die gleiche Szene ab: Tausende von Bergleuten werden für ein, zwei Tage nach Hause geschickt, weil die Schacht- und Förderanlagen ihrer Zechen nicht gewartet wurden. Diese lebenswichtigen Aufgaben, die eigentlich an Wochenenden zwischen den Werktagsschichten in Überstunden-Arbeit ausgeführt werden, müssen nunmehr während der Schichtzeiten zum Wochenbeginn erledigt werden.

Warum dies alles? Weil die militante Führung der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft das vorliegende Arbeitgeber-Angebot einer Anhebung der Bezüge um 5,2 Prozent als völlig unzureichend zurückweist. Aus Protest wurde ein Überstunden-Streik ausgerufen.

Doch wie es aussieht, ist nicht die staatliche Kohlegewerkschaft, die ohnehin auf Halde produziert, die Geschädigte; ins eigene Fleisch schneiden sich vielmehr die Kumpel selbst, die ihre Aktion mit zum Teil erheblichen finanziellen Einbußen bezahlen müssen. So waren unlängst zum Wochenbeginn 17 Kohlegruben geschlossen, 19 000 Bergleute wurden für ein oder zwei Tage wieder nach Hause geschickt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Lohnausfall für viele Bergleute-Familien nicht mehr tragbar sein wird.

Das Schlimme an der Situation ist,

daß sich die linke Gewerkschaftsführung strikt weigert, über die Fortsetzung des sinnlosen Überstunden-Streiks eine Unabstimmung abzuhalten. Wird die Protestaktion aber noch länger fortgesetzt, dann wird der an ethischen Zechen entstehende Schaden wie Überflutung oder verfallener Sicherheits-Standard irreparabel sein.

Klug beraten

Wh. - Frohe Kunde aus der Chemie: Produktion plus 7 Prozent, Umsatz plus 8 Prozent, Auslastung fast im Sollbereich. Die Lage habe sich „nachhaltig verbessert“, freut sich die Verbandsspitze. Doch wie nachhaltig ist die Erholung wirklich? Der vorsichtige Hinweis auf das starke Nordamerika-Geschäft deutet bereits auf einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor: Der Erfolg der Chemie wurde 1983 ganz wesentlich vom starken Dollar bestimmt. Die ein- und zweifachen Zuwachsraten von 30 Prozent im US- und von 15 Prozent im Japan-Export weisen darauf hin. Beide Märkte zusammen nahmen danach bereits gut 7 (7) Prozent der deutschen Chemie-Ausfuhr ab. Mit einer (noch nicht absehbaren) Dollarschwäche könnte sich diese Entwicklung wieder umkehren. Unsicherer werden die Aussagen über den Aufwärtstrend auch durch eine zweite Einflußgröße, deren Volumen nicht so recht zu bestimmen ist: die Aufstockung der teilweise fast leeren Kundenlager. Die Chemie dürfte mit ihrer vorsichtigen Prognose von weiteren 2 bis 3 Prozent realen Wachstum gut beraten sein.

Zwickmühle für Erben

Von JOACHIM GEHLHOFF

Es ist, mal wieder, nur ein besonders spektakulärer Fall eines allgemeinen Problems. Deutschlands reichster Familienkonzern-Erbe, Friedrich Karl Flick, mit seinem Reinvermögen wohl schon bei sechs Milliarden Mark angelangt, verkündet dieser Tage, daß er die aus Vaters Zeiten stammenden Familienstiftungen als bisherige Eigentümerin des Konzernvermögens auf seine Person teils aufgelöst hat und teils noch auflösen will.

Der wichtigste Grund: Der bald 57-jährige -Konzernherr will lieber später als „Bürger Flick“ seine Nachfahren mit der alle halbwegs wohlhabenden Bundesbürger treffenden Erbschaftsteuer belastet sehen, als schon in längstens sieben Jahren das bei den Flickschen Familienstiftungen liegende Gros des Konzernvermögens mit dem 35prozentigen Höchststeuersatz der „Ersatzerbschaftsteuer“ treffen zu lassen. Besagte Steuer, die bei Familienstiftungen alle 30 Jahre einen steuerpflichtigen Erbfall simuliert, hatte die sozialliberale Bonner Koalition 1973/74 eingeführt. Die dabei geschaffene zehnjährige Schenke für Uralt-Stiftungen dieses Genres ist Ende 1983 abgelaufen. Kommt nun das Ans für viele deutsche Familienstiftungen? Die Antwort ist noch diffus. Die Finanzbehörden der Bundesländer (denen die Erbschaftsteuer zusteht) beobachten noch keine Auflösungsversuche solcher Stiftungen. Deren Zahl dürfte bei 400 liegen, davon ein Drittel schon aus dem letzten und früheren Jahrhundert. Das ist zwar eine gleich große Zahl wie die aller börsennotierten deutschen Aktiengesellschaften. Im mutmaßlichen Gesamtvermögen aber (Flick noch inbegriffen) von kaum zehn Milliarden Mark ist das nicht mehr, als schon ein bis zwei der größten deutschen Publikums-Gesellschaften auf die Waage bringen.

Nennenswerten Einnahmehinzufuß aus der erweiterten Erbschaftsteuerquelle, die kaum ein halbes Prozent aller bundesdeutschen Steuern bringt, erwartet der Fiskus nicht. Das war 1973 auch nicht das Motiv der SPD/FDP-Koalition. Man wollte schon, wie es auch coram publico ausgesprochen wurde, ein Stück Wirtschaftsordnung ändern, die großen unternehmensbezogenen Familienstiftungen zerschlagen, auf daß die „Klückers, Flicks und Grundigs“ nicht mehr das Sagen haben.

Flicks Fluchtweg vor diesem Steuerfall ist der eine bekanntgewordene große Fall, dieser fiskalischen Zerschlagung eines großen Familienunternehmens (vorerst) zu entgehen. Den anderen großen Fall bot im letzten Herbst der Klückerschen Familienkonzern, indem er die alte Familienstiftung auf Gemeinnützigkeit umstellte und die Konzernholding von einer Personengesellschaft in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien mit der Stiftung als Hauptaktionär umwandelte. Da die Familienmitglieder bis dahin in 45 Jahren nur ein Promille der Stüftungserträge bekommen hatten und da andererseits die neue KGaA anders als die frühere Personengesellschaft in den Gemüß des steuerlichen Schachelpfandes kommt, läßt sich hier per Saldo die künftige Ertragsauskehr für gemeinnützige Zwecke, sogar aus der Körperschaftsteuersparnis bestreiten.

Zweitens ist der Klückers-Fall ein besonders elegantes Beispiel, wie Gründerväter der Zwickmühle Erbschaftsteuer entgehen können. Ebenso zweifellos aber wurde auch hier der Stifterwille des Konzerngründers etwas verbogen. Denn unternehmensbezogene Familienstiftungen hatten ihren wesentlichen Entstehungsgrund immer darin, daß erfolgreiche Unternehmer ihr Lebenswerk möglichst lange sichern, für die Nachkommen sorgen und ihnen zugleich allfälliges Verschleudern des Familienbesitzes blockieren wollten.

Ohne Not hat die neue Bundesregierung die Chance verpaßt, den Wechsel der Erbschaftsteuer wieder aufzuheben und unternehmerischer Gestaltungsfreiheit für das Fortleben von Familienunternehmen ein nützliches Instrument zurückzugeben. Einerseits war die kleine Schar der Betroffenen da offensichtlich politisch nicht relevant genug. Andererseits aber bleibt festzuhalten, daß für Volkswirtschaft und Fiskus nicht das Fortbestehen von Familienvermögen entscheidend ist, sondern der Bestand der Unternehmen. Dafür gibt es in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft zahlreiche Wege bis hin zur Mitbeteiligung von Publikumsaktionären, ohne den vom Gründer ersehnten „ewigen Familienbesitz in der Firma“ früher zu verlieren, als ihm zum Unternehmer untaugliche Erben von selbst vererben.

CHEMISCHE INDUSTRIE / Einbrüche von 1982 wurden wieder wettgemacht

Solide Basis für die Zuversicht, daß der Aufschwung anhalten wird

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die chemische Industrie, mit 549 000 (559 000) Mitarbeitern vierter größter deutscher Wirtschaftszweig, ist mit Optimismus ins Jahr 1984 gegangen. Die Branche erwartet ein preisbereinigtes Wachstum von zwei bis drei Prozent und hofft, ihre Kostensteigerungen in den Preisen weitergeben zu können, so der neue Chemie-Präsident Heinz-Gerhard Franck.

Die Basis solcher Zuversicht scheint solide, wenngleich Franck auf einige Risiken wie die Diskussion um die 35-Stunden-Woche („Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung kann dadurch ernsthaft gefährdet werden“) und Unsicherheiten über die Stabilität der hohen Nordamerika-Exporte hinweist.

Immerhin hat die Chemie 1983 die Einbrüche des Vorjahres wieder wettgemacht können. Ihre Produktion, 1982 um fast fünf Prozent gesunken, nahm wieder um 7 Prozent zu. Dabei stieg der Umsatz um acht Prozent auf 127 (118) Milliarden Mark, die Preise blieben also weitgehend stabil. Nachdem im Frühjahr noch das Inland das Wachstumstempo vorgegeben hatte, zog ab Mai das Ausland deutlich nach.

Im Gesamtjahr erreichte der Auslandsumsatz schließlich ein Plus von zehn Prozent und damit einen Umsatzanteil von knapp 80 Prozent, während das Inlandsgeschäft „nur“ um sechs Prozent wuchs. Besonders stark wuchs die Nachfrage aus den USA (plus 30 Prozent), aus Japan (plus 15 Prozent), aus den Beneluxstaaten (plus 16 Prozent) und aus der Schweiz (plus 11 Prozent).

Zu bedenken ist, daß in den Bran-

chenzahlen nur die Inlandsunternehmen erfasst sind - die beträchtlichen Umsätze aus eigener Produktion der Auslandsstöchter gehören nicht dazu. Allein die Weltumsätze der „drei Großen“ (BASF, Bayer, Hoechst) würden zusammen fast das Gesamtvolumen der Branche mit ihren weit mehr als 1000 Unternehmen erreichen.

Wenn Chemie-Präsident Franck zufrieden feststellen kann, daß sich die wirtschaftliche Lage der Chemie 1983 nachhaltig verbessert hat und daß die konjunkturelle Belebung rascher und stärker als in der Gesamtindustrie verlief, dann gilt das auch für die Erträge. Die in den Zwischenberichten der Unternehmen bereits sichtbar gewordenen Gewinnrückgänge haben die durchschnittliche Netto-Umsatzrendite der Branche, die 1982 auf etwa 1,3 (2) Prozent gefallen war, wieder auf etwa zwei Prozent steigen lassen.

Dazu hat nicht nur die stärkere Kapazitätsauslastung beigetragen, die im Jahresdurchschnitt gut 70 (70) Prozent erreichte. Auch die weitere Rationalisierung und die Umstrukturierung der Produktpalette waren am Ertragszuwachs beteiligt. Mit wie-der 6,5 Milliarden Mark hat sich die Chemie bei den Investitionen weiter-

HWWA

Welthandel wird dieses Jahr bis fünf Prozent wachsen

JAN BRECH, Hamburg

Der konjunkturelle Aufschwung in den westlichen Industrieländern wird in diesem Jahr zu einer weiteren Belebung des Welthandels führen. Impulse werden dabei sowohl von den USA und Japan als auch von den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften ausgehen. Der starke Importboom in den USA dürfte allerdings abklingen, heißt es in der jüngsten Prognose des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die zunehmende Nachfrage der Industrieländer und tendenziell steigende Rohstoffpreise werden zudem wieder zu höheren Ausfuhrerlösen für die meisten Nicht-Industrielländer führen, schreibt das HWWA. Für eine Erhöhung der Einfuhren ließen die außenwirtschaftlichen Konsolidierungszwänge allerdings kaum Spielraum. Immerhin rechnet das

HWWA aber mit einer allmählich zu Ende gehenden Kontraktion der Einfuhren in den Entwicklungsländern. Leicht zunehmen werden die Importe der Erdöl-exportierenden Länder. Das Tempo der Welthandelsexpansion wird nach Meinung des HWWA gleichwohl geringer als 1983 sein. Die besonders expansionswirksamen lagerzyklischen Anstöße in der ersten Phase der Konjunkturbelebung schwächen sich ab, und von der Investitionstätigkeit werden insgesamt nur mäßige Impulse ausgehen. Da, im Gegensatz zum Vorjahr, Anfang 1984 aber bereits ein beachtlicher statistischer Übergang besteht, erwartet das HWWA ein um vier bis fünf Prozent höheres Welthandelsvolumen. Die Zuwachsraten im Welthandel knüpfte damit wieder an den Trend an, der sich zwischen den beiden Ölpreiserstößen herausgebildet habe, meint das HWWA.

RISIKOKAPITAL

Die Regierungs-Fraktionen legen Forderungskatalog vor

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Risikokapital-Beteiligungsgesellschaften, die bei der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen einen Gewinn erzielen und den Veräußerungserlös wieder in Unternehmen im Inland anlegen, ist ein fester Anspruch (ohne Genehmigungsverfahren) auf die Gewährung der Steuer-vergünstigung des Paragraphen 6 b Einkommensteuergesetz in voller Höhe einzuräumen. Zur Zeit ist die Steuervergünstigung auf 80 Prozent des Veräußerungsgewinnes begrenzt und an die Bestätigung der volkswirtschaftlichen Förderungswürdigkeit durch die verschiedenen Behörden gebunden.

Dieses ist eine Forderung aus dem gemeinsamen Katalog der beiden Regierungsfaktionen, der jetzt der Bundesregierung zur Prüfung zugeleitet wurde. Ziel ist es, die Bildung von Risikokapital zu fördern, weil

dadurch der notwendige Strukturwandel erleichtert werden könnte. Vorrang soll die Bildung von Risikokapital in den Unternehmen selbst durch eine nachhaltige Verbesserung der Ertragskraft haben.

Zum einen zielen die Vorschläge auf einen erleichterten Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zum Börsenmarkt. Der Einführung eines zweiten Börsenmarktes stehen die Fraktionen dabei skeptisch gegenüber. Sie plädieren für eine grundlegende Verbesserung des geregelten Freiverkehrs. Daneben geht es darum, auch solche Unternehmen, die noch nicht börsenfähig sind, mit Risikokapital zu versorgen. Außerdem sollten die Anlagemöglichkeiten institutioneller Anleger erweitert werden. Dazu bedarf es geänderter Vorschriften des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften und des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

ALLEINERZIEHENDE

Steuerfreibetrag soll um 1200 Mark erhöht werden

HEINZ HECK, Bonn

Alleinerziehende sollen für die Betreuung von Kindern bis zum 16. Lebensjahr einen um 1200 Mark erhöhten Steuerfreibetrag erhalten. Mit dieser Gesetzesänderung will der Finanzminister die Auflage des Bundesverfassungsgerichts erfüllen, das am 3. November 1982 eine Neuregelung bis zum 1. Januar 1985 gefordert hatte. Die Bestimmung ist Bestandteil eines Referentenentwurfs des Finanzministeriums für ein Steuerbefreiungsgesetz 1985, das darüber hinaus mit seinen zahlreichen Änderungen auch der Rechtsbereinigung und der Steuervereinfachung dient. Es enthält unter anderem auch Änderungen der Abgabenordnung, des Gewerbesteuer- und des Umsatzsteuergesetzes.

Alleinerziehende erhalten den neuen Freibetrag ohne Rücksicht auf die Kinderzahl und zusätzlich zu dem Haushaltsfreibetrag von 4212 und dem Kinderfreibetrag von 432 Mark je Kind. Ein Nachweis über Betreuungsaufwendungen ist dem Referentenentwurf zufolge erst dann erforderlich, wenn Aufwendungen von mehr als 1800 Mark geltend gemacht werden. Die Differenz zwischen 1200 und 1800 Mark ist danach von Alleinerziehenden als zumutbarer „Selbstbehalt“ zu tragen.

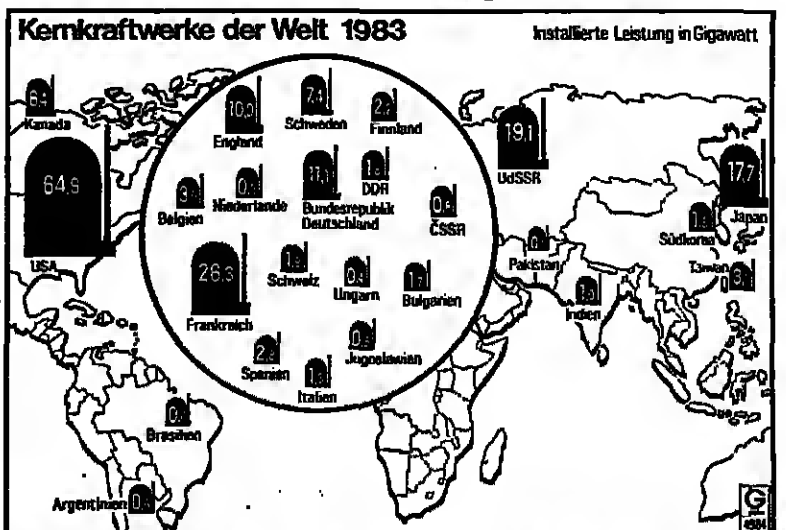
Obergrenze für die Geldmache höherer Aufwendungen ist die Höhe des Splittingeffekts bei Ehepaaren mit etwas mehr als 14 000 Mark (da Alleinerziehende nicht besser gestellt werden sollen als Ehepa-

re). Konkret bedeutet dies, daß höchstens 22 000 Mark Betreuungsaufwendungen bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 204 786 Mark geltend gemacht werden können. Erst wenn das zu versteuernde Jahreseinkommen über 29 800 Mark liegt, lohnt sich der Einzelnachweis. Denn bei dieser Einkommenshöhe beträgt der Splittingeffekt bei Ehegatten etwa 1800 Mark.

Die durch das Karlsruhe Urteil ausgelöste Neuregelung gilt nicht nur für 1984. Sie kann - bis Ende 1985 - auch für 1982 und 1983 beantragt werden. Wenn für frühere Veranlagungszeiträume Einspruch gegen den Steuerbescheid eingelegt worden war, können sogar rückwirkend bis 1971 Ansprüche geltend gemacht werden. Die jährliche Steuerentlastung schätzt das Finanzministerium auf rund 200 Millionen Mark. Für 1985 wird wegen der rückwirkenden Erstattungen mit Einnahmeausfällen von 650 Millionen Mark gerechnet.

Aufwendungen, die auch von anderen Eltern zu leisten sind, wie solche für den Unterricht, die Förderung besonderer Fähigkeiten oder für Sport und Freizeitbetätigung, sind für Alleinerziehende unter dem Gesichtspunkt der Sonderbelastung nicht anrechnungsfähig. Ministerien, Länder und Verbände haben für ihre Stellungnahme zum Gesetzentwurf sechs Wochen Zeit, bevor dieser im März oder April ins Kabinett geht. Die erste Lesung im Bundestag ist für Anfang Juni vorgesehen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1985 in Kraft treten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die USA haben auf dem Gebiet der Atomkraftwerke einen unbestrittenen Vorsprung. Auf US-Boden stehen Kernkraftwerke mit zusammen 64,9 Gigawatt (ein Gigawatt = 1000 Megawatt) Leistung. Das entspricht einem Drittel der weltweit in Kernkraftwerken installierten Leistung. QUELLE: CIGUS

„Bankgeheimnis gewahrt“

Bonn (AP) - Die Banken wollen in einem Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, „offensichtliche Mißverständnisse“ im Streit um das Auskunftsrecht der Geldinstitute ausmerzen. Die im Zentralen Kreditatlass (ZKA) zusammengeschlossenen Spitzenverbände des Kreditwesens teilten in einer am Mittwoch in Bonn verbreiteten Erklärung ein entsprechendes Angebot an Baumann mit. Der ZKA erneuerte seine Versicherung, mit den am 1. Januar neu gefaßten Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) habe sich an der Einhaltung des Datenschutzes in den Banken nichts geändert.

Trennung vollzogen

Hannover (dos) - Die zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehörende Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, hat jetzt die angekündigte Trennung zwischen dem Vertrieb und der Produktion vollzogen. Nach Angaben eines Sprechers sind die Produktionsaktivitäten rückwirkend zum 1. Januar 1984 auf die dafür gegründete Neue Elektronik-Werke GmbH (Newek) mit Sitz in Hannover übertragen worden. Geschäftsführer der Newek ist Herbert Leinauer der bisherigen bei Telefunken für den Bereich Produktion verantwortliche Zeichner. Die Newek wird als Tochtergesellschaft der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, der jetzigen Vertriebsgesellschaft, geführt. An Telefunken ist die AEG nach wie vor mit 25 Prozent beteiligt.

Polens Auslandsschulden

Warschau (VWD) - Die polnischen Auslandsschulden werden bis Ende 1984 auf 29,3 Milliarden (gegenwärtig 23,5 Milliarden Dollar) steigen, teilte die offizielle Nachrichtenagentur Pap mit. Nach der Agentur-Meldung begründet der Finanzminister des Landes, Stanislaw Wieczarz, den Anstieg mit neuen Wirtschaftsplänen und den höheren Kosten für den Schuldendienst.

Innerdeutscher Handel

Berlin (dpa/VWD) - Der innerdeutsche Warenverkehr hat 1983 für die bundesdeutsche Seite mit einem Überschuß von 69 Millionen Verrechnungseinheiten (eine VE = eine Mark) abgeschlossen, nach einem Defizit für die Bundesrepublik im Vorjahr von 510 Millionen Verrechnungseinheiten. Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts, Wies-

baden, wird die Bundesrepublik im Dienstleistungsverkehr allerdings einen noch deutlicheren Überschuß erzielen (Vorjahr: Negativsaldo für die „DDR“ von 92 Millionen VE). Insgesamt lagen die Lieferungen an die „DDR“ 1983 neun Prozent über dem Vorjahr, während die Bezüge um vier Prozent stiegen.

Mehr Zeitungen abonniert

Bonn (dpa/VWD) - Im vierten Quartal 1983 haben mehr Bundesbürger den festen Bezug von Tageszeitungen im Abonnement dem Kauf am Kiosk vorgezogen. Eine ähnliche Entwicklung gab es auch im Bereich der Publikumszeitschriften, geht aus der jüngsten Aufhebung der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) in Bonn hervor. Während der Einzelverkauf der Tageszeitungen im vierten Quartal 1983 insgesamt um rund 270 000 auf durchschnittlich 10,86 Millionen Exemplare pro Ausgabe zurückging, stieg die abonnierte Auflage um rund 250 000 auf 14,12 Millionen Exemplare.

Goldproduktion steigt

Washington (VWD) - Die weltweite Produktion der Goldbergwerke könnte 1986 49,248 Millionen Feinunzen erreichen, geht aus einer Prognose des Gold Institute hervor. Dieser Prognose steht für 1983 eine Schätzung von 44,524 Millionen Feinunzen und für 1984 von 46,210 Millionen Feinunzen gegenüber. Von der Gesamtmenge, die für 1986 projiziert wird, dürften laut Gold Institute 22,505 Millionen Feinunzen auf Südafrika, 9,6 Millionen auf die UdSSR, 2,886 Millionen auf Kanada entfallen. Für das laufende Jahr wird die südafrikanische Goldproduktion auf 22,184 Millionen Feinunzen und die der UdSSR auf 9,2 Millionen geschätzt, gegenüber etwa 21,863 bzw. 9,1 Millionen Feinunzen im abgelaufenen Jahr.

Aufschub für Tilgung

New York (AP) - Venezuela hat von einem internationalen Bankenkonsortium einen weiteren dreimonatigen Aufschub für die Tilgung seiner Schulden in Höhe von 35 Milliarden Dollar erhalten. Dies teilte ein Sprecher der Chase Manhattan Bank in New York mit. Der venezolanische Finanzminister Arturo Sosa hatte mit Vertretern der 13 in dem Konsortium vereinten Banken über den Zahlungsaufschub verhandelt. Die früher vereinbarte tilgungsfreie Zeit wäre zum 31. Januar ausgelaufen.

NIEDERSACHSEN

Neue Strukturpolitik nicht nach dem Gießkannenprinzip

DOMINIK SCHMIDT, Hannover Mit einem Bündel neuer Aktivitäten will das Land Niedersachsen den Rahmen der bisherigen Strukturpolitik erweitern und sich „im Rennen um die Zukunft einen guten Platz in der Startreihe sichern“. Gleichzeitig müsse über die Berechtigung bisheriger Maßnahmen nachgedacht werden, erklärte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel.

Die auf die Zukunft ausgerichtete regionale Strukturpolitik der Landesregierung werde sich nicht an einer Art Gießkannenprinzip orientieren. Fest stehe, daß die strukturelle Neuorientierung nur unter langfristigen Perspektiven zu den gewünschten Ergebnissen führen könne und dabei Absehung von Förderbereichen zu nehmen sei, deren „Sinngehalt inzwischen fragwürdig geworden ist“.

Es helfe wenig, wenn Unternehmen oder Kommunen sich vor Ort darauf beschränken, diesen oder jenen Förderposten anzupapeln. Zu den angeforderten neuen Maßnahmen zählt die Einrichtung von Technologieparks, die jungen Wissenschaftlern und Unternehmern den Start in eine eigene Existenz erleichtern sollen. Die Landesregierung will dabei nicht nur finanzielle Hilfe leisten, sondern auch bei der Überwindung bürokratischer Hemmnisse helfen.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sollen die Technologietransferzentren bewirken. Ähnliches gilt für die technisch-wissenschaftliche Akademie in Helmstedt. Nach Arbeitsaufnahme des Instituts für angewandte Mikroelektronik in Braunschweig ist vorgesehen, einen Forschungsverbund zu installieren.

DOLLAR / Guth erwartet anhaltende Stärke und befürchtet US-Protektionismus

Gegen Abkopplung von US-Währung

CLAUS DERTINGER, Luxemburg

Die vom festen Dollar gebaute US-Industrie könnte zusätzliche protektionistische Maßnahmen fordern und im Wahljahr 1984 möglicherweise auch durchsetzen. Diese Gefahr sieht Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Obwohl, wie die Marktschwankungen zeigten, bei den derzeitigen als ungerechtigt hoch empfundenen Kursen eine Umkehr wahrscheinlicher werde, glaubt Guth, daß der Dollar seine starke Stellung behalten werde, und das nicht zuletzt wegen der hohen US-Zinsen, die, wie die Deutsche Bank annimmt, weiterhin hoch bleiben werden. Der Bankier wünscht sich zwar einen weniger starken Dollar als jetzt; aber er warnt vor unüberdachten Gerüden über eine administrative Abkopplung vom Dollar, die höchstens den Drang in den Dollar noch verstärken würde und einer Art Selbstverstümmelung gleichkäme.

In gewissem Umfang abkoppeln könne sich die D-Mark nur durch konsequente Fortführung der Stabilitätspolitik der Bundesbank und der Haushaltskonsolidierungspolitik der Regierung. Andernd würde es der D-Mark - und damit dem Handlungsspielraum der Bundesbank in der Stabilitätspolitik sicher guttun, wenn möglichst bald Befürchtungen entkräftet werden könnten, daß es in der Tarifrunde zu schweren Arbeitskämpfen und einer entsprechenden Schädigung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit komme.

Zu viel Geduld mahnte Guth bei den Anstrengungen zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise. Die Banken müßten sich noch lange Zeit mit Umschuldungen herumschlagen und im Konzert mit internationalen Institutionen und Regierungen neues Geld aufbringen. Als Alternative zur Bereitstellung neuer

Kredite kommt nach Guths Meinung auch die Stundung fälliger Zinsen für einen bestimmten Zeitraum in Frage. Die Deutsche Bank hält es für möglich, daß die Regierungen der USA und Europas eines Tages nicht darum herumkommen, ein größeres zusammenhängendes Konzept zur Überwindung oder Erleichterung der Schuldenkrise zu entwickeln, die ein weltwirtschaftliches Wachstumsmotiv sein.

Für wichtig hält der Bankier eine weitgehend marktwirtschaftliche Auflösung der Schuldenkrise, die nur durch den Warenhandel und private Kapitalströme denkbar sei. Für die Schuldnerländer bedeute dies vermehrte Exportanstrengungen und überzeugende Stabilisierungspolitik, die Vertrauen schafft und Kapital im Land hält sowie Auslandskapital anzieht. Die Industrieländer müßten das Wachstum sichern und Einfuhrsperrn aufheben.

USA / Inflationsrate sinkt auf 3,2 Prozent

Ex-Minister sind besorgt

H.A. SIEBERT, Washington
Als Ergebnis einer 17monatigen Rezession, die wirtschaftliche Ressourcen in großem Umfang freisetzt – so sank die industrielle Kapazitätsauslastung 1982 auf 69,6 Prozent.

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Bezahlen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

HERAUSGEBER: TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten

Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT

Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Bestellschein

Sie liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 23,50 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage). anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT

Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

NAMEN

Horst Knappe, Chefredakteur der Lebensmittelzeitung, ist am 21. Januar im Alter von 61 Jahren gestorben.

Dr. phil. Rudolf Frank, Mitglied des Vorstands der Hoechst AG, ist am 16. Januar in den Ruhestand getreten. Jürgen Dornmann und Prof. Dr. Hans-Georg Gareis wurden mit Wirkung vom 1. Januar zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern bestellt.

Gotthelf Dietrich ist neuer Sprecher des Vorstands der Magdeburger

Feuerversicherungs-AG, Hannover. Dem Vorstand gehören ferner Dr. Reinhard Bunselmeyer, Dr. Richard Ihm und Dr. Eckhardt Wilkens an. Wilhelm Arendts, Sprecher des Vorstandes der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Otto Kässbohrer, Mitinhaber und Seniorchef der Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, wird heute 80 Jahre alt.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmen veröffentlichten Vorschläge zum Budget

Wirtschaft verlangt Kostenentlastung

WILHELM FURLER, London

Die britischen Unternehmer haben die Regierung Thatcher aufgefordert, alle Anstrengungen auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland sowie auf die Beibehaltung des letzten Jahres Wirtschaftswachstums in Höhe von drei Prozent zu konzentrieren. Diesen Forderungen müsse das Budget, das von Schatzkanzler Nigel Lawson am 13. März vorgelegt wird, Rechnung tragen.

Nach Ansicht des Unternehmensverbandes CBI besteht die vorrangigste Aufgabe darin, die Wettbewerbsfähigkeit der herstellenden und verarbeitenden Wirtschaft zu verbessern. „Unsere Wettbewerbsfähigkeit liegt immer noch um mehr als 20 Prozent unter der unserer wichtigsten ausländischen Konkurrenten“, heißt es in dem jetzt vom CBI vorgelegten Aufruf an den Schatzkanzler. Der Abstand gegenüber den europäischen Wettbewerbern sei sogar noch größer.

In seinem Dokument mit dem Motto „Keep it going“ weist der Industrieverband auf schwerwiegende

Folgen für die britische Wirtschaft hin, falls an der Wettbewerbsfähigkeit alles beim alten belassen würde. Dann würden von einem weiteren Anstieg der Inlandsnachfrage vor allem die ausländischen Anbieter der britischen Hersteller profitieren, was eine fortgesetzte Verschlechterung der Zahlungsbilanz-Position Großbritanniens zur Folge hätte.

Kontinuierlich müsse sich die kommende Haushaltsvorlage auf Maßnahmen konzentrieren, durch welche die von der Regierung auferlegte Kostenlast für die britische Wirtschaft erheblich reduziert würde. Nach Ansicht des CBI zählt hierzu in erster Linie die Abschaffung des Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung in Höhe von einem Prozent der Lohnsumme. Darüber hinaus sollte die gemeindesteuerliche Belastung der britischen Wirtschaft um im Schnitt zehn Prozent gekürzt werden.

Außerdem drängt der Industrieverband die Regierung dazu, die Kapitalinvestitionen in die Infrastruktur des Landes zu erhöhen. Dagegen sollte im Bereich der privaten Steuern in

diesem Haushalt noch nichts unternommen werden – abgesehen von einer Anhebung der Steuereintrittsschwelle und der Freibeträge um den Satz der Inflationsrate. Der CBI vertritt die Ansicht, dass eine darüber hinausgehende Reduzierung der steuerlichen Belastung bereits im kommenden Budget ausgesprochen gefährlich wäre. Zu viel des zusätzlich verfügbaren Einkommens würde für Importwaren ausgegeben, und nichts würde getan, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern helfen.

Nur wenn es gelinge, die gegenwärtige Wachstumsrate beizubehalten, bestünde Aussicht auf eine Kürzung der privaten Steuern in den kommenden Jahren. Bis dahin müsste alles unternommen werden, Investitionen und Innovationen anzupromoten. Der CBI befürchtet die Jahreskosten für sein Vorschlagspaket auf etwa zehn Milliarden Mark, was in jeder Beziehung inflationsneutral und absolut vertretbar sei. Wie schon in den Jahren zuvor bezeichnet der CBI eine Senkung des „übergeordneten hohen“ Zinsniveaus als weitere Priorität.

SWIRE GROUP / Tochter Cathay Pacific Airways ist nur ein kleines Steinchen

Konzern mit Asien-Schwerpunkt

HENNER LAVALL, Bonn

Mit der Eröffnung des direkten Passagier-Liniendienstes zwischen Hongkong und Frankfurt am 3. April durch die Fluggesellschaft Cathay Pacific Airways kommt ein Unternehmen nach Deutschland, dessen Muttergesellschaft bisher überwiegend in Fernost präsent ist: die Swire Pacific Ltd. Dieses an der Hongkonger Börse notierte Unternehmen ist allerdings ebenfalls nur ein Steinchen im verzweigten Reich der John Swire & Sons Ltd., London, der Holding der gesamten Gruppe.

In der inzwischen fünften Generation steuern die Brüder John und Sir Adrian Swire von London aus 27 verbundene Unternehmen in aller Welt. Mit dem Teasabau in Kenia und Bangladesch, der Kaffee-Produktion in Papua-Neuguinea, der Welterverpackung für Schiffe, der Erfrischungsgetränke-Produktion, zahlreichen Versicherungen, Lager- und Kühlhausgesellschaften, LKW-Transportfirmen, Schiffahrtslinien, Hotels oder Landentwicklungsunternehmen werden umgerechnet 7 Mrd. DM Umsatz

erzielt. Beschäftigt werden in der Gruppe über 70 000 Menschen.

Die Gründung von John Swire & Sons geht auf das Jahr 1816 zurück. Zusammen mit dem britischen Empire erfolgte die Ausdehnung des Familienunternehmens. Tochtergesellschaften wurden in Australien (1852), in China (1868), in Japan (1887) und in Hongkong (1870) eingerichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die chinesischen Besitzungen verloren, und das Schwergewicht des asiatischen Geschäfts wurde nach Hongkong verlegt.

Swire Pacific gliedert sich in vier Bereiche. Die „Property-Division“ mit einem Anlage-Volumen von etwa 195 Mrd. DM umfasst Unternehmen, die sich mit Landentwicklung, Investitionen und Konstruktion befassen. Im Industrie-Sektor (Umsatz rund 800 Mrd. DM) sind die Interessen der Erfrischungsgetränke-Abfüllanlagen in Hongkong und den USA zusammengefasst, aber auch die Produktion von Audio- und Video-Magnetbändern, Farben und Lacken, Aluminiumdosen, Glasfaserproduk-

ten sowie die Zuckerverarbeitung und der Autohandel. Im dritten Bereich sind Schiffahrt und die damit zusammenhängenden Dienstleistungen erfasst.

Die Fluggesellschaft Cathay Pacific Airways gehört zum „vierten Bein“ der Swire Pacific, in dem zusätzlich noch die verschiedenen Service-Dienste auf dem Hongkonger Flughafen sowie die Hotel-Interessen eingekauft wurden. Die Flotte von Cathay Pacific umfasst gegenwärtig neun Super Tristar und acht Boeing 747-200 (darunter eine Frachterversion). Mit der Aufnahme des Direktfluges nach Frankfurt drei mal pro Woche soll eine weitere 747 dazukommen. 1982 beförderte die Fluggesellschaft 3,3 Mill. Passagiere. Zurückgelegt wurden dabei 25,3 Mill. Meilen. Die Strecke Hongkong-Frankfurt wird im Pool mit der Lufthansa bedient, das heißt, die Gewinne werden geteilt. Dafür übernimmt die Lufthansa den Service in Frankfurt und streicht selbst einen Direktflug nach Hongkong.

BIZ / Internationales Bankgeschäft

USA als Kapitalimporteur

dpa/VWD, Basel
Die Vereinigten Staaten sind im zweiten Halbjahr 1983 zu einem Kreditnehmer an den internationalen Kapitalmärkten geworden. In ihrem soeben veröffentlichten Bericht über das „Internationale Bankgeschäft“ im dritten Quartal 1983 spricht die Bank für Internationales Bankgeschäft (BIZ), Basel, von der „spektakulärsten Veränderung“ im internationalen Kreditgeschäft in diesem Zeitraum: Die US-Banken, die im zweiten Quartal 1983 netto 4,3 Milliarden Dollar und im dritten Quartal sogar 10,3 Milliarden Dollar an Krediten aus dem Ausland aufnahmen, kehrten damit „die Entwicklung der vorangegangenen drei Jahre um, als sie im hohen Maße Nettokredite an das Ausland vergaben“.

Dabei kommt die BIZ, die vielfach als Zentralbank der Zentralbanken bezeichnet wird, zu dem überraschenden Ergebnis, dass der Einfluss des Zinsgefälles zwischen dem Hochzinsland USA und dem vergleichsweise niedrigen Zinsniveau in Europa und Japan auf die Kapitalströme „nur sekundäre Bedeutung zu haben scheint“. So flossen in der Zeit von 1980 bis zum ersten Quartal 1983 um-

fängreiche Bankmittel aus den USA zum internationalen Markt, „obwohl sich die US-Zinsen auf einem ungewöhnlich hohen Niveau befanden und das Zinsgefälle Dollar-Einlagen und das Zinsgefälle Dollar-Einlagen eindeutig begünstigte“. Die BIZ folgert daraus, dass die über die US-Banken laufenden Kapitalströme eine Ausgleichsfunktion zwischen Kapitalaufkommen und Gesamtnachfrage nach internationalen Bankmitteln – ungeachtet des jeweiligen Zinsniveaus in den USA – ausüben.

Eine weitere auffallende Entwicklung im internationalen Bankgeschäft war im vergangenen Jahr die erneute Abschwächung der Kreditvergabe an die Nicht-Opec-Entwicklungsländer. Dieser Trend hatte – so die BIZ – zur Folge, dass sich die „freiwilligen“ Kredite, also neue Darlehen außerhalb der Umschuldungsabkommen, an die Nicht-Opec-Entwicklungsländer in den ersten neun Monaten 1983 „auf kaum mehr als ein paar Milliarden Dollar beliefen“. Von den Ländern der Dritten Welt (ohne Opec) erhielt lediglich Lateinamerika neue Kredite (drittes Quartal plus 1,7 Milliarden Dollar). Die übrigen Entwicklungsländer bekamen insgesamt gesehen keine neuen Kredite.

US-STAHLINDUSTRIE / Klage eingereicht

Streit mit EG programmiert

H.A. SIEBERT, Washington

Die Weichen für den bisher heftigsten Streit zwischen den USA auf der einen und der EG und allen anderen ausländischen Herstellern auf der anderen Seite sind gestellt: Wie die WELT in ihrer gestrigen Ausgabe voraussagte, hat die amerikanische Bethlehem Steel Corp. Beschwerde bei der International Trade Commission (ITC) in Washington wegen existenzbedrohender Schädigungen durch subventionierte und sonst künstlich verbilligte Importe eingeleitet.

Der nach der U.S. Steel Corp. und Armco drittgrößte US-Stahlkonzern verlangt zum erstenmal auch für Kohlenstoff- und Legierungsstahl Einfuhrschutz nach Artikel 201 des amerikanischen Außenhandelsgesetzes von 1974. Er bietet die schnelle Möglichkeit, um tarifliche und mengenmäßige Importbarrieren zu errichten, da nur der Nachweis der Schädigung zu erbringen ist. Das sollte angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, der immer noch geringen Kapazitätsauslastung und der enormen Verluste der US-Branche (1982 und

1983 insgesamt sechs Milliarden Dollar) nicht schwerfallen.

Das Gesetz schreibt die Untersuchung der Vorwürfe durch die ITC innerhalb von sechs Monaten vor, danach muß Präsident Reagan in 60 Tagen, falls im nationalen Interesse, Abhilfe schaffen. Im Juli half das Weiße Haus den US-Edelstahlfirmen, indem es Importquoten und höhere Zölle verfügte. Erlaubt wurden bilaterale Lösungen. Fällig ist die Entscheidung in acht Monaten.

Laut Bethlehem könnte der im Oktober 1982 mit der EG geschlossene Stahlpakt, der den westeuropäischen Anteil am US-Markt bis 1985 auf 5,4 Prozent insgesamt limitiert, als Vorbild dienen. Tatsächlich ist er jedoch in hohem Maße gefährdet, da Brüssel das Abkommen für null und nichtig erklären kann, wenn die USA getrennte Verfahren gegen die Gemeinschaft eröffnen.

Frank machte der Vorstandsvorsitzende von Bethlehem Steel, Trautwein, vor allem gegen die Schwellenländer, die den amerikanischen Markt mit Billigstahl überschwemmen würden.



FÜR JEDES SPARZIEL ERHALTEN SIE DIE RICHTIGE KAPITALANLAGE: DG BANK-OBLIGATIONEN DER VOLKSBANKEN UND RAIFFEISENBANKEN.



Mit DG BANK-Obligationen der Volksbanken und Raiffeisenbanken können Sie Ihre Planung auf den Tag

Anschaffung, die besonders groß ausfallen soll.

Zum derzeit verfügbaren Angebot gehören:

- Serie 34, Nominalzins 6%, Laufzeit 1 Jahr
- Serie 35, Nominalzins 6 1/4%, Laufzeit 2 Jahre
- Serie 36, Nominalzins 7 1/4%, Laufzeit 3 Jahre
- Serie 37, Nominalzins 7 1/2%, Laufzeit 4 Jahre
- Serie 38, Nominalzins 8 1/4%, Laufzeit 5 Jahre
- Serie 39, Nominalzins 7 3/4%, Laufzeit 6 Jahre
- Serie 40, Nominalzins 8 1/2%, Laufzeit 7 Jahre
- Serie 41, Nominalzins 9%, Laufzeit 10 Jahre

Lassen Sie sich vom Vermögensberater in einer der fast 4.000 Volksbanken und Raiffeisenbanken ganz in Ihrer Nähe informieren – über die Möglichkeiten, Ihr Geld sicher und planvoll in DG BANK-Obligationen anzulegen.

DG BANK, Postfach 26 28, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (0611) 26 80-2387, Telex 412 291.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
DIE GENOSSENSCHAFTSBANK MIT DER BREITEN BASIS

Billig-Flüge

weltweit
0 81 02/4 30 31
0 82 03/1 56 13
Tx. 4 185 363

NEUERSCHEINUNG

Medienatlas

Nordrhein-Westfalen

Eine dreibändige populärwissenschaftliche Studie über eine Kommunikationslandschaft

78,50 DM

Herausgeber

Landespresse- und Informationsamt NRW

Zu beziehen im Buchhandel oder direkt beim Verlag

SCHÜRMANN & KLAGGES

4630 Bochum 1

Postfach 10 23 70

Anfragen bei:

P. Aebersold, A. Digen

Immobilien-Agentur, Internationale Liegenschaftsvermittlung

Walchense, 17, CH-9025 Zürich, Tel. (0 04 11) 3 62 95 05

Wir bieten

Vertrieb von

Markenartikel

mit Kundenschutz – auf Wunsch Festanstellung

Nehmen Sie umgehend Kontakt auf

Lehmann GmbH

Postfach 10 23 70

Tel. 0 44 43 / 23 80 + 25 80

Wir sind ein Schweizer Dienstleistungsunternehmen und suchen für verschiedene Vertriebsstellen in der Schweiz zweifache Vertriebs- und Verkaufsfachkräfte, die eventuelle auch Fulltimearbeiten übernehmen können.

Zuschreiben an Chiffre 44-62368, Publicitas, Post, CH-9025 Zürich.

Zur Ergänzung unserer Angebotspalette suchen wir für unseren Vertriebsbereich weitere

erstklassige Produkte

W. Richter, Wirtschaftsbüro

GmbH, Hedwigstr. 23, 3000 Hannover, 1, Tel. (05 11) 33 62 25

8 1/4 % Staatsanleihe von 1984 (1994)

FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

Kenn-Nr. 136 522 -

VERKAUFSANGEBOT

Die Freie und Hansestadt Hamburg gibt eine Wartrechtsanleihe im Gesamtbetrag von

DM 500 000 000,-

Von der Anleihe werden DM 450 000 000,- von dem unterzeichneten Konsortium zum Verkauf angeboten.

Ausgabeform: 99,25 % steuer- und börsenumsatzsteuerfrei unter Verrechnung von Stückzinsen.

Verzinsung: 8 1/4 % p. a. nachträglich am 1. Februar der Jahre 1985-1994 fällig. Die Verzinsung endet am 30. Januar 1994.

Laufzeit: 10 Jahre.

Rückzahlung: Die Anleihe wird am 1. Februar 1994 zum Nennwert zurückgezahlt.

Rendite: 8,36 %.

Unkündbarkeit: Während der gesamten Laufzeit ist eine Kündigung seitens der Freien und Hansestadt Hamburg und der Anleihegläubiger ausgeschlossen.

Verkaufstermin: Die Anleihe wird ab 26. Januar 1984 freibleibend zum Verkauf gestellt.

Verkaufsstellen: Teilbeträge der Wartrechtsanleihe können durch Vermittlung aller Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften erworben werden.

Nennbeträge: DM 100,- oder ein Mehrfaches davon.

Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit: Die Anleihe ist nach § 1807 Abs. 1 Ziff. 2 BGB mündelsicher und nach § 54a Abs. 2 Ziffer 4 VAG deckungsstockfähig.

Lombardfähigkeit: Lombardfähig nach § 19 Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank.

Börseneinführung: Die Anleihe wird zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen. Weitere Einzelheiten sind aus dem ausführlichen Verkaufsangebot zu ersehen, das bei den Kreditinstituten erhältlich und im Bundesanzeiger vom 26. Januar 1984 veröffentlicht ist.

Im Januar 1984

HAMBURGISCHE LANDESBANK - GIROZENTRALE -

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT AG

BAYERISCHE VEREINSBANK AG

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

DELBRÜCK & CO.

CONRAD HINRICH DONNER

MARCARD & CO.

NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE

VEREINS- UND WESTBANK AG

BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK AG

JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO.

BREMER LANDESBANK KREDITANSTALT OLDENBURG - GIROZENTRALE -

DEUTSCHE GIROZENTRALE - DEUTSCHE KOMMUNALBANK -

HAMBURGER SPARKASSE

NORDDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK AG

LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN GIROZENTRALE

M. M. WARBURG-BRINCKMANN, WITZ & CO.

SATELLITEN / Bonn beteiligt sich

Kostenanteil von 21 Prozent

HEINZ HECK, Bonn
Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an dem europäischen Wettersatellitenprogramm MOP (Programm operationeller meteorologischer Satelliten METEOSAT). Das hat das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung beschlossen. Bonn ist mit 21 Prozent an den Gesamtkosten des Programms in Höhe von 949 Millionen Mark (Preise von 1982/83) beteiligt. Weitere Teilnehmer sind unter anderem Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien.

Die Bundesregierung sieht in diesem Programm „einen entscheidenden Schritt für den Aufbau eines meteorologischen Satellitensystems in Europa und eine weitere Verknüpfung der europäischen Wetterdienste“. MOP ist zugleich der europäische Teil des weltweiten Wettersatellitensystems, an dem die USA und Japan beteiligt sind. Dieses ist auf eine Dauer von 12 Jahren angelegt und sieht unter anderem den Start von drei Satelliten des Typs ME-

TEOSAT sowie die Nutzung der noch bis 1985/86 aktiven Satelliten des experimentellen Programms vor. Für die Abwicklung des MOP ist die Europäische Weltraumorganisation (EWO) zuständig.

Die am MOP interessierten Staaten schließen sich zu einer Nutzerorganisation (EUMETSAT) zusammen. Um den Sitz dieser Organisation zwischen sich Frankreich und die Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik hatte sich im Mai 1983 vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zur Teilnahme an der Konvention EUMETSAT verpflichtet. Diese tritt in Kraft, sobald 85 Prozent der Beiträge zugesagt und die Ratifikationsvorbehalte zurückgenommen sind. Damit wird 1985 gerechnet. Bereits im Bundeshaushalt 1984 sind rund 30 Millionen Mark vorgesehen. In Bonn wird mit einem industriellen Rückfluß von etwa 25 bis 27 Prozent des Investitionsvolumens gerechnet.

ELEKTRONIK-INDUSTRIE / Skandinavien

Drei Firmen fusionieren

J. BRECH, Hamburg
Die drei führenden skandinavischen Unternehmen der Elektronik-Industrie haben sich enger zusammengeschlossen. Im Mittelpunkt der Fusion steht die finnische Mischkonzern Oy Nokia AB, der 70 Prozent des größten schwedischen Elektronik-Herstellers Luxor vom schwedischen Staat übernommen hat, die restlichen 30 Prozent verbleiben beim Staat. Gleichzeitig hat Nokia ihre Beteiligung an dem finnischen Unternehmen für Unterhaltungselektronik Salora von 18,3 auf 58 Prozent erhöht. Im Gegenzug übernimmt Salora von Nokia 19 Prozent des Luxor-Aktienpakets. An dem im Zuge dieser Transaktion erhöhten Salora-Kapital bleibt die finnische Gruppe Holmberg Oy mit 34 Prozent beteiligt.

Die Firmen Nokia, Salora und Luxor bleiben, wie es in einer Erklärung heißt, unabhängig und werden ihre Produkte unter den bisherigen Markennamen anbieten. Vorgesehen ist dagegen eine enge Kooperation in der Forschung und Entwicklung. Neue Akzente werde die Gruppe international in den Bereichen Farbfernsehen,

Kabel- und Satellitenfernsehen sowie Datenverarbeitungssysteme setzen, heißt es. Die Zusammenarbeit ermögliche es, die Mittel der drei Konzerne für eine optimale Produktentwicklung auf diesen Gebieten zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten zu stärken.

In der Datenverarbeitung zählt der Privatkonzern Nokia zu den führenden Unternehmen in Finnland. Vom Gesamtumsatz, der 1983 rund 4,6 Mrd. DM erreicht haben dürfte, entfielen rund 17 Prozent auf den Elektronik-Bereich. Die Salora-Gruppe hat ihren Schwerpunkt in der Unterhaltungselektronik. Ihr Umsatz liegt bei 325 Mill. DM. In der Bundesrepublik ist sie durch die Salora GmbH, Hamburg, vertreten, die mit Produkten aus der Unterhaltungselektronik rund 35 Mill. DM umsetzt.

Der schwedische Luxor-Konzern ist ebenfalls in der Unterhaltungselektronik tätig sowie der führende Hersteller von Microcomputern in Skandinavien. Der Umsatz im vergangenen Jahr betrug mehr als 275 Mill. DM.

DEUTSCHE BANK LUXEMBURG / Mit gutem Geschäft bedingt zufrieden

Ergebnis geht in Risikoabsicherung

C. DERTINGER, Luxemburg
Nur bedingt zufrieden ist die Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourgeoise mit dem an sich guten Geschäftsjahr 1982/83 (15 Monate), weil wieder das Gesamtergebnis, das der Verwaltungsratsvorsitzende Robert Ehret auf etwa 400 Mill. DM (ohne 35 Mill. DM Währungsbewertungsgewinne) bezifferte, für die Risikoabsicherung benötigt wird. Damit summieren sich die in 13 Jahren angesammelten Wertberichtigungen auf rund 1,2 Mrd. DM. Sie decken drei Achtel der 3,2 Mrd. „Umschuldungskredite“ im weitesten Sinne ab, die im Kreditvolumen von 22 Mrd. DM stecken.

In Luxemburg ist übrigens genau die Hälfte der Umschuldungskredite des Deutsche-Bank-Konzerns verbucht. Man kann davon ausgehen, daß die gesamten Risikoreserven des Konzerns ausreichen, selbst einen höchst unwahrscheinlichen Totalausfall aller Umschuldungskredite ohne große Verrenkungen aufzufangen.

Zum Ergebnis in Luxemburg hat der Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich Personal- und Sachkosten etwa 320 Mill. DM beigetragen, eine Steigerung um etwa 10 bis 12 Prozent. Dazu kommen 40 Mill. DM aus Dividenden und Effektengeschäften sowie weitere annähernd 50 Mill. DM Effekterträge aus Albeständen, obsolet gewordene Rückstellungen und sonstige Erträge.

Trotz enormer Erschütterungen des Euromarktes blieb die Bilanz, wie Ehret sagte, ausgewogen und voll im Gleichgewicht. Das Geschäftsvolumen hat sich nach Angaben von Geschäftsführer Ekkhard Störck um 9,6 Prozent auf umgerechnet 26,5 Mrd. DM ausgeweitet. Von der Expansion der größten deutschen Eurobank waren allerdings 1,3 Mrd. DM unecht; sie resultierten aus höherer Dollarbewertung. Ihr Kreditgeschäft betrieb die Bank nicht zuletzt mit Blick auf die aufsichtrechtlichen Konzern-Konsolidierungsvorschriften selektiv. Sie beteiligt

sich nicht an dem nochmals schärfer gewordenen Wettbewerb um gute Adressen am Euromarkt.

Das Kreditvolumen, dessen Refinanzierung im Rollover-Geschäft durch zinsvariable Langfristmittel voll abgesichert ist, wuchs durch verstärkte Ausleihungen an andere Banken von 19 auf 22 Mrd. DM, wobei die Kundenkredite mit 12,6 Mrd. DM praktisch unverändert blieben. Exportfinanzierungen und „fresh money“ für Umschuldungsländer waren etwa je zur Hälfte an den Neuausleihungen beteiligt. Eine gewisse „Vorreiterfunktion“, so Störck, nahm die Bank als Konsortialführer bei Ostblockfinanzierungen ein. Insgesamt wurde das Eurokonsortialgeschäft wegen schlechter Margen niedrigtourtig geführt. Im Emissionsgeschäft nahm die Deutsche Bank als Führer und Mitführer bei 48 Anleihen über rund 20 Mrd. DM unter ihren beiden ausländischen „Erzrivalen“ den zweiten Platz ein.

Schokolade soll teurer werden

dpa/VWD, Köln

Schokolade soll bald teurer werden. Keine Firma könne an der „dramatischen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten“ ohne Preiserhöhungen vorbeigehen, kündigte der Sprecher der Industrie, Bernd Monheim, anlässlich der bevorstehenden Internationalen Süßwarenmesse (30. Januar bis 3. Februar) in Köln an. Allerdings sei ungewiss, wieviel sich bei dem harten Wettbewerb, insbesondere bei der Tafelschokolade, am Markt durchsetzen ließe. Nach Monheim sind die Preise für Rohkakao auf den höchsten Stand seit 1977 geklettert und mittlerweile mit 8,60 DM pro Kilogramm, beinahe doppelt so hoch wie im Frühjahr 1983 (4,50 DM).

Im vergangenen Jahr produzierte die Branche in den ersten zehn Monaten mit 1,6 Mill. t etwa 0,7 Prozent mehr als 1982; der Absatz lag mit 11,47 Mrd. DM 1,6 Prozent höher. Am besten entwickelten sich Dauerbackwaren und Knabberartikel. Bei Zukerwaren sei dagegen das Vorjahresergebnis nicht erreicht worden und die Sparte Schokolade zeigte insgesamt einen Rückgang der abgesetzten Menge um 0,7 Prozent auf 415 000 t.

Wellmann: Plus bei Küchenmöbeln

hdt, Enger

Ausgesprochen gut im Rennen liegt die zu den führenden Küchenmöbelherstellern zählende Gustav Wellmann GmbH & Co., Enger. Das Unternehmen konnte 1983 seinen Gruppenumsatz um gut 32 Prozent auf 351 (265) Mill. DM steigern und damit das Vorjahresplus von 10,5 Prozent weit überbieten. In diesem Ergebnis ist allerdings erstmalig der Jahresumsatz der 1982 neugegründeten Tielsa Küchen GmbH enthalten, deren „Eingliederung in die Gruppe positiver als erwartet verlief“.

Wellmann investierte 1983 insgesamt 5,5 (6,2) Mill. DM und lag damit über den Abschreibungen von 4,5 (3,5) Mill. DM. Das Unternehmen beschäftigte zum Jahresende 987 (905) Mitarbeiter, der Exportanteil betrug unverändert 18 Prozent. Das Grundkapital wurde inzwischen um 2,1 auf 16,1 Mill. DM aufgestockt, was jedoch zu keiner Veränderung der Besitzverhältnisse führte. Nach wie vor hält Hans-Dieter Wellmann, geschäftsführender Gesellschafter, 70 Prozent; die restlichen 30 Prozent liegen bei der Deutschen Philips, dem Zulieferer der Einbaugeräte.

Shell-Offerte für US-Tochter

dpa/VWD, New York

Die geplante volle Übernahme ihrer US-Tochter Shell Oil Co. durch die niederländisch-britische Royal Dutch Shell-Gruppe könnte nach Ansicht von Wall Street-Experten zu Klagen unzufriedener freier Aktionäre der amerikanischen Shell führen. Nach einem am Dienstag bekanntgegebenen Angebot, will die Royal Dutch Shell für die 30,5 Prozent Restkapital ihrer US-Tochter 55 Dollar je Aktie oder insgesamt 5,2 Mrd. Dollar zahlen. Experten beziffern jedoch den echten Wert der Shell Oil-Aktien auf etwa 70 Dollar je Stück. Der Kurs der Shell Oil-Aktie ist nach Bekanntgabe der Übernahmeofferte von 44 auf 53,50 Dollar gestiegen.

Die Royal Dutch Shell will 4 Mrd. Dollar bar bezahlen. Der Rest soll mit Krediten finanziert werden. Der Vorstoß wird durch die riesigen Barreserven der europäischen Gesellschaft ermöglicht. Das Shell-Angebot folgt nur wenige Tage nach dem 10,1-Mrd.-Dollar-Angebot der Texaco Inc. für die Getty Oil. Nach Meinung von Börsenfachleuten wird sich der Übernahmewettbewerb in der US-Mineralöl-Industrie noch weiter verstärken.

DOMOTECHNICA / Hausgerätebranche optimistisch

Erholung bei weißer Ware

WILM HERLYN, Köln
Nach den Rezessionsjahren zeichnet die Hausgerätebranche eine leichte konjunkturelle Erholung. Diese Einschätzung gab jetzt der Vorsitzende des Fachrates der Haushaltsgerätemesse „Domotechnica“, Kurt Saliek (Siemens), die vom 8. bis 11. Februar in Köln stattfindet. Nach einer Umsatzsteigerung von real 2 bis 3 Prozent 1983 erwartet die Hausgeräteindustrie in diesem Jahr sogar ein weiteres Plus von 4 Prozent auf 8,5 Mrd. DM.

Die erhoffte Absatzsteigerung liest die Branche an dem erwachten Interesse des Verbrauchers an Elektrohaushaltsgeräten ab, vor allem an dem in Gang gesetzten Austausch der „Oldtimer“ gegen moderne Gerätetechnik. Dabei setzen die Hersteller vor allem auf Energiespar-Modelle.

Das Produktionsvolumen wird nach Salieks Prognose um zwei Prozent auf 10,1 Mrd. DM steigen. Die Beschäftigungszahlen, die noch 1983 um sieben Prozent auf 64 500 Mitar-

beiter gesunken waren, werden leichtzunehmen. Nur geringfügig – bis zu 1,5 Prozentpunkte – würden aufgrund der harten Konkurrenzsituation die Preise steigen. Dabei sorgen sich die deutschen Hersteller vor allem um die zum Teil erheblichen Importzuwächse.

Bisher gelänge es zwar der heimischen Industrie, ihre Kostennachteile durch hohen Qualitätsstandard und optimalen Gebrauchswert auszugleichen, doch stagnieren seit drei Jahren die deutschen Ausfuhren bei knapp 4 Mrd. DM. Damit ist die deutsche Hausgeräte-Industrie der noch größte Exporteur von weißer Ware, doch muß sie um diesen Platz zunehmend kämpfen.

Auf der „Domotechnica“ werden 937 Firmen aus 32 Ländern erwartet. Die Gesamtbeteiligung – 61 Prozent der Aussteller kommen aus dem Ausland – stieg damit gegenüber 1983 um 12 Prozent. Besonders stark vertreten sind die italienischen und die französischen Firmen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

HEW: Geringerer Absatz

Hamburg (JB) – Die Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW) haben in den ersten 11 Monaten des vergangenen Jahres rund 1,3 Prozent weniger Energie verkauft. Der Stromabsatz stieg zwar um 0,5 Prozent auf 11,6 Mrd. kWh, doch der Verkauf von Fernwärme ging um 6,4 Prozent auf 3,6 Mrd. kWh zurück. Den Umsatz gibt HEW mit 2,1 Mrd. DM an (plus 4,3 Prozent). Als unbefriedigend wird die Ertragsentwicklung bezeichnet. Die Kostenentwicklung habe es erforderlich gemacht, einen neuen Antrag auf Erhöhung der Stromtarife zu stellen. Rekordhöhe erreichten bei HEW die Investitionen. Im vergangenen Jahr sind rund 700 Mill. DM eingesetzt worden. Die Investitionen dieses Jahres werden auf 800 Mill. DM steigen.

Aus für Mönninghoff?

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Mönninghoff GmbH, Bochum und Hattgen, steht vor dem Aus. Dem metallverarbeitenden Unternehmen mit rund 800 Beschäftigten wollen die Banken keine Kredite mehr geben.

Am Mittwoch wurde mitgeteilt, nach ausführlicher Erörterung des von Mönninghoff vorgelegten Reorganisationskonzepts bestehe aus Sicht der kreditgebenden Banken, unter denen sich auch die WestLB befindet, „keine reelle Überlebenschance mehr für das Unternehmen“. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte einen Kreditrahmen für Mönninghoff von 28 Mill. DM zu 75 Prozent verbürgt. Offenbar haben die Banken die Lage bei Mönninghoff als so prekär an, daß sie dieses Risiko nicht übernehmen wollten. Es sind bisher erst 15 Mill. DM an Mönninghoff als Kredite gegeben worden.

Elektro-Medizin

Frankfurt (Wb) – Der französische Elektrokonzern Thomson-Brandt ist offensichtlich dabei, seine medizinischen Aktivitäten zu verstärken. Das Stammkapital der hier spezialisierten Tochter Thomson-CCR wurde kürzlich auf 615 (100) Mill. Franc (gut 200 Mill. DM) versechsfacht. Zudem nahm Thomson eine Forschungs-Kooperation mit der US-Gesellschaft Diasonics auf.

SIEMENS

Briefe nach Übersee bringt sie sekundenschnell ans Ziel.

Sie hat die Bildschirm-Schreibmaschine T4200 mit Teletex.

Auf der vollelektronischen Bildschirm-Schreibmaschine T4200 von Siemens schreibt die Sekretärin Texte nicht nur schnell und sicher auf dem Bildschirm, sie kann die Texte auch in Sekunden per Teletex übertragen: nach Nürnberg, nach New York, nach Ottawa...

Dadurch haben ihre Briefe, Angebote, Anfragen... immer eine Nasenlänge Vorsprung und der Empfänger bekommt die Texte so, wie sie geschrieben wurden. Gleiches gilt auch für Tabellen, Statistiken, Listen... Hat der Partner noch keinen Teletexanschluß, dann kann der Text mit der T4200 als Fernschreiben oder mit der üblichen Kuvertpost versandt werden.

Kommt elektronische Post an, dann wird sie von der T4200 automatisch gespeichert, ohne daß die Sekretärin beim Schreiben gestört wird. Zum Ausdrucken genügt ein Tastendruck.

Auf Wunsch kann die T4200 ankommende Briefe automatisch sofort ausdrucken, z.B. an Wochenenden oder auch nachts. Dadurch ist sichergestellt, daß die Post sofort lesebaret vorliegt. Für eine spätere Verwendung können die empfangenen Texte auch auf Disketten gespeichert werden. Die Sekretärin schreibt dann nur noch Änderungen und Ergänzungen.

Zu allen Vorteilen dieses kompakten »Auf-Tisch-Gerätes« – für jeden Büro-Schreibplatz – kommt noch der erstaunlich günstige Preis.

Bürokommunikation von Siemens



Copyright © Siemens AG, München, 1984. Alle Rechte vorbehalten. Siemens ist eine Marke der Siemens AG. Teletex ist eine Marke der Siemens AG. Die Bildschirm-Schreibmaschine mit Teletex-Anschluß.

Renten im Abseits!

Mangeln Anlegern war das Geschäft auf dem Rentenmarkt schleppend. Es wird auf ein Zurückweichen des Dollar gewartet, das am Mittwoch noch nicht eingetreten ist. Auch aus den USA kamen keine Orientierungshilfen. Unter diesen Umständen konnten postumistische Zinsprognosen Wirkung auf die Stimmung am Rentenmarkt erzielen. Ihm kommt allerdings zugute, daß bei keiner Seite ein dringender Refinanzierungsbedarf besteht. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die Hamburg-Anleihe wird unter Bankens Wertes mit minus ¼ zu minus ½ genannt. Pfandbriefe nahezu unverändert.

Bundesanleihen		Bundepost	
4 1/2 % 75	100,250	4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250	4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250	4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250	4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250	4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250	4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250	4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250	4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250	4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250	4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250	4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250	4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250	4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250	4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250	4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250	4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250	4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250	4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250	4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250	4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250	4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250	4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250	4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250	4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250	4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250	4 1/2 % 00	100,250

Länder - Städte	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Bundesanleihen	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Länder - Städte	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Bundesanleihen	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Länder - Städte	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Bundesanleihen	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Länder - Städte	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Bundesanleihen	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Länder - Städte	
4 1/2 % 75	100,250
4 1/2 % 76	100,250
4 1/2 % 77	100,250
4 1/2 % 78	100,250
4 1/2 % 79	100,250
4 1/2 % 80	100,250
4 1/2 % 81	100,250
4 1/2 % 82	100,250
4 1/2 % 83	100,250
4 1/2 % 84	100,250
4 1/2 % 85	100,250
4 1/2 % 86	100,250
4 1/2 % 87	100,250
4 1/2 % 88	100,250
4 1/2 % 89	100,250
4 1/2 % 90	100,250
4 1/2 % 91	100,250
4 1/2 % 92	100,250
4 1/2 % 93	100,250
4 1/2 % 94	100,250
4 1/2 % 95	100,250
4 1/2 % 96	100,250
4 1/2 % 97	100,250
4 1/2 % 98	100,250
4 1/2 % 99	100,250
4 1/2 % 00	100,250

Bundesanleihen	



Jockey Patrick Gilson

GALOPP

Gilson: In Irland nur auf Platz 13

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Fritz Drechsler, Brian Foy, Manfred Kosman, Heinz-Peter Ludwig, Helmut Nierfeld, Peter Remmert (zweimal), Dave Richardson und Johannes „Micky“ Starosta: das ist (in alphabetischer Reihenfolge) die Liste der Namen mehr oder weniger bekannter Jockeys, die sich seit Anfang der siebziger Jahre auf den Pferden des Gestüts Röttingen in Köln-Rath versuchten. Nun hat das Unternehmen der 471-Mitgliederin Maria Mehl-Mühlhans für die Saison 1984 einen neuen Mann verpflichtet: den 23 Jahre alten Patrick Gilson (Die WELT berichtet).

Diese Entscheidung überrascht, Gilson kennt hierzulande kaum jemand. Einmal ist er bislang in Deutschland an den Start gegangen. Am 17. Juli letzten Jahres belegte er im Hesse-Pokal (Gr. III) in Frankfurt/Main mit Rivellino nur den vorletzten Platz. Allzuviel hat der junge Ire auch in seiner Heimat noch nicht erreicht: 1983 gewann er insgesamt 14 Rennen, landete damit in der Statistik lediglich auf dem 13. Platz. Sein größter Sieg bisher: Im Sattel der dreijährigen Stute Bay Empress siegte er in den Brownstown Stakes (Gr. III) auf dem Curragh-Kurs bei Dublin. Engagiert war er zuletzt bei Trainer Eddy O'Grady in der Grafschaft Tipperary. Dieser Trainer ist aber Spezialist für Hindernisrennen, Gilson gewann für ihn 1983 nur ein Rennen.

Häufiger stieg der nur 51 kg schwere Reiter für John Oxx in den Sattel. Oxx trainiert die Pferde der irischen Filiale Röttingen, die sich in Baranath bei Dublin befindet. Dort ist als bislang bestes Pferd der Arc-de-Triumph-Sieger Star Appeal aufgewachsen. Über John Oxx und den Baranath-Gestütsleiter Dieter Graf Dönhoff kam der Kontakt mit Gilson zustande. Am 1. Februar wird der Reiter seinen Dienst im Gestütsrennstall in Köln-Rath antreten. Gilson, der bislang etwa 170 Rennen gewonnen hat (so genau weiß er es selbst nicht), hat seine Lehre bei Liam Brown in Irland absolviert. Er konnte sich immerhin daran erinnern, daß er während seiner Lehrzeit einmal drei Rennen hintereinander gewann.

Der Ire tritt ein schweres Erbe an: Sein Vorgänger ließ immerhin Peter Remmert. Von ihm hat sich Röttingen getrennt, nachdem er zum wiederholten Male mit den Paragrafen des Turfs in Konflikt geriet. Remmert hat noch keine neue Stelle gefunden. Da man im deutschen Galopprennsport besonders schnell die Vergangenheit verdrängt und gute Reiter Mangelware sind, dürfte Remmert um seine Zukunft aber keine große Sorge haben.

SKI NORDISCH / Deutsche Meisterschaften in Willingen

Wo ist Behle? – Eine Frage machte ihn populär und spornte ihn weiter an

KLAUS BLUME, Bonn

Ich kann nicht das ganze Jahr über wie ein Berserker arbeiten und dann den entscheidenden Countdown vor den Olympischen Spielen dem Zufall überlassen. Jochen Behle sagte dies, als er sich vor den deutschen Skilanglauf-Meisterschaften in diesen Tagen in Willingen im privaten Trainingslager von Pontresina aufhielt. Kurz nach Neujahr hatte er sechs Paar Ski-Bretter auf seinen Wagen geladen und war ins Oberrhein-Gebiet gefahren. „Ich hätte es auch gemacht, wenn es der Deutsche Ski-Verband nicht erlaubt hätte. Dann hätte ich eben alles selber finanziert“, sagt er.

Was nicht notwendig war, denn im Verband weiß man um die fachlichen Qualitäten des Weltmeisterschafts-Siebers von 1982. Bundestrainer Detlef Nirschl: „Wenn ich mit Jochen Behle diskutiere, rede ich mit einem Fachmann. Es gibt andere in der Mannschaft, die mich jeden Morgen fragen, was sie machen sollen, und am Abend danach, ob es richtig war. Da kommt mir etwas dabei heraus.“ Als die Vorbereitungen auf den olympischen Winter im November vergangenen Jahres auch in Skandinavien wegen Schneemangels unterbrochen wurden, kümmerte sich Behle selber um schneesichere Übungsorte, um dann über die Verbandsfunktionäre zu schimpfen: „Ich weiß nicht, wozu manche Herren ihr Telefon im Büro haben.“

Der Mann, der so vehement seine eigenen sportlichen Geschicke steuert, wurde vor vier Jahren einem Millionenpublikum durch eine Fernseh-Übertragung von den Olympischen Winterspielen in Lake Placid bekannt. „Wo ist Behle?“ fragte damals ZDF-Reporter Bruno Morawetz, als der finnische Fernseh-Regisseur den

Sauerländer trotz hervorragender Zwischenzeiten beim 15-Kilometer-Langlauf nicht im Bild festhielt. Jene Frage wurde in den Tagen nach Lake Placid fast zum geflügelten Wort; in München gehörte es bei den Fachlingsumzügen sogar zum Motto. Als Jochen Behle aus Lake Placid heimkehrte, hatten sich daheim in Willingen Schulkinder am Straßenrand aufgestellt, um ihn mit dem Spruchband „Wo ist Behle?“ zu begrüßen. Der auf diese Weise Gehörte sah es kopschüttelnd, denn schließlich wußte er zu jenem Zeitpunkt noch nichts von der Fernseh-Übertragung in Deutschland. Seine Eltern erzählten ihm dann, was es denn mit der Frage „Wo ist Behle?“ auf sich habe. „Ich hatte“, stellt er im nachhinein fest, „auf einmal einen ähnlichen Bekanntheitsgrad wie ein Pop-Künstler. Und ich habe nie begriffen, wo es etwas ausstünde gekommen ist. Aber in unserer eher stillen Sportart freut man sich über jede Form der Popularität.“

Er hat freilich begriffen, daß er mit Hilfe von Morawetz zu einem Markenzeichen, einem Synonym für den Ski-Langlauf hienzulande geworden war. Zielstrebig denn je wählte er künftig an diesem Markenzeichen – zum Beispiel mit eigenen, hervorragenden Trainingsplänen. Das brachte ihn, den Mitteleuropäer, in die Weltspitze der Skilangläufer, die hauptsächlich von Skandinavien und Sowjetrussen gebildet wird.

Inzwischen hat er die großen seiner Zeit alle schon einmal geschlagen: den Norweger Oddvar Braa, den Schweden Thomas Wassberg, den Finnen Juha Mieto, den Amerikaner Billy Koch, den Sowjetrussen Alexander Sawjalow. Als Behle vor zwei Jahren bei den Weltmeisterschaften in Oslo über 15 Kilometer den siebenten Platz belegte, hatte er nur 34 Sekunden

den Rückstand hinter dem Sieger Oddvar Braa. Im Dezember, beim Weltcup-Auftakt in Reit im Winkl, wo Behle Dritter war, reduzierte sich dieser Abstand: Behle kam mit 32 Sekunden Rückstand hinter dem dreimaligen Olympiasieger Nikolai Simjatow aus der UdSSR ins Ziel und nur 14 Sekunden hinter dem Finnen Harri Kirvesniemi. Bei einem Probieren zuvor war er gewissermaßen mit angezogener Handbremse gelaufen und hatte fünf Norwegern den Vortritt gelassen. Behle: „Ich hätte gewinnen können, doch dann wäre der Erwartungsdruck für Reit im Winkl zu groß gewesen.“

Gestern, bei den deutschen Meisterschaften über 30 Kilometer in Willingen, konnte ihm nur noch Stefan Dotzler folgen. Als ein Verbandsfunktionär nach dem Rennen jedoch monierte, Behle habe am Montag den Einkeilungstermin für Sarajevo in München geschwänzt, antwortete der so Gemäßregelte nur: „Dann fahre ich eben in Jeans nach Jugoslawien.“

In München war Behle deshalb nicht, weil er kurz zuvor aus Pontresina gekommen war und daheim in Willingen für Sarajevo trainieren mußte. Pontresina hatte er gewählt, weil es rund 1800 Meter hoch liegt. Da ließ sich die Höhenlage von Sarajevo (1400 m) simulieren. „Außerdem“, so Behle, „ging ich bei den konstanten klimatischen Bedingungen von Pontresina möglichen Erkrankungen weitgehend aus dem Wege.“ Allein war er im Oberrhein, um täglich morgens und nachmittags stundenlang in der Langlauf-Loupe zu üben.

In Sarajevo wird Jochen Behle viermal am Start sein, doch sein Hauptaugenmerk gilt der kürzesten Strecke, dem Lauf über 15 Kilometer. ZDF-Reporter Bruno Morawetz: „Diesmal gewinnt er eine Medaille.“

Vom Fremdkörper zu einem Teil der Gesellschaft? – Die Justiz heute

Aber der Muff hat sich verflüchtigt

Sind die „68er“, wie man die altgedachten APO-Jünger der späten sechziger Jahre nennt, bei dem angekündigten Marsch durch die Institutionen in den Gerichten angekommen? Joachim Wagner, Jurist und Journalist beim NDR, ist dieser Frage nachgegangen und präsentiert das Ergebnis in der Sendung „Keine Halbgötter in Schwarz mehr“. Wagner meint, daß in der Tat der „monolithische Block Justiz“ gesprengt worden ist. Eine konservative Bastion sei weitgehend geschleift und die Justiz von einem Fremdkörper zu einem Teil der Gesellschaft geworden. Wagner begrüßt dies. Und es ist ihm zuzugeben, daß der Muff der Roben sich verflüchtigt hat.

Es hieß aber, das Gewicht der APO zu überschätzen, würde man dies einzig als ihr Verdienst ansehen. Denn da sind keineswegs nur progressive Sprengmeister in eine Bastion eingedrungen. Die Richterschaft insgesamt hat sich verjüngt und damit haben sich auch ihre gesellschaftspolitischen Auffassungen gewandelt. Es mußte auch nicht erst ein Fritz Teufel mit der Erwiderung „Wenn es der Wahrheitsfindung dient“ kommen (zur Auflockerung, sich zu erheben, um gewisse Rituale in die öffentliche Diskussion zu bringen).

Wagner hat recht, daß gerade zu Beginn der 70er Jahre die Richterstelle explodiert sei vermehrt worden, also viele „68er“ Aufnahme fanden. Es stimmt auch, daß etwa in

dieser Zeit Rudolf Wassermann die Debatte über den „politischen Richter“ eröffnete. Aber daß etwa die Hälfte des Richternachwuchses politisch der APO-Linie zuzuordnen wäre, scheint bei allem Respekt vor der Arbeit Wagners verzeichnet zu sein.

Seltsamerweise findet die Auffassung Wagners jedoch eine Entsprechung auf der konservativen Seite, wo von einigen Rechtspolitikern gegen die Vermehrung der Ein-Mann-Spruchkammern argumentiert wird,

Keine Halbgötter in Schwarz mehr – ARD, 25.18 Uhr

in der Kammer könne „ein Linker durch zwei Konservative“ in Schach gehalten werden.

In der Praxis bei Gericht stellt sich die Situation anders dar. Auch in den von Wagner als besonders progressiv bezeichneten Zweigen wie Arbeit, Soziales und Familie gibt es – von Ausnahmen abgesehen – den prinzipiellen politischen Konflikt nicht. Da kämpfen nicht Gesellschaftsveränderer gegen Reaktionsäre. Da gibt es durchweg den Trend zu lebensnahen, einfallgerechten Entscheidungen. Das Gespräch mit den Parteien ist heute in allen Gerichtsstufen wichtiger als das Diktat des Urteils. Und das hat mit der politischen Einstellung der Richter wenig zu tun.

Wagner führt zur Unterstützung seiner These drei Fälle an. An Beispielen aus der Praxis der Untersu-

chungshaft, der Demonstrations- und Meinungsfreiheit und des Kündigungsschutzes erläutert er „neue und manchmal auch umstrittene Wege der Rechtsfindung“. „68er Richter“ begründen, warum sie in Resolutionen und Leserbriefen öffentlich kollegen- und Urteilsschele treiben und sich auch nicht scheuen, zu Fragen wie Startbahn-West und NATO-Nachrüstung ablehnend Stellung zu nehmen.

Wagner gibt auch dem Rechtsgelehrten Rupert Scholz die Möglichkeit, für Bundesangelegenheiten Berlins – zeigt auf, welche Urteile es gegen das Gesetz aus politischen Gründen gegeben hat.

Wagners Beitrag wird in Juristenkreisen für Unruhe sorgen, obwohl der NDR-Journalist, wie er der WELT sagte, jeden Zuschauer ansprechen und ihm einen Blick hinter die Gerichtsfassade erlauben wolle. Nicht alle, die Richter zumal, werden mit der Darstellung der Dritten Welt einverstanden sein.

Eine Vermutung drängt sich jedenfalls auf: Daß Wagner, der vor allem auch historisch interessiert ist, der Faszination seiner „68er These“ erliegen ist. Doch daß die APO-Generation allein die neue Gerichtsbarkeit zu verantworten habe, ist ganz gewiß eine einseitige Betrachtungsweise.

HANS-HERBERT HOLZAMER

KRITIK

Ein liebenswerter Fiesling

Jetzt kommt die Generation der Dreißigjährigen in die Fernseh-Studios, genauer gesagt, ihre Drehbücher drängen in die Produktion. Und ein Schuft, der die ersten Geh- und Drehversuche nur mit der Maßlatte alter Fahrseile mißt, „Unser Mann vom Südpol“ (ZDF) ist der erste große Fernsehfilm von Walter Kärger (29) und Michael Riedner (31). Die beiden Autoren haben auf eine zum Teil fröhliche Weise gewissermaßen aus dem Bauch heraus gearbeitet, stellenweise indes sind sie in tiefer Radlosigkeit steckengeblieben.

Die Geschichte, die sie ersonnen haben, erzählt von zwei Freunden, die in ihrer kleinen Heimatstadt endlich etwas Großes unternehmen wollen. Es mißlingt ihnen, und man weiß

eigentlich bis zum Schluß nicht so ganz, warum sie am Filmende genau so dastehen wie zuvor, nämlich mit leeren Händen. Zu simpel ist diese Geschichte, um eine abendfüllende Produktion zu rechtfertigen, und zu zerfahren ist ihr Ablauf, um Fröhlichkeit aufkommen zu lassen.

Apropos Fröhlichkeit: Die couragierten Filmleute haben einen Bundesgenossen, der ihnen weite Strecken hindurch auf die Sprünge hilft, Thilo Prückner ist es, der einen liebenswerten Fiesling aus dem Armel zaubert, einen Handschuh in allen Gassen (nur nicht auf der Gasse zum großen Geld, was das Schicksal der beiden Helden besiegt).

VALENTIN POLCUCHE

SPORT-NACHRICHTEN

Borg siegt wieder

Düsseldorf (sid) – Der fünftmalige Wimbledon-Gewinner Björn Borg, der vor einem Jahr seinen Rücktritt vom Turniersport erklärt hatte, gewann im italienischen Treviso ein Show-Match mit 7:6, 6:4 gegen den Italiener Adriano Panatta.

Kuhweide führt

Hamburg (sid) – Willy Kuhweide, Deutschlands erfolgreichster Segler aller Zeiten, führt die Rangliste 1983 der deutschen Soling-Segler mit 146.000 Punkten an. Der ehemalige Olympiasieger, Welt- und Europameister, der 1983 die erste von drei Qualifikations-Regattaserien für die Olympischen Spiele in Los Angeles gewann, verlor den Hamburger Soling-Steuermann Thomas Jungt (144.375 Punkte) auf den zweiten Platz.

Rowdys vor Gericht

Dresden (dpa) – 18 Fußball-Fans wurden in Dresden wegen „Beintragung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu Haftstrafen bis zu dreieinhalb Jahren verurteilt. Sie sollen wiederholt bei Heim- und Auswärtspartien von Dynamo Dresden randaliert, andere Besucher bedroht und Zerstörungen angerichtet haben. Außerdem hätten sie Ordnungskräfte und Volkspolizisten tätlich angegriffen.

Im Amt bestätigt

Berlin (sid) – Der Direktor des Landesportbundes Berlin, Manfred von Richthofen, wurde auf der 48. Sitzung der Vertreter der Landesauschüsse Leistungssport in Frankfurt in seiner Funktion als Sprecher des Gremiums bestätigt. Mit dieser Wahl wurde der 49 Jahre alte Berliner Sportfunktionär erneut in den Bundesauschuss Leistungssport (BAL) des Deutschen Sportbundes (DSB) berufen, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit 1974 ist.

Könige in Sarajevo

Sarajevo (AP) – Die weltweite Fernsehübertragung von der Eröffnungs-

SPORT-NACHRICHTEN

feier der 14. Olympischen Winterspiele in Sarajevo am 8. Februar wird nach Schätzungen des Organisationskomitees von zweieinhalb Millionen Menschen am Bildschirm verfolgt werden. Zu den prominenten Gästen, die in Sarajevo erwartet werden, gehören König Olaf von Norwegen, König Carl Gustav von Schweden, Königin Beatrix der Niederlande und Prinz Claus sowie die ehemaligen amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford.

ZAHLEN

BASKETBALL
Europacup der Pokalsieger, Viertelfinale: BSC Köln – Cibona Zagreb 92:90 (45:43).

ISHOCKEY
Deutscher Pokal, Gruppe 3: Landshut – Riesaer SC 4:1.

RADSPORT
Sechstagesrennen in Stuttgart, Endstand: 1. Braun/Frank (Deutschland/Dänemark) 148 Punkte, 2. Schütz/Kristen (Deutschland) 14, eine Rd. zur: 3. Fritz/Bermann (Deutschland/Liechtenstein) 84, 4. Wiggins/Betz (Australien/Deutschland) 84, zwei Rd. zur: 5. Rinklin/Clark (Deutschland/Australien) 96, sechs Rd. zur: 6. Hündelgang/Neumayer (Deutschland) 83.

MOTORSPORT
Rallye Monte Carlo, erster Lauf zur Weltmeisterschaft. Zwischenstand nach 15 von 30 Sonderprüfungen: 1. Blomqvist/Cederberg (Schweden), Audi Quattro, 4:03:55 Stunden, 2. Röhrl/Gelster (Deutschland), Audi Quattro, 4:12 Minuten zurück, 3. Mikko/Luoma (Finnland/Schweden), Audi Quattro, 4:42 zurück, 4. Thierier/Vial (Frankreich), Renault 5 Turbo, 12:38 zurück, 5. Saby/Andrie (Frankreich), Renault 5 Turbo, 15:42 zurück, 6. Darniche/Balme (Frankreich), Audi 90 Quattro, 19:01 zurück.

SKI NORDISCH
Deutsche Meisterschaften in Willingen: 10-Km-Lauf, Damen: 1. Jäger (Hirschau) 31:56,93 Min., 2. Baumgarten (Altenuß) 32:07,72, 3. Kadenman (Wintberg) 32:28,83, 4. Rombach (Utzendorf) 33:22,24, 5. Wilke (Willingen) 33:36,08, 6. Kohlbrunn (Braunlage) 33:36,56 – 30 km, Herren: 1. Behle (Willingen) 1:21:00,3 Std., 2. Dolter (München) 1:21:50,8, 3. Notz (Dettling) 1:23:46,7, 4. Schöbel (Sindelsdorf) 1:24:05,4, 5. Zipfel (Kirchzarten) 1:26:14,2, 6. Lang (Trauchgau) 1:26:27,5.

STANDPUNKT

Der stille Abschied

Wenn er am Ende dieses Winters Bilanz zieht, wird er mindestens um eine halbe Million Mark reicher sein. Die Rede ist von dem Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau, neben dem Schweizer Urs Freuler einer der Grobverdiener im Sechstagesgeschäft. Zwölf Sechstagesrennen absolviert der ehemalige Star der Tour de France, und somit bleibt keine Möglichkeit mehr, sich auf die Straßensaison in diesem Sommer vorzubereiten.

Aber das will Thurau auch gar nicht mehr. Er hat seinen Abschied vom großen Straßensport eingeleitet, ohne darüber in aller Öffentlichkeit und in aller Öffentlichkeit zu reden. Als sich im letzten Herbst die Pläne zerschlugen, nochmals einen Sommer lang bei einem italienischen Arbeitgeber unterzukommen, unternahm Thurau nichts gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Bundestrainer Udo Hempel, Veranstalter des Bremer Sechstagesrennens, sagt über ihn: „Ich verpfeichte Thurau immer sehr gerne, denn bei ihm weiß ich, daß Leistung und Gage in der richtigen Relation stehen. Bei anderen namhaften Fahrern ist das nicht immer so.“ Mit dieser Berufsauffassung hatte sich Thurau besonders im Ausland auch als Straßenspieler einen Namen gemacht. Auch wenn Siege oder vordere Platzierungen ausblieben – Thurau gehörte stets zu den Aktivisten eines Rennens. Und als er sich im letzten Winter vor der Straßensaison vorbereitete, belegte er beim Giro d'Italia immerhin den fünften Platz.

Er hätte auch in diesem Sommer als Straßenspieler sein Aus- und Untertommen gefunden. Denn Thurau war noch immer jene Galionsfigur des deutschen Radsports, an der man sich reiben konnte. Ohne ihn wird es nun in der Szene hausbackener zugehen.

K. BL

MOTORSPORT / Walter Röhrl führt bei der Rallye Monte Carlo mit drei Sekunden

Blomqvist: „... und ich habe ihm Tricks verraten“

R. NIEBORG, Monte Carlo
Walter Röhrl fährt bei der 52. Rallye Monte Carlo weiter meisterlich. Bei ihrem ersten starken Einsatz mit dem 360 PS starken, allradgetriebenen Audi haben der zweimalige Weltmeister aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer nach 17 von 30 Sonderprüfungen (davon wurden nur 13 gewertet) den zweiten Platz. Mit nur drei Sekunden Vorsprung liegen sie vor ihren schwedischen Teamkollegen Stig Blomqvist/Björn Cederberg. Der finnische Weltmeister Hannu Mikkola und sein schwedischer Kopilot Arne Hertz unterstreichen auf Platz drei – allerdings mit bereits 4:42 Minuten Rückstand – die Überlegenheit des deutschen Werkes.

Die Audi-Quattros – Einzelpreis etwa 300 000 Mark – profitieren allerdings von den Schneemassen, die die

Straßen in den südfranzösischen Seealpen buchstäblich ersticken. „Der Sieg fällt vom Himmel“, kommentierte bereits die in Paris erscheinende Sport-Tageszeitung „L'Equipe“. Nachdem am frühen Dienstagmorgen eine Sonderprüfung wegen des tödlichen Unfalls eines Zuschauers annulliert wurde, sagten die Veranstalter am Mittwoch drei weitere Teilstücke ab – einige Straßen waren nicht mehr befahrbar.

Den Ausschlag gab der Ausfall der italienischen Europameister Massimo Biasion/Tiziano Siviero auf Lancia Rally, die auf der 32 km langen elften Sonderprüfung von Les Savoyons nach Sigoyer kurz vor der sechsstündigen Pause in Gap im Schnee steckenblieben.

Daß unter diesen Umständen ein anderer Wagen als ein Quattro die noch bis zum Freitag (14.00 Uhr) dau-

ernde Rallye gewinnen könnte, wagen nicht einmal mehr die größten Optimisten in den anderen Teams zu hoffen. Die Franzosen Jean-Luc Thierier/Michel Vial liegen mit ihrem Renault 5 Turbo mit bereits 12:38 Minuten Rückstand auf Platz vier, im Rallyesport sind das Welten. Der beste Lancia Rally 037, aus einem Rennwagen entwickelt und mit seinen 340 PS nur auf Trockenem favorisiert, wurde von den Italienern Attilio Bettega/Maurizio Perissinot auf Platz sieben (19:03) zurückgefahren.

Blomqvist und Röhrl fechten ein fast einseitiges Duell um die Spitzenposition aus. Jeder von beiden gewann fünf Sonderprüfungen. Nach der achten ging Röhrl schon einmal vorübergehend in Führung, und Blomqvist wurde böse. „Ich habe ihm auch noch Tricks für den Umgang mit dem Quattro beigebracht.“

Auf der insgesamt 1680,3 km langen „Etappe Commune“, die mit der ersten Monte-Carlo-Ankunft am späten Mittwochabend zu Ende ging, hatten sich auch die übrigen deutschen Teilnehmer unter den gegebenen Umständen hervorgetan. Kalle Grunel, Dritter der deutschen Meisterschaft, liegt mit seinem Solinger Beifahrer Peter Diekmann auf dem elften Rang, obwohl ihr nahezu serienmäßiger VW Golf mit 170 PS gerade nur halb soviel Leistung aufweist wie die Konkurrenz. Der frühere deutsche Meister Achim Warmbold, jetzt Mazda-Sportchef in Brüssel, erreichte zusammen mit dem Marburger Staatsanwalt Mathias Felz auf einem „323 Turbo“ Rang 13. Und der Kaiserslauterner Klaus Frizinger, mehrmaliger Gewinner der Privatfahrer-Wertung, liegt mit Henning Wunsch aus Idar-Oberstein auf einem Toyota Corolla auf Platz 20.



Adelheid Arndt und Katharine Heister spielen die Schwestern Sophie und Katharine in dem TV-Film „Der Mädchenkrieg“, dessen zweiten Teil die ARD am 25.00 Uhr sendet

STUDIO

Die neuen Kommunikationstechnologien werden langfristig die Rundfunklandschaft Großbritanniens drastisch verändern und möglicherweise die bestehenden Systeme ihrer Existenzgrundlage berauben. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte 346 Seiten umfassende Studie des Londoner Instituts für Rundfunkforschung. Die Einführung von Kabel- und Satellitenfernsehen könnte, so die Studie, bedeuten, daß einerseits die BBC auf ihre Finanzierung durch Rundfunkgebühren verzichten muß und das kommerzielle ITV andererseits auf seine wesentliche Einnahmequelle durch Werbung. Die Studie appelliert daher an die Regierung, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Rundfunksysteme zu schützen. (epd)

III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
09.25 Sendung mit der Maus 10.00 Tagesschau und Tagesschau am Sonntag 10.25 Tagesschau	12.10 ZDF Magazin 12.25 Prosecco 13.00 Tagesschau
14.00 Tagesschau 14.10 Mitternacht 14.15 Ausschnitt aus dem Programm des Moskauer Staatszirkus 14.55 Kambelbier Magazin für junge Leute Ein Adrenalin mit 1000 Augen Einer von den mehr als hunderttausend Arten Schmetterlinge der Erde ist der Adrenalin. Er gehört zu den Wunderfliegern. Jedes Jahr fliegen diese Schmetterlinge von Nordafrika über das Mittelmeer nach Norden, manchmal bis nach Skandinavien. Die großen halbmondförmigen Sehorgane der Schmetterlinge sind aus Hunderten von einzelnen Augen zusammengesetzt. Solche Details sind nur in der Vergrößerung zu erkennen. Der „Kambelbier“ zeigt außerdem, wie man in den Mikrokosmos vordringen kann. Durch die Sendung führt Georg von Rosen	14.00 heute 14.05 Aus meiner Aktentasche 15.00 Bürokraten unter sich Von Peter von Zahn 15.35 Kuscheltiere Puppentheater nach dem Buch von Margarete Thiele Das Gewitter 16.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Magazin Zu Gast: Mokito Tokeda, Kikyo 17.50 Filmprobe Nagelprobe Anschl. heute-Schlagzeilen 18.20 heute, halt die Luft an! Eine unbewältigte Hochzeit 19.00 heute 19.30 Dalli-Dalli Spiel und Spaß von und mit Hans Rosenthal 20.00 Kinder Von allen guten Vorbildern verlasen Von Klaus Werner und Uchi Madeley 20.15 heute Moderation: Rainer Hoeks Die Sendung wird an drei Beispielen zeigen, welche Rolle Kiele und Vorbilder für Kinder spielen und welche Konflikte dabei mit den Vorstellungen der Eltern entstehen können. Oft sind Eltern von den Ideen ihrer Kinder schon deshalb nicht begeistert, weil sie fürchten, daß diese Ideen einen schlechten Einfluß auf ihre Kinder haben können. 21.45 heute-Journal 22.05 5 nach 10 Noch weiter bergab? Über die Krise des deutschen Fußballs Mit den Gesprächspartnern: Hermann Neubauer, Jupp Derwall, Norbert Klein, Paul Breitner, Willi Schulz, Hans Eberle. Anschl. heute

WEST	
18.00 Telekolleg 18.30 Die Sendung mit der Maus 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Der ungelebte Gast Mit Roy Millard, Ruth Hussey u. a. 21.30 Das Revier ist leer 22.30 4. Osmobrocker Experimentalfilm Von Knut Fischer und Dieter Hens 23.30 Rockpost Live von der MIDE in Cannes 2.30 Letzte Nachrichten	
NORD	
18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Schach für jedermann 18.45 Film als Hobby (2) 19.15 Letztes – Ein Dorf im Hinterland Nagelprobe 20.00 heute 20.15 Der Prinz und der Bettelknecht US-Spielfilm, 1962 Anschl.: Kurznachrichten 21.00 heute in der Provinz 22.05 Jazz Fest Berlin 1983 23.35 Letzte Nachrichten	
HESSEN	
18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Die Sendung mit der Maus (1) 18.45 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars 19.00 Die Wund 20.00 heute 20.15 Film als Hobby 21.30 Das Revier ist leer 21.45 Rückpunkt Ausland 22.30 heute 23.30 Rockpost	
SÜDWEST	
18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Telekolleg 19.00 heute 19.05 Baden-Württemberg 19.30 Baden-Württemberg 19.40 Baden-Württemberg 19.50 Baden-Württemberg 20.00 Baden-Württemberg 20.15 Baden-Württemberg 20.30 Baden-Württemberg 20.45 Baden-Württemberg 21.00 Baden-Württemberg 21.15 Baden-Württemberg 21.30 Baden-Württemberg 21.45 Baden-Württemberg 21.55 Baden-Württemberg 22.00 Baden-Württemberg 22.15 Baden-Württemberg 22.30 Baden-Württemberg 22.45 Baden-Württemberg 23.00 Baden-Württemberg 23.15 Baden-Württemberg 23.30 Baden-Württemberg 23.45 Baden-Württemberg 23.55 Baden-Württemberg 24.00 Baden-Württemberg	

Sündiges aus Mainz

„Sündig“ - Das junge Mainz, das sich für leckere Gesellschaft anpreisen, in den Zeitungsanzeigen ihre besonderen Attraktivitäten hervorheben, ist wohl verständlich. Man liest da von Thai-Modellen, von Mädchen aus der Karibik, eine Polin preist sich als solche an, auch eine Mexikanerin, freilich nur in Unterwäsche, macht sich bemerkbar, kurz: Anzeigen über Anzeigen, eine Auswahl, mit der kein Reisebüro konkurrieren kann. Aus London ist eine „junge Lady“ herbeigekommen, eine schwarzhaarige, stellungssuchende Pariserin ist ebenfalls darunter, es knistert schon vom Lesen der Angebote.

Nun aber: Unauffällig, aber nicht zu übersehen, hat sich eine junge Dame mitten in diese sündige Speisekarte hineingeschrieben, genau zwischen eine goldblonde Kollegin ohne geographische Bestimmung und einem griechischen Jungmann, sie ist 22 Jahre alt und bekennt sich im Fettdruck zu ihrer Herkunft. Sie ist aus Mainz.

Rekapitulieren wir: In einer Anzeigenpalatte, die dem Angebot wohlfeiler Verrücktheit gewidmet ist, just dort, wo Geographie für Erotik steht, will sich eine Maid gegen die exotische Konkurrenz mit dem schlechten Hinweis behaupten, sie sei aus Mainz. Das läßt einen aufhorchen. Mainz also, nicht Bangkok ist es, was die Neckermänner unter uns anstern werden, künftig.

Hol' denn der Teufel die sanftmütigen Siamerinnen, die bittresenden Haitianerinnen, die seelenleeren Polenmädchen und was es sonst an Paradigmaten aus dem Lustleben des deutschen Mannes gibt: Theo, wir fahren nach Mainz!

Die Sprachschwierigkeiten dort sind gewiß nicht größer als längs der anderen Sexmeridiane. Wobei nicht unerwähnt bleiben sollte, daß Englisch dort auch so seine Probleme hat.

Von den Schwierigkeiten der Deutschen beim Errichten von Denkmälern

Kriegsschauplatz Gedenkstein

Die Berliner nehmen es gelassen hin, daß sie jetzt die Reliefs von der Siegessäule zurückhalten sollen. Minister Hernu hatte das dieser Tage bekanntgegeben. So wird also demnächst wieder zu besichtigen sein, wie Preußen einst seinen Sieg über den welschen Erbfeind in Bronze verewigte. Die Franzosen, die diese Platten nach dem letzten Krieg als Beute oder als Souvenir mitnahmen (zur selben Zeit wanderten die Szenen des deutsch-dänischen Krieges nach Kopenhagen, und nur „Königsgrütze“ blieb in Berlin), brauchen jedoch nicht zu befürchten, daß daraus eine neue Feindschaft entstehen könnte. Die Siegessäule mit Drakes „Viktoria“ wird nicht zur Erbauung, sondern gewöhnlich nur als Aussichtsturm besucht. Denn den Deutschen ist der Sinn für Denkmäler und Denkmalswürdigkeiten längst abhanden gekommen. Darin unterscheidet sich das ausgehende 20. Jahrhundert grundlegend vom 19. dem denkmalsfreudigen.

Wettbewerb, die auf ein allgemeines Interesse stoßen, wie die für das Denkmal Friedrich des Großen oder das Niederwalddenkmal, Geldsammlungen, die so voluminöse Anlagen wie das Hermanns-, Kyffhäuser- und Völkerschlachtdenkmal ermöglichen, sind heute nicht mehr denkbar. Ganz zu schweigen von dem Denkmal von der Gründerjahre, dem Hunderte von Kaiser-Wilhelm- und Bismarck-Denkmalen ihre Entstehung verdanken, und der auch Luther, Gutenberg, Dürer und anderen großen Deutschen zugute kam. Daran erinnert Helmut Scharf in dem Band „Zum Stolz der Nation“ (Die bibliophilen Taschenbücher, Dortmund, 240 S. mit zahlr. Abb., 16,80 Mark). Zugleich macht dieser Band indirekt bewußt, welches verquälte Verhältnis sich im freien Teil Deutschlands seit 1945 herausgebildet hat.

In der Nachkriegszeit ist kein großes Denkmal entstanden. Zwar wurden allerorten Statuen und Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges aufgestellt, aber meist - sieht man z. B. von dem Friedensengel von Gerhard Marcks neben der Mannheimer Jesuitenkirche ab - handelt es sich da mehr um Pflichterfüllungen als um Kunstwerke. Der nackte geteilte Jüngling von Richard Scheide im Hof des ehemaligen Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin als Erinnerung an die Männer des 20. Juli 1944 verkörpert die Standardform, die eher Tribut an falsche Denkmalskonventionen als Ausdruck würdigen Gedenkens ist.

Die regelmäßig bei jedem bedeutenden Staatsbesuch in Bonn aufblühende Diskussion, ob die Stadt nicht ein ansehnlicheres Mahnmahl als den bescheidenen Gedenkstein im Hofgarten brauche, entspringt allerdings nicht der Einsicht in dieses Defizit. Es ist nur eine Frage des Protokolls, dem es an einem dem Arc de Triomphe vergleichbaren Platz für ein pompöses Zeremoniell mangelt. Nicht anders war es bei dem Streit um den Adenauerkopf von Hubertus von Pilgrim, der ursprünglich vor der Adenauergedenkstätte in Rhöndorf aufgestellt werden sollte. Doch da die Familie des ersten Bundeskanzlers wie den Rhöndorfern dieses Werk mißfiel, wurde es nun recht unmotiviert auf dem Bürgersteig vor dem neuen Bundeskanzleramt plaziert. Kein Denkmal, sondern bloß eine Verlegenheitslösung.

Nur ein Denkmal der Nachkriegszeit kann sich uneingeschränkter Popularität erfreuen. Das ist das Berliner Luftbrückendenkmal, denn es symbolisiert eine Hilfe, die der Stadt in Freiheit zu überleben half. Das ist der Berliner bewußt. Und deshalb wird das Denkmal nicht - wie die zahllosen Plastiken auf Berliner Plätzen und Straßen - nur als ein den Künstlern eher als die Kunst fördernd, höchst unmitte Schmutz empfunden.

Das Gegenteil verkörpert ebenfalls in Berlin - das Reinickendorfer Kurt-Schumacher-Denkmal, ein Betonblock, aus dem rote Stahlformen hervorkommen, in die fast unsichtbar auf der einen Seite eine Bildnisplatte und auf der anderen Seite der Name und die Lebensdaten des so unzulänglich Geehrten eingelasen wurden.

Die Gründe für die Unfähigkeit zu

gedenken hängen zusammen mit dem Unwillen, die Geschichte zu akzeptieren. Das wird besonders bei den Auseinandersetzungen in Hamburg um das 76er Denkmal am Dammtor deutlich. Dem jahrhundertalten Brauch, Denkmäler entweder zu hinstellen, wie sie sind, oder sie zu stürzen, ergänzt der „progressive“ Senat durch eine neue Variante: die Denunziation. Der Abriss wird zwar als „geschichtsfeindlicher Rigorismus“ abgelehnt, aber das, was bleibt, will man „entlarven“. Und so wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, der nur kümmerliche Ergebnisse brachte. Also wurde an Alfred Hrdlicka der Auftrag vergeben, das „kriegsverherrlichende Denkmal“ in ein „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ umzugestalten. „Ich will versuchen“, erläutert Hrdlicka seinen Entwurf, „einen Schauplatz zu gestalten, der begrenzt sein soll durch rudimentäre Assoziationselemente, die an Kriegsschauplatz und an zerstörte Nazisympole erinnern. Innerhalb dieser Arena agieren oder sterben die Helden und Opfer.“

In dieser Beschreibung klingen die Schwierigkeiten bei einem Denkmal an, das einerseits „modern“, andererseits aber verständlich sein soll. An diesem Dilemma ist Hrdlicka schon mit seinem Wuppertaler Engels-Denkmal gescheitert. Und Düsseldorf hat das mit dem verkrampften Heine-Denkmal und seiner Phobie gegen jeglichen - insbesondere den originalen - Breiter-Traditionalismus belegt, indem es Bert Gerresheim die überdimensionierte liegende Totenmaske des Dichters mit Kletterstangen überspannen ließ. Die Angst, Bewunderung zu zeigen oder gar Größe uneingeschränkt zu respektieren, führt, wie dieses Beispiel zeigt, zu Verdrängungsmalen, aber nicht zu Denkmälern.

Da haben es die Münchner mit ihren kleinen Freundschaften für Valentin, Weiss Ferdi oder die Karlstadt, die als Statuen des Viktualienmarkts bevölkert, leichter. Sie scheuten nicht Popularität und Verständlichkeit. Deshalb heben sie sich auch nicht auf das Experiment ein, die Denkmäler in einer Sprache reden zu



Aus denkmalsfreudigen Zeiten: Die „Germania“ des Niederwalddenkmals in der Werkstatt. FOTO: HARENBERG

lassen, die keiner versteht. Sie begnügen sich mit einem Realismus in leichter Stilisierung.

Das aber erscheint vielen Künstlern und besonders den entscheidenden Kunstkommissionen als nicht zeitgemäß. Sie erklären, heutige Denkmäler müßten auch die zeitgenössische Kunst spiegeln. Nur leider ist das ein hoffnungsloses Unterfangen. Bis auf ganz wenige Ausnahmen - „Die zerstörte Stadt“ von Ossip Zadkine zur Erinnerung an die Bombardierung Rotterdams gehört dazu - ist das nirgendwo gelungen. Ein abstraktes Denkmal ist allenfalls ein Blickfang. Seinen Zweck muß dann eine Schrifttafel erläutern (was allerdings auch für viele Statuen zu la

Scheibe mit ihrer schönen Unbestimmtheit gilt). Aber das war auch in der Vergangenheit nicht viel anders.

Wer sich unter den Denkmälern umschaut, die überall stehen, wird dort zumeist Mittelmaß und nur selten Meisterliches finden. Neben dem Niederwalddenkmal, dem Hermanns-, Völkerschlacht- oder Kyffhäuserdenkmal gibt es jedoch auch noch das Brandenburger Tor, Rauchs „Friedrich den Großen“ oder Schillers „Großen Kurfürsten“. Wer ein Denkmal schaffen will, muß darauf verzichten, „sich selbst zu verwirklichen“, er muß einer Aufgabe dienen. Das ist nicht leicht. Aber unmöglich ist es auch nicht. PETER DITTMAR

JOURNAL

Oldenburg lag einst in der Pfalz

E. N. Bonn
Wer weiß schon, daß ein Stück des Landes Rheinland-Pfalz einmal zu Oldenburg gehörte - der Kreis Birkenfeld, in dem sich der Herzog von Oldenburg nach 1815 eine verzwickte Straße bauen ließ, damit er bei Rundfahrten nicht umliegende preußisches Gebiet berühren mußte? Auf Besonderheiten dieser und anderer Art konzentriert sich das „Rheinland-Pfalz-Programm 1984“, das in der Bonner Landesvertretung präsentiert wurde. Mainz will in Bonn seine Künstler und seinen Wein vorzeigen, sein „Partnerland Ruanda“, seine regionalen Unterschiede durch Luftbild und Karte. Als Bäderland macht es sich mit Programmen von Bad Bertrich, Bad Dürkheim, Bad Ems und Bad Bergzabern bemerkbar; mit ihren Schwerpunkten Technologie und Umwelt stellt sich die Universität Kaiserslautern vor.

Neue Oper von Menotti bei der MIDEM

AFP, Cannes
Im Rahmen des klassischen Teils der 18. internationalen Musikmesse (MIDEM) in Cannes hat der amerikanische Bühnenkomponist Gian Carlo Menotti seine neueste Oper in europäischer Erstaufführung vorgestellt. „Der Junge, der zu schnell gewachsen ist“ ist ein lyrisches Drama für Kinder und Erwachsene. Nach der Uraufführung in der amerikanischen Kleinstadt Wilmington inszenierte Menotti sein Werk persönlich im Festivalpalast der südfranzösischen Stadt. An der Aufführung in Cannes waren das „Centre France Lyrique“, die „Jeunes Musicales de France“ und Schüler des Konservatoriums von Nizza beteiligt.

Glaspypiramide für den Louvre vorgeschlagen

dpa, Paris
Der amerikanische Architekt Ieoh Ming Pei hat in Paris seinen Plan für einen zusätzlichen Bau für den Louvre der obersten französischen Denkmalskommission vorgelegt. Eine 32 Meter hohe Glaspypiramide in der Mitte des vor dem heutigen Hauptingang gelegenen Innenhofes des Museums ist dabei das auffälligste Element. Die Pyramide soll einen unterirdischen Zentralkorridor und einen Parkplatz für 1000 Personenwagen und 50 Autobusse mit natürlichem Licht versorgen. Der Ausbau des Finanzministeriums aus einem Seitenflügel des Louvre wird dem Museum 60 000 Quadratmeter zusätzlicher Ausstellungsfläche bringen.

Artotheken werden immer beliebter

dpa, Berlin
Das Ausleihen von Kunst wird immer beliebter. Während 1970 in der Bundesrepublik nur drei Bildereien existierten (zwei in Berlin und eine in München) und in der „DDR“ lediglich eine, gab es Ende 1983 in der Bundesrepublik bereits 53 und in der „DDR“ sogar über 100 Bildereien. Dies teilte der Neue Berliner Kunstverein mit. Von den westdeutschen Ausleihstätten waren 49 gemeinnützig oder öffentlich unterstützt und vier privat geführt. Die meisten Bildereien arbeiten in Nordrhein-Westfalen mit 21, gefolgt von Baden-Württemberg (9), Niedersachsen (8), Berlin und Rheinland-Pfalz (je 4), Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein (je 2) sowie Bremen und Hessen (je 1). Insgesamt verfügten alle westdeutschen Ausleihstätten Ende 1983 über ein Angebot von etwa 24 000 Kunstwerken und zählten fast 45 000 Ausleihen.

Blätter von Heckel, Rembrandt und Corinthe

wm, Marburg
Das graphische Kabinett des Universitäts-Museums Marburg erhielt aus dem Vermächtnis des 1983 verstorbenen Architekten Ernst Otto Hofmann aus Aistfeld die 1942 und 1951 entstandenen Radierungen Rembrandts „Die kleine Auferstehung des Lazarus“ und „Die badende Männer“ sowie das 1914 radierete „Selbstbildnis“ von Lovis Corinth. Außerdem gehören dazu die farbige Kreidezeichnung „Samson und Dalila“ von Corinth, die um 1900 entstandene Bleistiftzeichnung „Wiener Damenbildnis“ von Gustav Klimt und das 1908 gemalte Aquarell „Frauen an der Tür“ von Erich Heckel. Das Universitätsmuseum veranstaltet aus diesem Anlaß in einem seiner Malerei-Kabinette im ersten Stock bis Ende Januar eine kleine Hofmann-Sonderschau.

Preise für Eric Rohmer und Ingmar Bergman

AFP, Paris
Ingmar Bergman Film „Fanny und Alexander“ ist von der französischen Filmkritik in Paris als bester ausländischer Film des Jahres 1983 mit dem „Prix Moussinac“ ausgezeichnet worden. Als beste französische Produktion erhielt „Pauline à la Plage“ von Eric Rohmer den „Prix Melies“.

Genf: Verdis „Maskenball“ unter Riccardo Chailly

Madame Mort beim Fest

Der Schweizer Franken steht hoch im Kurs. Das wissen die Sänger und die Schweizer Opernhäuser. Haben den Nutzen davon. Und wenn sich gar noch das Fernsehen einschaltet und man außerdem noch klug auf internationale Coproduktion (diesmal mit Lyon) setzt, dann kann man sich halt in Genf Verdis „Maskenball“ mit Luciano Pavarotti, Anna Tomowa-Sintow und Piero Cappuccilli so wie Riccardo Chailly am Pult leisten.

Am Premierenabend im schneebedeckten Genf hatte man freilich den Eindruck, als hätte sich die nächtliche Witterung doch ein bißchen auf die Stimmbänder der Singstars geschlagen. Klang nicht Pavarottis Tenor eine Spur blässer und enger als sonst? Wirkte der herrliche Verdi-Sopran der Tomowa-Sintow zuweilen nicht etwas gepreßt und angestrengt? Cappuccilli Bariton nicht momentweise etwas mühevoll? Das war wohl alles so und daher auch vermerkt werden. Aber es kann gar nichts ändern daran, daß hier Oper im herrlichsten Singformat sich ausbreitete.

Denn auch das gilt ja: Wenn sich Sänger nicht in Höchstform fühlen, dann spielen sie, dann gestalten sie mit vollem Einsatz. Oper va banque. Sicherheitsreserven werden nicht mehr einkalkuliert. Singende Automaten werden wieder zu singenden Menschen. Das ist eine Art von Musiktheater, die kein neunkalkulierter Regisseur herstellen kann.

Wann je in den letzten Jahren also hat Pavarotti, dessen unschlagbare Stärke nun einmal die hohen, lauten Töne sind, es gewagt, seine Stimme so bis an die Grenze des Flüsterns zurückzunehmen? Oder das Liebesduett mit Amelia so wenig protzend und dafür geradezu zärtlich zu turkeln, den grauvollen Ort unter den Galgen vor der Stadt vergessend, ganz einfach ein Liebhaber zur Nachtzeit?

Oder Anna Tomowa-Sintow: Sie verfügt über eine vorbildliche Technik, ist eine der ganz wenigen Sopranistinnen, die in der grauenhaften Amelia-Arie „Ecco l'orrido campo“ die Phrase herauf bis zum hohen C und wieder herunter auf einen A singen können. Aber zugleich alles Einsetzen über den mit-

termächtlichen Gespensterspuk da hereinzuweisen, haarscharf die Balance zu halten zwischen kultiviertem Gesang und qualvollem Aufschrei, das ist ihr so wohl auch nicht gelungen wie an diesem Abend. Und bei Verdi ist die pure Schönheit des Gesangs ja gar nicht mehr gefragt so wie bei seinen Vorgängern des Belcanto-Zeitalters.

Auch Cappuccilli hat an diesem Abend seine stärksten Momente da, wo er ausbricht aus der gepflegten Vokallinie. Aber er singt sich am weitesten frei im Laufe der Vorstellung. Sein „Eri tu“ wird zum Showstopper und gleich hinterdrein legt er noch ein paar Spitzentöne drauf, daß man sich fragt, ob an ihm nicht doch ein Tenor verlorengegangen ist. Komplimentiert wurde das Ensemble kompetent von Mignon Dunn als Ulrica und von Danielle Borst mit quicker Soubrette-Koloratur als Page Oscar.

Vielleicht die wichtigste Überraschung des Abends ist Riccardo Chailly, der Dirigent. Er hat sich völlig freigeschlossen aus dem Schatten von Riccardo Muti oder Claudio Abbado, die einen so oft lehren wollen, daß Oper doch eigentlich im Orchestergraben stattfindet. Chailly ist wieder der Operndirigent, der begleitet kann, der auf Sänger hört, ohne dabei seine eigenen Vorstellungen über das richtige Tempo aufzugeben oder dem Orchester schlampige Artikulation durchgehen zu lassen. Im Gegenteil: Er isoliert Verdis Partitur auf das Feinste, aber er stellt dies nicht über Gehör aus. Selbstverständlich klingt die Musik - und das heißt so viel wie richtig.

Der Regisseur Jean-Marie Simon, unterstützt vom Bühnenbildner André Collin, liefert ein unaufdringliches, aber in jedem Moment stimmiges Konzept. Ein bemerkenswerter Einfall: Nach Ulricas Mordweissagung streckt aus der Volksmenge ein altes, schwarzgekleidetes Mütterchen Riccardo die Hand entgegen - Madame Mort. Sie ist, nun in großer Garderobe, auch Gast beim Maskenball. In einer einzigen Charge wird das Memento mori, das Verdis Oper durchzieht, deutlich.

REINHARD BEUTH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die politische Meinung

Wer langweilt sich hier?

Die von Ludolf Hermann und Werner Ross redigierte Zeitschrift der CDU, „Die politische Meinung“ (53 Bonn 2, Interessengruppe 157), wird immer interessanter. Sie wagt es, den Spruch „Die Kultur steht links“, an den faulen Redaktoren immer noch glauben. Man muß halt suchen - dann findet man schon unkonventionelle Mitarbeiter, die durch die andere Brille Neues sehen (oder Altes neu sehen, was noch besser sein dürfte).

Ein gutes Beispiel dafür ist in Nr. 211 Edgar Piel, promovierter Philosoph des Jahrgangs 1946, der als „Sozialforscher“ am Allensbacher Institut für Demoskopie tätig ist. Man verbißt sich mit dieser schneidenden Berufsbezeichnung, wenn man Piel Aufsatz „Langeweile - ein deutsches Schicksal?“ liest. Nach Erhebungen seines Instituts hat sich in der Bundesrepublik, zusammen mit einer unübersehbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse zugleich auch die Erfahrung der Langeweile epidemisch ausgebreitet.

Bei diesem Stichwort denkt man an das Jahr 1968 in Frankreich. Damals erschien in „Le Monde“ von einem seiner Star-Analysten ein Artikel „Frankreich langweilt sich“. Man verzog das Gesicht, aber einige Wochen später wurden die Barrikaden im Quartier Latin errichtet und die heiligen Kühe der Franzosen, ihre Autos, verbrannt. Will Piel uns eine ähnliche Explosion voraussagen?

Nun, es gilt, seinen Aufsatz genau zu lesen. Die Demoskopie von Bonndessen haben sich die Leute genauer angesehen, die über Langeweile klagen. Piel zitiert Dahrendorfs Beobachtung, daß die Arbeit zum Privileg der sozial und bildungsmäßig Bessergestellten zu werden drohe. Dem entspricht nach Piel, „daß das Erlebnis

der Langeweile schon jetzt bei leitenden Angestellten oder Beamten zu Hause ist“. Neben den unteren Schichten sind aber vor allem auch ältere Menschen, die nicht mehr recht in ihre Umwelt integriert sind, für das Gift der Langeweile anfällig.

Bis hierher leuchtet einem alles ein. So hatte man sich das ungefähr vorgestellt. Verblüfft ist man jedoch, wenn Piel keineswegs bei den Gelangweilten auf ein Rütteln an den Gitterstäben stößt, sondern auf etwas, was er den „Totstelleneffekt“ nennt - „die Tendenz, die ungenutzten Gefühle, die man gegenüber sich selbst und der ganzen Welt entwickelt, durch zunehmende Gleichgültigkeit zu bekämpfen... mit noch mehr Langeweile, die schon da und dort bis zur Stupidität geht“.

Für Piel ist das ein Beweis dafür, daß der Mensch dazu neige, die Lösung der Probleme „immer in einer gesteigerten Dosis dessen zu suchen, was uns die Probleme eingebracht hat“. Beispielsweise sei „das auffällige Plädoyer der Gelangweilten für Gleichheit und Gerechtigkeit... ein Beleg dafür, daß Langeweile selbst dafür sorgt, daß am Ende nichts anderes gewünscht wird als das, was Monotonie erzeugt“.

Wir können all die ungewohnten Überlegungen, die Piel an seine Analyse knüpft, leider hier nicht ausbreiten. (Etwas sein Bedauern über den „Wegfall von Feindtönen der Umwelt“ oder seine sarkastische Feststellung, daß Tiefschlag ein „Symptom von Zivilisation“ sei). Wir haben jedoch das Gefühl, daß ein Teil unserer Leser sich bereits des von Herrn Piel angebotenen Schlüsselchens bemächtigt hat und damit einige teils komische, teils bedrückende Erscheinungen in unserer Umwelt zu enträtseln sucht. ANTON MADLER

Eine Saga von Reichtum und Verderbtheit: Thomas Körfers Film „Glut“

Nur der Großvater bleibt sauber

Durch einen herbstlichen Wald irgendwo in der Schweiz laufen zwei Kinder, ein dünnes Mädchen mit riesigen Augen und ein Junge, wohlgenährt und gut gekleidet. Sie kommen zur Hütte eines rußbedeckten Köhlers. Während das Mädchen kühn die Glut schürt, steht der Junge furchtsam daneben. Viel später erst überwindet er seine Furcht vor dem Feuer, und er verbrennt als Symbol für das Ende seiner Kindheit seinen Teddybären.

Jahre später treffen sich die beiden wieder. Sie, Anna (Krystyna Janda), ist inzwischen eine erfolgreiche Journalistin geworden. Er, Andres Korb, hat das Erbe seines Vaters angetreten und leitet dessen Waffenfabrik. Aus ihrem Jugendfreund Andres aber wurde nicht das, was Anna einst er-

hofft hatte. Depressiv und voll von Ängsten gleicht er dem kleinen Jungen von einst. Doch während sie damals für den Jungen Mitleid empfand, verspürt sie nun für den Mann vor allem Verachtung.

Der Schweizer Regisseur Thomas Körfers versucht in seinem Film „Glut“ zwei Geschichten miteinander zu verbinden, zum einen die Beziehung zwischen Andres und Anna, dem Flüchtlingssohn aus dem polnischen Getto, zum anderen die Saga von Reichtum und Verderbtheit einer Familie von Waffenfabrikanten. Es ist dem Fabrikanten Korb (Armin Müller-Stahl) spielt den Vater und den erwachsenen Sohn) gleichgültig, ob er die Deutschen mit seinen Kanonen beliefert oder die Engländer. Ebenso schlecht wie um das ethische Gewis-

sen steht es bei dieser Familie um die moralischen Tugenden. Vater Korb steigt mit dem netten italienischen Dienstmädchen (Barbara Freia) ins Bett. Mutter Korb (Katharina Thalbach) treibt es dagegen mit ihrem Schwager Albert (Matthias Habich). Nur der Großvater ist in diesem Sumpf der einzig integre Pol.

In der Schilderung der Beziehung zwischen dem jungen Andres und der kleinen Anna sind Körfers einige sehr ergreifende und schöne Szenen gelungen. Die Gesichter der Kinder bleiben im Gedächtnis, auch das von Barbara Freia als liebeswertes italienisches Dienstmädchen im Hause Korb. Alles andere an dieser „Glut“ zerfällt sehr rasch zu Asche.

M. v. SCHWARZKOPF



Waffen für alle: A. Müller-Stahl in dem Film „Glut“ FOTO: DIE WELT

KULTURNOTIZEN

Werke von Günther Uecker zeigt das Bielefelder Kulturhistorische Museum bis 19. Februar.

Der Maler Willi Baumeister ehrt Bordeaux derzeit mit einer Ausstellung.

Noch zahlreiche Studienplätze bietet das Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld an (Bewerbungssfrist: 29. Februar).

Den Deutschen Filmpreis will die Bundesregierung auch 1984 wieder vergeben.

Mittelalterliche Wandmalereien sind in der Sakristei der Kölner Pfarrkirche St. Nikolaus im Stadtteil Dinnwald entdeckt worden.

Kunst zwischen den Zügen des Bottropfer Malers Peter Wehle zeigt das Reisezentrum des Bielefelder Hauptbahnhofs bis zum 4. Februar.

Charles Correa, indischer Architekt, ist in London mit der Königlich-Goldmedaille für Architektur ausgezeichnet worden.

Seeamt: Die „Kampen“ war nicht seetüchtig

Nach zweitägiger Verhandlung fällt Hamburger Behörde einen vernichtenden Spruch / Erhebliche Mängel als erwiesen angesehen

DIETER F. HERTEL, Hamburg
Der Hamburger Frachter „Kampen“, ein Schiff von 3982 Bruttoregistertonnen, geriet am 1. November 1983 vor der isländischen Südküste in Seenot. Das Schiff kenterte nach einem Orkan und versank. Sieben Seeleute, unter ihnen der Kapitän, verloren ihr Leben. Sie ertranken oder starben in den Armen ihrer Retter an Unterkühlung. Nur sechs Mann überlebten die Katastrophe. Sie verdrängten ihr Leben isländischen Fischern, die ihnen trotz eigener Lebensgefahr zu Hilfe eilten.

Gestern zog das Hamburger Seeamt den offiziellen Schlussstrich. Das Schiff war erst im März 1983 von der Bauwerft in der Volksrepublik China bei der Reederei „Schulauer Schiffahrtsgesellschaft“ abgeliefert worden. Hauptzeuge in der Seemitschungs-Verhandlung war Jan Garbers, der Erste Offizier der „Kampen“. Zu angeblichen Mängeln des Schiffes konnte er sich nicht äußern. Er war erst zwei Wochen vor dem Untergang an Bord gekommen.

Nach vielstündiger Verhandlung und der Anhörung mehrerer Sachverständiger fällt das Seeamt einen

schwerwiegenden Spruch: „Das Schiff hätte seine letzte Reise gar nicht antreten dürfen. Es war infolge einer Kombination von Mängeln nicht seetüchtig.“

In den Laderaum drang Wasser ein

Als entscheidenden Mangel sah das Seeamt die Tatsache, daß die Luken- und die „Kampen“ nicht dicht schlossen. Bei einer Prüfung vor der Beladung hatte sich gezeigt, daß besonders an der Backbordseite der Luken Wasser in den Laderaum einströmte. Hinzu kam, daß die Ladung – Kohle für ein Zementwerk auf Island – mit einem Wassergehalt von 10,9 Prozent sehr feucht war. Es bestand die Gefahr, daß die Ladung allein durch die Schiffsbewegung zu Brei wurde. Diese Gefahr wurde durch Wassereinträge in den Laderaum zusätzlich akut.

Hinzu kam, daß die „Kampen“ den Hafen Amsterdam überladen verließ. Ihr Tiefgang lag um sechs Zentimeter über dem Höchstwert für den Winter im Nordatlantik. Daß dort, auf dem

Wege zur isländischen Westküste, mit sehr schlechtem Wetter zu rechnen war, mußte der Kapitän wissen. Ihm war auch bekannt, daß bei einer früheren Reise Zwischenfallschäden an der Backbord-Ballasttank geschlagen. Diese Lücken waren nicht repariert worden. Durch den nachträglichen Einbau von zwei Kränen auf der Backbordseite bekam das Schiff eine Neigung, die offenbar nicht vollständig ausgeglichen wurde (durch Gegentrimmung der Ladung beispielsweise). Auch im Orkan vor dem Untergang des Schiffes hatten sich diese Deckel wieder gelöst. Sie schlugen polternd gegen das Schott zum Maschinenraum.

Die „Kampen“ hatte auf ihrer letzten Reise statt der vorgeschriebenen 17 nur 13 Mann an Bord. Es fehlte vor allem der Funkoffizier. Er hätte in den letzten Stunden des Schiffes die Schiffsführung entlasten können. Er hätte wohl auch dafür gesorgt, daß der SOS-Ruf auf der Notrufwelle hinausging – und nicht auf der Küstenfunkwelle. Damit ging wertvolle Zeit für die Rettungsarbeiten verloren.

Es lasse sich nicht mehr aufklären, so formulierte es das Seeamt, ob die Reederei vom Zustand ihres Schiffes unterrichtet gewesen sei. Alles deutete aber darauf hin, daß Kapitän Helmut Thomsen die Entscheidung zum Auslaufen „maßgeblich getragen“ habe. Er habe aber angesichts des Zustandes der „Kampen“ vom Auslaufen absehen müssen. Dem überlebenden Ersten Offizier sei kein Verschulden am Untergang des Schiffes anzulasten. Er sei noch zu neu an Bord gewesen, als daß man ihn für Mängel verantwortlich machen könne.

Gutachten wurde nicht berücksichtigt

Das Seeamt schloß sich damit nicht dem Hamburger Seerechtler Professor Jürgen Leubuh an. Dieser hatte, gestützt auf ein abweichendes Sachverständigen-Gutachten, die Ansicht vertreten, die „Kampen“ sei seetüchtig gewesen. Die Mängel nicht bewiesen. Er meinte: „Ursache für den Selbstunterschied war allein das Schiff für dieses Seegebiet ungewöhnlich schlechte Wetter.“



Treppenzug
In Paris fotografiert von J. J. ENGELS

Professor während der Vorlesung tödlich verletzt

AP, Köln
Seinen schweren Schußverletzungen, die er bei einem Anschlag einer Studentin in der Kölner Universität am Dienstagmittag erlitten hat, ist der 49-jährige Professor Hermann Greive gestern in der Kölner Universitätsklinik erlegen. Eine 32-Jahre alte Studentin hatte während der Vorlesung auf Greive und den Leiter des Martin-Buber-Instituts der Kölner Universität, Professor Johann Maier, geschossen. Der 51-jährige Institutsleiter erlitt dabei leichte Verletzungen.

Nach Angaben der Polizei hatte die festgenommene Frau kurz nach dem Betreten des Vorlesungsraums aus einer Vorderladerpistole das Feuer auf Greive eröffnet. Als der Institutsleiter seinem getroffenen Kollegen zu Hilfe eilen wollte, habe die Studentin mit einer zweiten Waffe auf Maier geschossen. Nach Augenzeugenberichten soll sie geschrien haben: „Jetzt bringe ich alle um.“ Erst als sie eine dritte Waffe gezogen habe, sei sie von Studenten überwältigt worden. Laut Polizei hatte sie zehn Pistolen bei sich.

Die offenbar geistig verwirrte Frau ließ sich nach Angaben von Beamten widerstandslos festnehmen. Über ihr Motiv bestand zunächst noch Unklarheit. Sie habe, so hieß es, vor einiger Zeit ihre Magisterprüfung abgelegt, sei jedoch im Jura-Studium zweimal durchgefallen.

Gift-Anschlag

AP, Frankfurt
Eine 30-jährige Angestellte aus Frankfurt ist am 7. Dezember beinahe Opfer eines Giftanschlags geworden. Wie die Polizei erst gestern mitteilte, war die Frau auf der Straße zusammengebrochen, nachdem sie einen stechenden Schmerz im Gesicht gespürt hatte. Ein Gutachten ergab jetzt, daß ihr der gefährliche Wirkstoff Alkaloid injiziert wurde. Die Suche nach einem von der Frau vage beschriebenen Mann verlief bisher ergebnislos.

Indianer-Überfall

dpa, Lima
Rund 50 mit vergifteten Pfeilen bewaffnete Indianer haben einen Straßentrupp im ostperuanischen Amazonas-Dschungel angegriffen. Dabei wurden drei Arbeiter verletzt. Beim Aufsuchen von Armeehubschraubern zogen sich die Indianer zurück.

Stau-Problem

AP, Stuttgart
Autofahrer, die durch Stuttgart fahren, können sich nicht mehr auf den Verkehrsfunk verlassen. Das baden-württembergische Innenministerium hat nach einem Versuch beschlossen, sogenannte typische Stauungen nicht mehr im Verkehrsfunk zu melden, weil ortskundige Autofahrer sonst auf Schlechtweg durch Wohngebiete ausweichen würden.

Nervenzusammenbruch?

dpa, Hildesheim
Die wegen Totschlags an dem mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter Anna im März vergangenen Jahres zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Marianne Bachmeier ist seit dem 12. Januar in der psychiatrischen Abteilung des Hildesheimer Landeskrankenhauses. Ihre Anwälte und die Behörden verweigerten jede Auskunft. Nach Zeitungsberichten soll Marianne Bachmeier einen Nervenzusammenbruch erlitten haben und akut selbstmordgefährdet sein.

Einen Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spezialkombination Zahlenlotto 6 aus 49/Mittwochlotto, 7 aus 55 des Westdeutschen Lotteriegesellschaft & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„Sekretärinnen, das charmanter Diktatwiederbegabter.“ Überschrift einer Pressemitteilung der Philips Kommunikations Industrie AG.

Heimkehr nach Budapest

Gegen den schwerwiegenden griechischen Olivenölfabrikanten Eftymios Moschachlides (55) ist ein Verfahren wegen Anstiftung zum Diebstahl und Übernahme von sechs der sieben italienischen Meisterwerke eingeleitet worden. Die Bilder waren seit November vergangenen Jahres aus dem Budapest-Museum verschwunden. Der Grieche, der von einem der geständigen Bilderdiebe schwer belastet wird,

LEUTE HEUTE

bestreitet die Vorwürfe. Inzwischen sind die Bilder in einer Sondermaschine nach Budapest zurückgebracht worden.

Hochherzige Spende

Andrew Greeley, ein amerikanischer Priester, stiftete der Universität Chicago 3,3 Millionen Mark. Damit soll ein Lehrstuhl für römisch-katholische Glaubensfragen errichtet werden.

Greeley: „Ich war Student an dieser Universität, an der ich auch zehn Jahre lang unterrichtet habe, aber die Professur hat man mir verweigert. Ein anderer soll jetzt mehr Glück haben.“ Das Geld hat Greeley als Autor zweier Bestseller („The Cardinal Sins“ und „Thy Brother's Wife“) verdient.

Qualmender Beweis

Dicke Luft herrscht oft im englischen Oberhaus, wenn Lords und (wenige) Lady's über Politik diskutieren. So auch, als sich jetzt die Fraktionen über ein Antragsgesetz einigen konnten. Ein erheblicher Vorschlag kam schließlich von einem Lord, der am 18. Oktober dieses Jahres seinen 100. Geburtstag feiert: Lord Emmanuel Shinwell. Der Labour-Lord erklärte dem Oberhaus, es gebe nichts Geringeres, als Pfeife zu rauchen. Der Beweis: „Ich habe es zum ersten Mal 1893 versucht.“

Der Kölner Herstatt-Prozess ist gestern wie erwartet unterbrochen worden, ohne daß ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme bestimmt wurde. Die Verteidiger des 70-jährigen Iwan D. Herstatt, des ehemaligen Chefs der 1974 zusammengebrochenen Kölner Herstatt-Bank, hatten fristgerecht Beschwerde gegen die Fortsetzung der Hauptverhandlung in Abwesenheit ihres Mandanten eingelegt.

Im Gegensatz zur 16. Großen Strafkammer des Kölner Landgerichts vertreten die Rechtsanwälte Günter Petri und Helge Müller die Auffassung, Herstatt habe seinen schlechten Gesundheitszustand und damit seine Verhandlungsfähigkeit nicht schuldhaft und vorsätzlich herbeigeführt. Somit sei eine Verhandlung in Abwesenheit unzulässig. Eine detaillierte Begründung ihres Einspruchs lehnten sie dpa gegenüber ab. Der 70-jährige Angeklagte, dem Untreue und betrügerischer Bankrott angelastet werden, liegt seit dem 6. Dezember vergangenen Jahres in einer Kölner Klinik.

Die Beschwerde, die aufschubende Wirkung hat, ist nicht direkt beim zuständigen Oberlandesgericht (OG) Köln, sondern im Landgericht per Brief abgegeben worden. Dadurch wird der Instanzenweg verlängert, was aber nach der Strafprozeßordnung zulässig ist. Obwohl mit Blick auf die im Juni drohende Verjährung der angeklagten Straftaten davon ausgegangen werden kann, daß alle beteiligten Juristen um eine schnelle Behandlung des brennenden Falles bemüht sein werden, kostet der „Instanzenweg“ vermutlich einige Tage Zeit. Es scheint daher fraglich, ob die OLG-Richter bis zum kommenden Dienstag ihre Entscheidung getroffen haben werden. An diesem Tag wollte das Landgericht die Hauptverhandlung fortsetzen.

Mit Laserstrahlen gegen ein windiges Problem

Deutsche gehen neue Wege bei Erforschung gefährlichen Phänomens

A. BÄRWOLF, Hamburg
Mit Laserstrahlen wollen deutsche Forscher eines der in der Verkehrsluftfahrt am meisten gefürchteten Naturphänomene erheben. Das in den Luftraum vor den Start- und Landebahnen ausgestrahlte Laserlicht soll eine abrupte Änderung von Windgeschwindigkeit und Windrichtung entlang des Flugweges frühzeitig erkennen, damit die Piloten noch gewarnt werden können. Die gefürchtete „Windscherung“ ist die Ursache mehrerer Flugzeugkatastrophen mit insgesamt mehr als 500 Toten gewesen.

Eine besonders gefährliche Variante der „Windscherungen“ sind die sogenannten „Microbursts“, ganz intensive und plötzlich auftretende Abwinde. Die großen Jets mit ihrer ungeheuren Motorenkraft verlieren im Start plötzlich an Höhe. Es kommt zu einem Auftriebsverlust. Die Strömung an den dicken geflügelten Tragflächen reißt ab. Ohne rechtzeitige Warnung sind die Piloten machtlos. Die Maschine schmilzt ab.

Der Einsatz von Laserstrahlen zur Warnung vor der „räumlichen Änderung des Windvektors“, wie die Meteorologen das noch kaum erforschte Abwindphänomen nennen, wurde so vor sich gehen: Die Lasergeräte befinden sich in containerähnlichen Behältern auf dem Flugplatz. Die Laser sind Kohlendioxid-Laser. Sie sind „augensicher“. Das Laserlicht wird durch Dunstpartikel reflektiert. Die Frequenzänderung des reflektierten Signals wird nach dem Doppler-Prinzip gemessen. Bei Windscherung gibt es Alarm.

Das System ist allerdings noch längst nicht einsatzbereit. Es wird jedoch gegenwärtig schon zur Erforschung eines anderen Luftfahrtproblems eingesetzt. Auf dem Frankfurter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startabfertigung der Maschinen zu überprüfen.

Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flugplätzen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleicht ein Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

Dennoch war es auf dem mit diesem Warnsystem ausgerüsteten Flughafen New Orleans im Juli 1982 zu der durch Windscherung verursachten zweitgrößten Katastrophe in der amerikanischen Luftfahrtgeschichte gekommen. Zweimal vor dem Start einer Boeing 727 der Pan Am war die Windwarnung ausgestrahlt worden. Die Maschine hatte im Start plötzlich den gefährlichen Auftriebsverlust und stürzte ab. 133 Tote.

Die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA rät den Piloten, bei Windscherung Geschwindigkeit in Höhen-gewinn einzutauschen. Bei Vollschub im Start können jedoch nur 30 oder 40 km/h Fahrt aufgegeben werden. Sonst schmilzt die Maschine obenhin ab.

Rumäniens Jahrhundert-Werk soll bald unter Wasser stehen

Der Donau-Schwarzmeer-Kanal, 4,5 Milliarden Mark teuer, steht kurz vor der Fertigstellung

DW, Bukarest
Seit mehr als einem Jahrhundert schon träumten Ingenieure, aber auch die Herrscher Europas von einem großen Kanal, der den Westen Europas mit dem Osten verbinden sollte. Heute, nach gut 35 Jahren harter Arbeit, läßt Rumänien diesen alten Traum wahr werden. Der Donau-Schwarzmeer-Kanal, fast 61 Kilometer lang, steht kurz vor der Fertigstellung.

Mit 1,7 Milliarden Dollar (ca. 4,5 Milliarden Mark) ist der Kanal nicht nur das größte, sondern auch das teuerste Projekt, das Rumänien sich je geleistet hat, und die Regierung des Nicolae Ceausescu kann ihren Stolz kaum verhehlen. „Wir glauben an die Menschen in diesem Land, als wir beschlossen, den Kanal zu bauen, und die Fertigstellung beweist, daß wir damit richtig lagen“, schwärmte Nicolae Hirtje, Minister für Transport und Kommunikation, dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ vor.

Der Kanal ist ohne Zweifel für ganz Europa von außerordentlicher Bedeutung. Er erspart dem Schiffsverkehr einen Umweg von fast 400 Kilometern über die Donau-Mündung, macht es auch größeren Schiffen möglich, in das weitverzweigte Fluß- und Kanalsystem Osteuropas einzufahren und schenkt Rumänien schließlich noch einen neuen, hochmodernen, gut ausgerüsteten Schwarzmeerhafen – Konstanza.

Die Rumänen hoffen nun, daß die Wasserstraße den Schiffsverkehr beleben wird und daß über die Gebühren auch gebührende harte Westwährung in die leere Staatskasse fließt. Die rumänische Presseagentur jubelt gar, daß sich der Kanal alleine durch die Umleitung der Fracht von der Straße auf den bequemeren Wasserweg in den nächsten 25 Jahren bezahlt mache.



DISSENTENTEN, PRIESTER, MAGYAREN UND LANDBESITZER wurden zur Zwangsarbeit an der Riesenbaustelle verurteilt. Viele von ihnen überlebten die unmenschlichen Strapazen nicht.

Als Stalin starb, wendete sich das Interesse schnell von dem Rumänien-Projekt ab. Die Arbeiten wurden eingestellt. Es sollte rund 20 Jahre, bis zum Jahre 1973, dauern, bis sie wiederaufgenommen wurden. Diesmal rückten 30 000 gut ausgerüstete Soldaten und Facharbeiter an.

Bis zur Eröffnung, so heißt es in Regierungskreisen, seien nur noch

ein paar Tests und die Feiern fällig. Vergessen sind inzwischen die enormen Schwierigkeiten, die während der langen Bauzeit immer wieder, vor allem im konstruktiven Bereich, auftraten. So, beibehalten heute, seien jedoch alle ohne fremde Hilfe bewältigt worden. Besonders stolz ist man auf die Idee, an einigen Stellen den Kanal durch die Einleitung von aufgewärmtem Wasser aus Kernkraftwerken auch in strengen Winterperioden eisfrei zu halten.

Kritiker deuten jedoch heute schon an, daß all dies kaum die Nachteile aufwiege, die dem ohnehin von einer Wirtschaftskrise geschüttelten Rumänien entstanden seien. Sie vergleichen es immer noch mit jenen großen Anstrengungen, die während der Stalin-Ära auf vielen Gebieten im Ostblock unternommen wurden, ohne daß sie letztlich einwandfrei arbeiteten oder den Menschen eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität gebracht hätten. Das Land mußte sich mehr als 300 Millionen Dollar im Ausland borgen und gab darüber hinaus Millionen wertvoller Devisen für den Kauf von Ausrüstungen aus.

Dies alles zu einer Zeit, in der die Regierung ihren Bürgern schärfste Sparmaßnahmen auferlegt hat. Um mehr Öl und Gas an den Westen zu verkaufen zu können und so wertvolle Devisen hereinzubekommen, wurde mit zum Teil drastischen Mitteln die Halbierung der Energieerzeugung. Läden, Hotels und auch Wohnungen bleiben immer häufiger dunkel, auch über Tag. Das offizielle Rumänien aber läßt sich davon kaum beeindrucken. Ceausescu sprach gar schon von der nächsten Herausforderung: ein zweiter Kanal, der die Hauptstadt Bukarest mit der Donau verbinden soll.

Herstatt-Prozess auf unbestimmte Zeit unterbrochen

dpa, Köln

Der Kölner Herstatt-Prozess ist gestern wie erwartet unterbrochen worden, ohne daß ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme bestimmt wurde. Die Verteidiger des 70-jährigen Iwan D. Herstatt, des ehemaligen Chefs der 1974 zusammengebrochenen Kölner Herstatt-Bank, hatten fristgerecht Beschwerde gegen die Fortsetzung der Hauptverhandlung in Abwesenheit ihres Mandanten eingelegt.

Im Gegensatz zur 16. Großen Strafkammer des Kölner Landgerichts vertreten die Rechtsanwälte Günter Petri und Helge Müller die Auffassung, Herstatt habe seinen schlechten Gesundheitszustand und damit seine Verhandlungsfähigkeit nicht schuldhaft und vorsätzlich herbeigeführt. Somit sei eine Verhandlung in Abwesenheit unzulässig. Eine detaillierte Begründung ihres Einspruchs lehnten sie dpa gegenüber ab. Der 70-jährige Angeklagte, dem Untreue und betrügerischer Bankrott angelastet werden, liegt seit dem 6. Dezember vergangenen Jahres in einer Kölner Klinik.

Die Beschwerde, die aufschubende Wirkung hat, ist nicht direkt beim zuständigen Oberlandesgericht (OG) Köln, sondern im Landgericht per Brief abgegeben worden. Dadurch wird der Instanzenweg verlängert, was aber nach der Strafprozeßordnung zulässig ist. Obwohl mit Blick auf die im Juni drohende Verjährung der angeklagten Straftaten davon ausgegangen werden kann, daß alle beteiligten Juristen um eine schnelle Behandlung des brennenden Falles bemüht sein werden, kostet der „Instanzenweg“ vermutlich einige Tage Zeit. Es scheint daher fraglich, ob die OLG-Richter bis zum kommenden Dienstag ihre Entscheidung getroffen haben werden. An diesem Tag wollte das Landgericht die Hauptverhandlung fortsetzen.

ter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startabfertigung der Maschinen zu überprüfen.

Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flugplätzen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleicht ein Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

Dennoch war es auf dem mit diesem Warnsystem ausgerüsteten Flughafen New Orleans im Juli 1982 zu der durch Windscherung verursachten zweitgrößten Katastrophe in der amerikanischen Luftfahrtgeschichte gekommen. Zweimal vor dem Start einer Boeing 727 der Pan Am war die Windwarnung ausgestrahlt worden. Die Maschine hatte im Start plötzlich den gefährlichen Auftriebsverlust und stürzte ab. 133 Tote.

Die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA rät den Piloten, bei Windscherung Geschwindigkeit in Höhen-gewinn einzutauschen. Bei Vollschub im Start können jedoch nur 30 oder 40 km/h Fahrt aufgegeben werden. Sonst schmilzt die Maschine obenhin ab.

Das System ist allerdings noch längst nicht einsatzbereit. Es wird jedoch gegenwärtig schon zur Erforschung eines anderen Luftfahrtproblems eingesetzt. Auf dem Frankfurter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startabfertigung der Maschinen zu überprüfen.

Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flugplätzen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleicht ein Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

Dennoch war es auf dem mit diesem Warnsystem ausgerüsteten Flughafen New Orleans im Juli 1982 zu der durch Windscherung verursachten zweitgrößten Katastrophe in der amerikanischen Luftfahrtgeschichte gekommen. Zweimal vor dem Start einer Boeing 727 der Pan Am war die Windwarnung ausgestrahlt worden. Die Maschine hatte im Start plötzlich den gefährlichen Auftriebsverlust und stürzte ab. 133 Tote.

Die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA rät den Piloten, bei Windscherung Geschwindigkeit in Höhen-gewinn einzutauschen. Bei Vollschub im Start können jedoch nur 30 oder 40 km/h Fahrt aufgegeben werden. Sonst schmilzt die Maschine obenhin ab.

Das System ist allerdings noch längst nicht einsatzbereit. Es wird jedoch gegenwärtig schon zur Erforschung eines anderen Luftfahrtproblems eingesetzt. Auf dem Frankfurter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startabfertigung der Maschinen zu überprüfen.

Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flugplätzen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleicht ein Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

Dennoch war es auf dem mit diesem Warnsystem ausgerüsteten Flughafen New Orleans im Juli 1982 zu der durch Windscherung verursachten zweitgrößten Katastrophe in der amerikanischen Luftfahrtgeschichte gekommen. Zweimal vor dem Start einer Boeing 727 der Pan Am war die Windwarnung ausgestrahlt worden. Die Maschine hatte im Start plötzlich den gefährlichen Auftriebsverlust und stürzte ab. 133 Tote.

Die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA rät den Piloten, bei Windscherung Geschwindigkeit in Höhen-gewinn einzutauschen. Bei Vollschub im Start können jedoch nur 30 oder 40 km/h Fahrt aufgegeben werden. Sonst schmilzt die Maschine obenhin ab.

Das System ist allerdings noch längst nicht einsatzbereit. Es wird jedoch gegenwärtig schon zur Erforschung eines anderen Luftfahrtproblems eingesetzt. Auf dem Frankfurter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startabfertigung der Maschinen zu überprüfen.

Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flugplätzen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleicht ein Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

Dennoch war es auf dem mit diesem Warnsystem ausgerüsteten Flughafen New Orleans im Juli 1982 zu der durch Windscherung verursachten zweitgrößten Katastrophe in der amerikanischen Luftfahrtgeschichte gekommen. Zweimal vor dem Start einer Boeing 727 der Pan Am war die Windwarnung ausgestrahlt worden. Die Maschine hatte im Start plötzlich den gefährlichen Auftriebsverlust und stürzte ab. 133 Tote.

Die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA rät den Piloten, bei Windscherung Geschwindigkeit in Höhen-gewinn einzutauschen. Bei Vollschub im Start können jedoch nur 30 oder 40 km/h Fahrt aufgegeben werden. Sonst schmilzt die Maschine obenhin ab.

Das System ist allerdings noch längst nicht einsatzbereit. Es wird jedoch gegenwärtig schon zur Erforschung eines anderen Luftfahrtproblems eingesetzt. Auf dem Frankfurter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startabfertigung der Maschinen zu überprüfen.

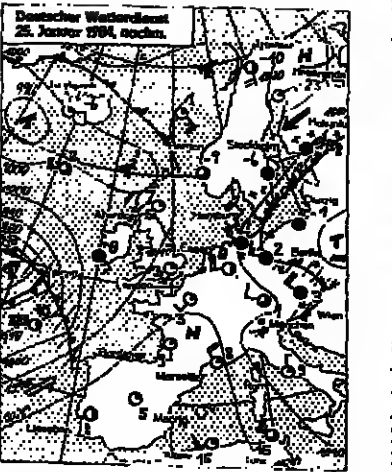
Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flugplätzen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleicht ein Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

WETTER: Niederschläge

Wetterlage: Nach kurzer Wetterberuhigung greifen im Tagesverlauf von Westen her die Fronten eines atlantischen Sturms auf Deutschland über.

Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Anfangs gebietsweise aufglockerte, im Tagesverlauf von Westen her rasch verdichtende Bewölkung und nachfolgend länger andauernder Schneefall, im Westen in Uferlagen von Teil Regen. Höchste Temperaturen in Gefrierpunktnähe, in der Nacht zum Freitag nur geringe Abkühlung. Schwacher bis mäßiger, im Tagesverlauf böig auftrichender Wind von Süd.



Temperaturangaben am Mittwoch, 11 Uhr:
Berlin 2° Kairo 19°
Bonn 2° Kopenhagen 1°
Dresden 0° Las Palmas 16°
Essen 0° London 3°
Frankfurt 2° Madrid 5°
Hamburg 1° Mailand 10°
List/Sylt -1° Mallorca 15°
München -1° Moskau -8°
Stuttgart 0° Nizza 12°
Aldorf 15° Oslo -12°
Amsterdam 11° Paris 3°
Athen 11° Prag 9°
Bucarest 10° Rom 9°
Brüssel 2° Stockholm -6°
Budapest 2° Tel Aviv 16°
Bukarest 2° Tunes 15°
Helsinki -8° Wien 3°
Istanbul 11° Zürich 1°

*Sonnenanfang am Freitag: 8.09 Uhr, Untergang: 17.01; Mondanfang: 3.23 Uhr, Untergang: 12.18 Uhr.
*In MEZ, zentraler Ort Kassel.

Kleine Beutelerinnern an den großen Sohn

S. HELM, Ballyporeen

Die 300 Einwohner des Dorfes Ballyporeen in der irischen Republik sind elektrisiert. Sie haben eine Botschaft des Weißen Hauses erhalten: Der größte Sohn ihrer Grafschaft Tipperary, US-Präsident Ronald Reagan, hat seinen Besuch angekündigt. Er will in Ballyporeen auf den Spuren seiner Vorfahren wandeln. Generäle orteten erst vor drei Jahren Ballyporeen als die Wiege der Reagans und klärten damit die Frage der europäischen Herkunft des US-Präsidenten.

Er hat nun zugesagt, am Rande des Wirtschaftsgipfels, der am 7. Juni in London beginnt, zu einem Abstecher auf die Grüne Insel zu kommen. Das hat die Bewohner von Ballyporeen in feierhafte Aktivität versetzt. Seitdem geht es dort fast so zu wie vor dem Beginn der Pilgersaison. Denn der hobe Gast soll nicht nur beschenkt werden. Man hofft im Fahrwasser seines Besuches auch auf gute Geschäfte, ja, den Beginn eines regelrechten Fremdenverkehrs.

Den Leuten, die auf dem Heimatboden von Ronnie Reagans Ahnen wandeln wollen, soll etwas geboten werden. John und Mary O'Farrell ha-

ben sich mit gesundem Geschäftssinn auf den bevorstehenden Reagan-Boom eingestellt. Sie füllen Richtbeut mit authentischem Torf vom Dorfanger ab, der noch für 1,20 Mark zu haben sind. Der Torf stammt nicht von einem beliebigen Anger, sondern von der Stelle, wo das Cottage stand, in dem Ronald Reagans Vorfahren vor nunmehr 140 Jahren das Leben wegen der großen Hungersnot gar zu schwer wurde, so daß sie alle Brücken hinter sich abtraten und auswanderten.

Mary O'Farrell, die die Beutchen mit „Reagan-Erde“ in ihrem Laden für Kunstgewerbe feilbietet, verteilte: „Ich habe den Torf mit eigenen Händen gestochen.“ Ihr Mann John hat die Zeichen der neuen Zeit als erster erkannt und sein Pué zu Ehren des großen Sohnes umbenannt in „Ronald Reagan Lounge“. Wenige Wochen, nachdem die Stammbaumforscher fündig geworden waren, hatte Ballyporeen sein Reagan-Pub. John O'Farrell, der schon mehrere Male in den USA war und vom Präsidenten empfangen wurde, tat bereits das seine zur Legendenbildung. Sein Pub sei schon 200 Jahre alt. „Deshalb bin ich überzeugt, daß Präsident Reag-

ans Vorfahren in meiner Bar getrunken haben.“

Gemeinderatsmitglied Con Donovan orderte gleich nach Bekanntwerden der Nachricht des Weißen Hauses einen neuen Vorrat von „Ronnie Reagan“-T-Shirts. Die ersten waren vor rund einem Jahr in Auftrag gegeben worden, als erstmals Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch Reagans aufkamen.

Ein Sprecher der Regierung in Dublin versicherte, man werde „außerordentlich erfreut sein“, den Präsidenten bei sich begrüßen zu können. Die Sicherheitsvorkehrungen sollen erteilt werden, sobald der genaue Besuchstag im Juni feststeht.

Irland wäre nicht Irland, wenn in den Pubs und Bars nicht gleich sarkastisch über das große Ereignis hergezogen würde. Schon jetzt wollen Lasterzungen ganz genau wissen, daß Reagan nicht als Gefühlsmensch, sondern als Realpolitiker kommt, der auf die große irischstämmige Wählerschaft bei den im Herbst anstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen schießt. Das freilich ist der irischen Fremdenverkehrszentrale einleuchtend.

Das Ende eines Versuchs

H. WEISSENBERGER, Paris

Die „Operation Point Rubis“ in der französischen Stadt Saint-Etienne, die als „Musterversuch“ für ein neues System des rechnungs- und bargeldlosen Einkaufs gedacht war, wird jetzt vorzeitig abgebrochen. Nicht, weil das System nicht funktionierte, sondern weil es zum Streit um die Kosten kam.

Die Initiative ging von einer Bank aus

Auf Initiative einer regionalen Großbank hatten sich vor zehn Monaten die Banken am Ort und 220 Ladengeschäfte bereit erklärt, an der Testoperation teilzunehmen. Bei der Großbank wurde ein Zentralcomputer aufgestellt, der mit den Computersystemen der anderen Banken und Terminals in den 220 Geschäften verbunden war. In den Geschäften wurde der Rechnungsbetrag in den Terminals eingegeben und die Kunden tippten auf einem kleinen Handterminal, ähnlich einem Telefon, lediglich die Nummer ihrer Scheckkarte und einen persönlichen Geheimcode ein. Der Terminal im Laden gab automatisch den Rechnungsbetrag und die Scheckkartennummer an den Zentralcomputer weiter. Dieser stellte in Sekundenschnelle fest, ob das genannte Konto gedeckt war. Gleichzeitig belastete der Zentralcomputer die Konten bei den verschiedenen Banken mit den gebuchten Beträgen.

Allein im Monat Dezember benutzten 400 000 Kunden in Saint-Etienne das System. Der Anfang begann, als die Banken die anfangs vereinbarte Mietgebühr für die Ladenterminals von 50 Franc (16,50 Mark) pro Monat auf 200 Franc (65,50 Mark) erhöhten und von den Umsätzen einen „Unkostenbeitrag“ von 1,2 Prozent kassierten.</

Mahathir setzte Akzente, die sein Land zum Beispiel in Asien machten

Von M. WEIDENHILLER

Wer von Malaysia sprach, fand lobende Worte, kaum Tadel. Seit Jahren schon. Von Kontinuität in der Politik war die Rede, von beeindruckendem wirtschaftlichem Wachstum und geringer Inflation, von rasantem Aufwärtstempo. In der Tat bietet dieser südostasiatische Staat alle Voraussetzungen, um ein begehrtestes Modell eines Entwicklungslandes abzugeben. Es verfügt über eine funktionierende Demokratie und eine gute Infrastruktur, über ein reiches Potential an Menschen und Material. Es ist der Welt größter Exporteur von Zinn, Kautschuk und Palmöl; seine Wälder sind reich an Holz, in seinem Boden lagern Öl und Gas.

Aber die weltweite Rezession ließ den Bedarf westlicher Länder an Malaysias Rohstoffen zurückgehen. Kommt Kuala Lumpur in den siebziger Jahren noch stolz auf ein Wachstum von acht Prozent hinweisen, rutschte es 1982 auf 4,8 Prozent ab, und es ist weiter rückläufig. Ein Boom klingt ab.

Kuala Lumpur, die Hauptstadt, symbolisierte den schnellen Fortschritt. Wolkenkratzer und Luxushotels schossen in die Höhe, ein aufwendiges Parlamentsgebäude, eine prächtige Moschee wurden gebaut. Auch andernorts griff die Bauwirtschaft. Mittlerweile hat die Regierung Mahathir einige der ehrgeizigen Vorhaben verschieben oder gar streichen müssen, um sich der neuen wirtschaftlichen Realität anzupassen.

Neue Akzente setzte Mahathir schon 1981, als er das Amt des Premiers übernahm. „Look East“ lautete seine Parole, und er nahm sich Japan und Südkorea als nachahmenswerte Beispiele der Entwicklung und des Fortschritts zum Vorbild. Was den Premier und seine Technokraten so fasziniert, sind fernöstliche Arbeitsdisziplin und Fleiß, Effizienz und Loyalität gegenüber dem Unternehmen, Unterordnung des persönlichen Interesses unter das der Gruppe, letztlich der Nation.

Die Regierung kündigte die Bildung des sogenannten „Malaysia Incorporated“-Konzepts an. In Nachahmung der japanischen „Sogo Shosha“ (Handelshäuser). Dieses

Konzept bedeutet, so heißt es in einem intern kursierenden Informationsblatt, daß „Malaysia sich als eine Gesellschaft fühlen soll, in der Regierung und Privatssektor Eigentümer und Arbeitnehmer in einem sind. Beide müssen sich um den Erfolg bemühen... um so zur nationalen Entwicklung beizutragen.“ Das Rezept verschrieb, so scheint es, aber keine Wundermedizin. Ein führender Politiker wird mit seinem Urteil über die malaysischen Sogo Shoshas so zitiert: „Kaum waren sie geboren, verfielen sie in einen tiefen Schlaf.“

Die fleißigen Japaner, die Mahathir so schätzte, haben seine Landsleute offenbar wenig beeindruckt. Die ohnehin tüchtigen Chinesen bedürften

tisch neue Akzente: Vorrang erhielt die Zusammenarbeit mit den ASEAN-Partnern, den islamischen (arabischen) Ländern und den Blockfeinden. So gewann er an Prestige und Status.

Innenpolitisch erhielt der Reform-Premier eher schlechte Noten. Sein Führungsstil wurde als autokratisch bewertet; seine Gangart ist vielen zu rasch und zu ungestüm, wie sich dies beim Zugriff auf die Rechte der Sultane zeigte. So jedenfalls dachten einige. Er steuerte damit auf eine Verfassungskrise zu. Sorge bereizte in letzter Zeit auch die zunehmende Aktivität islamischer Extremisten, offensichtlich Sendboten Khomeinis.

Im vergangenen Jahr wurden in Malaysia eine islamische Bank eröff-

und äußerlich einer friedlichen Einheit in der Vielfalt gleichen. Aber die Kluft zwischen Malaien, Chinesen und Indern decken sie nicht zu. Schon einmal, 1969, kam es zu blutigen Rassenunruhen. Zu schroff waren - und sind immer noch - die wirtschaftlichen und kulturellen, die sozialen und religiösen Gegensätze. Die Chinesen sind die Herren des Handels, der Finanzen. Die Bumiputras, die Söhne der Scholle, wie die Malaien heißen, dominieren in der Politik, der Verwaltung. Sie wohnen vor allem auf dem Land.

Malaysia steht mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1860 US-Dollar im Jahr zwar an der Spitze der Entwicklungsländer, aber der Wohlstand ist ungleich verteilt. So ist es das erklärte Ziel der Regierung, die Reichtümer gerechter zu verteilen. Nutznießer sind die Malaien. Gebürtigen ihnen 1971 nur 4,3 Prozent des Volksvermögens, erreichten sie 18 Prozent im Jahr 1982; 1990 sollen es 30 Prozent sein, der Rest verbleibt in der Hand der Chinesen, Inder und Ausländer. Bei diesen Vorhaben will die Regierung aber gleichzeitig das Kunststück vollbringen, Chinesen und Inder nicht zu diskriminieren. Tatsächlich haben Malaien es leichter, unter gewissen Bedingungen beispielsweise einen Studienplatz zu erlangen, einen Kredit zu bekommen. Und zweifelsohne nutzen sie die Chance, voranzukommen und haben dabei häufig kaum mehr als ihr Malai-entum in die Waagschale zu werfen. Mahathir aber drohte: „Malaien zu sein, ist kein Freihillet.“

Das ethnische Problem bleibt innenpolitisch vordringlich. Außenpolitisch ist es die andauernde Besetzung Kambodschas durch Vietnam. Die Regierung Mahathir vertritt die Ansicht, die Kambodschaner müßten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Der kommunistische Sieg in Vietnam 1975, mehr noch die Besetzung Kambodschas durch Vietnam vier Jahre später haben Malaysias Verteidigungsstrategen umdenken lassen. Zwar rechnet niemand mit einer direkten Konfrontation, aber gewappnet wollte man für alle Fälle sein - und rüstete auf. Seit 1979 haben sich die Verteidigungsausgaben verdoppelt. Langfristig sieht Kuala Lumpur in einem möglichen Vordringen der Chinesen in Südostasien die drohendste Gefahr von außen.



Jugend und fernöstliche Anmut FOTO: ROBERT LEBECK

der Unternehmensanteile in Hand der Bumiputras sein sollen, den Bumiputras werden auch feste Quoten bei den Arbeitsplätzen in den Staatsunternehmen zugesichert. Wo aber malaisches Kapital fehlte, sprang der Staat als Eigner ein und kam so zu einer Vielzahl von Beteiligungen.

Unter staatlicher Regie stehen nicht nur die Eisenbahn, die Häfen, die Schifffahrts- und die Fluggesellschaft, sondern auch die Energiewirtschaft, das Kommunikationswesen sowie wichtige Industriezweige. Der Staat mischt auch bei den Banken, in der Landwirtschaft, im Einzelhandel und bei der Forschung mit. In die Überlegungen für eine Privatisierung werden jetzt auch Krankenhäuser einbezogen.

Ministerpräsident Dato Seri Mahathir Mohamad weiß um die Schwierigkeiten bei diesem Vorhaben. Interessenten für die staatlichen Unternehmen müssen nicht nur finanzielle Verpflichtungen übernehmen; in einigen Fällen ist die Unternehmenspolitik durch die Entwicklungspolitik der Regierung schon auf Jahre im voraus festgelegt. Da werden also Kompromisse erforderlich.

Für die Reprivatisierung im großen Stil dürfte es schwerfallen, das notwendige Kapital im eigenen Lande aufzubringen. Deshalb hofft die Regierung darauf, daß einheimische Interessenten gemeinsam mit ausländischen Geldgebern auftreten. Die Regierung ist flexibel genug, deshalb die Vorschritt zu lockern, wonach Fremdkapital nur mit einem bestimmten Anteil an Unternehmen in Malaysia zulässig ist.

Aller Voraussicht nach werden die Staatsbetriebe nicht reihenweise unter den Hammer kommen und zu hundert Prozent den Eigentümern wechseln. Vielmehr rechnet man damit, daß es zunächst partielle Beteiligungen von privater Hand geben wird, wobei allerdings im Interesse einer höheren Produktivität der Einfluß des Privatkapitals auf die Unternehmensführung überproportional sein müßte.

Die gesamtwirtschaftlichen Daten Malaysias sahen Ende 1983 wieder erfreulicher als im Vorjahr aus. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 5,6 Prozent (1982 = 5,2) gestiegen sein. Der Außenhandel warf einen Überschuss von 470 Millionen US-Dollar ab, während es im Jahr davor ein Defizit von 365 Millionen gegeben hatte. Auch die Leistungsbilanz ergab eine Umkehrung von 261 Millionen im Minus zu 35 Millionen im Plus.

R. T.

Chancen für Anleger

Ausländischen Anleger eröffnen sich neue Perspektiven in Malaysia: Die Regierung in Kuala Lumpur will die Abkehr vom Staatskapitalismus beschleunigen und die Entwicklung des Landes durch das private Unternehmertum vorantreiben. Im Zuge dieser Wirtschaftspolitik ist die Privatisierung zahlreicher Staatsunternehmen vorgesehen.

Der Staat ist bisher noch der größte Arbeitgeber in Malaysia. Er kontrolliert mehr als 500 Gesellschaften. So fließen über 40 Prozent der Staatsausgaben in die staatlichen Unternehmen und die Verwaltung. Dennoch schulden zahlreiche Betriebe, die mit Verlust arbeiten, der Staatskasse hohe Beträge.

Als die globale Wirtschaftszession voll durchschlug und Malaysia weniger Rohstoffe ausführen konnte, so

mit geringere Mittel für den Aufbau seiner Neuen Wirtschaftsordnung bereitstellen konnte, mußte die Regierung ihre Entwicklungsziele korrigieren und prüfen, wo Einsparungen möglich sind. Dabei stieß sie zuerst auf die defizitären Staatsunternehmen.

Die überragende Rolle des Staates in der Wirtschaft Malaysias ist historisch bedingt. Nach der Unabhängigkeit mußte die Regierung zwangsläufig als Unternehmer tätig werden, weil es an privaten Kapitalgebern und unternehmerischem Können mangelte. Durch ihr Engagement sollte auch das Ungleichgewicht im Wirtschaftsleben zwischen Malaien sowie Indern und Chinesen korrigiert werden.

So schreibt die Neue Wirtschaftsordnung vor, daß knapp ein Drittel

Ein in Sonne getauchtes Dorf, eine warme Brise vom Meer, Kokosmilch von frisch gepflückten Früchten, Attap-Hütten, Fischnetze, handgeschnitzte Boote an schnee-weißen Stränden, ein Tag an der Küste im Herzen Südostasiens. **MALAYSIA**



Wenn Sie mehr über Malaysia wissen wollen, füllen Sie bitte den Coupon aus und senden Sie ihn an die untenstehende Adresse.

Name: _____ Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Tourist Development Corporation of Malaysia, P.O. Box 100, 50000 Kuala Lumpur, Malaysia. Tel. (011) 287 72 12/13. Telex 123 674

GDR/1984/7



Wood Grows On You

Im Gegensatz zu vielen anderen Materialien ist Holz warm und freundlich. Es lebt jeden Tag mit Ihnen – besonders Holz aus Malaysia, das kompakt, schön und widerstandsfähig ist. Malaysia ist der größte Hersteller von tropischen Hölzern und Holzprodukten der Welt, und um die Aktivitäten dieses wichtigen Industriezweiges zu lenken, hat die Regierung eigens ein Amt der Malaysischen Holzindustrie geschaffen. Dieses Amt regelt den Handel, das Marketing und die Verteilung des Holzes. Seine Dienstleistungen umfassen auch: Marktforschung, Handelskontakte auf der ganzen Welt, Beratung bei Transport und Verwertung sowie technische Beratung.

Wir sind das Amt, das Exportlizenzen vergibt, und wir zeichnen für das System und den Vorgang der Qualitätskontrolle in dieser Industriebranche verantwortlich. Wir koordinieren die Aktivitäten von mehr als 1000 Organisationen, die sich mit der Herstellung und dem Export von Holz und Holzprodukten in Malaysia befassen. Das Amt der Malaysischen Holzindustrie – ein Name, auf den Sie sich verlassen können.

Schreiben Sie uns, wenn Sie weitere Informationen wünschen.

THE MALAYSIAN TIMBER INDUSTRY BOARD
5th Floor Wisma Bunga Raya • Jalan Ampang • P.O. Box 887
Kuala Lumpur • Malaysia • Tel. 486233
Cable: Maskayu • Telex: Maltim MA 30993

II

PORT KELANG

Überragende Rolle für Kuala Lumpur

Bei einem Land, das schon seinen Binnenhandel zu einem Großteil auf dem Wasser abwickeln muß, spielen Häfen eine überragende Rolle. Hafen Nummer eins ist Port Kelang, vierzig Kilometer von der Hauptstadt Kuala Lumpur entfernt. Zum Hinterland des Hafens gehört das hochindustrialisierte Kelang-Tal und ein Gebiet von südlichen Teil Perak im Norden bis nach Gemas im Süden der Hauptstadt-Region.

Port Kelang besteht eigentlich aus zwei Anlagen: dem South Port an der Mündung des Kelang River und der North Port, 6,4 Kilometer entfernt. Beide sind durch eine Vielzahl von Inseln vor den Unbilden des Wetters geschützt.

Der North Port umfaßt 248 Hektar und 18 Kais. Der South Port umfaßt 48 Hektar. Haben Stückgut- und Containerverkehr im Nordhafen ihren Schwerpunkt, sind Flüssigkeiten aller Art vom Kokosöl bis zu Petroleum im südlichen Hafen Port Kelang beheimatet.

Pläne bis zum Jahr 2000

Beide Hafenteile sind einer ständig wachsenden Nachfrage ausgesetzt, so daß die Hafenbehörde (Port Authority), die sich seit dem 1. Juli 1963 mit den Belangen von Port Kelang befaßt, ein Ausbauprogramm ins Auge gefaßt hat. Südlich des South Port in Pulau Lumut will man bis 1988 400 Meter Kai mauern für den Cargoverkehr fertiggestellt haben. 200 weitere Meter sollen dann 1987 folgen und 1989 soll die erste Ausbauphase mit 1000 Meter Kai mauerlänge abgeschlossen sein. Hinzu kommen Sonderanlagen für petrochemische Produkte und gefährliche Frachten. Nach 1990 wird in einer zweiten Ausbauphase die Anlage um 800 Meter Kai mauer verlängert. 1998 schließlich soll Pulau Lumut mit weiteren 400 Metern vervollständigt werden. Dann hofft man, für den Verkehr im Jahre 2000 gerüstet zu sein.

Die heute arbeitenden Anlagen werden 24 Stunden täglich in drei Schichten offengehalten. Geschlossen ist der Hafen nur an den fünf Feiertagen des Landes.

Informationen: Port Information Office, Seventh Floor Wisma, MISC, Jalan Conlay, Kuala Lumpur. rt.

FLÄCHE

329 744 qkm

GEBIET

Malaysia besteht aus der malaysischen Halbinsel (West-Malaysia) und den Gebieten in Nordborneo (Sabah und Sarawak – Ost-Malaysia). Es liegt knapp über dem Äquator und ist in Flora und Fauna ein tropisches Land. Flächenmäßig ist Malaysia ein Fünftel größer als die Bundesrepublik. West-Malaysia grenzt im Norden an Thailand; Ost-Malaysia teilt sich mit Indonesien auf Borneo eine Dechungs-grenze von rund 1440 km Länge. Geographisch ist Malaysia das Kernstück Südostasiens.

EINWOHNER

14,7 Millionen

BEVÖLKERUNG

Nach einer Studie des Premierministers aus dem Jahre 1978 55,8 Prozent Malaien, 34,9 Prozent Chinesen und 10,5 Prozent Inder.

RELIGION

Über 55 Prozent der Bevölkerung, vor allem die Malaien, sind Muslimen.

WELT • REPORT

DIE WELT - Nr. 22 - Donnerstag, 26. Januar 1984

AUF EINEN BLICK

Buddhisten, Konfuzianer und Taoisten machen 35 Prozent aus. Daneben gibt es Christen, Hindus und Anhänger von Naturreligionen.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN

Die Wirtschaft Malaysias hat sich nach der weltweiten Rezession zuletzt kräftig bei Wachstumsraten von knapp sieben Prozent gut erholt. Ausgerichtet auf die freie Marktwirtschaft wird die infrastrukturelle Modernisierung vorangetrieben. Malaysias Wirtschaft basiert nach wie vor auf dem Agrarbereich, noch sind etwa 50 Prozent der Bevölkerung von der Agrarwirtschaft abhängig.

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft von Malaysia, Rheinallee 23, 5800 Bonn 2, Tel. 0228/35 10 56.

Honorarkonsulat von Malaysia, Gentiner Straße 41, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2 61 42 71.

Honorarkonsulat von Malaysia, Hymphenburgerstraße 134, 8000 München

19, Tel. 689/1 90 21 78.
Malaysia Tourist Development Corporation, Am Salzhaus 6 (Roßmarkt 17), 6000 Frankfurt/M., Tel. 0611/28 37 82.

Malaysian Investment Centre Europe, Königsallee 30, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/32 40 05.

Malaysian Airlines System (MAS), An der Hauptwache 7, 6000 Frankfurt/M., Tel. 0611/29 53 43.

IN MALAYSIA

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, No. 3 Jalan U Thant, Kuala Lumpur 16-05, Tel. 42 96 66.

Honorarkonsulat in Penang, Joint Asian Surgical Industries Sdn. Bhd., Free Trade Zone, Bayan Lepas, Penang, Tel. 83 13 40.

Tourist Development Corporation, P.O. Box 328, Kuala Lumpur 01-02.

Lufthansa, Hotel Marilyn, Ground Floor, Jalan Sultan Ismail, Kuala Lumpur, Tel. 4 25 55.

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA

Tropisches niederschlagsreiches Kli-

ma mit kaum nennenswerten jahreszeitlichen Temperaturschwankungen. Die Tagestemperaturen bewegen sich um 25 bis 33 Grad Celsius. Heftige Regengüsse sind an der Westküste Malaysias in den Monaten März bis Mai sowie September bis Dezember und an der Ostküste sowie in Sabah und Sarawak von November bis März besonders häufig. Die Luftfeuchtigkeit steigt dabei nicht selten bis zu einhundert Prozent an.

ZEITVERSCHIEBUNG

MEZ plus sechseinhalb Stunden für West-Malaysia, MEZ plus sieben Stunden für Ost-Malaysia.

EINREISE

Gültiger Reisepaß für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten.

ZOLL

Zollfreie Einfuhr von Gegenständen des persönlichen Bedarfs.

SPRACHE

Staatssprache ist Malaich (Bahasa Malaysia), Landessprachen sind Chinesisch, Tamil und Englisch.

MISC sorgt für Bewegung auf den Weltmeeren

Die MISC-Flotte transportiert für Sie alle Arten von Gütern zu mehr als 50 der wichtigsten Häfen der Welt. Denn die Malaysian International Shipping Corporation macht volle Fahrt voraus – im Dienste der Verlager in aller Welt.

Gegenwärtig umfaßt das MISC-Dienstleistungsangebot konventionellen und Container-Service sowie Flüssigkeits-Tanker-Service zwischen Europa und den USA, dem Fernen Osten und Australien; Frachtschiffe für Schnittholz, Schüttgut, Öl und Erze auf Pazifik- und Atlantik-Routen; Container-Zubringerschiffe, Küstenfrachtschiffe für spezielle und allgemeine Ladungen zwischen West- und Ostmalaysia und anderen Häfen in Südostasien.

Die gesamte MISC-Flotte umfaßt 45 moderne Schiffe, einschließlich zweier neuer Panamax-Schiffenfrachter. Die



Die aus 45 modernen Schiffen bestehende MISC-Flotte bietet ein breites Spektrum spezialisierter Leistungen – mit persönlicher Note.

se immer größer werdende Flotte bietet verlässliche Lieferung, rasche Beschaffung der Frachtpapiere und individuelle Behandlung Ihrer Bedürfnisse.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an unsere Agenten, unser Europa-Büro oder die MISC-Hauptgeschäftsstelle – Wisma MISC, 2 Jalan Conlay, Kuala Lumpur, Malaysia. Tel.: 42 80 88 (30 Anschlüsse). Telex: naline ma 3 03 25, ma 3 04 28, ma 3 10 57, ma 3 10 58, ma 3 24 49. Telegrammadresse: MALAYASHIP KUALA LUMPUR.



MISC Europa-Niederlassung: P.O. Box 23054, 3001 KB Rotterdam, Niederlande, Tel.: 36 00 22. Tlx. 24 529 NALL. Telegrammadresse: MALAYASHIP ROTTERDAM.

MISC Europa-Agenten sind in folgenden Ländern vertreten:

Belgien: Antwerpen, Zeebrugge, BRD: Bremen, Bremerhaven, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart. Dänemark: Aarhus, Kopenhagen. Finnland: Helsinki. Frankreich: Cherbourg, La Havre, Lyon, Marseille, Paris, Strasbourg. Großbritannien: Barking, Liverpool, London, Birmingham, Glasgow, Hull, Tilbury, Leeds, Manchester, Belfast, Irland: Dublin. Italien: Genua, Livorno, Neapel, Triest, Venedig. Niederlande: Rotterdam. Norwegen: Oslo. Österreich: Wien. Schweden: Göteborg, Stockholm, Schwet: Zürich. Spanien: Barcelona, Bilbao, El Ferrol Del Caudillo, Las Palmas (Kanarische Inseln), Santander.

IF MALAYSIA IS YOUR GOAL PORT KELANG IS THE WAY IN.

50 km entfernt von der Hauptstadt Kuala Lumpur liegt Port Kelang – der größte Hafen des Landes.

Mit einer geschützten, 5 km langen Kaianlage, speziell gebaut für Containerschiffe der dritten Generation, Schiffe mit festgezurter Ladung, Roll-on/Roll-off-Schiffe, Schiffe mit Schüttgut, Tankschiffe und Schiffe mit Bugklappe. Modernste Ausrüstung zum Be- und Entladen, gute Anlagen zum Befördern schwerer Gewichte einschließlich eines 100-Tonnen-Schwimmkrans. 7000 Mann Personal für sämtliche Hafenerbeiten einschließlich Lotsen- und Stauerdienste, Güterbeförderung, Lagerung etc., zu gleichbleibenden



Tarifen und in Schichtarbeit rund um die Uhr. 11 Hektar gedeckte Fläche und 10,1 Hektar gepflasterte Betonfläche für Ladungen, unterstützt durch beste Transportwege im Inland. Es ist alles vorhanden. Kein Wunder, daß wir der erste Hafen von Malaysia sind. Immer zu Diensten bereit, immer bemüht, mit der rasch fortschreitenden Entwicklung der nationalen Wirtschaft Schritt zu halten. Wenn Sie also an Handelsbeziehungen mit Malaysia denken, denken Sie an Port Kelang – den Hafen mit allen Einrichtungen, die man sich wünschen kann.

Anfragen: Kelang Port Authority Tel. 38 82 11, 38 82 21 Telex: MA 3 9 524

oder Port Information Centre 7th Floor, Wisma MISC, Jln. Conlay, Kuala Lumpur Tel. 42 37 58, 42 57 57 Telex: MA 3 0 095

LPK
KELANG PORT AUTHORITY

White pepper
Coconut oil
Coffee beans
Black pepper
Cocoa beans
Ginger
Groundnut
Coconut
Frozen Chicken

For further information contact:
Federal Agricultural Marketing Authority
2nd & 3rd Floor, Kompleks POKS, Shah Alam,
Selangor, Malaysia. Telok Ayer No. 4
Tel. 03-385452, 385457, 385458
Telex: MA 38542 FAMA. Cable: PEMASARAN MALAYSIA

Donnerstag, 26. Januar 1984 - Nr. 22 - DIE WELT

SÜDOSTASIEN / Eine der wenigen Wachstumsregionen der Welt - Stärkeres deutsches Engagement erwünscht

Entscheidend ist die Präsenz vor Ort

Von HANS ECKERT

Die Asean-Staatengemeinschaft ist seit jeher das wirtschaftliche Hinterland Japans. Die kulturelle Hemmschwelle ist für japanische Unternehmen kleiner als für deutsche Firmen aus dem fernen Europa.

Das sind Argumente, die immer wieder angeführt werden, wenn über geschäftliche Erfolge Japans im Wirtschaftsraum Südost-Asien berichtet wird, einem Wirtschaftsraum, der oft als die zur Zeit einzige dynamische Wachstumsregion der Welt bezeichnet wird. Eine Feststellung, die viel richtiger an sich hat.

Im Rahmen eines vom Ifo-Institut durchgeführten Seminars im Oktober 1983, das umfassend über Südostasien informierte, wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß, insbesondere im Gegensatz zu Japan und den USA, deutsche Firmen den Anschluß verpassen und die vorhandenen Möglichkeiten nicht nutzen. Eine Angabe lautete: „An den gesamten Auslandsinvestitionen in Malaysia ist die Bundesrepublik Deutschland nur mit 0,1 Prozent beteiligt.“ Andere Länder der Europäischen Gemeinschaft schneiden besser ab.

Kenntnisse wichtig

Statistische Angaben helfen oft wenig, Gründe und bedingende Rahmengenheiten aufzudecken. Die Frage, ob eine bessere Wahrnehmung der Chancen für die deutsche Industrie in Südostasien und damit auch in Malaysia möglich wäre, mag jedoch gestellt werden, zumal Expansion lebenswichtig ist.

Die deutschen direkten Investitionen in Malaysia stiegen seit 1978 von 53,1 Mill. auf 128,5 Mill. Mark per 30. 9. 1983. Gemäß malaysischen Quellen ist die Bundesrepublik an den ausländischen Investitionen in produzierenden Industriebetrieben mit ca. 100 Mill. MS beteiligt, was 3,6 Prozent der entsprechenden Gesamtsumme ausmacht (Angaben per 30. 12. 80). Sie rangiert damit hinter Singapur (650 Mill. MS), Japan (640 Mill. MS), Großbritannien (500 Mill. MS), USA (293 Mill. MS) und Hongkong (250 Mill. MS) an 6. Stelle, gefolgt von Australien, den Niederlanden und Indien.

Voraussetzung für das erfolgreiche Ausnutzen von Chancen, das Gewinn und den Ausbau von Marktantei-

len und das revolutionäre Eingebundensein in wachsende und expandierende Wirtschaftsprozesse sind Kenntnisse über lokale Gegebenheiten. Hinzu muß die Bereitschaft kommen, sich in einem Wirtschaftsraum durchzusetzen, der sich aufgrund seiner soziokulturellen Rahmenbedingungen deutlich von Europa unterscheidet, in einem „asiatischen“ Wirtschaftsraum, der jedoch trotz aller Differenzen sich um stärkeren Zusammenschluß und stärkeres Wachstum bemüht.

Ein erfolgversprechendes Bestehen in Südostasien ist kaum von Deutschland aus allein steuerbar. Die Präsenz vor Ort und das Etablieren von Verbindungen sind von ausschlaggebender Bedeutung. Deutsche Unternehmen haben dies erkannt und sich in den letzten Jahren vermehrt in Malaysia niedergelassen, mit unter dem Strich positiver Bilanz. Gegenwärtig betreiben knapp 40 deutsche Unternehmen eine Produktionsstätte, teilweise schon seit Jahren und mit beachtlichem Erfolg. Aus oft kleinen Anfängen sind z. B. in Kuala Lumpur, Penang, Malacca, Seremban und Johore Bahru deutsche Industriebetriebe entstanden.

Die Industriesektoren, in denen investiert wurde, reichen von der Elektrotechnik/Elektronik über Holz- und Kautschukverarbeitung bis zur Bekleidungs- und Textilindustrie. Wo bei letzterer allerdings vom europäischen Qualitätsstandard noch entfernt ist.

Neben dem Ausnutzen kooperativer Produktionskostenvorteile sind die Rohstoffversorgung und vor allem die Präsenz im asiatischen Markt ausschlaggebende Gründe. Das zählt sich nicht nur in kürzeren Verkehrswegen aus, sondern auch in einem besseren Verständnis der Menschen und ihrer sozio-ökonomischen Bedingungen.

Die Regierung von Malaysia unternimmt Anstrengungen, darauf hinzuweisen, daß deutsches Engagement und deutsche wirtschaftliche Beteiligung willkommen sind zu beiderseitigen Nutzen und Vorteil sein kann.

Den Zugang zum südostasiatischen Wirtschaftsraum erleichtert vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen ein Vorhaben zur Förderung der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen Malaysia und der Bundesrepublik Deutschland, das durch einen bilateralen Vertrag im Jahre 1980 geschaffen wurde.

Dieses Vorhaben wird von der DEG - Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH - durchgeführt. Der Kooperationspartner auf malaysischer Seite ist die Investitionsbehörde Malaysian Industrial Development Authority (Mida) in Kuala Lumpur.

Im Rahmen des Vorhabens hat die DEG einen Mitarbeiter als Industrieberater bei der Mida stationiert. Unternehmen, die sich in Malaysia wirtschaftlich - insbesondere in Form von Investitionen - betätigen wollen, können den Berater als Anlaufstelle nutzen. Aufgrund seiner umfassenden Kenntnisse der Investitionsbedingungen kann er den Unternehmen praxisnahe Eindrücke vermitteln und Türen öffnen. Der Berater stellt Verbindungen zu Regierungsstellen, Industrieverbänden und vor allem auch zu interessierten und ausgewählten Kooperationspartnern auf betrieblicher Ebene her. Die Anschrift des DEG-Beraters in Malaysia lautet: O. Köhler, c/o Malaysian Industrial Development Authority P.O. Box 10618 Kuala Lumpur 23-03.

Das Bruttoinlandsprodukt Malaysias zu Marktpreisen erhöhte sich 1982 um 4 Prozent gegenüber 7,5 Prozent im Vorjahr. Wenn auch Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben vorgenommen werden mußten, so verzeichnet Malaysia doch weiterhin relativ ungebrochene Wachstumsraten in den meisten Bereichen.

Kostenlose Informationen

Für deutsche Unternehmen ergeben sich viele Möglichkeiten in den verschiedensten Industriesektoren. Dies gilt für den Rohstoffbereich wie Holzverarbeitende Industrien, Kautschukverarbeitende Industrien, Verarbeitung mineralischer und organischer Rohstoffe ebenso wie für den weiten Bereich der metallverarbeitenden Industrie, mit Schwerpunkt im Maschinenbau.

Verschiedene Großprojekte, die als Katalysator dienen sollen, werden von der staatlichen Heavy Industries Corporation of Malaysia (HICOM) geplant und in der Regel in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern durchgeführt.

Um deutschen Unternehmen den Einstieg in dafür besonders geeignete Industriesektoren zu erleichtern, hat die DEG Informationsmaterialien in

Form von Studien erstellen lassen. Es handelt sich um eine Studie über die Präzisionsgeräteindustrie Malaysias, die den gegenwärtigen Stand des Industriesektors darstellt und zukünftige Entwicklungen aufzeigt. Des Weiteren ist ein Handbuch über die Zulieferindustrien Malaysias erarbeitet worden, das einen Überblick über die bereits im Lande verfügbaren Zulieferleistungen geben soll.

Die Informationsunterlagen stehen deutschen Unternehmen kostenlos zur Verfügung. Das gleiche gilt für einen deutschsprachigen Investitionsführer, der alle relevanten Tatsachen für eine wirtschaftliche Beteiligung in Malaysia zusammenfaßt. DEG, Belvederestr. 40, 5000 Köln 41, Promotionsabteilung Tel. (0221) 4988-407/408.

„Mitspielen und gewinnen“

Die DEG ist in ihrer Eigenschaft als Finanzierungsinstitut der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern in Malaysia an vier Projektgesellschaften beteiligt mit einem insgesamt Finanzierungsbetrag von ca. 11 Mill. Mark.

Es zeigt sich, daß für deutsche Unternehmen durchaus vielversprechende Möglichkeiten bestehen, sich wirtschaftlich erfolgreich in Asien und in Malaysia zu betätigen und sich einen Platz in dem expandierenden Markt zu erkämpfen. Eine Reihe von Unternehmen hat das bereits geschafft, andere sind dabei, ein entsprechendes Engagement vorzubereiten.

Nicht nur aufgrund statistischer Größen sondern unter Beurteilung der vielfältigen Chancen in den wachsenden Wirtschaftsräumen in Südost-Asien, die neue Nachfragestrukturen eröffnen und zu neuen industriellen Entwicklungen führen, sollten deutsche Unternehmen diesen Wirtschaftsraum nicht vernachlässigen, sondern der japanischen und amerikanischen Konkurrenz entgegenzutreten.

Eine der Möglichkeiten, die sich dabei zur Unterstützung und Hilfestellung anbieten, sind die DEG und die Leistungen ihres Industrieberaters in Malaysia.

Ein asiatischer Spruch lautet: „Die Voraussetzung für das Gelingen ist das Mitspielen; die Voraussetzung für das Mitspielen sind Kenntnisse über Regeln und Mitspieler.“

Hilfe aus Bonn für ehrgeizige Entwicklungen

VON A. S. TALALLA

Malaysia und die Bundesrepublik Deutschland pflegen seit einem Vierteljahrhundert eine ausgezeichnete und stetig sich vertiefende Beziehung. Sie wird bestärkt durch unser gemeinsames Engagement für ein demokratisches Regierungssystem und ein freies Wirtschaftssystem. Dieses gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie und freiem Unternehmertum war zu unserer beider Nutzen und machte unsere bilateralen Beziehungen bedeutungsvoll und gegenseitig erfolgreich.

Seit 1971 verfolgt Malaysia ein ehrgeiziges Programm sozialer Rekonstruktion, um gewisse Ungleichgewichte in unserer Gesellschaft zu korrigieren. Das Programm, das wir die neue Wirtschaftspolitik nennen, hat eine Zielvorgabe: die Armut zu beseitigen und für eine ausgeglichene Verteilung des Nationalvermögens zu sorgen. Um nicht „Peter zu berauben, um Paul zu bezahlen“, ist die neue Wirtschaftspolitik eingebettet in eine allgemeine wirtschaftliche Wachstumspolitik.

Um die Ziele zu erreichen, brauchen wir freien Zugang zu den Märkten für unsere Exporte, Zugang zur Technologie für unser Volk und auch wirtschaftliche und technische Hilfe.

Ich bin froh, öffentlich feststellen zu können, daß wir auf allen diesen Gebieten die Unterstützung der Bundesrepublik erhalten haben. Die Bundesrepublik Deutschland ist Malaysias zweitgrößter Handelspartner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist unsere sechstgrößte Quelle für Investitionen, von denen wir uns einen Zugang zur Technologie versprechen. Die Bundesregierung hat großzügig wirtschaftliche und technische Hilfe zur Verfügung gestellt. Da sich der Konjunkturaufschwung verstärkt, sind wir überzeugt, bald zu traditionell dynamischen Wirtschaftsbeziehungen zurückkehren zu können.

Der Austausch zwischen der Bundesrepublik und Malaysia beschränkt sich nicht auf den zwischen den Regierungen. Deutsche Touristen, die die größte Einzelgruppe europäischer Touristen darstellen, die Kenntnis von der Schönheit unserer Sehenswürdigkeiten zu vielen in Deutschland gebracht.

A. S. Talalla vertritt Malaysia in Bonn

INTERVIEW MIT BOTSCHAFTER A. S. TALALLA

Feste Zuversicht in weiteren Wirtschaftsaufschwung

WELT: Was sind Ihre Erwartungen im Hinblick auf die Zukunft Malaysias und der Region?

A. S. Talalla: Malaysia hat seit dem Anfang der siebziger Jahre wesentliche Fortschritte in seinen Bemühungen erzielt, das Problem der Armut und der gerechteren Verteilung seines gesellschaftlichen Vermögens über eine Vergrößerung des „wirtschaftlichen Kuchens“ anzugehen. Ich glaube, daß es weiterhin bedeutende Fortschritte bei der Verfolgung dieser Ziele geben wird. Wir sind auch dabei, auf eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit hinzuwirken, dadurch, daß wir unsere wirtschaftlichen Tätigkeiten auf eine breitere und technologisch fortschrittlichere Grundlage stellen.

Die Asean hat sich durch die wirtschaftliche Leistung ihrer Mitglieder zu einer der führenden wirtschaftlichen Wachstumszonen der Welt entwickelt und auch zu einer stabilen und dynamischen Gruppierung. Ich habe die feste Zuversicht, daß wir unseren Leistungsstand nicht nur halten, sondern auch noch weiter verbessern werden.

WELT: Hat sich die politische und wirtschaftliche Orientierung nach Singapur und Japan hin bezahlt gemacht?

A. S. Talalla: Die Frage bezieht sich, glaube ich, auf die „Look East“-Politik meiner Regierung. Wenn Sie erlauben, würde ich Ihnen das gern erläutern. Wenn wir „Look East“ sagen, dann sehen wir nur auf jene Aspekte der Länder im Osten, die uns wichtig erscheinen. Das bedeutet also nicht, daß wir einfach ein „Abklatsch“ der Gesellschaften, so wie wir sie sehen, sein wollen. Wir interessieren uns vielmehr für ihre Arbeitsmoral, ihren Management-Stil - wie z. B. in dem Zusammenspiel der japanischen Gesellschaften - ihre Handelsmethoden und all die anderen Faktoren, die zu ihrem wirtschaftlichen Erfolg beigetragen haben.

„Look East“ heißt auch nicht, daß wir alle unsere Produkte an den Osten verkaufen werden, es heißt auch nicht, daß wir alle unsere Entwicklungsprojekte an Firmen im Osten vergeben werden. Im Gegenteil, wir werden weiterhin Handel treiben und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten mit der ganzen Welt.

Es ist jedoch so, daß wir auf der Suche nach Modellen für unsere eigene Entwicklung und unser Wachstum besonders beeindruckt waren von Japan und der Republik Korea, und der Grund dafür ist einfach, daß sie am dynamischsten sind.

Wir sind uns aber durchaus bewußt, daß es Gebiete gibt, auf denen Europa in der Welt führend ist. Sie

Grundvorstellungen verbinden: Botschafter A. S. Talalla



FOTO: DIE WELT

sollten daher, wenn wir „Look East“ sagen, das nicht so auffassen, als ob damit irgendeine Ausschließlichkeit impliziert sei. Es bedeutet ganz sicher nicht, daß wir dem Westen den Rücken zugekehrt hätten.

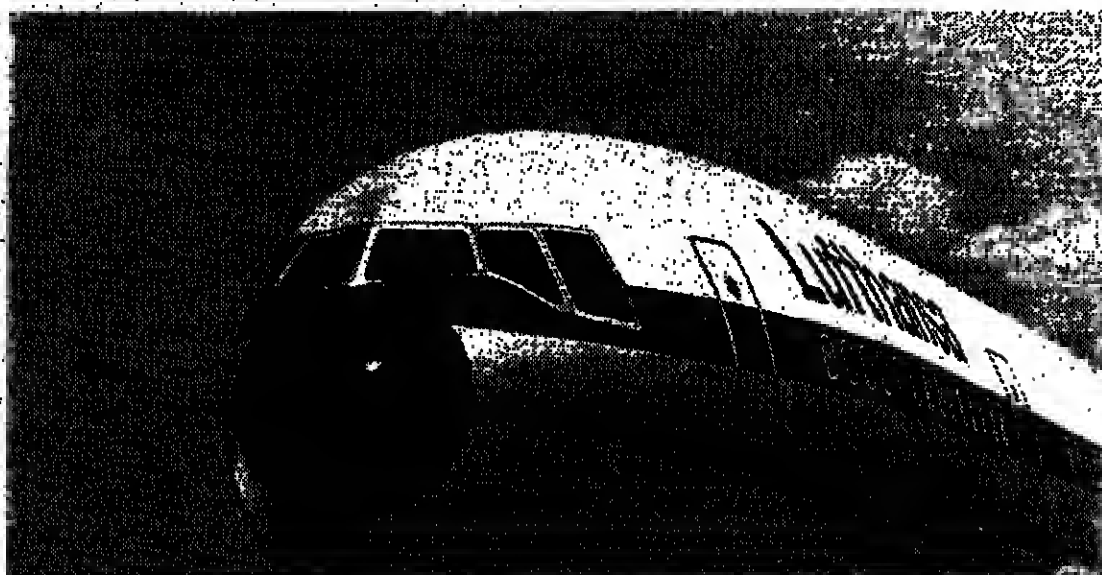
WELT: Der deutsche Anteil an ausländischen Investitionen in Malaysia ist verhältnismäßig gering. Sollte er vergrößert werden, wie könnte das geschehen?

A. S. Talalla: Ich stimme mit Ihnen überein, daß der gegenwärtige Umfang deutscher Investitionen in Malaysia tatsächlich klein ist, wenn man ihn im Zusammenhang mit dem internationalen wirtschaftlichen Gewicht Ihres Landes sieht.

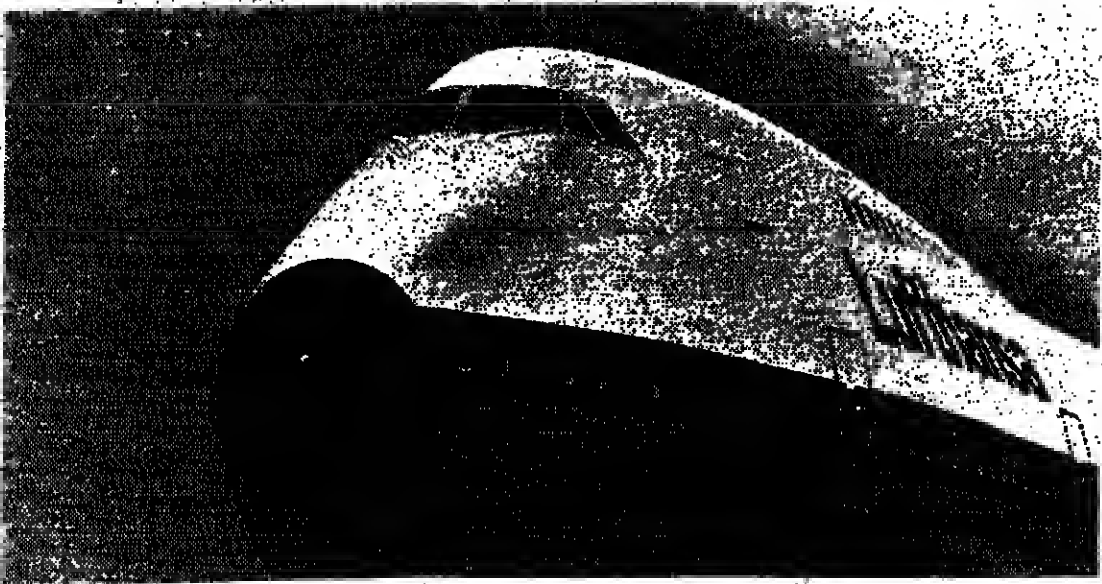
Malaysia ist von Deutschland weit entfernt, und vielleicht ist es dieser Faktor wie auch ein gewisser Mangel an detaillierten und zutreffenden Informationen über uns, der dazu geführt hat, daß das Ausmaß des Interesses an der Industrialisierung unseres Landes nicht im Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Gewicht Ihres Landes steht. Zum Beispiel sind sich viele Deutsche nicht bewußt, daß wir reich an Rohstoffen sind.

Die Fragen stellte H.-H. Holzner

Gesichter Asiens.



Lufthansa DC 10 nach Karachi, Delhi, Bombay, Bangkok, Jakarta, Singapur, Manila, Hongkong, Tokio, Peking. Mit neuen, schnellen Verbindungen. Immer mit First Class, Business Class und Tourist Class.



Lufthansa Boeing 747 nach Tokio, Osaka, Kuala Lumpur, Melbourne, Sydney. Mit neuen, schnellen Verbindungen. Und natürlich mit First Class, Business Class und Tourist Class.

Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.



Im Zeichen des Tigers in Malaysia investieren.

Der Tiger ist das Symbol von Malayan Banking, Malaysias größter Bankengruppe.

Wenn es um Malaysia geht, nutzen Sie uns als Ihren Finanzberater. Wir bieten Ihnen einen umfassenden Service. Wir besitzen die Stärke, die Größe und die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Sie brauchen. Wir verfügen über einen Stab von Experten, die mit allen Bereichen der malaysischen Industrie

INSGESAMT OBER 16 MILLIARDEN DM AKTIVA
•
OBER 180 ZWEIGSTELLEN IN MALAYSIA UND IM AUSLAND
•
OBER 1,5 MILLIONEN KONTOINHABER
•
DIE GRÖSSTE BANKENGRUPPE IN MALAYSIA
•
SIE UMFASST GESCHÄFTS- UND MERCHANTBANKEN, FINANZIERUNGS-, LEASING- UND VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN

MALAYAN BANKING BERHAD
Malaysias größte Bankengruppe

und den großen internationalen Finanzzentren bestens vertraut sind.

Sie können die für Sie richtige Finanzierungsart sicherstellen, Sie über regierungsamtliche Verfahren beraten und Ihnen weiteren Finanzservice bieten.

Wenn Sie also Investitionen planen oder in Malaysia Geschäfte abwickeln: Nutzen Sie die Stärke von Malayan Banking. Wir sind in Deutschland vertreten.

Malayan Banking Berhad • Niederlassung Hamburg
Ballindamm 13 • 2000 Hamburg 1
Telefon: (040) 308002-0 • Telex: 213049
Geschäftsleitung: Dr. jur. E. A. Blaubach • Kurt B. Stahl

KAKAO / Mit Schwung zur Nummer 1 in der Welt

Verbesserter Standort

Eine schnelle Expansion kann die malaysische Kakaoindustrie in den letzten beiden Jahrzehnten zeichnen, sowohl was Produktion als auch was den Export angeht. Die Anbaufläche wurde von 577 ha im Jahre 1960 auf über 165 000 Hektar vervielfacht. Und der Export wurde von 2 Millionen Tonnen im Jahre 1970 auf 43,5 Millionen Tonnen trockener Kakaobohnen 1981 gesteigert, weltweit ein Spitzenresultat.

Da neue Pflanzungen ihre Produktion aufnehmen, und wenn ansonsten die Produktionsentwicklung der 70er Jahre aufrechterhalten werden kann, ist es wahrscheinlich, daß Malaysia im Jahre 1990 der erste Kakaoproduzent der Welt werden wird. Eine weltweit wachsende Nachfrage könnte diesen Prozeß noch beschleunigen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Notwendigkeit gesehen, die Bedingungen des Marktes und die Kontrolle der Qualität in den Export gehender Lieferungen in den Griff zu bekommen. Mit dieser Aufgabe wurde die „Federal Agricultural Marketing Authority“ (FAMA) betraut. 1980 wurde ihr das Recht verliehen, von

allen Kakaokaufleuten innerhalb Malaysias eine Lizenz zu verlangen. Für den Export werden seit dieser Zeit bestimmte Anforderungen an Verpackung und Qualität gestellt. Und die Erfahrung hat gezeigt, daß sich diese Auflagen auszahlen.

Die Qualität wird von dem „Standards and Industrial Research Institute of Malaysia“ (SIRIM) überwacht. Zu dem generellen Standard gehört es, daß die Feuchtigkeit der Bohnen nicht mehr als 7,5 Prozent ihres Volumens betragen darf, daß die verpackte Ware frei von Fremdstoffen und zerbrochenen Bohnen ist. Eine Klassifizierung unterscheidet zwei Güteklassen „SMC I“ und „SMC II“, die wiederum jeweils in Güteklassen A, B und C unterteilt sind. Die Unterteilung richtet sich vor allem nach der Anzahl der Bohnen, die für 100 Gramm benötigt werden und nach ihrer Qualität.

Mit diesen Qualitätsstandards richtet sich die FAMA gerade auch an ausländische Importeure, um ihnen die Auswahl auf dem malaysischen Markt zu erleichtern.

E. S.

PFEFFER / Verarbeitung angestrebt

Zum Weltmarktstandard

Einige mögen es scharf, vor allem die Japaner, an zweiter Stelle schon die Deutschen, dann Briten, Jugoslawen und die Chinesen in Hongkong und Taiwan. Daher sind diese Länder auch Hauptabnehmer malaysischen Pfeffers, des „Piper nigrum L.“. Größter Abnehmer allerdings mit nahezu 70 Prozent des gesamten Exportvolumens ist Singapur, aber die Einwohner des Stadtstaats verbrauchen das nicht selbst, sondern verfeinern ihn, packen ihn um und exportieren ihn ihrerseits.

Malaysia exportierte im Jahre 1982 25 000 Tonnen. 1978 waren es noch 36 000, 1979 gar 40 000. Danach fiel die Zahl ständig und löste erhebliche Anstrengungen der Malaien aus, die Situation langfristig zu verbessern.

Hierfür sind die Ausgangsbedingungen nicht schlecht, denn 95 Prozent des malaysischen Pfeffers werden in Sarawak gewonnen auf einer Fläche von etwa 12 000 ha. Das bringt es mit sich, daß malaysischer Pfeffer zu 75 Prozent schwarz und zu 25 Prozent weiß, generell eine hervorragende

des Geschmacks gleichheit aufweist. Die Bemühungen im Anbau, Ökologien des „Department of Agriculture“, gehen dahin, die Farmer mit besseren Anbaumethoden vertraut zu machen und Pflanzen einzuführen, die gegen Krankheitsbefall resistent sind und höhere Erträge liefern.

In die Zuständigkeit des „Pepper Marketing Board“ fällt es, die Absatzmöglichkeit des Pfeffers zu verbessern. Dem Board ist es inzwischen gelungen, drei Anlagen zur Pfefferverarbeitung einzurichten – in Kuching und Sarikel im Staat Sarawak und einen in Johore Bahru im Staat Johor. Damit wird sichergestellt, daß der Pfeffer den Qualitätsanforderungen des Weltmarktes genügt. Zugleich soll versucht werden, den Umweg über Singapur zu sparen, um selbst die Devisen zu erwirtschaften.

Der Board bietet seine Dienste und Kontakte auch ausländischen Händlern an, zu erreichen ist er: The General Manager, Pepper Marketing Board Tanahputih, P. O. Box 1853, Kuching, Sarawak, Malaysia.

rt.

MALACCA / Die Macht von einst ist längst verloren

Geblieben ist der Charme

Malacca war einst mächtig und reich, der wichtigste Handels- und Seefahrerhafen von nah und fern in den betriebsamen Ost. Sie trugen Lob und Ruhm dieser Stadt über die Meere. Die Macht ist längst abgewandert, geblieben der Charme der Jahrhunderte, eine Mischung aus Orient und Okzident. Etwa 100 000 Menschen zählt die Stadt heute. Sie gibt sich quirlig und provinziell zugleich. Chinesisches Ambiente herrscht vor.

Portugiesen, Holländer, Briten warfen sich nacheinander zu den Herrschern über Malacca auf. Die Ruine der portugiesischen St. Paul's Kirche, das Stadthaus der Holländer, der zu Ehren von Queen Victoria angelegte Springbrunnen der Briten sind Spuren der Vergangenheit. Der Union Jack wehte bis zur Unabhängigkeit Malaysias 1957 über der Stadt – ausgenommen während der vierjährigen japanischen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg.

Den Namen, so heißt es, haben arabische Kaufleute geprägt. Sie sprachen von „Malakat“, der Wassermäule. Die Legende will es anders: Parameswara, Prinz aus Palembang und Abenteurer, floh einst in das Fischerdorf. Er beschloß zu bleiben und gab ihm den Namen eines Baumes: Malaka. Ein beispielloser Aufstieg nahm seinen Anfang. Die Bürger umgaben bald Wohlstand und Reichtum.

Ein lachendes Babylon

Die Chinesen erkannten als erste die Vorteile Malaccas. Es wurde ihr Versorgungs- und Handelsplatz. Als ferner, aber wohlwollender „Overlord“ boten sie (politischen) Schutz vor Übergriffen der Nachbarn.

Der Islam, andersorts mit der brachialen Gewalt des Schwertes oktroyiert, überwog Malacca auf friedliche Weise. Kaufleute und Prediger verkündeten die neue Glaubenslehre, dynastische Allianzen festigten sie.

Bis Ende des 15. Jahrhunderts hatte sich Malacca zum „Sammelpunkt“ der malaisischen Halbinsel entwickelt, zum Treffpunkt der Kaufleute aus Indien, dem Nahen und dem Fernen Osten. 50 000 Einwohner zählte die Stadt mittlerweile. Die Seefahrt lockte die Fremden aus aller Welt. Die Stadt war ein Babylon, ein lachendes.

Malaccas Wirtschaft beruhte ausschließlich auf dem Handel. Es produzierte nichts, ein wenig Zinn ausgenommen. Seine Landwirtschaft warf

keine ausreichenden Erträge ab. Reis und andere Nahrungsmittel mußten eingeführt werden. Stoffe von Gujarat und Coromandel, Gewürze von den Molukken, Seide und Porzellan, Gold und Pfeffer von Sumatra und Sandelholz aus Timor – alles fand Käufer und Verkäufer, ein lukratives, ein faszinierendes Geschäft. Malacca war in diesen Jahren das Handelszentrum des fernen Ostens.

Nur Handel zählte

Die Fremden zog es nach Malacca, weil sie hier eine brauchbare administrative Infrastruktur, Lagerhäuser und präzise Vorschriften fanden. Die malaisischen Herrscher schufen nichts, was über das bürokratische Skelett hinausging, etwa Handelshäuser oder einen Regierungsapparat.

Moslemische Gelehrte und Prediger hielten sich zwar in Malacca auf, ein geistiges Zentrum entstand aber nicht. Glitzendes, Glänzendes war gefragt, nicht die intellektuelle Durchdringung. Eine eingängige Literatur, leichte Musik zogen die Aufmerksamkeit auf sich. Schon kündigte sich der innere Verfall an, mächtigere Städte traten auf den Plan.

Zunächst friedlich, dann mit Soldaten und Schiffen, kamen die Portugiesen. Alfonso de Albuquerque fand 1511 ein von inneren Querelen und Korruption völlig geschwächtes Malacca vor.

Die neuen Herren pflegten mit den Einheimischen kaum Kontakt. Ließen aber deren Verwaltungsstruktur intakt. Sie bauten Kirchen, missionierten aber nicht. Sie trönten dem Luxus und der Eleganz. Vom „Babylon des Ostens“ sprach man damals. Die Handelsgeschäfte lagen inzwischen in der Hand der Chinesen, die zur wichtigsten Ausländerkolonie in Malacca avancierten.

Nach 130 Jahren mußten die Portugiesen den Holländern weichen. Hatte die Portugiesen noch versucht, Malaccas traditionelle Rolle als Drehscheibe des Handels zu sichern, so lag den Holländern nur am Gewinnhandel. Ihr „Zentrum“ verlegten sie nach Batavia.

Schließlich verzichteten die Holländer auf Malacca und erhielten Bengalen im Gegenzug von den Engländern. Singapur, 1819 von Raffles gegründet, stieg zum neuen Handelszentrum auf. Für Malacca blieb nur noch eine Nebenrolle.

E.B.



Ein Urukstrom – das Tanjung Jara Beach Hotel an der Ostküste

FOTO: DIE WELT

ANWAR IBRAHIM / Mahathirs Coup

Moslems im Blickpunkt

Ministerpräsident Dr. Mahathir Mohamad glückte im Frühjahr 1982, kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen, ein respektable politischer Coup. Es gelang ihm, den charismatischen moslemischen Intellektuellen Anwar Ibrahim zum Beitritt zur Regierungspartei UNMO (United Malays National Organisation) zu bewegen.

Die UNMO ist das tragende malaysische Element in der regierenden National Front Koalition. Mit seinem Beitritt zur UNMO wurde ein bedeutender Teil der moslemischen Wähler für die Koalition gewonnen, der ansonsten für die radikal moslemische Islam-Partei (PI) gestimmt hätte.

Enck Anwar Ibrahim (36) war bei den Mai-Urlauben 1969 das erste Mal in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangt. Damals entzündete sich die rasche Polarisierung in Malaysia in schweren Unruhen, die Hunderte von Menschenleben forderten. Als Regimekritiker und populärer Studentenführer an der Universität in Kuala Lumpur erregte Anwar bald das In-

teresse der Sicherheitsbehörden. Mit der Begründung, fortgesetzt zum Nachteil der Sicherheit Malaysias gehandelt zu haben, wurde er zu achtzehn Monaten Internierung verurteilt.

Es spricht für die Integrität und Fairness der Regierung unter Mahathir, daß Anwar trotz seiner langjährigen und heftigen Regimekritik Karriere machen konnte. In einem Jahr wurde er Parlamentsabgeordneter – er konnte den Gegenkandidaten der PI überlegen schlagen – und stellvertretender Minister beim Regierungschef.

Zu seinem Aufgabenbereich gehörte die besondere Verantwortung für die Entwicklung und Einführung islamischer Vorstellungen in die Gesellschaft Malaysias. Bei der im Juni 1983 erfolgten Kabinettsbildung, die eine stärkere Berücksichtigung der ethnischen Gruppen beabsichtigte, gelang ein Schritt nach vorne: Ihm wurde das Ministeramt für Kultur, Jugend und Sport übertragen.

K.Sch.

BODENSCHÄTZE

Reich an Öl, Gas und Metall

Malaysia ist äußerst reich an Bodenschätzen: Eisen, Titan, Kupfer, Gold, Silber, Antimon, Blei, Öl und Gas. Das Land ist weltgrößter Zinnproduzent.

Erdöl steht seit etwa fünf Jahren an erster Stelle im Export mit jährlichen Erträgen von rund sieben Milliarden Mark. Es ist hochwertiges, leichtes Öl, dessen Hauptabnehmer die USA und Japan sind. Die Ölreserven werden auf etwa 2,6 Milliarden Barrel geschätzt. Die tägliche Förderung liegt bei 300 000 Barrel. Für 1984 soll sie auf 365 000 Barrel pro Tag geschrumpft werden.

Obwohl Malaysia der Opec nicht angehört, folgt es der Preisgestaltung durch das Kartell. Malaysia ist Nettoexporteur von Erdöl. Es importiert schweres Öl aus dem Mittleren Osten für seine Kraftwerke und exportiert sein leichtes Heizöl. Gegenwärtig wird Öl aus 14 Feldern gefördert, die Anzahl der Bohrstellen liegt bei 104. Die gesamten Öl- und Gasvorkommen werden unter staatlicher Regie ausgebeutet. Bei der Rohölgewinnung arbeitet die Petronas mit ausländischen Gesellschaften auf der Basis des „production sharing“ zusammen. Dieser bis 1996 laufende Vertrag gibt den ausländischen Gesellschaften die Verfügungsmöglichkeit über 20 Prozent der jährlichen Bruttoerddölproduktion für Explorations-, Entwicklungs-, Produktionskosten.

Die Erdöl- und Erdgasfelder in den Offshore-Gewässern (insgesamt 61 000 Quadratkilometer) von Trang-ganu und Kelantan werden von der Esso ausgebeutet. Ebenso bedeutend wie Öl sind die Gasvorkommen für die Entwicklung des Landes und den ehrgeizigen Industrialisierungsplan der Regierung.

U.S.

Internationale Sonderbeilage
MALAYSIA

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion und Gestaltung:
H.-H. Hotzner, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co. KG
Leo C. F. Bursky
W 100 1 84

Viel Bewegungsfreiheit. Viel Platz, sich auszustrecken.
Das ist wahrer Großraum-Komfort.
Mit „Easy Sleeper“-Sesseln, die ganz für Ihre Entspannung konzipiert sind.
Und auch das ist MAS:
Goldener Service. Köstlichkeiten für den Gaumen.
Selbst wer das Beste gewohnt ist, wird von uns beeindruckt sein.

B 747 First Class mit MAS: Weil Sie weit mit uns fliegen, gehen wir sehr weit, damit Sie's bequem haben.



mas Wir behüten Sie wie Gold
malaysian airline system

Reservierungen durch Ihr Reisebüro oder Malaysian Airline System, An der Hauptwache 7, 6000 Frankfurt am Main, Tel. (0611) 29 53 43, Telex 416 939.
MAS fliegt jeden Montag und Freitag nach Kuala Lumpur und weiter nach Melbourne und Sydney. Jeden Montag und Donnerstag nach London.

Mit B 747 nach Amsterdam • Dubai • Frankfurt • Kuala Lumpur • Kuwait • London • Melbourne • Paris • Sydney.
Bangkok • B.S. Begawan • Jakarta • Haadyai • Hongkong • Jeddah • Madras • Manila • Medan • Perth • Seoul • Singapur • Taipeh • Tokio und zu 36 Zielen in Malaysia.